

Sitzungsbericht

6. Sitzung der Tagung 1993/94 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Dienstag, den 30. November 1993

Inhalt:

1. Eröffnung durch Zweiten Präsidenten Haufek (Seite 422).
2. **Spezialdebatte:** Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 422).
Redner: Abg. Breiningner (Seite 422), Abg. Stix (Seite 425), Abg. Dr. Strasser (Seite 425), Abg. Preiszler (Seite 427), Abg. Wöginger (Seite 430), Abg. Hülmbauer (Seite 433), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 435).
Abstimmung (Seite 436).
3. **Spezialdebatte:** Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 436).
Redner: Abg. Klupper (Seite 436), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 438), Abg. Knotzer (Seite 440), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 444), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 448), Abg. Krendl (Seite 449), Abg. Nowohradsky (Seite 451), Abg. Uhl mit Resolutionsantrag (Seite 454), Abg. Lembacher (Seite 458), Abg. Auer mit Resolutionsantrag (Seite 461), Abg. Kautz mit Resolutionsantrag (Seite 467), Abg. Dirnberger (Seite 468).
Abstimmung (Seite 471).
4. **Spezialdebatte:** Gruppe 5, Gesundheit.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 472).
Redner: Abg. Lugmayr (Seite 472), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 475), Abg. Gruber (Seite 476), Abg. Nowohradsky (Seite 480), Abg. Stix (Seite 484), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 485), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 489), Abg. Wöginger (Seite 490), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 492), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 494), Abg. Feurer mit 3 Resolutionsanträgen (Seite 497), Abg. Friewald (Seite 501), Abg. Muzik mit Resolutionsantrag (Seite 504), LR Mag. Freibauer (Seite 508), Abg. Dr. Bauer (Seite 511), LR Wagner (Seite 512), Abg. Moser (Seite 515), Abg. Lugmayr (Seite 520), Abg. Sivec (Seite 520), Abg. Preiszler (Seite 521), LR Blochberger (Seite 521), Abg. Kautz (Seite 522).
Abstimmung (Seite 522).
5. **Spezialdebatte:** Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 523).
Redner: Abg. Hülmbauer (Seite 523), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 527), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 528), Abg. Sacher mit Resolutionsantrag (Seite 534), Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 538), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 540), Abg. Rupp (Seite 542), Abg. Egerer (Seite 544), Abg. Muzik (Seite 545), Abg. Treitler mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 548), Abg. Dr. Bauer (Seite 551).
Abstimmung (Seite 551).

* * *

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK (*um 9.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig auf-

gelegen, es ist unbeanstandet geblieben und demnach auch als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Landeshauptmannstellvertreter Höger und der Abgeordnete Ing. Hofer.

Wir setzen nun die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 3 fort und ich ersuche den Berichterstatter, Abgeordneten Dr. Prober, zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Schönen guten Morgen! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, beinhaltet die Aufwendungen für bildende Künste, Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film, sonstige Kulturpflege und Kultus.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 575.196.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 15.500.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 1,4 %.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Die Debatte ist hiermit eröffnet. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Breininger das Wort.

Abg. BREININGER (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich glaube, man kann auch an das Kulturbudget für das nächste Jahr die Grundsätze des gesamten Budgets anlegen, die da lauten: Ein Budget mit Selbstbewußtsein, Arbeitsplatzsicherung, Investition und Innovation.

Machen wir etwas Neues, fangen wir einmal nicht mit dem Geld an. Lassen Sie uns erst später über Geld sprechen. Wer bei der Schlußveranstaltung der Kulturpositionen vorige Woche am 27. November in Krems dabei war, der konnte mit

den Künstlern, mit den Experten und auch mit den zuständigen Mitgliedern der Landesregierung, sprich Landeshauptmann Dr. Pröll und Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop eine Bilanz ziehen über alle bisher eingebrachten Erfahrungen, Beratungen, Übereinstimmungen und Grundsätze aus allen Spezialpositionen der Kunst. Von der Literatur bis zur Musik, von Kompositionsaufträgen bis zur alternativen Szene, vom Theater bis zur Bildhauerei. Als Prinzipien all dieser Erfahrungen in den Kulturpositionen wurden erkannt und formuliert: Die Freiheit und Unabhängigkeit der Kunst, ein leichthin gesagtes Prinzip, aber ein schwer durchführbares. Weil immer wieder bezahlt werden muß. Weil der Sponsor, besonders in der Privatwirtschaft, etwas dafür verlangt. Und sich daher die Frage stellt, wie wird man frei und unabhängig in ökonomischer Sicherheit. Es wurde verlangt die Gewaltentrennung zwischen denen, die finanzieren und denen, die veranstalten. Es wurde verlangt der Vorrang für den Produzenten vor den Reproduzenten, was ich als sehr wichtiges Prinzip erachte. Und es wurde verlangt ein Rückzug des Finanziers, besonders dort, wo wir es gestalten können, im öffentlichen Bereich, auf controlling und auf Rahmenbedingungen. Und es wurde verlangt eine Kulturöffnung und ein Kulturaustausch in der internationalen Szene über unsere Grenzen hinaus: Statt Zentralismus - Und das ist nichts Neues, dieses Prinzip trug auch schon das frühere Kulturmodell in sich, das wir ja gemeinsam schon ab 1983, 1988 und jetzt wieder gestaltet haben - statt Zentralismus muß immer mehr Dezentralisation Platz greifen. Substituierbarkeit und nach der Dorferneuerung auch eine neue Urbanität, ein Polyzentrismus, wenn Sie so wollen, indem man die Ressourcen in den Regionen entdeckt und fördert. Ziele und Umsetzungsstrategien hierfür, da ja keine Analyse für sich stehenbleiben darf, sondern auch an die Umsetzung gedacht werden muß. Als Umsetzungsstrategien haben wir herausgearbeitet, daß das Leben in den Kulturregionen und das Leben in der Landeshauptstadt mit dem neuen Kulturbezirk unbedingt zu einem fruchtbaren Miteinander werden muß. Zu einem Spannungsverhältnis, das aber nicht negativ interpretiert werden soll. Sondern das beide herausfordern soll: Kultur in den Regionen soll sich mit dem Kulturbezirk messen. Und nicht nur das, sondern ihn auch bespielen und ihn auch gastweise befruchten.

Noch transparentere und noch objektivere Förderungsrichtlinien, ich betone "noch", weil ich dafürhalte - man muß ja nicht immer brav sein beim Sprechen und man kann ja auch seine eige-

ne Meinung sagen - weil ich auch dafürhalte, daß sie bis jetzt auch nicht inobjektiv waren. Ich finde, die Verwaltung und das Regierungsmitglied sollen sich Letztentscheidungen doch vorbehalten, wenn es auch Beiräte gibt. Sonst würde ja die Politik, würden wir als Mandatare auf den Gestaltungsfaktor in der Politik verzichten. Daher haben für mich Beiräte beratende Funktion, denen man sich bedienen kann, aber nicht in jeden Fall muß. Hier wurde es allerdings deutlicher formuliert und es wurde eine noch stärkere Bindung an den Rat der Beiräte verlangt.

Neben diesen noch transparenteren Förderungsrichtlinien, die verlangt werden, sind auch schon zwei Beiräte ins Leben gerufen, einer für bildende Kunst und einer für das Theaterwesen. Sie laufen eigentlich jetzt gut an und harmonieren sehr gut mit der Realität. Es wurde dort auch verlangt, daß diese Beiräte vor Ort auch die einzelnen Mitglieder darüber informieren sollen, was sie beraten, was, glaube ich, aber grosso modo geschieht. Diese Beiräte sind im Theaterwesen nicht unwichtig wegen der notwendigen mittelfristigen Finanzplanung, die heute jede Stadt, jeder Bürgermeister, wenn er Kulturreferent ist, aber auch jeder Theaterintendant und Direktor haben muß. Wer nicht rechtzeitig plant, plant teurer, weil er nicht rechtzeitig disponieren kann.

In diesem Zusammenhang kommt, glaube ich, dem neuen Kultursenat große Bedeutung zu. Dieser neue Kultursenat wurde tatsächlich mit einem neuen Vorsitzenden und neuen Mitgliedern ausgestattet und beschickt. Sie beraten die Landesregierung oder den oder die Kulturreferenten bei ihrer Arbeit. Sie wurden erstmals nicht durch Parteien beschickt, was zu erwähnen wesentlich ist, sondern durch die großen kulturellen Vereinigungen im Land. Die Aufgabe des Kultursenates ist, Schwerpunktthemen herzustellen. Und das verstehe ich wieder nicht im Sinn von verlangter Querelei, sondern Querthematik zusammen zu denken. Als Kulturpolitiker zu sehen, wo die Linien zusammenlaufen, wo es Synergieeffekte gibt und wo es eine Synopsis gibt. Ich muß heute, wenn ich Literat bin, wissen, was in der Musik passiert. Und wenn ich Komponist bin, muß ich auch wissen, was auf anderen Sektoren passiert. Diese Querthemen aufzuzeigen, die Verbindung, die Synopsis herzustellen, das sollte der Kultursenat machen. In Zukunft noch stärker als bisher. Er soll Spannungsfelder der Internationalisierung aufzeigen, suchen und nennen und soll mitarbeiten, neben dem Kultur-Ausschuß natürlich. Das muß schon auch dem Landtag

vorbehalten bleiben beim neuen Kulturförderungsgesetz, dessen Beratung tatsächlich jetzt bald begonnen werden soll. Es geht ja um eine Novelle des schon bestehenden Kulturförderungsgesetzes, das noch 1994, wie der Herr Landeshauptmann sagt, verabschiedet werden soll.

Und nun zum Geld, ohne das es bekanntlich keine Musik gibt. Es ist leider wirklich so und es wäre verblendet, sich von dieser Wahrheit abzuwenden. Das Geld kann heute auch ruhig erwähnt werden. (*Abg. Breininger zeigt eine Darstellung.*) Diese Schautafel, die ich mitgebracht habe und die Sie in den Unterlagen des Landesfinanzreferenten Mag. Freibauer sehr anschaulich finden, zeigt deutlich, ohne viel Debatte und Hinweise, wie stark das Kulturbudget seit dem Jahre 1988 angestiegen ist. Nämlich von 465 Millionen vom Jahr 1988 bis 718 Millionen heute für das Jahr 1994. Tatsächlich dürfte der Zug in Richtung Kulturmilliarde rasant gehen. Ich habe es am Anfang auch nicht geglaubt, gebe ich ehrlich zu, aber 718 Millionen kommt der Kulturmilliarde schon sehr nahe. Und das, wie in der Einleitungsdebatte schon gesagt wurde, trotz allgemeiner Rezession.

Die 718 Millionen können wir aber nur dann als Zahl nehmen, wenn wir den Abschnitt 27, Erwachsenenbildung, 28, Forschung und Wissenschaft, vom Budget zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus hinzuzählen. Das haben wir aber immer getan, statistisch. Zahlen, Daten, meine Damen und Herren, genau und konkret. 718,3 Millionen beträgt also genau das Kulturbudget, eine Steigerung von plus 10,83 % oder schon fast 1,5 % des Gesamtbudgets. Man muß ja bedenken, wenn das Budget wächst, wächst ja das alles nicht nur numerisch, sondern relativ und absolut und das ist schon eine beachtliche Summe. Noch gar nicht eingerechnet in diese Summe sind die 300 Millionen Kulturförderung und Kulturinvestitionen, die wir durch ECO-PLUS ausgelöst haben. Die hier nicht im Haushalt vorkommen, die man aber auch als kulturpolitische Tat hinzuzählen muß. Und nicht eingerechnet die außerbudgetär finanzierte, vorgezogene zweite Bauetappe des Kulturbezirkes St. Pölten als Sonderfinanzierung.

Und nun die wichtigsten Budgetansätze, wie ich mir immer erlaube bei der Einführung der Debatte zur Gruppe 3 für Kunst und Kultur im Kulturland Niederösterreich. Es zeigt diese große Szene, daß wir ein Land der bildenden Kunst und der Malerei sind mit Förderungen für das Symposium Lindabrunn, für die Kunstvereine, deren wir großartige im Land besitzen mit bedeutenden Ma-

lern und Bildhauern, die weit über die Grenzen Österreichs und Europas hinaus bekannt sind, Kunsthalle Krems, Kultur im öffentlichen Raum, Kunst im öffentlichen Raum.

Das Musikland Niederösterreich spiegelt sich wieder in der Förderung vor allem der Musikschulen. Denn die Musikschulen fressen, das meine ich jetzt nicht negativ, den größten Teil der Zunahme im Kulturbudget auf, mit 110 Millionen im ordentlichen Haushalt beziffert. Dazu kommt noch eine nicht bekannte Summe vom Kulturschilling. Es wird sich sicherlich in Richtung 150 Millionen bewegen müssen, was die Musikschulen heute brauchen. Dazu stehen wir, weil sie durch ein sehr großzügiges Gesetz auch Förderungsanspruch haben, aber immer wieder muß auch die Leistungskraft der Gemeinden dabei beachtet werden. Eine solche revolutionäre Entwicklung nach oben kann daher immer nur mit den Gemeinden gemeinsam und den Eltern gemeinsam besprochen werden. Das Land greift aber zweifellos sehr tief in die Tasche.

Die Tonkünstler sind hier im Hauptteil mit 78 Millionen beziffert. Dazu wissen wir aus Erfahrung, daß auch noch immer ein großer Posten aus dem Kulturschilling oder sonstwoher dazukommen muß. Für den Musiksommer und die zeitgenössische Musik auch. Die darstellende Kunst im Theaterland Niederösterreich fährt auf verschiedenen Schienen, meine Damen und Herren. Wie auch bei diesen Kulturpositionen richtig gesagt wurde. Die Schienen heißen: Die beiden Landes- oder Stadttheater St. Pölten und Baden, das Donaufestival, der Theatersommer und die freien Bühnen. An die sich Kultur ohne Netz, die freien Bühnen, sodaß wir auf verschiedenen Schienen fahren, die wir unbedingt koordinieren müssen. Die beiden Landestheater haben apriori in diesem Budget nicht mehr offiziell drinnen als sie bisher hatten, hoffen aber, durch Gespräche und durch Absprachen oder Förderungsverträge mit dem Land ebenfalls natürlich auf eine zusätzliche Förderung, die sie unbedingt zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebes brauchen. Der Theatersommer wird mit 16 Millionen dotiert und erfreulicherweise

hören wir, daß bis zu 11 Förderungsverträge bereits mit einzelnen theaterspielenden Gemeinden bezüglich Sommertheater abgeschlossen wurden. Was dem Land eine gewisse Sicherheit gibt und diesen Gemeinden, diesen Sommerintendanten auch.

Bei der Literaturförderung erlauben Sie mir als Buchhändler und Insider der Szene Autoren und Literatur, etwas dazu zu sagen. Es stapeln sich schon die Briefe der Bibliotheken und der Bibliotheksverbände und der Autoren, die auch im neuen Büchereigesetz vorkommen wollen und novelliert werden wollen. Es geht den Bibliotheken darum, daß man dem Autor eine Abgeltung für das entlehnte Buch geben möchte. Ich halte dafür, daß das Bundessache ist, die Landeshauptleutekonferenz hat sich damit beschäftigt. Die meinen aber, daß wir das auch in das neue Kulturförderungsgesetz einfließen lassen können. Wir werden die Bibliothekstantieme dort sicherlich behandeln.

Museen, Denkmalpflege, Stifte, Schlösser, Ortsbildpflege, Carnuntum-Grabungen, Vorbereitungsarbeiten für "Tausend Jahre Österreich", die Millenniumsfeier, all das finden sie in diesem Kulturbudget. Ein einziger Rückschritt im Kulturbudget - und der freut die Opposition, wie ich gelesen habe - eine einzige Reduktion findet nur bei der Presseförderung statt. Das wollte die Opposition immer und das wurde auch erfüllt, nämlich, indem das Budget von 12 Millionen auf 9,6 Millionen zurückgeht.

Die Landesausstellungen, mit 26 Millionen insgesamt dotiert, sollen künftig, wie Sie wissen und wie Herr Landeshauptmann und Frau Landeshauptmannstellvertreter meinten, alternierend im Zweijahresrhythmus mit dem Donaufestival abgehalten werden.

Der Kulturschilling wird wachsen. Weil auch die Ausgaben wachsen muß er wachsen, sonst könnten wir ihn nicht budgetieren. Er wird wahrscheinlich von 125 Millionen auf 150 Millionen ansteigen in seinem Ausgabenteil. Das Donaufestival erlebte heuer 1993 und auch 1994 ein Zwischenhoch zwischen den großen Festivals 1992 und 1995 und besorgt uns auch noch dazu die regionale Schiene Donaufestival. Es ist mit 20, die kulturelle Regionalisierung mit 4,5 Millionen budgetiert. Das Zwischenfestival hat einen besonderen Namen, es wird unter einer Devise stehen. Und

dieses Zwischenfestival hat etliche Kooperationen mit den Gemeinden, Theatern und Kulturinstitutionen bereits vereinbart.

Ich freue mich, daß eine kleine, aber doch Summe für Kulturfilme drinnen ist. Denn auch Laxenburg, das Filmzentrum, braucht Förderung für die Rettung der Zelluloidfilme. Alles, was auf Video gespielt wird, hält wieder nur fünf Jahre, nur Zelluloid ist rettbar, die alte Technik. Das kostet viel Geld. Natürlich kann das Land nur Niederösterreich-relevante Filme zunächst fördern und auch deren Konservierung. Doch dabei sollten wir, glaube ich, helfen.

Die beiden großen Kulturgesellschaften des Landes, die privaten Initiativen, nämlich die NÖ Kulturgesellschaft und das Kulturforum sind mit 1,8 und 1,1 Millionen unverändert. Sie wünschen sich auch mehr, aber die meisten Positionen sind unverändert, weil die Musikschulen eben und andere Positionen viel Geld brauchen.

Ich komme zum Schluß und meine, als Abschluß sagen zu können, ein Kulturbudget, meine Damen und Herren, finden wir vor, daß wirklich den gleichen Titel verdient wie das heurige Zwischendonaufestival, zu dem wir Ja sagen können, das da heißt: Vorwärts zu neuen Ufern! (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Stix.

Abg. STIX (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In dieser Haushaltsgruppe, wie wir schon gehört haben, sind die Ausgaben für Kunst, Kultur und Brauchtumpflege veranschlagt. Gegenüber dem Jahr 1993 sind die Ausgaben dieser Haushaltsgruppe von 581 auf 575 Millionen Schilling gesunken. Das ist also ein Minus von einem Prozent. Die Dotation dieser Haushaltsgruppe stellt lediglich 1,4 % der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes dar.

In diesem Bereich sind die Ausgaben zur Förderung von Schrifttum und Sprache, das ist Literaturförderung, mit 1,85 Millionen vorgesehen. Das heißt, daß das Land Niederösterreich lediglich 0,004 % seiner Ausgaben zur Förderung der Literaten aufwendet. Das ist meines Erachtens keine kulturelle Hochleistung! Begrüßenswert sind die Leistungen im Rahmen der Dorf- und Stadterneuerung sowie der Aktion "Niederösterreich schön erhalten - schöner

gestalten". Nach jahrzehntelangen Mißbräuchen und tatenlosem Zusehen, wie die Bauordnung zur Demontage alter Kulturbauten und zur Verwirklichung architektonischer Fehlleistungen Beihilfe leistete, müssen jetzt beträchtliche öffentliche Mittel - für 1994 sind es 72 Millionen Schilling - aufgewendet werden, um diese Bausünden, soweit überhaupt noch möglich, zu beseitigen. Durch die Zusammenschlüsse von Gemeinden ist auch das Innenleben vieler Gemeinden verlorengegangen. Sodaß es in diesen Fällen nicht nur einer Stadt- und Dorferneuerung, sondern auch einer kommunalen Revitalisierung bedarf.

Das Budget dieser Haushaltsgruppe zeigt keinerlei Höhepunkte. Es ist, wenn man von der Umschichtung von der Presseförderung zum Donaufestival absieht, nahezu mit den finanziellen Ansätzen des Vorjahres ident. Es sind also im kulturellen Bereich keinerlei Höhepunkte zu erwarten. Nicht einmal das bevorstehende Millennium 1996 hinterläßt im Budget 1994 Spuren. Denn die finanzielle Vorsorge für die Feierlichkeiten, es wären 400.000,- Schilling, sind ident mit der Vorsorge des Vorjahres.

Aus den landeskulturellen Aktivitäten des laufenden Jahres muß die Landesausstellung herausgegriffen werden. Man verrät Ihnen sicher kein Geheimnis, wenn man diese Landesausstellung als eine derjenigen bezeichnet, die den schlechtesten Anklang gefunden haben. Entweder war die etwas abgelegene Riegersburg der falsche Ort oder das Thema war zu wenig kräftig oder die Werbung zu wenig griffig. Lediglich rund 150.000 Besucher sind jedenfalls nicht die erwartete Reaktion auf das umfangreiche Kulturangebot im Rahmen einer Landesausstellung. Es wird erwartet, daß dieses schlechte Abschneiden der heurigen Landesausstellung eingehend untersucht wird. (*Beifall beim LIF und Abgeordneten der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Kulturbudget 1994 kann man in Fortsetzung dessen, was Abgeordneter Breininger gesagt hat, so charakterisieren: Wir sind in der Etappe am richtigen Weg, wir sind auf dem Weg zur Kulturmilliarde, wir haben eine Steigerung des gesamten Kulturausgabenbereiches über das hinaus, was in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit möglich und notwendig ist und vor allem, wir

haben eine zusätzliche Steigerung in dem Bereich der zeitgenössischen Kultur und des zeitgenössischen Kulturschaffens.

Ich habe hier eine Unterlage der Vereinigung "Kultur ohne Netz - Niederösterreich", die in einer grundsätzlichen Erklärung sehr klar sagt, daß not tut, daß man über Kultur spricht und ich möchte das gerne zitieren. Die Vereinigung schreibt hier: "Wir brauchen eine Kultur, die den Menschen hilft, sich selbst wiederzufinden und ihnen den Mut gibt, zu tun, was getan werden muß. Eine Kultur, die den professionellen Kulturschaffenden und allen, die etwas zu sagen haben, eine Möglichkeit bietet, sich auszudrücken. Und zwar auch dann, wenn sie kritische, unbedingliche, unbehagliche Dinge vorbringen." Und ich glaube, in diesem Sinn müssen wir diskutieren und reden, wenn wir von Kultur und Kulturpolitik sprechen.

Für die Politik, auch für die Landespolitik, gilt es in einer Zeit, in der wirtschaftliche Probleme und wirtschaftliche Stagnation angesagt sind, in einer Zeit der gesellschaftlichen Umwälzungen und der Umbrüche, in einer Zeit, die gerade großartig zu sein scheint für politische rechts- und linkslastige Hasardeure, in einer Zeit, wo die Mussolinis, die neuen Rechten, die Skinheads, die Schönhubers, die Haiders, die Gauggs, Karriere machen. (*Abg. Haberler: Das ist eine bodenlose Frechheit!*) In dieser Zeit, in der wieder Wohnungen von Türken angezündet werden, genau in dieser Zeit gilt es, wie das auch Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop gesagt hat, deutlich gegen die atmosphärische Kälte anzukämpfen! Und gegen die atmosphärische Kälte Position zu beziehen. (*Unruhe in der FPÖ.*) Das kann, soll und will eine aktive Kulturpolitik leisten. Und da geht es vor allem um drei Grundsätze in diesem Bereich. Erstens: Wir brauchen für die Kulturpolitik Würdigung und Anerkennung. Das heißt, die professionellen Spitzenleistungen - und ich bin hier dem Abgeordneten Breininger sehr dankbar, daß er das sehr genau und klar herausgearbeitet hat - im Musikbereich, im Theaterbereich, in der bildenden Kunst, in allen Bereichen des künstlerischen Lebens, aber auch die Freude am künstlerischen Betätigen für den Laien entsprechend zu unterstützen. Es gilt, durch Gespräch und Diskussion die Gemeinsamkeit und den Zusammenhalt zwischen der Kulturverwaltung und den Kulturschaffenden zu fördern. Und ich möchte mich bedanken für die Aktivitäten der Kulturverwaltung und der verantwortlichen Mitglieder der Landesregierung, für die Einleitung des Dialoges innerhalb der Kulturpositionen. In zehn Veranstaltungen wurden in jedem Fachbereich mit

den kulturell Interessierten, mit den kulturell Schaffenden die aktuellen Probleme in 22 Monaten durchdiskutiert. Diese Diskussionen und die Ergebnisse der Diskussionen sind entscheidender Anhaltspunkt für das zu erstellende Kulturkonzept des Landes und für die im Jahr 1994 vorgesehene Novellierung des Kulturförderungsgesetzes. Ich glaube, daß solche Dialoge ausdrücklich zu begrüßen sind und ich möchte anregen, daß diese Dialoge auch entsprechend fortgesetzt werden.

Ein zweiter Punkt: Zur Kulturpolitik gehört Unterstützung und finanzielle Förderung, gerade der zeitgenössischen Kultur und des zeitgenössischen Kulturschaffens. Und hier ist das Land mit seinem Budgetansatz für 1994 mit einem Plus von über 17 % in einer, wie ich schon gesagt habe, wirtschaftlich schwierigen Zeit vorbildhaft vorgegangen. In der zeitgenössischen Musik, in der Literatur, in Video und Film, in der bildenden Kunst. Wir müssen aber auch den Bund und die Verantwortlichen in der Bundesregierung mehr als einladen, sowohl in der Sozialversicherung für unsere Künstler, als auch in der Steuergesetzgebung, durch die Schaffung der Möglichkeiten von steuerlichen Abschreibungen, hier aktiv das aktuelle kulturelle Schaffen zu unterstützen.

Ein dritter Punkt, der in der Kulturpolitik des Landes eine entscheidende Rolle spielt und entscheidend eingeführt wird, ist die Objektivierung der Förderungsvergabe. Ich möchte hier besonders zwei Bereiche hervorheben. Nämlich die Einschaltung der Beiräte, die Empfehlungen an die Kulturverwaltung und an die Landesregierung heranzutragen. Ich glaube, daß das ganz besonders erfolgreich war im Bereich der darstellenden Kunst. Der Theatersommer, der im abgelaufenen Jahr 125.000 Zuschauer anlocken konnte, ist ein gutes erstes Beispiel, an dem weitergearbeitet werden muß. Aber auch die Angelegenheit mit den mehrjährigen Förderungsverträgen zeigt in die richtige Richtung.

Ein letzter und sehr wichtiger Punkt, wenn wir über die Kulturpolitik unseres Landes sprechen, ist die vernünftige Aufteilung der kulturellen Aktivitäten und des kulturellen Engagements des Landes in unserer Landeshauptstadt und in den Regionen. Denn ganz entscheidend wird es sein für die Landesentwicklung, daß einerseits die Landeshauptstadt ein zusätzliches kulturelles Zentrum unseres Bundeslandes wird, daß aber die Regionen als kulturelle Kristallisationspunkte dort, wo Aktivitäten sind, entsprechend Unterstützung, Animation und Förderung

erfahren. Und in diesem Sinn ist es zu begrüßen, daß der Landtag, die Landesregierung und alle Verantwortlichen im Kulturbereich die Landeshauptstadt sukzessive zu einem neuen kulturellen Zentrum ausbauen. Eine erste Etappe ist passiert mit der vor einigen Wochen geschehenen Einweihung und Inbetriebnahme der neuen Bühne am Hof, wo eine neue Mittelbühne für die österreichische Theaterlandschaft in einer großartigen architektonischen Form und in einer ungeheuren Geschwindigkeit, im übrigen von einer jungen Dame geführt, die außerordentliches Engagement und Durchschlagskraft beweist, eröffnet werden konnte. Ein zweites, das neben kulturellen auch arbeitsplatzpolitische Aspekte hat ist das Vorziehen des Neubaus der Bibliothek in der Landesverwaltung. Und ein drittes - und ich sage das für meine Fraktion sehr bewußt - ist die Forcierung und der Bau des Festspielhauses in St. Pölten. Denn auch zur atmosphärischen Kälte gehört, daß in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten Populisten und Zünder ans Werk gehen und versuchen die kulturellen Notwendigkeiten, den Aufbau eines zusätzlichen kulturellen Schaffens gegen das Arbeitsplatzargument auszuspielen. (*Heftige Unruhe in den Reihen der FPÖ.*) Das werden wir in diesem Landtag nicht zulassen und das wird auch durch Lautstärke und durch großartige phonetische Höhepunkte, die Sie liefern, nicht zu unterbinden sein! Das möchte ich klar hier festhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn eines muß uns klar sein und das gilt für die Kulturpolitik dieses Landes: Auch wenn die Freiheitliche Partei im Landtag sitzt, wird Niederösterreich nicht zur kulturellen Einöde in Österreich werden, das stelle ich für meine Fraktion ausdrücklich fest! (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Preiszler das Wort.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Herr Dr. Strasser, ich darf Ihnen in aller Offenheit sagen, das, was Sie jetzt da getan haben, grenzt wirklich an Frechheit. An permanente Frechheit! Und da möchte ich schon darauf hinweisen, wer hier die Würde des Hohen Hauses verletzt, die Österreichische Volkspartei oder die Freiheitliche Partei. Ich weise diese Anschuldigung mit aller Entschiedenheit zurück, nehmen Sie das zur Kenntnis! Weil von Haiders und Gauggs, vom Anzünden von Türkenhäusern

in einem Atemzug zu sprechen ist eine Frechheit sondergleichen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Beweisen Sie uns, wo Freiheitliche in dieser Causa irgendwo involviert waren. Sagen Sie das! Ich fordere Sie auf, daß Sie wirklich den Beweis antreten, hier Ihre Anschuldigung vor der Presse öffentlich zu dokumentieren. Das ist eine Frechheit sondergleichen! Wenn das die Kulturpolitik der ÖVP ist, dann kann ich nur sagen, Gute Nacht!

Sie werden schon hoffentlich gestatten, daß es auch in der Kultur verschiedene Geschmäcker gibt, Gusto und Ohrfeigen, auf gut Deutsch gesagt. Überlassen Sie uns das gefälligst, was wir für gut befinden und wir überlassen Ihnen, was Sie glauben, was Sie unter Kulturpolitik verstehen. Wir haben noch nie gesagt, daß es eine linke Kulturpolitik ist, der Sie huldigen in aller Offenheit, das muß man auch sagen. Aber für uns hat es noch nie eine rechte Kulturpolitik gegeben. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein Wort noch zum Herrn Kollegen Breininger: Herr Kollege Breininger, ich schätze Sie als sehr sachlichen Abgeordneten zum Unterschied von Herrn Dr. Strasser, das darf ich hier schon in aller Offenheit sagen. Ihre Rede hat mir gut gefallen. Ihre Anmerkung, die mir weniger gefallen hat, war natürlich jene zur Presseförderung, die wir kritisieren werden. Na selbstverständlich kritisieren wir die Presseförderung! Und zwar deswegen, weil wir ja genau wissen, daß die Presseförderung immer im Wahljahr, insbesondere im Vorjahr bei den Landtagswahlen, enorm hoch war und weil es sonst nichts gab als eine Inseratenkampagne für den Landeshauptmann Pröll. Was allerdings sehr wenig geholfen hat. Vielleicht hätten Sie doch die Presseförderung noch etwas höher ansetzen müssen. Sie sehen aber daraus, daß man mit Geld Gottseidank nicht alles bezahlen kann und daß man schon gar nicht eine politische Meinung der mündigen Bevölkerung aufkotzieren kann. Das zu Ihnen.

Zur Kultur in Niederösterreich: "1996 geht der Vorhang auf." Und damit bin ich eigentlich gleich beim Thema. So geschrieben in der NÖN vom 28. September 1993. Der Kulturbezirk neben dem Regierungsviertel soll Schmuckkasterl und Aushängeschild von St. Pölten werden. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Nur glauben wir, die riesige Gigantomie, die auch hier wiederum im Kulturbezirk in St. Pölten nach ÖVP-Muster demonstriert wird, ist schon stark. Und wenn selbst

die Salzburger Nachrichten, an sich ein sehr liberales Blatt, schreibt, ich zitiere nur die Einleitung: "Das gesteckte Ziel ist gewaltig, kann man wohl sagen. Wir wollen ein qualifiziertes Konzerthaus schaffen, einen Saal, der vergleichbar ist mit den besten Konzertsälen der Welt." Das ist noch gewaltiger. Und hier zeigt sich sehr deutlich, daß der Größenwahn einer politischen Partei, sich hier ein Denkmal zu setzen mit der Landeshauptstadt, mit dem Kulturbezirk und insbesondere mit dem Festspielhaus, schon gewaltig ist. Wir meinen, daß es auch ohne dieser gewaltigen Summe Kultur in Niederösterreich genug gibt. Niederösterreich ist ein Land, wo die Kultur blüht an allen Ecken und Enden. Wir brauchen uns dessen bei Gott nicht zu schämen. Und ich glaube, wir brauchen sicherlich nicht diese Milliardenaufwendungen, die hier in St. Pölten verschleudert werden.

Wir haben in diesen drei Tagen Gelegenheit, überall zu sehen, wo es landauf, landab, fehlt an Geldern. Ich brauche hier nicht erwähnen wo überall. Im Sozialbereich, ein wichtiges Ressort. Krankenanstalten. Wir sind nicht in der Lage, ein Schwerpunktkrankenhaus, so wie es in Wien schon gang und gäbe ist, zu errichten, weil es mangelt an Geld. Im Gegenteil! Wir führen mit Wien seit Jahren einen Spitalsstreit und glauben, wir müssen besser sein als Wien. Hier könnte man beweisen, daß wir Gelder sinnvoller investieren als anderswo in dieser riesigen Gigantonomie St. Pölten.

Und wenn es hier weiter heißt, der Herr Hauptstadtplaner Dipl. Ing. Norbert Steiner, Vorsitzender der sogenannten NÖPLAN-Kommission oder wie sich der Verein nennt, dann frage ich mich wirklich, plant überhaupt die Landesregierung oder plant hier Steiner. Steiner, dem Herrn Dipl. Ing. Steiner wird für meine und unsere Begriffe hier freizügig die Zügel freigegeben und er kann so nach lockerer Manier Millionen aus der Tasche schleudern. Es werden Exkursionen gemacht über Deutschland, Festspielhäuser werden besucht in Holland. Und ich weiß nicht noch wo überall. Meine Damen und Herren! Hier, glaube ich, könnte man wirklich sparen! Ob das notwendig ist - und das ist wirklich die Frage - ob hier Steiner oder die Landesregierung diese ganze Planungsgesellschaft überhaupt noch im Griff hat.

Lassen Sie mich aber andere Dinge noch hier anmerken, die wir als Freiheitliche immer wieder um kritisieren. Hier wurde sehr deutlich demonstriert, wie eigentlich Kultur in eine gewisse Richtung geht, von Herrn Klubsekretär Dr. Strasser, wie sie nicht sein soll. Ich weiß schon, daß es in

der Kultur immer Strömungen gegeben hat, im ausgehenden Jahrhundert zu den Sozialdemokraten, die ja damals wirklich ausgesperrt waren aus jedem Kulturleben. Es hat sich eine sozialdemokratische Hochkultur entwickelt, die gut war. Aber auch hat es dann Szenen gegeben, die eben dann parteipolitisch sehr stark zum Tragen gekommen sind. Die Kultur hat sich fortgesetzt im sogenannten Austrofaschismus, das darf man hier auch einmal vermerken. Daß es hier eine Kultur gegeben hat, die nur von oben aufkrotyiert wurde. Und ich meine, es soll nicht so sein, Herr Dr. Strasser und meine Herren der ÖVP, daß Sie vielleicht glauben, jetzt wiederum alle, die nicht Ihrer Meinung sind, einfach rechts stehen zu lassen und zu sagen, wir wären die Zünder. Ich verweise darauf, lesen Sie einmal nach, was es da alles gegeben hat, dann werden Sie vielleicht in Ihrer Wortwahl etwas sorgfältiger sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich verhehle aber auch nicht, daß es eine sehr schlechte Kultur gegeben hat unter der NS-Zeit. Dieser huldigen wir in keinster Weise. Das darf hier jetzt einmal klar gesagt werden, daß wir alles das, was es in dieser Ära gegeben hat, daß wir davon Abstand nehmen, daß wir keine Nachfolgepartei oder sonst irgend etwas sind. Wir stehen genauso als demokratische Partei da wie jede andere Großpartei, die ÖVP oder auch die Sozialisten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kultur in Niederösterreich wäre auch, der Herr Landeshauptmann ist leider wieder einmal nicht hier, die sogenannte Dorferneuerung. Die immer so groß angepriesen und gepredigt wird, jetzt schon mit dem zweiten Kind, der Stadterneuerung. Weil die Dorferneuerung sich schon irgendwo ein bißchen abgelebt hat, muß man etwas Neues erfinden, die sogenannte Stadterneuerung. Ich habe schon wiederholt gesagt, es soll nicht nur eine Hausfärbelei sein, wo man schöne Bauten, die man dann im Niederösterreichbild immer wiederum demonstrativ zeigt, was uns gefällt, keine Frage, aber zur Dorferneuerung, geschätzte Damen und Herren, gehört eigentlich viel mehr. Und mit dem Dorf, das ja Sinn und Zweck dieser Aktion sein sollte, verstehen wir auch eine Belebung des dörflichen Charakters, wie er einmal war. Eine Belebung, daß nicht Wirtschaftsbetriebe sich absetzen von Grenzlandregionen, daß die Gendarmerieposten nicht geschlossen werden, daß Schulen bestehen bleiben, daß Kindergärten errichtet werden, wo es immer wieder an Geld fehlt. Daß die Menschen dann wirklich eine Zukunft, eine Chance finden für ihr weiteres Leben. Es darf einen nicht verwundern, wenn dann die jungen

Menschen abziehen. Das Lagerhaus alleine ist zu wenig im Waldviertel oder im Weinviertel. Das muß man beleben. Und beleben kann man es dadurch, daß man wirtschaftliche Impulse gibt und daß man dahinter steht. Das wäre auch ein Beispiel der Kulturförderung, nicht nur Millionen und Milliardenbeträge, die man in St. Pölten investiert.

Ich frage mich wirklich, wenn selbst die NÖN und die Salzburger Nachrichten kritisch die Betriebskosten vermerken, die sich nur beim Festspielhaus allein zwischen 30 und 50 Millionen Schilling bewegen werden, wer das bezahlen wird. Und ich frage mich umso mehr, als jeder weiß, daß die Zahl der Theaterbesucher immer wieder rückläufig ist. Mich verwundert es nicht, wenn man auch im berühmten Burgtheater, wo es "Künstler" gibt, unter Anführungszeichen, die glauben, eine Kultur der Volksmeinung aufzokroyieren zu können. Es ist so, daß sich jeder selbst anschaut, was er will. Und nicht, wenn der Herr Peymann glaubt und er es für gut befindet, das allgemein anerkannt werden muß. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch in St. Pölten ist es so. Und jetzt gibt es ja auch den Streit um den Intendanten des St. Pöltener Theaters. Eine traurige Show zwischen Schwarz und Rot. Der eine sagt, er ist gut, der andere sagt, er ist schlecht. *(Abg. Uhl: Und was ist er tatsächlich, Herr Kollege?)* Lesen Sie einmal die Zeitung, Herr Kollege Uhl! Ich kann Sie jetzt nicht über das Manko Ihres Nichtlesens von Tageszeitungen informieren. Wir werden nachher dann Gelegenheit haben. *(Abg. Uhl: Nun, steht es in der Zeitung oder ist es wahr?)* Sie glauben doch immer das, was für Sie gut steht. Was vielleicht die Arbeiterzeitung geschrieben hat, das ist up to date und alles andere, was andere Zeitungen schreiben, nicht. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Also, Herr Kollege Uhl, das wissen wir schon. Wir haben leider das Manko, die Freiheitliche Partei, keine eigene Zeitung zu haben außer unserem Wochenblatt. Wir haben keine Zeitung, die uns so positiv gesinnt ist wie das die Großparteien haben. Und Sie wissen ja, daß 80 % der Medien, das darf ich Ihnen hier auch einmal sagen, nur die Meinung der Großparteien vertreten, vor allem der ÖVP. Ein großes Plus. Also sagen Sie nichts, ich wollte Ihnen das Gegenteil damit beweisen!

Vielleicht noch eine kleine Anmerkung, nachdem, ich wirklich hautnah erst jüngst erlebt habe und erleben mußte, wie wenig eigentlich verschiedene Künstler in Niederösterreich gefördert werden. Damit meine ich die vielen Blasorchester, die es landesweit in Niederösterreich gibt. Es ist wirk-

lich traurig, wenn bei uns am Sonntag unser Guntramsdorfer Blasmusikorchester, das wunderbar spielt, über die regionalen Grenzen hinaus bekannt ist, bis heute keine Förderung vom Land Niederösterreich erhalten hat. Obwohl sie ein paar Mal bittstellig geworden sind, wurden sie unbegründet abgelehnt. Ein roter Vizebürgermeister steht diesem Orchester vor. Und ich habe mich immer gewundert. Ich habe ihnen gesagt, wendet euch doch vielleicht an den Herrn Höger. Vielleicht kann der etwas machen. Aber scheinbar auch nicht. Für so kleine Dinge hat man eben keine Zeit und kein Geld. Wichtig sind ja die Monumente, die man sich errichtet. Dann wird man ja vielleicht anstatt Lenin vielleicht einmal den Höger oder den Herrn Landeshauptmann Pröll als Symbol für die Nachwelt erhalten können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das wäre eine Idee. Also wenn man hier wirklich, dabei muß ich schon sagen, wem wirklich die Schnapsidee von einem Lenin in den Kopf gestiegen ist. Herr Strasser, ich hoffe, Sie waren da nicht federführend, daß Sie die Idee einer Leninbüste oder eines Mahnmales gegen den Kommunismus oder was immer dieser Mann symbolisieren sollte, daß Sie dahinter waren. Das ist wirklich eine Traurigkeit. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Sie werden ja nicht sagen, wir haben das erfunden. Ich weiß schon, es ist peinlich. Aber da mangelt es halt wirklich an Information, da läßt man einige freizügig über die Köpfe anderer hinweg schalten und walten. Die Herren der Landesregierung wissen scheinbar nicht mehr, was sich in St. Pölten tut, denn sonst dürften solche Sachen nicht passieren! *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)* Na sehen Sie. Das freut mich, Herr Uhl, daß Sie einmal sagen, ich habe recht. Das freut mich, daß Sie das einmal sagen. Und jetzt würde ich Sie noch bitten, lesen Sie einmal die Zeitungen aufmerksamer, dann werden Sie wissen, was ich damit gemeint habe.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt dargelegt habe, diesem Kapitel nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Der Herr Abgeordnete Wöginger hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Egon Fridell, ein geistreicher, scharfsinniger Schriftsteller der Zwischenkriegszeit, führt uns in

seiner Kulturgeschichte der Neuzeit vor Augen, daß es in Europa in der Regel immer die kleineren staatlichen Gebilde waren, von denen eine epochale kulturelle Kreativität ausging. Und er nimmt als Beispiele das antike Athen, das Florenz der italienischen Renaissance und Weimar, die Stadt Johann Wolfgang Goethes. Wir als Niederösterreicher sind natürlich nicht so vermessen, zu behaupten, daß die Kleinheit unseres Landes Chancen zu einem auch nur annähernd ähnlichen kulturellen Höhenflug böte. Dieser Zug nämlich ist abgefahren. Beethoven wird nie mehr wieder durch das Helenental wandern, das ihn, wie andere Gegenden Niederösterreichs auch zu seiner Pastorale, der lieblichen sechsten Symphonie inspiriert haben mag. Der Tullner Egon Schiele ist tot, Oskar Kokoschka, der in Pöchlarn geboren wurde, ist nicht mehr. Und doch, man sagt, daß den Sieg der Athener über die Perser nicht die Schwerter errungen haben, sondern Homer und Heraklith. Der Geist also war es, der triumphierte. Und als die Türken vor Wien standen und Niederösterreichs Dörfer verwüsteten, da siegten nicht Graf Starhemberg und der Polenkönig Sobieski, wie uns die Geschichtsbücher lehren, sondern die Gotik. Jene kühne neue Architektur, deren Pfeiler und Spitzbogen wie gefaltete Hände nach oben streben. Dem hatten die Osmanen nichts entgegensetzen.

Immer also war es die Kultur, die sich als unüberwindlich erwies und auch das kulturelle Leben, das sich heute in unserem Land entfaltet, schöpft seine Kraft ganz offensichtlich aus der Vergangenheit, deren kulturelle Werte wir in

unsere Zeit hinübergerettet haben. Denn im Grunde genommen ist es in Summe das kulturelle Vermächtnis, von dem wir uns beflügeln lassen. Nur so ist es zu erklären, daß heute von der Leitha bis zur Enns, vom Waldviertel bis zum Semmering gespielt, veranstaltet, gelesen, gehört und ausgestellt wird. Diese kulturelle Vielfalt, die uns auf den Bühnen, in den Konzert- und Vortragssälen und unseren Museen begegnet, ist wahrhaft beglückend. Es sollte diese Feststellung gleich auch der Anlaß sein, allen zu danken, die sich diesem Wirken widmen. Den Künstlern, den Schauspielern, den Literaten und Musikern. Vor allem aber auch den Gemeinden, die dabei eine so initiative und hilfreiche Rolle spielen. Der NÖ Theatersommer zum Beispiel wäre ohne sie nicht denkbar. Gerade in diesem Bereich hat sich aber auch eine enge freundschaftliche Beziehung zwischen den Gemeinden und den Darstellern, zwischen den Gemeinden und den Regisseuren entwickelt, die ein schönes Beispiel dafür ist, wie Kultur durch die Anteilnahme des Publikums eine innovative Bereicherung erfährt.

Alle einschlägigen Schilderungen und Reportagen in den dafür zuständigen Publikationen, vor allem auch in den NÖ Kulturberichten, bezeugen diese bemerkenswerte kulturelle Quantität. Aber niemand wird in Abrede stellen können, daß Niederösterreich auch mit großem Erfolg den Weg der kulturellen Qualität geht. Die Landesausstellungen, die Revitalisierungsaktionen in den Städten, der Denkmalschutz überhaupt - soweit das Land hier zuständig ist - die liebevolle Pflege der Kellergassen, die vielen Konzerte, die Kirchenmusiktage im besonderen, diese geglückte Kombination zwischen sakralen musikalischen Darbietungen und historischen Objekten, wie es unsere Klöster, Basiliken und Kartausen sind, bringen Außergewöhnliches zustande. Aber auch das Donaufestival, seinerzeit nicht unumstritten, ist in seiner neuen Form nicht nur zu einer regionalen Attraktion geworden, es hat auch eine mitteleuropäische Perspektive. Zwischen den Festspielen in Salzburg, die der Tradition verhaftet sind und dem Steirischen Herbst, der mit seiner Modernität provozieren möchte, macht dieses Donaufestival das Land am Strom zur Szene. So bleibt Niederösterreich auf der österreichischen Kulturkarte erst recht nicht ausgespart, gibt es zwischen den Festwochen in Wien und der Klangwolke in Linz kein kulturelles Niemandsland. Übrigens versucht man sich auch in Niederösterreich in der Kunst in einer sehr avantgardistischen Richtung. Unser zeitgenössischer Herbst ist ein Schritt weg von Obligatem. Vivaldis Vier Jahreszeiten werden als Glanzstück der Barockmusik wohl immer mit Be-

geisterung gehört werden. Wenn moderne Komponisten einen Herbst ihrer Art zu interpretieren versuchen, sollten wir dem aber jedenfalls unsere Ohren nicht verschließen.

Ich habe die mitteleuropäische Perspektive erwähnt, die vom Donaufestival ausgehen könnte und ich meine, daß wir unsere Kultur darüber hinaus in die gesamte europäische Integration einbringen sollten. Befürchtungen, daß unsere kulturelle Identität in Europa verlorengehen könnte, sind dabei ebenso von der Hand zu weisen, wie es die düstere Behauptung ist, es werde sich die Identität Österreichs überhaupt nicht bewahren lassen. Im Gegenteil. Das österreichische Zimmer im großen Haus wird ein Raum sein, aus dem Kultur von hohem Rang strömt. Kultur, die ermutigen soll. Manchmal nämlich haben wir heute schon Anlaß, betrübt zu sein. Wir konstatieren eine Verflachung in unserem Leben, eine Verformung, die bis zur Geistlosigkeit geht. Wichtig scheint in unserer Konsumwelt allein die Warenfülle im Supermarkt zu sein. Daß die Regale kultureller Ansprüche leer bleiben, stört nicht allzu viele. Aus Umfragen geht hervor, daß die Menschen am ehesten Einsparungen bei Kulturausgaben gutheißen, wie auch europaweit der Sockel dieser Ausgaben in den Budgets aller Staaten ständig kleiner wird. Da muß sich Niederösterreich wirklich rühmen, den Weg zur Kulturmilliarde beschritten zu haben. Mit einer Ausgabensteigerung um fast 11 % auf über 700 Millionen Schilling im Landesbudget 1994 wird dieses Ziel deutlich angepeilt. Wir alle müssen uns dazu gratulieren, dem vielzitierten Zeitgeist nicht zu Gefallen zu sein, der Kultur vielfach die Priorität streitig macht. Möglicherweise ist dieser Umstand darauf zurückzuführen, daß wir heute von einer Flut banaler Informationen erschlagen werden. Wir können uns ihrer kaum erwehren, der vielen eher unnötigen Zeitschriften, boulevardesken Magazine und brutalen Fernsehfilme. Ein amerikanischer Kommunikationsexperte hat diese Erscheinungen unlängst als eine Art Kultur-Aids bezeichnet. Als eine gefährliche Krankheit, weil uns die Informationstechnologie nachgerade zu Tode informiert. Sie trübt uns den Blick für das Wesentliche, läßt kein abgerundetes Weltbild mehr erkennen und raubt uns, wenn wir nicht höllisch aufpassen, wirklich noch die Kultur an sich.

Gerade deshalb muß ja für die hochwertige Literatur plädiert werden, für das Lesen um des Lesens willen. Lassen wir uns nicht davon abbringen, auch Kleinverlage zu fördern, sofern sie sich nicht auf Trivialprodukte beschränken. Daß das

Land die Literaturförderung nicht außer acht läßt, muß uns deshalb ebenso mit Befriedigung erfüllen, wie die Tatsache, daß die Literaturedition jungen Autoren die Möglichkeit bietet, mit ihren Büchern an die Öffentlichkeit zu treten. Wir hielten in diesem Zusammenhang allerdings auch die Forcierung der Erwachsenenbildung für erforderlich. Das Volkshochschulwesen krankt - und das nicht nur in Niederösterreich - an einer Verkennung der Wichtigkeit dieser Institution für die Kreativität und Selbstentfaltung von Menschen, deren Bildungsbefähigung wir zu würdigen hätten.

Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop hat schon einige Male auf das Vorhaben verwiesen, im kommenden Jahr ein novelliertes NÖ Kulturförderungsgesetz vorzulegen. Wir begrüßen diese Absicht natürlich und freuen uns auch, daß sich die Ressortleiterin zur Regionalisierung der Kulturförderung bekennt. Als Ausgleich zu dem im Entstehen begriffenen Kulturbezirk der Landeshauptstadt. Da ist denn doch auch in die Landeskulturpolitik die Auffassung von uns Sozialdemokraten eingeflossen, daß nach dem Beschluß über die Errichtung einer Landeshauptstadt die Regionalisierung das Gebot der Stunde ist. Nur wenn die Regionen nicht vernachlässigt werden, wird es ein Niederösterreich der Ausgewogenheit geben. Das gilt in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht.

Was nun diesen Kulturbezirk in St. Pölten betrifft, unterstützen wir das Vorhaben, jenen Teil der Großbauprojekte, die erst später realisiert werden sollten, aus Gründen der Arbeitsmarktstärkung vorzuziehen. Schließlich soll der Kulturbezirk ja auch keine Baustelle sein, auf der die Kräne bis weit in das Jahr 2000 hinein herumstehen. Daß das Museumskonzept für die Landeshauptstadt im Hinblick auf tragbare Betriebskosten reduziert wird, ist ebenfalls gutzuheißen. Wir von der SPÖ halten an der Auffassung fest, daß St. Pölten eine Landeshauptstadt mit Augenmaß zu sein hat. Wir Menschen unserer Zeit sind, was die Gigantomanie betrifft, sensibel geworden. Die Wiener hätten sonst, ob uns das recht ist oder nicht, das Weltausstellungsprojekt nicht abgelehnt.

Noch einmal: Auch wir sind für ein kulturelles Landeszentrum. Zur Kopflastigkeit aber darf es nicht werden. Das würde zu Recht die Kritik jener herausfordern, die in den Regionen eine so bemerkenswerte kulturelle Kreativität an den Tag legen. Der Prozeß, an dessen Ende sicher ein von allen Niederösterreichern bejahter

Kulturbezirk in der Landeshauptstadt stehen wird, muß behutsam weiterentwickelt werden. Das zeigt sich ja auch an den noch bestehenden Schwierigkeiten mit den NÖ Tonkünstlern, die sich so ungern vom Wiener Musikvereinsaal lösen. Gut Ding braucht Weile, sagt man. Das sollten wir jedenfalls beherzigen.

Lassen Sie mich nun die sozialdemokratischen Positionen zu Kunst und Kultur interpretieren. Und zwar in grundsätzlicher Hinsicht. Kunst muß Sache möglichst vieler Menschen sein. Deshalb müssen Hindernisse beim Zugang zur Kultur abgebaut werden. Und das gilt für die Kultur überhaupt. Und selbstverständlich auch für die Bildung. Kultur für alle muß daneben möglichst auch Kultur von allen werden. Auf breiter Basis haben wir zur kultureller Betätigung zu animieren. Und sei das Resultat auch nur die sogenannte Hobbykunst, die vielfach zu sehr bemerkenswerten Ergebnissen führt. Wir wollen ein vielseitiges, ein buntes Kulturleben, das auch für Teilkulturen und unterschiedliche Milieus offen ist. Wenn die Kultur auch des anderen geachtet wird, ist das der Weg, Aversionen, Ressentiments und Vorurteile abzubauen. Sie sind ja die Wurzel nationaler Überheblichkeit, von Chauvinismus und Rassismus. Mit aller Kraft widersetzen wir uns einer Reglementierung der Kunst. Sie muß sich völlig frei entfalten können. Wo sie auf Unverständnis oder Ablehnung stößt, darf es dennoch nicht zur Ausgrenzung kommen. Die sogenannte Entartung sollte als Vokabular in unserem Sprachschatz nie mehr Eingang finden. Nie mehr wieder dürfen Bücher, aus welchen Gründen immer, den Flammen überantwortet werden! Erst die Toleranz schafft das Klima, in dem in der Kunst das Außergewöhnliche gedeiht. In der Kunst sollte man ruhig experimentieren, weil das Experiment Widerspruch erregt. Widerspruch aber das Salz ist, das Schalheit verhindert.

Lassen Sie mich nun einige Überlegungen anstellen, die nur scheinbar den Rahmen dieser Ausführungen zum Kulturbudget sprengen. Kultur ist ja mehr als das gute Bild, das unser Wohnzimmer schmückt und mehr als Schuberts Unvollendete im Radio. Kultur hat eine Grundnorm, für alle Bereiche unseres Lebens zu sein. Kulturlos ist nämlich nicht nur, wer es mit jenem Wiener Politiker der Zwischenkriegszeit hält, der einmal gesagt hat, "wenn ich ein Buch sehe, hab' ich schon gefressen". Kulturlos ist auch, wer in anderer Art rüpelhaft ist. Manierlos und kulturwidrig aber kann auch, wir haben es erlebt, ein politisches System sein. Wo gellend einem starken Führer gehuldigt wird, ist es mit der Kultur schlecht bestellt. Wo es eine offene

Debattenkultur gibt, braucht uns weder um die Demokratie, noch um die Kultur bange zu sein. Nicht von ungefähr sind ja die Parteien dazu übergegangen, ihren Anhängern und Wählern Programme nicht einfach zu verordnen oder von Laien und Parteitheoretikern entwerfen zu lassen. Sie stellen diese heute in breiter Front zur Diskussion, ehe endgültig zu Papier gebracht wird, womit sie ihrer Politik die Linie vorgeben wollen. Und nicht von ungefähr machen alle Parteien die Entscheidung ihrer Kandidaten von Vorwahlen abhängig, so unterschiedlich diese Verfahren auch sein mögen. Wir müßten die Demokratie erfinden, wenn wir sie nicht hätten, auch um unserer Kultur Willen, sagte der Philosoph Karl Jaspers, als er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt. Und man könnte hinzufügen, wir sollten noch mehr Demokratie wagen. Denn nur wo Demokratie ist, ist auch Kultur.

Ich habe vor einigen Jahren hier in einem Debattenbeitrag darauf Wert gelegt, daß in die Anforderungen, die wir an die Kultur stellen, auch die sogenannte politische Kultur mit einbezogen wird. Und ich möchte diese Aufforderung heute wiederholen. Zwar ist die politische Auseinandersetzung in Österreich heute schon längst nicht mehr so heftig wie früher einmal. Doch erliegen wir, die wir in der Politik tätig sind, gelegentlich doch noch der Versuchung, die andere Seite zum Gegenstand einer Sprachattacke zu machen. Lassen Sie mich gleich betonen, daß die Mitglieder dieses Hauses insgesamt bemüht sind, diesbezüglich Behutsamkeit an den Tag zu legen. Aber auch in anderen Landtagen und auch im Parlament sollte man, so glaube ich, endgültig davon Abstand nehmen, Verbalausdrücke zu verwenden, die in das Gruselkabinett einer Rabaukenzeit gehören. Auch die Stigmatisierung des politisch Andersdenkenden ist kulturlos.

Freilich lassen wir uns alle von der Notwendigkeit leiten, unsere Auffassungen über die Medien in die Wohnungen derjenigen zu transportieren, an deren Wohlwollen und Stimme wir Interesse haben. Und da passiert es auch dem durchaus Gutgesinnten unter uns, daß wir erst gar nicht fragen, ob eine Behauptung wirklich richtig ist, wenn sie nur vermittelbar ist. Wir sollten da, glaube ich, mit uns ins Gewissen gehen und wir sollten auch nicht bis zur Selbstverleugnung vor den Medien buckeln. Natürlich gehören die Medien zum harten Kern der demokratischen Öffentlichkeit. Und so gesehen muß die Kontrolle der Politik durch die Medien und die Kontrolle der Berufspolitiker durch die Berufsjournalisten bejaht werden. Wo sich aber gewisse Medien allzuviel herausnehmen, darf uns der Mut nicht fehlen,

auch ihnen entgegenzutreten. Oder wollen wir uns wirklich gefallen lassen, daß ein Kolumnist seine Abneigung gegen die Politik in die bresthafte Aufforderung kleidet, "jagt die Politiker wie die Hasen"?

Ich meine also, daß Kultur allgegenwärtig zu sein hat und allumfassend. Wir beraten heute über jene Ansätze im Landesbudget, von denen wir hoffen, daß wir damit das Kulturwesen in Niederösterreich weiterentwickeln werden. Wir sollten uns aber bewußt sein, daß der Bedarf an Kulturinitiativen darüber hinaus geht. Dienen wir, Hohes Haus, der Kultur auch in ethischer, moralischer und gesellschaftlicher Hinsicht! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hülmbauer.

Abg. HÜLMBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist nicht die hohe und große und internationale Kulturpolitik, zu der ich Stellung nehme, sondern es ist die kleine Kulturpolitik vor Ort, die aber viele tausende, ja zehntausende Bürger unseres Landes bewegt. Wenn man mit offenen Augen durch unser Land fährt und ich glaube, wir, die wir in unserer Aufgabe unterwegs sind, tun das, so kommt man durch viele Ortschaften, durch viele Dörfer, in denen man die Augen aufmacht und sagt, eigentlich ist es dort schön. Ob es die Siedlungen sind, ob es die Baukultur ist, der Blumenschmuck um das Haus, die Ortsdurchfahrten, das Vereinsleben oder all das Drumherum. Wo man es ganz besonders schön findet, bräuchte man gar nicht zu fragen, wenn man aber fragt, dann heißt es immer wieder, Ja, wir sind schon einige Jahre bei der Dorferneuerung. Ich glaube, daß diese Dorferneuerung sehr, sehr viel bewegt hat. Es war eine Königs-idee unseres Herrn

Landeshauptmannes, schon vor vielen Jahren, die er von Bayern übernommen hat. Die er aber ausgebaut und erweitert hat und die zu einer Bürgerbewegung in unserem Bundesland geworden ist. Mit wenig Geld, mit relativ wenig Geld wurde hier sehr, sehr viel bewegt. Wirtschaftlich bewegt ein Schilling in der Dorferneuerung das Zehnfache. Aber nicht nur wirtschaftlich, ich glaube auch gesellschaftspolitisch wurde sehr, sehr viel bewegt. Denn die Bürger sehen ihre Heimat, sehen ihre Gemeinde, sehen ihr Dorf, sehen ihre Umgebung mit ganz anderen Augen. Und die Bürger machen mit. Viele hunderte Menschen in den Dörfern sind mit dabei bei den Vereinigungen für die Dorferneuerung, um hier Ideen zu entwerfen, mitzuarbeiten und mitzutun. Ich komme selber aus einer solchen Gemeinde. Wir sind schon etwa zehn Jahre bei der Dorferneuerung. Es ist faszinierend, wie viele Bürger zu gewinnen sind, die sonst bei keiner Veranstaltung dabei sind. Aber hier helfen sie mit und zu diesen Veranstaltungen kommen sie. Daher möchte ich auch ein Dankeschön aussprechen all den vielen Mitarbeitern und Funktionären, die sich für diese Dorferneuerung zur Verfügung gestellt haben.

Es gibt das Einstiegsprojekt aus Auftakt, bei dem einmal ein Fixpunkt gesetzt wird, mit dem sich dann die Bürger auseinandersetzen. Dazu gibt es den Dorferneuerungsplan, mit dem über fünf oder zehn Jahre ein Entwicklungsplan für die Ortschaft, für die Gemeinde fixiert wird, um alle Jahre ein Projekt dazu zu entwickeln. Hier ist eine sehr, sehr starke Bewegung festzustellen.

Mehr als zwei Drittel der Gemeinden in Niederösterreich machen mit bei dieser Dorferneuerung. Das sind über 400 Gemeinden unseres Bundeslandes. Ich glaube, daß das schon eine sehr große Bewegung ist und eine Bewegung, die nicht nur bei uns im Bundesland bleibt, sondern über ganz Österreich ausgestrahlt hat. Unser Landeshauptmann ist ja auch hier deren Vorsitzender. Er ist nicht nur über Österreich der Vorsitzende dieser Dorferneuerung, sondern sogar in Europa, wohin auch diese Idee ausstrahlt, in unsere östlichen Nachbarstaaten Ungarn, Tschechien und die Slowakei, wo auch, nach dem Niedergang des Kommunismus, der das Dorfleben, das Gemeinschaftsleben ganz bewußt zerstört hat, sich die Menschen wieder gruppieren, um hier ein neues Bewußtsein zu schaffen, Mitverantwortung zu tragen für die Entwicklung ihrer Umgebung.

Wenn der Herr Kollege Preiszler hier gesagt hat, daß die Dorferneuerung bei uns bloß

gefärbelt hat, so muß ich ihm eigentlich widersprechen. Entweder sieht er nicht oder hört er nicht, was draußen vor Ort geschieht. Oder sagt man bewußt hier die Unwahrheit? Das gleiche gilt auch, wenn er sagt, daß die Gelder für den Schulbau und für den Kindergartenbau fehlen. Wir haben den Schul- und Kindergartenfonds, wo, glaube ich, die Neubauten fast abgeschlossen sind und die Renovierung unserer Schulen zügig vorangeht. Und bei den Kindergartenneubauten gibt es keine Schwierigkeiten. Höchstens, wenn eine Gemeinde die Mittel nicht gegenüberstellen kann. Aber sonst, glaube ich, ist hier sehr, sehr viel geschehen. Und wenn auch diese Bewegung in Verbindung mit der Hauptstadt gebracht wurde, so muß ich sagen, die Freiheitliche Partei sollte doch darüber nachdenken, daß die Finanzierung der Hauptstadt mit jenen Geldern getätigt wird, die erfließen, wenn Häuser und Anlagen in Wien verkauft, vermietet oder verleast werden. Dieses Geld wird in unser Bundesland transferiert, damit dann eben Wirtschaftskraft in unser Bundesland kommt, damit unsere Betriebe Beschäftigung finden. Hätte man es bei den Anlagen in Wien belassen, hätten wir kaum einen Arbeitsplatz in unserem Bundesland schaffen können.

Die Dorferneuerung läuft sehr gut, ja sie läuft schon fast von selbst, daher kann man zur nächsten Entwicklung gehen. Das ist die Stadterneuerung. 30 % der Bevölkerung unseres Bundeslandes wohnen in Städten. Wir haben 31 Städte in unserem Bundesland. Natürlich gibt es auch dort Probleme. Vor allem jenes Problem, daß man die Bürger wieder gewinnen muß, über ihre Umgebung, über ihren Wohnbereich, über ihre Straße nachzudenken. Und ich glaube, daß es hier sehr, sehr notwendig ist, die Bürger auch einzubinden. Denn die Probleme im städtischen Bereich sind nur zu lösen, wenn alle Bürger oder möglichst viele Bürger aktiv mitdenken.

Ich denke an die Umweltfrage, an die Müllfrage, die ganzen Verkehrsfragen in der Stadt, Parkplätze, Fußgeherzonen. Ich denke an die Grünraumgestaltung in der Stadt. Oder auch an die vielen Gemeinschaftseinrichtungen, die zur Freizeitbewältigung hier gebraucht werden. Ich denke an die Stadtentwicklung, an den ganzen Bodenverbrauch in der Stadt und rund um die Stadt. Hier müssen die Bürger persönlich aktiv mitwirken. Das war der Startschuß und der Sinn für diese Stadterneuerung. Es gibt Startprojekte, mit denen jetzt einmal der Beginn gesetzt wird. Man sammelt zwei Jahre lang Testergebnisse, um dann diese Ergebnisse auf die übrigen Städte zu übertragen. Die Startprojekte sind Bruck an der

Leitha, Eggenburg, Waidhofen a.d. Ybbs, Waidhofen a.d. Thaya, Wr. Neustadt und Retz. Ich glaube, daß diese Idee sehr schnell verwirklicht wurde. Innerhalb von sechs Monaten wurde hier das Grundkonzept entwickelt und es sind verschiedene Ziele, die hier verfolgt werden; keine Planung von obenher! Ich glaube, das wichtigste ist, daß hier die Bürger selber nachdenken und schauen, was ist in ihrer Umgebung notwendig. Dazu werden kleine überschaubare Einheiten geschaffen, damit möglichst viele Gruppierungen da sind, die eigenständig diskutieren, nachdenken und Dinge entwerfen. Es soll eine Bürgerbewegung zur Selbsthilfe werden, damit in dieser Stadt gemeinsam attraktive Wohn- und Lebensräume für die Bürger gestaltet werden können. Das Land und auch die Stadtverwaltung soll nur unterstützen, soll aber selbständig hier nicht tätig werden. Wichtig ist natürlich diese geistige Stadterneuerung und nicht, daß man wieder mit neuen, überdosierten Forderungen mitwirkt. Sondern es soll von dieser Stadt selber viel Idee ausgehen.

Die Städte erfüllen nämlich nicht nur für die Stadt selbst eine große Aufgabe, für die Bürger, die dort wohnen. Sondern die Städte in unserem Lande erfüllen auch eine große regionale Aufgabe. Denn von der Stadt strahlt sehr viel aus, auch auf das gesamte Umland rund um diese Stadt. Dorferneuerung und Stadterneuerung sind keine Konkurrenz. Sind eine Ergänzung und sollen zur Landeserneuerung führen.

Eine weitere Begegnungsmöglichkeit für die Bürger ist die Erwachsenenbildung. Wir leben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer sehr dynamischen Zeit, in der die Weiterbildung nach der Schule, auch im Beruf, immer notwendiger wird, um sich dort auch dementsprechend betätigen zu können. Und natürlich suchen viele Bürger diese Weiterbildungsmöglichkeit. Wir haben sehr viele solche Bildungshäuser und Organisationen, es gibt reiche Betätigungsmöglichkeit. Es gibt etwa die Konferenz für Erwachsenenbildung, die hier die Koordination ausübt in unserem Bundesland. Heuer fand eine Tagung statt über diese Tätigkeit der Erwachsenenbildung. Es wurde eine schöne Broschüre herausgegeben, in der all die Tätigkeiten und die Organisationen enthalten sind, die sich hier zur Verfügung stellen, um dem Bürger Möglichkeiten zur Weiterbildung zu geben. Ich glaube, daß hier eine große Transparenz gegeben ist und daß die Bevölkerung eingeladen ist, auch aktiv hier mitzuarbeiten.

Nun, welche Organisationen gibt es bei uns im Bundesland? Ich nehme nur hier die wichtig-

sten und die größten heraus. Das ist die ARGE der Bildungsheime Großrußbach, St. Hippolyt, St. Bernhard, Stift Zwettl und Geras. In diesen Bildungshäusern findet man ganzjährig ein Programm auch zur Weiterbildung. Es sind dies die konfessionellen Bildungswerke, das evangelische und das katholische Bildungswerk. Dazu die Berufsweiterbildungsorganisationen BFI, LFI und das WIFI, in denen die berufliche Weiterbildung stattfindet. Auch Kurse, Veranstaltungen, Vorträge werden geboten und sind sehr, sehr gut besucht. Weiters zu nennen ist die Bildung vor Ort. Hier ist das Bildungs- und Heimatwerk sehr aktiv bei uns im Bundesland. In 23 Bezirken gibt es dieses Heimatwerk in 421 Ortsstellen. 1500 meist ehrenamtliche Mitarbeiter sind hier tätig, um diese Vorträge, Kurse, Veranstaltungen zu organisieren. 600.000 Teilnehmer im Jahr besuchen die etwa 6.000 Veranstaltungen. Darüber hinaus gibt es Fernkurse, vom Hauptschulabschluß bis hin zur Matura. Dazu gibt es eine Kooperation mit einer Maturaschule. Natürlich ist auch die Heimatpflege, die Heimatforschung zu nennen. Fast jede Gemeinde bringt ein Heimatbuch heraus, auch das wird sehr stark unterstützt. Die Neuauflage der Volkslieder, der Literatur, auch der Volkstänze, die fast verlorengegangen sind, bis hin zur Bekleidung, bis hin zur Wohnkultur erfolgt hier. Und was entscheidend ist, in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und mit dem Lande.

Die zweite Organisation, die im städtischen Bereich wirkt, sind die Volkshochschulen. Es gibt 67 solcher autonomen Volkshochschulen. Sie sind zusammengefaßt in dem Verband der Volkshochschulen. Meist im städtischen Bereich, weil dort der Umfang größer ist, aber natürlich besteht hier auch eine große Ausstrahlung über das ganze Land, weil auch von der Umgebung diese Volkshochschulen sehr gut besucht werden. Welche Prinzipien verfolgen diese Volkshochschulen? Erstens einmal die Freiwilligkeit. Jeder kann freiwillig diese Kurse besuchen. Es wird dort Demokratie vermittelt und Demokratie geübt. Diese Volkshochschulen sind überparteilich und überkonfessionell. Und es wird eine allumfassende Weiterbildung vermittelt, eine große Palette von Kursen, von Sprachkursen, von sonstigen Kursen. Die Weckung von Talenten, viel Kreativität wird dort vermittelt. Es wird Beratung dort gegeben, es werden Abendkurse, Veranstaltungen, Diskussionen auch hier durchgeführt. Der Andrang ist in manchen Volkshochschulen so groß, daß sogar tagsüber, bei manchen Volkshochschulen sogar vormittags und nachmittags unterrichtet werden muß. Ich glaube, daß damit eine sehr große Möglichkeit, sich zu engagieren, für unsere Bürger besteht.

Und wir sollten sie aufrufen, diese Möglichkeit verstärkt in Anspruch zu nehmen.

Ich darf daher zum Abschluß kommen: Dorferneuerung, Stadterneuerung und die verschiedensten Bildungseinrichtungen geben unseren Bürgern die Möglichkeit, aktiv am Gemeinschaftsleben mitzuwirken, ja, sich noch besser auf dieses Zusammenleben vorzubereiten. Ich glaube, daß das auch eine sehr große politische Aufgabe ist, die von diesen Organisationen wahrgenommen wird. Dadurch ergibt sich für die Bürger mehr Lebensqualität in der Familie, in der Gemeinde, in der Stadt, in der Umgebung. Und damit natürlich auch mehr Lebensqualität in unserem Bundesland. Ich glaube, daß wir für diese Aktivitäten auch für das kommende Jahr budgetär gut vorgesorgt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef (*LIF*): Guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte gerade den Kulturbereich zum Anlaß nehmen, um eigentlich mein Mißfallen über das Festspielhaus und auch über die übertriebene Größe des Kulturbezirkes in St. Pölten kundzutun. *(Beifall bei Abg. Haberler.)*

Ich glaube, daß besonders in diesem Bereich wichtige Einsparungen zu treffen wären, weil sich von der Zeit, als die Planung gemacht wurde, doch wirtschaftlich einiges geändert hat. Und ich möchte sagen, veranschlagt sind 300 Millionen Schilling. Doch so, wie wir diese Art von Bauten kennen, wird das 500 Millionen Schilling kosten. Und niemand wird etwas davon haben und die Halle wird relativ unbenutzt sein. Möge sie auch gut benutzt sein, mit den 500 Millionen Schilling könnte man dort, wo wirklich die Probleme liegen, bei den Ausländern, der Ausbildung der Ausländer, bei

Lehrlingen, könnte man bei uns einiges machen. Ich glaube, daß das viel wichtiger wäre und auch wirtschaftlicher wäre, weil ausgebildete Arbeitskräfte und Fachleute, Fachkräfte ein Kapital darstellen und nicht die Möglichkeit eines großen Kulturbudgets irgendetwas bringen wird. Es gibt angeblich im Finanzbereich einen Antrag der Freiheitlichen Partei über die Aussetzung des Festspielhauses. Ich möchte hier im Kulturbereich wirklich mein Mißfallen über diese Geschichte ausdrücken. *(Beifall bei FPÖ und LIF.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Es liegt nunmehr zur Abstimmung vor die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, und ich ersuche den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zu dieser Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 575,196.000 und Einnahmen von S 15,500.000 zu genehmigen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK *(nach Abstimmung über die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, im ordentlichen Teil in Erfordernis und Bedeckung)*: Mit Mehrheit, gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei, angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Darf ich nun den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Dr. Prober, ersuchen, zur Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, im ordentlichen und außerordentlichen Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, sind Ausgaben und Einnahmen für allgemeine öffentliche Wohlfahrt, freie Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Behebung von Notständen, sozialpolitische Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen und Wohnbauförderung vorgesehen.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 11.090,940.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 8.634,778.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 26,97 %. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 177,266.000 und Einnahmen von S 86,816.000 vorgesehen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich spreche zum Bereich Wohnbau und Wohnbauförderung. Zu einem Bereich, der in Niederösterreich immer Schwerpunkt unserer Politik war. Und das, so höre ich immer wieder, wird auch von den anderen Bundesländern anerkannt. Wir kommen mit diesem Schwerpunkt auch einem wesentlichen Grundbedürfnis unserer Bevölkerung nach. Auf der Skala der Wünsche rangiert das Eigenheim und die Wohnung nämlich ganz oben und das permanent. Der Wunsch, ein eigenes Haus, eine eigene Wohnung zu haben, liegt bei rund 85 %. Diesem starken Bedürfnis stehen aber die Schwierigkeiten der Verwirklichung im Bereich der Wohnversorgung gegenüber. Wir alle wissen, daß in den letzten Jahren eine Verknappung am Wohnungsmarkt eingetreten ist und damit es auch zu einer enormen Verteuerung gekommen ist. Dies hat dazu geführt, daß gerade für junge Menschen die Wohnversorgung immer schwieriger wurde.

Über die Ursachen haben wir in diesem Hohen Haus schon mehrfach diskutiert. Die geänderte Bevölkerungsentwicklung, wir verzeichnen wieder ein Bevölkerungswachstum und kein Schrumpfen der Bevölkerung, die steigenden Scheidungsziffern, die Neigung zu Single-Haushalten, aber auch Qualitätsverbesserungen durch Wohnungszusammenlegungen und letztlich eine auf Grund der Bevölkerungsprognosen zu geringe Bauleistung haben zu dieser Verknappung geführt.

Wir haben in Niederösterreich als erstes Bundesland auf diese geänderte Situation reagiert und versucht, rasch gegenzusteuern. 1990, nach der Verländerung der Wohnungsförderung, haben wir die Förderungszahlen gewaltig gesteigert.

1991 und 1992 haben wir mit dem Sonderwohnbauprogramm einen neuen Schritt versucht. Einen Schritt, um für junge und finanziell schlechter gestellte Bürger die Möglichkeiten zu verbessern. Der entscheidende Durchbruch, meine sehr geehrten Damen, und Herren ist aber erst Ende 1992 gelungen, als Landesrat Mag. Freibauer eine völlige Systemänderung im Förderungsbereich in Angriff genommen hat. Per Regierungsbeschluß vom 26. Jänner dieses Jahres wurde dann aus dem Freibauer-Modell das neue NÖ Förderungsmodell. Das Ziel, nämlich die Wohnbauleistung zu erhöhen und die Wohnversorgung auch für kleinere Einkommensbezieher möglich zu machen - und das mit den zur Verfügung stehenden Mitteln - wird optimal damit erreicht. Und wenn noch bei der Budgetdebatte des vorigen Jahres Zweifel an der Umsetzbarkeit dieses Modells geäußert wurden, so sind diese durch die Akzeptanz und die Machbarkeit in der Praxis zerstreut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir blicken im Bereich der Wohnungsförderung auf ein ereignisreiches und ich glaube, auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurück. Einige Eckdaten: Im großvolumigen Bereich kann die Wohnbauleistung mehr als verdoppelt werden. Durch den Umstieg von Direktdarlehen auf Zuschußförderung ist eine Verdoppelung auch über einen längeren Zeitraum möglich. Das angepeilte Ziel, von 1993 bis 1997 20.000 neue Wohnungen zu bauen, ist mit diesem Modell erreichbar. Allein im heurigen Jahr wurden 4.356 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern gefördert. Dazu kommen 2.120 Wohneinheiten, welche vom Beirat vor wenigen Tagen als Vorgriff auf das nächste Jahr positiv begutachtet wurden.

Zum Inhalt unseres Förderungsmodelles kann man sagen, daß es ein ideales Mischsystem ist. Ein Mischsystem zwischen Objekt- und Subjektförderung. Eine 5 prozentige Basisförderung als Objektförderung, eine variable Superförderung als zusätzliche Subjektförderung. Und mit der Superförderung wird auch die soziale Treffsicherheit erreicht. Ihre Höhe hängt nämlich von der Familiengröße und vom Familieneinkommen ab. Und es ist keine Momentaufnahme bei der Bewerbung um eine Wohnung oder beim Bezug der Wohnung, es wird vielmehr die Einkommenssituation jährlich beobachtet und bei der Förderungshöhe berücksichtigt. Das heißt, erhöht sich das Einkommen, verringert sich die Superförderung oder hört überhaupt auf, ab einem bestimmten Einkommen. Verringert sich die Einkommenssituation oder vergrößert

bert sich die Familie, so erhöht sich damit auch die Superförderung.

Mit Wirkung vom 1. August 1993 wurde nun auch die Eigenheimförderung auf dieses System umgestellt. Wir sind damit systemkonform und haben gleichzeitig die Förderungsbedingungen für das Eigenheim verbessert. Die bisherigen Förderungssätze bilden die Basisförderung. Und dazu kommt ein nicht rückzahlbarer Zinszuschuß von 1 % bis 5 % für ein Hypothekendarlehen von maximal 200.000,- Schilling und einer Laufzeit von 25 Jahren. Und auch hier richtet sich die Höhe nach dem Einkommen und der Kinderzahl.

Aber auch die Auszahlungsmodalitäten wurden verbessert und die kurzen Wartezeiten - wir haben seit vielen, vielen Jahren in Niederösterreich die kürzesten Wartezeiten aller Bundesländer - diese kurzen Wartezeiten werden beibehalten. Auch die Zahl der Förderungsfälle kann sich im heurigen Jahr sehen lassen. Wir haben heuer 7.175 neue Wohnungen in Einfamilienhäusern gefördert. Und dazu kommen 682 Einheiten im Gruppenwohnbau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Grund der Prognosen haben wir in Niederösterreich einen jährlichen Wohnungsbedarf von rund 10.700 Wohneinheiten und das bis zum Jahre 2000. Mit dieser Neubauleistung, so die Experten, wird auf Grund der Bevölkerungsentwicklung und der gesellschaftlichen Tendenzen der Bedarf gedeckt. Mit 12.213 Wohneinheiten haben wir heuer diese Vorgaben deutlich übertroffen. Und mit der Vorziehung von den 2.120 Einheiten im großvolumigen Wohnbau haben wir einerseits einen raschen Versorgungsschritt eingeleitet und einen starken Impuls für die Wirtschaft unseres Landes gesetzt.

Und wenn man dazu die Förderungsfälle im Sanierungsbereich, im Eigenheim- und im großvolumigen Bereich zählt, so kommen wir heuer auf weit über 30.000 Förderungsfälle. Eine solche Förderungsleistung, meine Damen und Herren, verzeichnet kein anderes Bundesland. Und das Förderungsvolumen von rund 17 Milliarden Schilling, das damit ausgelöst wird, ist ein wesentlicher Beitrag zur Belebung der Wirtschaft und zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Im Voranschlag wird für Wohnbauförderung für das nächste Jahr ein Betrag von S 5.334.000.000 vorgesehen. Das ist eine Steigerung um 9,19 %. Und wir wissen, daß Förderungsmittel im Bereich des Wohnbaues gewaltige Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und daß eine Förderungsmilliarde ein Wirtschaftsgeschehen von mindestens dreifacher Höhe aus-

löst. Und der arbeitsplatzsichernde Effekt ist besonders groß. Es gibt nicht nur Impulse in allen Bereichen der Bauwirtschaft, des Baustoffhandels und des Zulieferungsgewerbes, vielmehr wird dadurch auch der Bereich der dauerhaften Konsumgüter stark beeinflusst. Es gibt daher einen gewaltigen Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen, auf den Arbeitsmarkt. Und das zur richtigen Zeit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Noch ein paar Sätze zur Förderung der Solaranlagen. Hier kann ich sagen, daß uns auch heuer ein Durchbruch gelungen ist. Die Förderung von Solaranlagen ist nicht neu. Allerdings haben wir diese in Form von Zusatzdarlehen gehabt. Heuer haben wir dem Wunsch vieler Selbstbauorganisationen entsprochen und eine Direktförderung für Solaranlagen, Wärmepumpen und Photovoltaik-Anlagen eingeführt. Dies ist sicher auch ein wichtiger Schritt aus energiepolitischer Hinsicht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte abschließend danken. Dank und Anerkennung den zuständigen Regierungsmitgliedern und hier ganz besonders Herrn Landesrat Mag. Freibauer. Gerade seine Ideen, seine Zielstrebigkeit und sein Mut, neue Wege zu gehen, haben diese positive Entwicklung im Bereich des Wohnbaues ermöglicht. Aber auch Dank und Anerkennung den Bediensteten der zuständigen Abteilungen. Ein Jahr, in dem das ganze Förderungssystem des Landes völlig umgestellt wurde, hat ihren vollen Einsatz verlangt. Und dieser Einsatz wurde erfolgreich geleistet. Ich glaube, wir müssen hier den Bediensteten, die mit einer so schwierigen Aufgaben in diesem Jahr konfrontiert waren, herzlich danken.

Mit der heutigen Beschlußfassung über den Voranschlag für das nächste Jahr wird der erfolgreiche NÖ Weg in der Wohnbaupolitik fortgesetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt nun der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Landtages!

Es ist wohl unbestritten, daß das Grundrecht auf Wohnen für die NÖ Bevölkerung sichergestellt werden muß. Das Faktum von ca. 30.000 wohnungssuchenden Landesbürgern spricht eine deutliche Sprache und beweist die Versäumnisse der schwarz-roten Wohnungspolitik in der Vergangenheit.

Nun hat der Herr Landesrat Mag. Freibauer circa vor einem Jahr ein neues Wohnbauförderungsmodell, 20.000 neue Wohnungen von 1993 bis 1997, also 4.000 neue Wohnungen pro Jahr, das heißt, um 2.000 Wohnungen mehr pro Jahr als bisher, gebastelt und dieses als die große Lösung für die erhebliche Wohnungsknappheit, für die Wohnungsnot in unserem Land präsentiert. Und das hat mich nun einmal neugierig gemacht, ob 4.000 neue Wohnungen pro Jahr wirklich der große Wurf sind. Und ich habe mir das NÖ statistische Handbuch vom September 1992 zur Hand genommen und feststellen können, daß in den Jahren 1987 bis 1990 jährlich über 7.000 Wohnungen jeweils fertiggestellt wurden. Nämlich 1987 7.510, 1988 7.799, 1989 7.274 und 1990 7.749.

Nach diesem Blick in die Vergangenheit nun aber ein Blick in die Zukunft, wobei ich die Situation etwas anders sehe als mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Klupper. Die geplanten Ausgaben für die Wohnbauförderung im Jahre 1994 betragen laut Voranschlag rund 5,3 Milliarden Schilling und werden diese, vereinfacht gesagt, durch den Zweckzuschuß des Bundes nach dem Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989 in Höhe von 3,67 Milliarden Schilling sowie durch Rückflüsse und Zinsen von gewährten Wohnbauförderungsdarlehen in Höhe von 800 Millionen Schilling, durch Mittelaufbringung des Landes in Höhe von rund 640 Millionen Schilling und einigen kleineren Transfers vom Bund abgedeckt. Eine ausgabenseitige Analyse zeigt auf, daß 1994 für den zu verwirklichenden Wohnbau tatsächlich jedoch nur 4,7 Milliarden Schilling im Budget zur Verfügung gestellt wurden, da es sich bei der mit 577 Millionen Schilling dotierten Post "Althausanierung" um Rückzahlungen für in der Vergangenheit von der Kontrollbank bereits in Anspruch genommene Mittel handelt. Das hätte der Herr Landesfinanzreferent jedoch auch klar und deutlich auf den Tisch legen können.

Hohes Haus! Hinsichtlich der Althausanierung wissen wir alle, daß da ein kontraproduktiver Effekt entstehen kann. Gerade im städtischen Bereich werden manche Althäuser und Altwohnungen dadurch saniert, daß man sie zusammenlegt. Damit verschwindet immer wieder eine Wohnung vom Markt, da aus zwei alten Substandardwohnungen eine neue Standardwohnung geschaffen wird. Es ist schon richtig, die Wohnungsqualität wird dadurch verbessert, eine Vermehrung der Wohnungen erfolgt jedoch nicht. Trotz dieses kontraproduktiven Effektes bin ich aber der Meinung, daß die Althausanierungsaktion als Bestandteil der Wohnbauförderung in gewissem Umfang not-

wendig ist, da gerade bei uns in Niederösterreich ein sehr hoher Bestand an Bausubstanz gegeben ist, der aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammt und dessen Sanierungsbedürftigkeit dementsprechend hoch ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Wirkung vom 5. Juli 1993 wurden aber die Förderungsbedingungen für die Althausanierung für die Bürger in unserem Lande massiv verschlechtert, was gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Abschwungphase für uns unverständlich ist. Es wurde eine förderbare Obergrenze der Sanierungskosten mit 7.500 Schilling pro Quadratmeter Wohnnutzfläche für eine höchstförderbare Nutzfläche von 130 Quadratmeter eingezogen. Die geförderte Darlehenshöhe wurde auf das Ausmaß von 50 % der Gesamtsanierungskosten eingeschränkt. Bei zehnjähriger Darlehenslaufzeit wurden bisher halbjährlich pauschale Zuschüsse in Höhe der Gesamtzinsen gewährt, während nun eine Basisförderung Platz greift, die einen Zuschuß von jährlich 5 % des Darlehensnominales vorsieht. *(Abg. Klupper: Dazu müssen Sie dann die Superförderung zählen. Das ist die soziale Komponente!)*

Herr Abgeordneter Klupper! Mit sind die Förderungsrichtlinien bekannt! Ich komme noch darauf. Es ist mir genauso wie Ihnen bekannt, daß bisher die Superförderung noch nicht in Anspruch genommen wurde. Hohes Haus! Für uns ist das eine massive Verschlechterung bei der Althausanierung, das ist ein gewaltiger negativer Einbruch im Rahmen der Wohnbauförderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Näher beleuchten möchte ich aber auch das FM 1993, ich weiß nicht, ob das jetzt heißen soll Freibauer-Modell für den Mehrfamilienwohnhausbereich oder ob das die Kurzbezeichnung für Förderungsmodell 1993 ist. Dessen grundsätzliche Neuerung, wie mein Vorredner schon ausgeführt hat, besteht darin, daß beim Förderungsmodus vom Direktdarlehen auf einen Annuitätzuschuß übergegangen wurde. Zwischenzeitlich dürfte aber wohl den meisten Wohnungssuchenden bereits auch bekannt geworden sein, daß das Freibauer-Modell eine Verteuerung der Wohnungen ganz einfach als logische Folge nach sich zog, da seitens der Bauorganisatoren die Baukosten beim großvolumigen Wohnungsbau ab Baubeginn nunmehr ausschließlich über mit Zinsen belastete Bankdarlehen finanziert werden müssen. Die sogenannten Annuitätzuschüsse werden erst nach Fertigstellung der Wohnungen ausbezahlt und fließen auch erst dann dem

Bauorganisator bzw. dem Wohnungsmieter oder dem Wohnungseigentümer zu. Die alte Mehrfamilienhaus-Wohnbauförderung sah hingegen die Auszahlung von unverzinslichen Darlehen nach Maßgabe des Baufortschrittes vor, wodurch nicht unbeträchtliche Einsparungen im Finanzierungsbereich erzielt werden konnten.

Heute rechnen die gemeinnützigen Bauvereinigungen bundesweit ihre Wohnungsbauten bereits zwischen 18.000,- und 25.000,- Schilling im Maximum per Quadratmeter ab. Auf Grund dieser Quadratmeterbaukosten, aber auch der dem Freibauer-Modell zugrunde gelegten Baukosten kann sehr leicht erkannt werden, welche Bedeutung die unverzinsten Förderungsdarlehen für den großvolumigen Wohnbau von bis zu 11.050,- Schilling pro Quadratmeter Nutzfläche in Bezug auf die Finanzierungskosten gehabt haben.

Analysiert man nun schließlich das von Herrn Landesrat Mag. Freibauer entwickelte neue Wohnbauförderungsmodell weiter, so kommt man wohl um die Feststellung nicht herum, daß das Modell langfristig absolut unfinanzierbar und daher für eine gesunde Entwicklung des Wohnbaues in unserem Land, aber auch für ein gesundes Landesbudget völlig unbrauchbar ist. *(Abg. Klupper: Da haben Sie sich noch nicht richtig damit auseinandergesetzt, wenn Sie dem Unfinanzierbarkeit vorwerfen!)* Herr Abgeordneter Klupper! Ich würde Sie einladen, daß wir uns die Ergebnisse in drei bis vier Jahren anschauen und ich komme noch darauf zurück, wer dann recht gehabt hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber vielleicht hat der Herr Landesrat die langfristige Unfinanzierbarkeit bereits selbst erkannt und ist deshalb auch von seinen im Vorjahr angekündigten Vorhaben, jährlich eine Wohnbaufinanzierungsvorschau zu erstellen bzw. diese zu aktualisieren, abgerückt. Ich habe nämlich von dieser versprochenen sogenannten Wohnbaufinanzierungsvorschau nichts mehr vom Herrn Landesrat gehört.

Was die Superförderung schließlich betrifft, so sind die Einkommensgrenzen nach unserer Meinung in keiner Relation zu den Wohnungskosten, insbesondere im städtischen Bereich. Das heißt, für den städtischen Bereich ist die Staffelung der Einkommensgrenzen zu niedrig gehalten, sodaß das Freibauer-Modell im städtischen Bereich sicherlich keine Signale im Wohnbau für wohnungssuchende Familien zu setzen imstande ist. Es fehlt mir im Freibauer-Modell auch jeglicher Ansatz in Richtung einer Valorisierung der Einkommensgrenzen. Das

heißt, auch eine nur inflationsbedingte bzw. geringe Einkommenserhöhung hat eine Kürzung der Superförderung zur Folge. Wenn das nun die höhere soziale Treffsicherheit sein soll, die der Herr Landesrat stets verkündet, dann muß ich feststellen, daß wir Freiheitlichen von einer sozialen Treffsicherheit eine andere Auffassung haben. Insgesamt gesehen stellt daher das Freibauer-Modell gegenüber der alten Regelung eine Verschlechterung für die Förderungswerber dar.

Hohes Haus! Es hat daher für mich fast den Anschein, daß es dem Herrn Landesrat Mag. Freibauer bei der Wohnbauförderung weniger um den Wohnbau geht als darum, in drei bis vier Jahren eine Budgetentlastung erreicht zu haben. Denn eines steht ja bitte außer Zweifel. Bei den in der vergangenen Woche vom Wohnbauförderungsbeirat vergebenen Mitteln handelt es sich um solche, die erst in einem Jahr im Rahmen des Budgets 1995 beschlossen werden müssen. Der Herr Landesrat strebt daher mittelfristig eindeutig eine Budgetentlastung an. Eine solche Budgetentlastung würde wiederum zu Zuführungen von Rücklagen führen, was wiederum dem Herrn Landesrat die Möglichkeit eröffnet, daß er sich bei seiner Budgetpolitik wieder des Instrumentariums der inneren Anleihen bedienen kann bzw. was ihm die Möglichkeit eröffnet, verschiedene andere Finanzierungsmaßnahmen, gleich welcher Art, zu steuern.

Hoher Landtag! Dieses Wohnbauförderungsmodell ist, noch ehe es richtig durchgestartet hat, aus unserer Sicht bereits reformbedürftig. Zum Schluß kommend möchte ich schon festhalten: Wir Freiheitlichen begrüßen eine Wohnbauförderung, lehnen jedoch diese Form der Wohnbauförderung ab! Wir lehnen eine Wohnbauförderung, die für unsere Landesbürger eine massive Verschlechterung mit sich bringt, ab. Wir werden aber unter Bedachtnahme, daß in diesem Kapitel auch die soziale Wohlfahrt mitbehandelt wird, dem Kapitel 4 die Zustimmung geben. Ich ersuche daher den Herrn Präsidenten um eine getrennte Abstimmung einerseits für die gesamte Gruppe und andererseits für den Ansatz 1/48, Wohnbauförderung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Abschnitt Wohnbauförderung ist gerade für Niederösterreich doch ein heißes Eisen, nicht nur weil wir heute auch das sogenannte Freibauer-Modell diskutieren wollen. Darüber hinaus ist nämlich gerade Niederösterreich durch seine geographische Lage dem starken Druck der Bundeshauptstadt und dem Wunsch vieler Wiener, ein Haus im Grünen zu haben, ausgesetzt. Die wollen natürlich auch möglichst die Förderungsmittel des Landes Niederösterreich in Anspruch nehmen. Und daher ist hier immer ein Weg zu finden für jene, die tatsächlich ihren Hauptwohnsitz in Niederösterreich nehmen wollen oder müssen, diese zu fördern. Und zu versuchen, Spekulanten oder jene, die nur als Zweitwohnsitzer quasi in Niederösterreich auch Förderungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen wollen, auch in dieser Richtung zu überprüfen, daß hier nicht Steuermittel für oft mehrmalige Wohnbauförderungen ausgegeben werden, sodaß nicht eine Wohnung oder ein Haus in Wien gefördert ist und ein zweites dann auch vielleicht noch in Niederösterreich.

Zu diesem Druck der Bundeshauptstadt Wien kommt sicher auch der Grundbedarf der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, vor allem der jüngeren Menschen, der zu decken ist. Im ländlichen Raum ist es vor allem der Einfamilien- und Zweifamilienwohnbau, der, glaube ich, aber auch mit der Änderung der Förderung sicher leben kann. Es ist ja im wesentlichen die gleiche wie vorher, daher keine momentan spürbare Verschlechterung. Vielleicht bei der Superförderung, dazu komme ich dann ja noch. Es gibt sicher Änderungsmöglichkeiten oder Änderungsvorschläge, die wir im kommenden Jahr diskutieren werden müssen. Man muß sicher in den nächsten Monaten, also bis Frühjahr, März, April etwa noch beobachten und Erfahrungen sammeln. Und dort oder da, wo es eben zu verbessern ist, etwa ändern. *(Abg. Klupper: Wenn im Einfamilienwohnbau die Basisförderung die bestehende ist und man bei geringem Einkommen eine Superförderung erhält, kann es nur besser werden und nicht schlechter!)*

Das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe vom Ein- und Zweifamilienhausbau gesprochen. Dort ist es im wesentlichen gleich. Vorher hat man halt ein Eigenmitteldarlehen erhalten im Ein- und Zweifamilienhausbau. Das heißt, es war ein zinsenloses Darlehen auf 20 Jahre oder gar 25. Jetzt ist es eine Superförderung. Er kann sich ein Darlehen auf 20 Jahre aufnehmen und das Land Niederösterreich ersetzt ihm bei 239.000,- Schilling Familiennettoeinkommen bei zwei Kindern 5 Prozent Zinsenzuschuß. Es ist sicherlich keine Verbesserung, wenn man sich das anschaut, weil

er ja auch jährlich seinen Einkommensnachweis bringen muß. Aber das haben wir auch gesagt, wenn sich seine finanzielle Situation verbessert, ist er sicher auch in der Lage, einen höheren Beitrag einzubringen. Aber es geht uns sicher im ländlichen Bereich vorherrschend im Ein- und Zweifamilienwohnhausbau und in den städtischen oder dicht verbauteren Gebieten natürlich auch um den großvolumigen Wohnbau. Und es geht auch die Tendenz im ländlichen Bereich, natürlich im städtischen schon länger, in Richtung einer besseren Ausnützung nicht nur des Wohnraumes, sondern darüber hinaus auch des Baulandes mit dem verdichteten Flachbau. Und hier muß ich schon Kritik anbringen. Da werden wir sehr rasch handeln müssen. Im verdichteten Flachbau ist mit dem Freibauer-Modell sicherlich zu wenig geschehen, weil hier keiner seine Eigenleistungen momentan auch vom Gesetz her einbringen kann.

Sicherlich wird es zu einer Verdoppelung der Wohnbaupreise kommen. Das war sicherlich nicht Sinn dieses Modells. Daher wird man vor allem im Reihenhausbau sehr rasch handeln müssen. Gerade diese sehr wichtige Alternative oder sehr wichtige Ergänzung wollen wir ja noch stärker fördern als bisher, weil sie den Raum, sprich die Grundstücke, besser ausnützt. Grund haben wir nicht unerschöpflich. Hier müssen wir schauen, daß wir die bestehenden Wohnbau- oder Baulandgebiete besser ausnützen.

Dieses Modell hat sicher auch unsere Zustimmung gefunden, weil wir gerade in Niederösterreich Eigenbedarf und mit der Bundeshauptstadt Wien, mit den vielen Zuwanderern natürlich zusätzlichen Wohnraumbedarf haben. Und daher waren wir sehr froh, daß hier ein Modell entstand, das eine Verdoppelung oder teilweise Verdreifachung des Wohnbauvolumens bringen wird. Wir hoffen, daß sehr rasch jetzt die Verwirklichung kommt. Das heißt, die Anlaufzeit beträgt natürlich bei einem Bau immer ein, zwei Jahre, das ist keine Frage. Daher auch unsere Zustimmung.

Und wir haben auch gesagt, man muß sich das sicher anschauen, wie sich das in Zukunft entwickelt. Vor allem bei der Superförderung ist es für manche Regionen so, daß sie kaum zum Tragen kommt. Ich spreche vielleicht sehr stark für das Viertel unter dem Wienerwald, oder die Umgebung von Wien aber auch St. Pölten. Man sieht ja heute, wir haben ja den Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden vorliegen. Aus dem Pro-Kopf-Einkommen sieht man, daß in manchen Regionen kaum diese Superförderung zum Tragen kommt.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Daher muß man sicherlich überlegen, die Einkommensgrenzen für die Superförderung anzuheben, aber auch eine Indexsicherung einzubauen, sodaß wir gewährleistet haben, daß die Einkommen, die ja natürlich mit dem Index immer mitsteigen, auch berücksichtigt werden.

Im großvolumigen Wohnbau sind aber sicher auch in Zukunft die Gemeinden mehr gefordert als vielleicht in der Vergangenheit. Ich weiß das auch als Obmann des Gemeindevertreterverbandes für den Bezirk Baden. Es herrschte die Meinung vor, vor allem in den siebziger und achtziger Jahren, das Land Niederösterreich soll fördern, Bund, Land, Wohnbauträger sollen bauen und die Gemeinde vergibt. Und schaut, daß sie einen halbwegs vernünftigen Baupreis erzielt für ihr Grundstück, wenn sie eines gehabt hat. Hier werden auch in Zukunft, wenn wir den sozialen Wohnbau verstärkt fortsetzen wollen - und wir müssen ihn - sicher auch die Gemeinden gefordert sein, nicht

nur zur Verfügungstellung von günstigen Grundstücken, im Baurecht oder, wie immer das ja bei Sonderwohnbauprogrammen in den vergangenen Jahren der Fall war. Das hat sich sehr bewährt. Man muß auch sicher noch einige Eigenleistungen seitens der Gemeinde beibringen. Ob das jetzt die Erschließung der Grundstücke und anderes mehr ist, um den sozialen Wohnbau auch fortsetzen zu können. Daß er so sozial ist, daß ihn ein durchschnittlicher Verdiener und Familienvater, oft Alleinverdiener, sich auch noch leisten kann, dafür steht der Beobachtungszeitraum, Herr Abgeordneter Klupper, bis März, April des nächsten Jahres. *(Abg. Klupper: Die Superförderung wirkt sich ja gezielt aus!)*

Ich bin kein Professor für Mathematik, wie der Herr Landesrat Freibauer, ich bin nur gelernter Kaufmann und habe mir das durchgerechnet und mich auch mit Wohnbauträgern beraten und mir das angeschaut. Die Gemeinde Traiskirchen zum Beispiel baut selber auch Wohnungen. Und da kommt folgendes zutage in manchen Bereichen. Ich weiß schon, auch die Beamten der Landesregierung rechnen. Eine 35-Quadratmeter Wohnung bekommt eine bestimmte Förderung, eine 50-Quadratmeter Wohnung entsprechend mehr und eine 70-Quadratmeter Wohnung eine Million. Besser gesagt, für eine Million den Zinszuschuß. Nur wird es dann in Zukunft nur mehr 35-, 50- und 70-Quadratmeter Wohnungen geben. Doch das kann nicht der Sinn sein. Eine 60-Quadratmeter Wohnung kostet zum Beispiel einen Baukostenbeitrag von 300.000,- Schilling, eine 70-Quadratmeter Wohnung, die ja eine Darlehensförderung von einer Million bekommt, kostet einen Baukostenbeitrag von S 200.000,-. Das versteht kein Bürger! Wenn Sie 18 Wohnungen zu vergeben haben, davon sind 12 mit 70 Quadratmetern und sechs mit 60, daß der mit 60 Quadratmeter S 300.000,- Baukostenbeitrag zahlt und der mit 70 Quadratmeter S 200.000,-. Wobei die Miete mit 70,- Schilling, inklusive Mehrwertsteuer also S 73,-, auch sehr hoch ist. Das heißt, wir müssen das wirklich prüfen, sodaß wir vielleicht in Zukunft nicht 4.000 fördern können. Herr Kollege Rambossek! Ihre Zahlen waren inklusive Einfamilienwohnhäuser, Einfamilienwohnungen und Zweifamilienwohnungen. Bei diesen 4.000 reden wir ausschließlich vom großvolumigen Wohnbau. Daher müssen wir uns auch überlegen, vielleicht in Zukunft nicht 4.000 zu fördern, um im Budget zurecht zu kommen, sondern vielleicht nur 3.000 und die Annuitätenzuschüsse anheben, um hier wieder auf zumutbare Mittel zu kommen. Um auch den Durchschnittsverbraucher zu unterstützen. In unserer Region arbeiten meistens beide Familien-

erhalter, also Frau und Mann, und hier ist der Mindestlohn wesentlich höher als 239.000,- oder 250.000,- Schilling. Jetzt wird man sagen, na gut, dann kann sich der, wenn das monatliche Familieneinkommen 30.000,- Schilling beträgt, ja ohne weiteres 10.000,- Schilling Miete inklusive Betriebskosten usw. pro Wohnung leisten. Das wäre vielleicht möglich, nur die Leute sind es noch nicht gewohnt. Und ich glaube, man muß hier Schritt für Schritt vorgehen und kann nicht momentan eine Kostenexplosion beim Wohnbaupreis oder bei den Mieten von 100 % mit einer neuen Förderung übernehmen.

Daher soll das Modell so verbessert werden, daß es auch für unselbständig Erwerbstätige, Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte eine zumutbare Miete und zumutbare Baukostenbeiträge ergibt. Sicher, ich kenne die Argumentation auch selber, ich habe es im Gemeinderat immer wieder auch und in verschiedenen anderen Gremien gehört. Die sagen, na ja, jeder fährt ein großes Auto um ein paar hunderttausend Schilling, aber für eine Wohnung ist er nicht bereit, 200.000,- oder 300.000,- Schilling auszugeben. Das ist richtig. Nur weiß man aus verschiedensten Untersuchungen, vor allem in unserer Region, daß 60 % der Männer zum Beispiel ein Auto brauchen, um überhaupt ihrem Beruf nachgehen zu können. Und zwar jenem Beruf, aus dem sie das entsprechende Einkommen erzielen. Daher ist heute ein Auto, ob es jetzt teurer oder billiger, alt oder neu ist kein Luxusgegenstand mehr, sondern eher ein Gebrauchsgegenstand. Und es ist sicherlich auch darauf zu achten, daß heute unbedingt ein Fahrzeug notwendig ist. Man kann also das nicht immer wieder vorhalten.

Sicher, wenn man die Indexsteigerungen im Wohnbau, im Einkommen und den Preissteigerungsindex durchsieht, dann kommt man drauf, daß es hier sehr starke Verschiebungen gibt. Wenn man die letzten zehn Jahre, jetzt bitte nicht auf ein Prozent auf oder ab, ich sage das nur grob, um das verständlich zu zeigen, nimmt, gibt es in den letzten zehn Jahren einen Anstieg des Indexeinkommens ungefähr um 50 %. Der Wohnbauindex ist aber um 100 % gestiegen. Das heißt, es ist natürlich auch eine Frage, daß die Baupreise sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt haben. Wir werden sicher darauf reagieren müssen, um auch hier eine Schiene einzuziehen, um auch hier gleichmäßig mit den Wohnbauförderungs-, mit den Baupreiserhöhungen, die höher sind als die normalen Indexsteigerungen, mitziehen zu können. Dem muß sicher bei der Wohnbauförderung Rechnung getragen werden. Wie gesagt, wenn

wir uns dann im Frühjahr wieder zusammensetzen, versuchen wir doch, glaube ich, gemeinsam, das Modell zu überarbeiten. Es wäre für den Landesrat Freibauer kein schönes Modell, wenn alle Gemeinden, alle Wohnbauträger über ihn dann schimpfen und sagen, das Freibauer-Modell war ein schlechtes Modell. Und wir wollen uns hier sicherlich der Verantwortung nicht entziehen. *(Abg. Klupper: Es wird aber voll angenommen! Wir können uns der Anträge kaum erwehren!)*

Wir werden ja sehen. Warten Sie nur, bis die ersten Wohnbauträger auch tatsächlich... Ich gebe nicht gern der FPÖ recht, aber ich muß sagen, in dieser Frage müssen wir uns sicherlich noch eine Überarbeitung überlegen. Und wir haben auch in meiner Gemeinde ein eigenes Wohnbauförderungsmodell entworfen. Deshalb, weil wir mit der Wohnbauförderung des Landes, obwohl hier beide Wohnbauförderungsreferenten fördern, Ernst Höger, wie Landesrat Freibauer, in Traiskirchen noch immer zu wenig Wohnbauten auf Grund der starken Zuwanderung und des starken eigenen Wohnraumbedarfes haben. Wir haben ein eigenes Wohnbauförderungsmodell entwickelt. Gemeinsam mit unserer Stadtparkasse haben wir Wohnbauten errichtet, die wir mit Zinsenzuschüssen, also eine ähnliche Form, schon vor zwei Jahren gefördert haben. Also das könnte der Landesrat Freibauer von uns abgeschaut haben. Schon vor zwei Jahren haben wir damit begonnen und bereits heuer können diese Wohnungen bezogen werden bzw. im Frühjahr des nächsten Jahres.

Ich darf vielleicht unser Modell auch kurz erläutern. Bei einer durchschnittlichen 80-Quadratmeter Wohnung übernimmt die Gemeinde rund 30.000,- Schilling jährlich. Deshalb geht sich das mit 30.000,- Schilling und 40,- Schilling Miete, also Rückzahlungsrate aus, weil wir in den Wohnungsmieten oder in den Rückzahlungsraten eine Indexsteigerung eingebaut haben, eine Einkommensindexsteigerung. Innerhalb von 15 Jahren können wir diese Zuschüsse abbauen und nach 15 Jahren kann sich dann der Gemeinderat überlegen, hebe ich die Indexsteigerung auf oder bleibe ich dabei. Und das hat sich sehr bewährt. Und wir haben auch bei der Vergabe gesehen, daß es zumutbare Baukostenbeiträge sind, aber auch zumutbare Mieten mit 40,- Schilling, also 44,- Schilling mit der Mehrwertsteuer. Es kommen dann noch rund 15,- oder 16,- Schilling Betriebskosten dazu. Also 60,- Schilling für neue, moderne Wohnungen ist ein zumutbarer Preis. Wenn das höher liegt, ist es sicherlich schwierig, auch die nötige Akzeptanz zu finden. Weil eben viele

noch nicht bereit sind, genau soviel Geld für eine neue Wohnung auszugeben, die sie sich vielleicht fürs ganze Leben kaufen, wie für ein neues Auto, das man alle fünf Jahre neu kauft. Aber hier ist vielleicht auch unsere Generation schuld. Ich habe selber vier Kinder, drei davon haben ein Auto. Mit 18 war das Wichtigste, gleich den Führerschein zu machen, dann ein Auto zu haben. An die Wohnung hat man noch lange nicht gedacht. Erst als sie einen Partner kennengelernt haben, dann haben sie ein bißchen zu Sparen begonnen. Vielleicht haben sie sich auch zu viel auf die Eltern verlassen. Aber das soll ja vielfach passieren, nicht nur, wenn der Vater Bürgermeister oder Abgeordneter ist.

Zur Wohnbauförderung, nicht nur des Landes, wo auch die Gemeinden aufgefordert sind, einen Beitrag zu erbringen, möchte ich doch ausführen, weil wir das auch bei uns immer wieder in den Gemeinden diskutieren, wo viele Bürgermeister sagen, das kann ich mir nicht leisten. Wenn ich mir so manche Prestigeobjekte anschau in mancher Gemeinde, dann denke ich mir doch dort oder da, man wäre vielleicht besser beraten, an dieser Stelle oder dieser Anlage oder anderer Prestigeobjekte vielleicht doch in den sozialen Wohnbau zu investieren, nicht nur ideell, sondern auch finanziell. Diesen Wohnbau zu unterstützen, um hier vor allem den Bürgern beizustehen. Es ist sicher auch eine sozialpolitische Entscheidung, ob sich eine Gemeinde dafür entscheidet, für den sozialen Wohnbau auch etwas beizutragen, um hier mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Etwa den Altwohnraum dann wirklich jenen sozial Bedürftigen zur Verfügung zu stellen und den Neubaupwohnraum jenen, die sich finanziell vielleicht das ein bißchen besser leisten können.

Bei der Althausanierung wurde auch diskutiert. Klar, das neue Modell ist insgesamt eine Verschlechterung, das ist keine Frage. Das wollen wir auch nicht bestreiten. Nur, man muß sagen, man kann nicht unermesslich Wohnraumverbesserung fördern, unermesslich in der Höhe und unermesslich in den Quadratmetern. Also hier sind Schienen eingezogen worden. Bis zu einer gewissen Quadratmetergröße einer Wohnung wird gefördert, bis zu einer gewissen Summe der Baukosten wird gefördert, weil das ja sonst nicht nur unfinanzierbar ist, sondern auch nicht verständlich ist, daß eine Althausanierung teurer kommt. *(Abg. Treitler: Es gibt auch Einkommensgrenzen!)* Danke, darauf habe ich vergessen. Daß es teurer kommt, als wenn ich ein neues Haus oder neue, moderne Wohnungen baue, wenn ich nur aus Prestigegründen oft Althäuser saniere. Das soll

daher auch wirtschaftlich vernünftig saniert werden und daher auch vom Steuerzahler für den Steuerzahler vertretbar finanziert werden.

Wichtig - und ich weiß, daß das ein sehr sensibler Bereich ist - wichtig ist auch, daß wir die Raumordnung neu diskutieren. Es ist ja jetzt ein neuer Entwurf vorgelegt worden, von dem ich lese in der Zeitung des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes, daß nicht alle Bürgermeister damit eine Freude haben. Weil scheinbar oder möglicherweise der Entwurf eine weitere Entmündigung der Gemeinden bedeuten würde. Das heißt, man muß wirklich auf den Bedarf der einzelnen Gemeinden Rücksicht nehmen und ihnen nicht die Hoheit in der Raumordnung komplett entziehen. Sondern den Gemeinden die Möglichkeit geben, im sozialen Wohnbau für die kommenden Jahre oder Jahrzehnte vorzusorgen. Das wird sehr wichtig sein. Ich habe ja das zuerst erwähnt, Bauland steht nicht unermeßlich zur Verfügung. Wenn wir für die kommende Generation noch Bauland für sozialen Wohnbau zur Verfügung stellen wollen, dann müssen wir jetzt mit der Raumordnungsnovelle dafür vorsorgen, um für das Jahr 2000 noch genügend Wohnraum für den sozialen Wohnbau zur Verfügung zu haben.

Hier gibt es in den verschiedensten Ländern und Staaten verschiedene Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist, bei großflächigen Parzellierungen oder Erschließungen einen gewissen Prozentsatz für den sozialen Wohnbau vorzusehen. Ob das jetzt ein Privatbesitzer ist oder die öffentliche Hand, ist egal. Bei weiteren Erschließungen oder Umwidmungen ist immer wieder in diesen Widmungen schon die Sonderwidmung sozialer Wohnbau vorzusehen. Hier könnte man mit diesem Instrument erstens einmal die stark gestiegenen Bodenpreise in den Griff bekommen und für den sozialen Wohnbau noch günstige Grundstücke zur Verfügung stellen, damit wir den sozialen Wohnbau auch in den kommenden Jahren oder bis zum Jahr 2000 fortsetzen können. Dazu bedarf es sicher des Instrumentes der Raumordnung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ist mit einem Anteil von 27 % am Budget die größte Gruppe. Schon aus diesem Grund ergibt sich, daß man Entwicklungen, die

sich auf diesem Gebiet ereignen, mit besonderem Interesse verfolgen muß. Ich werde zu der Gruppe soziale Wohlfahrt sprechen. Auch hier hat sich gegenüber dem Rechnungsabschluß 1992 eine gewaltige Steigerung ergeben. Landesrat Mag. Freibauer hat uns gestern gesagt, daß das Budget dafür um 5,39 Milliarden, das ist eine Steigerung um 22,14 Prozent, gestiegen ist. Ein Großteil dieser Summe ist für die Einrichtung von Pflegeplätzen und deren personelle Ausstattung verwendet worden. Auch das neu eingeführte Pflegegeld hat zu einer Ausweitung des Budgets beigetragen. Das sind nun notwendige Ausgaben, die man gar nicht in Frage stellen kann. Denn es geht darum, unseren betagten Mitbürgern ein menschenwürdiges Altern zu garantieren. Aus diesem Grund werden wir dieser Gruppe auch zustimmen. Es ist aber zu fragen, ob man diesen Weg, diesen Weg, der damit beschritten wird, auch in Zukunft so fortsetzen kann und ob dieser Weg auch weiterhin die Pensionen und die Pflege unserer Alten garantieren wird.

Daß ein Ausbau der Heimpflege in dem Maße, wie der Bedarf sich in den nächsten Jahren entwickelt, nicht möglich sein wird, hat man allgemein erkannt. Das war einer der Gründe, warum man das Bundespflegegeld eingeführt hat. Es sollte die häusliche Pflege gegenüber der volkswirtschaftlich nicht finanzierbaren, zumindestens nicht in einem vorstellbaren Ausmaß finanzierbaren Heimpflege forcieren. Dieses Ziel wurde noch nicht ganz erreicht. Es ist eines Teils so, daß die Pflegevorsorge nicht in dieser Höhe ausbezahlt wird, daß es den betagten Mitmenschen tatsächlich möglich ist, die Pflege in ihren eigenen vier Wänden zu organisieren. Wir wissen, daß nur sehr wenige in eine höhere Pflegestufe als Pflegestufe 2 kommen. Bitter dabei ist auch, daß man kein Klagsrecht hat, über diese Pflegestufe 2 hinaus.

Zweitens hat man ganz offenkundig der sozialrechtlichen Absicherung der pflegenden Personen zu wenig Augenmerk geschenkt. Man hat sich sicherlich erhofft, daß in dieser oder jener Familie verwandte Personen für eine Zeitlang aus dem Erwerbsleben ausscheiden, um die Pflege zu übernehmen. Nun wird das kaum möglich sein und es ist auch tatsächlich zu viel verlangt, wenn das mit einer Verringerung des Pensionsanspruches einhergeht. Hier müßte ganz bestimmt noch etwas verbessert werden.

Für Wien liegen zudem die Zahlen vor, aber auch in Niederösterreich ist es nicht anders - haben sich auch die sozialen Dienste erheblich ver-

teuert, sodaß nun wieder das Geld nicht ausreicht, um sich die nötige Anzahl der Pflegestunden wirklich leisten zu können. Hier ist ganz sicher eine Korrektur notwendig. Aber ich darf sagen, daß es auch bei einer noch so gut organisierten Altersvorsorge kaum möglich sein wird, die Belastungen der Zukunft zu bewältigen, wenn man nicht auch in anderen Bereichen entscheidende Maßnahmen setzt. Ich darf das illustrieren: Die Steigerung der letzten Jahre, die an sich auf eine sehr erfreuliche Steigerung der Lebenserwartung zurückzuführen ist, wird noch, vor allem ab dem Jahr 2000, weit übertroffen werden. Denn ab 2000 schlägt der demographische Trend der letzten drei Jahrzehnte erst voll durch. Veranschaulichen kann man das durch Zahlen. Im Jahre 1900 war einer von zehn Bürgern über 60 Jahre. 1990 sind das fünf gewesen, ab 2000 wird jeder dritte das Alter erreicht haben. Ab dem Jahr 2006 wird jeder Erwerbstätige in Österreich einen Pensionisten zu erhalten haben. Wir haben seit etwa drei Jahrzehnten eine Geburtenrate von 1,4. Das heißt, daß auf jedes Paar nur mehr, statistisch gesehen 1,4 Kinder kommen. Um eine ausgeglichene Bevölkerung zu haben, wären dazu 2,1 Kinder notwendig. Das heißt, daß seit geraumer Zeit jede Generation nur mehr zu zwei Dritteln von der nachfolgenden ersetzt wird. *(Abg. Uhl: Sehen Sie! Daher brauchen wir mehr Ausländer! - Unruhe im Hohen Haus.)*

Darauf gehe ich noch ganz kurz ein. Ich komme darauf zurück. Das sind Zahlen, die an und für sich jeden verantwortungsvollen Sozialpolitiker alarmieren müßten. Das läßt sich Jahr für Jahr in Statistiken nachlesen. Gelegentlich erreicht dieses Thema sogar die Tagespresse, etwa wenn es um die Finanzierbarkeit der Pensionen geht. Es findet aber dennoch kaum Widerhall in der Politik. Ganz anders, Herr Kollege, in anderen Ländern. So zum Beispiel in Frankreich, wo der sozialistische Präsident Françoise Mitterrand seine Regierung immer wieder und vor allem auch jüngst darauf hingewiesen hat, daß dem Zusammenhang zwischen der demographischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in allen politischen Entscheidungen Rechnung zu tragen ist. Und damit hat er ganz sicher einen banalen Grundsatz ausgesprochen. Es ist ja so, daß das Gefüge eines jeden Staates, aber vor allem des entwickelten Sozialstaates auf eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur angewiesen ist. Ich darf das kurz erläutern.

Die Altersstruktur kann sich nämlich nicht beliebig verändern. Jede Alterssicherung beruht zu-

letzt, sei sie nun im Umlageverfahren organisiert oder auf dem Kapitalansparungsprinzip, auf einer generationenübergreifenden Solidarität. Dieser Dreigenerationenvertrag funktioniert seit Jahrtausenden in der Familie. Der Sozialstaat hat diesen Generationenvertrag auf die staatliche Ebene gehoben. Es ist so, daß jetzt alle Erwerbstätigen die Pensionen aller Alten zahlen und - und da liegt die naive Verkennung und der springende Punkt - voraussetzen, daß eine zahlenmäßig ausreichende Generation nachwächst, die ihnen dann ihrerseits diese Fürsorge zukommen lassen wird. Kinder sind mit Einführung der Sozialversicherung für den Einzelnen entbehrlich und wie ich noch erklären werde, sogar hinderlich geworden. Während sie für die Allgemeinheit umso wichtiger geworden sind. Spätestens damit ist Familie nicht mehr nur Privatsache, sondern von öffentlichem Interesse!

Sozialversicherung und Familienlastenausgleich sind zwei einander zwingend ergänzende Maßnahmen. Das hat man natürlich auch anlässlich der Einführung des Familienlastenausgleichs 1954 im Motivenbericht festgehalten, in dem zu lesen ist: "Der Ausgleich der Familienlasten hat zwischen denjenigen zu erfolgen, die Lasten im Interesse der gesamten Gesellschaft tragen und jenen, die solche Lasten nicht zu tragen haben, jedoch bewußt oder unbewußt daraus Nutzen ziehen, daß andere es für sie tun." Und jüngst, im Verfassungsgerichtshofurteil vom Jänner 1992, anlässlich der Berücksichtigung der Familie im Steuerrecht, hat man diesen Standpunkt erneut bestätigt. Ich darf hier auch noch eine Kapazität aus der anderen Reichshälfte zitieren. Nämlich den Nestor der katholischen Soziallehre, Nell-Breuning, der immer wieder und wieder gewarnt hat, solange wir nicht einen Familienlastenausgleich haben, der diesen Namen auch verdient, hängt unsere Alterssicherung in der Luft. Und da liegt jetzt eben die crux. Dieser Familienlastenausgleich ist ungenügend! Familien leben gegenüber anderen in wirtschaftlicher Diskriminierung, das läßt sich Jahr für Jahr im Sozialbericht nachweisen. Arbeiterfamilien fallen ab dem zweiten Kind unter die sogenannte Armutsgrenze, das ist dieses Pro-Kopf-Einkommen, ab dem der Ausgleichszulagenrichtsatz bezahlt wird. Bei der Angestelltenfamilie ist das dritte Kind dann die Besiegelung der Armut. Die Entscheidung fällt nach wie vor oder immer mehr zwischen Wohlstand oder Kinder. Armutsfaktor ist die Kinderzahl.

Damit ist klar, daß die Geburtenarmut, die unseren Sozialstaat ganz arg ins Gedränge bringen wird, und das auch schon tut, nur zum Teil auf uns herabgekommen ist aus anderen Gründen.

Zum großen Teil haben wir sie durch politische Entscheidungen und politische Systeme selbst geschaffen. Denn Familien sind gegenüber solchen, die nicht für andere zu sorgen haben, durch Beitragszahlungen und Kinderkosten doppelt belastet. Beitragszahlungen, die ausschließlich vergangenheitsbezogen sind. Sie werden sofort für die Pensionen der vorhergehenden Generation aufgewandt. Kinderkosten, das sind die, die eigene Pensionsversorgung sichern können, sind funktional gleichwertige Beiträge der Sozialversicherung. In Wahrheit findet somit, nachdem der Familienlastenausgleich nicht genügend funktioniert, ein Transfer von den Familien zu den Alleinstehenden statt. Und der umgekehrte Transfer, von dem immer so viel die Rede ist, ist eigentlich nur die Rückzahlung eines geringen Teiles dessen, was die Familien vorher für die Allgemeinheit beigetragen haben. Wir erleben hier das unerfreuliche Beispiel eines sich selbst zerstörenden Systems. Der Sozialstaat ist wohl auf eine Konstanz der Bevölkerung angewiesen, trägt aber selbst zu einem rigiden Umbau der Altersstruktur bei. Er gräbt sich also selbst das Wasser ab.

Daß die wirtschaftlichen Bedingungen sehr wohl auf die Bereitschaft, Kinder zu haben oder nicht, einwirken, möchte ich kurz auch noch anhand einer Umfrage belegen. Sie ist im Familienbericht 1990 veröffentlicht. Dort hat man die jungen Österreicherinnen und Österreicher gefragt, wie viele Kinder sie sich wünschen. Und aus diesen Aussagen hat man eine Geburtenrate von über zwei Prozent errechnet. Damit könnten wir leben, damit ist die Konstanz der Bevölkerung gesichert. So kann es sich ausgehen. Tatsächlich kommen aber nur 1,4 Kinder zur Welt. Diese Diskrepanz zwischen dem Wunsch der jungen Österreicher und dem tatsächlichen Verhalten kann ja wirklich nur auf die Erkenntnis, die man in der Regel mit dem ersten Kind macht, daß alles ungeheuer und viel schwieriger wird, zurückzuführen sein. Und eine aktive Familienpolitik würde also, abgesehen davon, daß sie zur Erhaltung unseres Sozialstaates eine unabdingbare Notwendigkeit ist, auch die jungen Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Lebensperspektive und ihren Lebenswünschen unterstützen.

Ich möchte noch einmal auf die erfolgreiche Familienpolitik Frankreichs hinweisen. Und zum dritten, als negatives Beispiel, die neuen Bundesländer anführen, wo Hand in Hand mit dem Absturz der Wirtschaftsdaten auch eine Halbierung der Geburtenrate einhergegangen ist. Handlungsbedarf besteht ganz bestimmt. Denn klar ist, daß bei Beibehaltung des herrschenden demographi-

schen Trends die Einhaltung des Generationenvertrages zunehmend in Frage steht. Wer Altersversorgung für die Zukunft sichern will, muß ganz bestimmt in Familienpolitik investieren!

Nun noch ein Wort zum Herrn Kollegen. Wir betreiben die Korrektur der demographischen Lage durch Einwanderung seit einigen Jahren. Wie ich erwähnt habe, ist die Geburtenrate seit drei Jahrzehnten konstant. Wie wir gehört haben, ist die Bevölkerungszahl in Österreich, auch in Niederösterreich gestiegen. Trotzdem hat sich nicht nur nicht eine Entlastung der Kassen ereignet, sondern die Situation wurde immer angespannter. Abgesehen von allen anderen Dingen, wie es zum Beispiel für einen demokratischen Politiker nicht uninteressant ist, was die eigene Bevölkerung zu bestimmten Projekten sagt. So meine ich, daß dieses Problem einfach dadurch, daß wir schon seit Jahren versuchen, ihm so beizukommen, eben so doch nicht zu lösen sein wird.

Zum zweiten möchte ich noch ganz kurz auf die immer wieder angesprochene Möglichkeit einer Umstellung des Pensionssystems auf die Kapitaldeckung zu sprechen kommen. Es wird eben gemeint, man könnte Renten ansparen und dann wäre man unabhängig von der Entwicklung, die weiterläuft. Auch dem ist nicht so. In Wahrheit ist natürlich jeder Sozialaufwand und jedes Pensionssystem eine soziale Leistung, die mit der Volkswirtschaft der laufenden Periode korreliert. Abgesehen davon, daß auch die Zinsen davon abhängen, kommt ja auch noch dazu, daß dann, wenn ich meine Pension genießen möchte, ich darauf angewiesen bin, daß eine funktionierende Volkswirtschaft tätig ist, die diese Güter herstellt, die ich mir mit meiner Pension dann leisten möchte.

Ich habe also jetzt ausschließlich vom Zusammenhang zwischen Familienpolitik und Altersversorgung gesprochen. Ich möchte auch noch sagen, daß leistungsfähige Familien in anderen Punkten soziale Folgekosten verhindern helfen. Zum Beispiel ist eine Investition in Familienpolitik ganz bestimmt die beste Drogenprävention und verhindert sicherlich auch ein Ausuferndes der Jugendkriminalität. Ich für mich persönlich darf noch sagen - und Sie werden es mir glauben - daß für mich allein schon der ideelle Wert der Familie es rechtfertigen würde, Familie zumindestens gerecht zu stellen! *(Beifall bei der FPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Wir haben in Niederösterreich seit 1983 ein Familiengesetz. Ein Gesetz, das im Rahmen des Herkömmlichen und im Vergleich mit anderen

Bundesländern ganz bestimmt ein gutes ist. Dieses Gesetz ist seit zehn Jahren in Kraft. Ich beziehe mich auf ein Presseinterview, das die Frau Landeshauptmann vor etwa einem Jahr gegeben hat. Dort hat sich die Frau Landeshauptmann auch über die Geburtenrate in Niederösterreich, die so wie überall konstant und verheerend konstant niedrig ist, besorgt gezeigt. Ich meine, daß aktive Familienpolitik im Auge haben muß, eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung herzustellen. Das ist auch in Niederösterreich bis jetzt nicht gelungen. Insofern ist es enttäuschend, daß in diesem Budget der Posten Familie annähernd gleich geblieben ist. Erhöhungen hat es eigentlich nur für Öffentlichkeitsarbeit zum Jahr der Familie gegeben. Nicht ganz zufrieden sind wir auch damit, daß zwar die Mütterstudie nicht mehr budgetiert, das Frauenreferat aber seinen Posten verdoppeln konnte. Bei Dringlichkeit der Lage ist ganz bestimmt ein neuer Anlauf geboten. Es gibt hier im Land ausgezeichnete Familienverbände, es gibt eine Fachabteilung, die eine hervorragende Grundlagenarbeit leistet. Frau Landeshauptmann! Schenken Sie diesen Persönlichkeiten Gehör! Nehmen wir einen neuen Anlauf und versuchen wir wirklich, eine Familienpolitik zu finden, die auch zielgerichtet und erfolgsorientiert ist! In diesem Sinne bitte ich Sie weiters, den Resolutionsantrag, den ich hier vorlege, betreffend Ausbau der direkten Familienförderung zu unterstützen. Er lautet (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Barbara Rosenkranz zur Gruppe 4 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1), betreffend Ausbau der direkten Familienförderung.

Die im Budget zu familienpolitischen Maßnahmen vorgesehenen Mittel sind seit dem Vorjahr annähernd gleich geblieben. Erhöhungen werden lediglich für die zum Jahr der Familie geplanten Aktionen budgetiert.

So wichtig bewußtseinsbildende Maßnahmen auch sein mögen, die direkte Unterstützung der sehr oft in angespannten wirtschaftlichen und damit auch schwierigen psychischen Verhältnissen lebenden Familien hat dennoch im Vordergrund zu stehen. Familienförderung ist eine Investition in die Zukunft, die sich schon auf mittlere Sicht bezahlt macht. Intakte Familien helfen soziale Folgekosten, die aus einer mißglückten Kindheit entstehen können, zu vermeiden.

Die diskriminierenden ökonomischen Bedingungen, unter denen die Familie heute zu leiden hat, sind zudem für die herrschende Kinderarmut mitverantwortlich. Zur Einhaltung des Generationenvertrages aber, auf dem letztlich jedes Pensionssystem beruht, ist eine Umkehr des laufenden demographischen Trends unerläßlich. Eine wirkungsvolle Familienförderung ist daher im Hinblick auf eine gesicherte Altersversorgung von allgemeinem und vorrangigem Interesse und stellt einen gerechten Anspruch der Familien dar.

Die gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung geeignete Maßnahmen zu setzen, um die direkte Förderung der niederösterreichischen Familien, vor allem des kinderbetreuenden Elternteiles, auszubauen." (*Beifall bei der FPÖ sowie der Abg. Auer und Keusch.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Auf der Galerie haben die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Hohenau Platz genommen mit ihren Lehrkräften, ich begrüße sie sehr herzlich. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Diese Haushaltsgruppe beinhaltet die Sozialausgaben und die Wohnbauförderung. Bei den Sozialausgaben ist mir besonders positiv aufgefallen die Altersversorgung und die Maßnahmen, die das Land darin setzt. Ich glaube, daß es ganz wichtig ist, daß wir erkennen müssen, daß die Sorgfalt, die wir jungen Menschen angedeihen lassen, auch den älteren Menschen zusteht. Sicher ist der junge Mensch in unserer Leistungsgemeinschaft ein Teil, der aufgebaut wird, um zu leisten. Bei den älteren Menschen denken wir da oft nicht mehr daran, was sie geleistet haben, sondern daß sie am Ende ihrer Leistung stehen. Und das halte ich für ganz wesentlich, daß hier eine Umkehr in der Gedankenrichtung entsteht. Wir haben alle mehr Freizeit, wir hören alle etwas früher zum Arbeiten auf, die Lebenserwartungen haben sich verlängert, das läßt sich statistisch nachweisen. Es ist daher wichtig, daß diese Leute nicht in die Sinnlosigkeit entlassen werden, sondern daß man ihnen das zur Verfügung stellt, was das Leben dann noch lebenswerter macht.

Diese Gruppe hat ein Budget von 10,2 Milliarden, davon wurde auf 11,1 Milliarden aufgestockt. 6,8 Milliarden davon sind für den sozialen Bereich, 4,3 für den Wohnbau. Ich glaube, daß es auch sehr wichtig ist, daß die Ausbildung des Personals in den Altersheimen verbessert wird. Hier darf ich noch einmal auf den Punkt zurückkommen, den ich gestern erwähnt habe. Es stimmt mich bedenklich, wenn der Posten Ausbildung von Pflegepersonal im Budget um 4,5 auf 13,7 Millionen reduziert wird. Denn hier wird nicht nur eine Ausbildungsverbesserung verlangt. Wir übernehmen Verantwortung, wenn wir in Landesheimen ältere und sorgebedürftige Menschen unterbringen. Dieser Verantwortung kann man sich dann positiv entledigen, wenn die Leute, die dort die Pflege übernehmen, eine profunde Ausbildung haben. Und ein wesentlicher Punkt, Hohes Haus, diese Leute müssen auch das Image bekommen und eine bessere Vermarktung in der Öffentlichkeit für ihre Leistung. Auch hier sollten wir Vorkehrungen treffen, auch hier sollten wir versuchen, Beihilfe zu leisten.

Es dürfte auch nicht ganz stimmen, wenn der Herr Sozialminister behauptet, daß die Pflegegeldzuschüsse im Land versickern. Wir können nachweisen, daß über 100 Millionen Schilling wieder unseren Pflegeheimen zugeflossen sind. Ich habe diesen Punkt besonders herausgegriffen mit den Landesheimen, weil ich es wirklich für eine sinnvolle Lösung finde, daß hier das Land eine Leistung übernimmt und eine Sorge übernimmt, die eigentlich in der Privatwirtschaft nicht vorgehen ist.

Wenn ich jetzt zur Wohnbauförderung kommen darf, so kann ich mich hier dem Kollegen Dkfm. Rambossek anschließen. Dieses Modell fährt von selbst an die Wand. Es wird nicht lange existieren. Und der Ausdruck, den wir im heurigen Budget finden, unterstreicht das, was alle vermuten und auch alle ausrechnen können. Optisch gesehen ist die Erhöhung von 350 Millionen Schilling für die Wohnbauförderung sehr positiv. Wenn man sie analysiert, kommen davon 280 Millionen aus Bundesmitteln, der Rest wird durch höhere Tilgungen eingebracht. Um 17 Millionen hat das Land erhöht und jetzt beginnt praktisch schon das Aus für das System. Es beginnt mit 472 Millionen an Zinstilgungen als zusätzlicher Aufwand schon im heurigen Jahr. Ich glaube, daß man hier bei einem Wohnungsbedarf von circa 25.000 bis 30.000 Wohnungen in Niederösterreich sich einmal klar ausrechnen muß, daß mit einer derartigen Finanzierung der Wohnbau nicht wesentlich gesteigert werden kann. Das müßte er aber. Man findet zwar einen statistischen

Zuwachs von 10 % im Wohnbau gegenüber 1992. Wenn man aber jetzt berücksichtigt, daß davon eigentlich 69 % die kleine Familie leistet, das sind die sogenannten Häuslbauer, die 69 % des Wohnraumbedarfes schaffen. 23 % kommen vom gemeinnützigen Wohnbau, 3 % von den Gemeinden und 5 % von Privaten. Daher glaube ich, daß man hier an dieser Stelle doch auch einmal versuchen sollte, ein Umdenken einzuleiten. Ein Umdenken in Form der Förderung. Es ist auch nicht zumutbar, daß kleine Familien über Jahrzehnte verschuldet sind, nur weil sie sich ein Heim schaffen, weil sie eine Wohnung haben wollen, die Grundlage für unsere Lebensgemeinschaft darstellt. Ich kann mir daher durchaus vorstellen, daß man sehr gut mit steuer-technischen Maßnahmen hier auch Private dazu bringen kann, daß sie in den Wohnbau einsteigen, durch erhöhte Abschreibungen etwa. Wir müssen uns dazu bekennen, daß diese Leute für eingesetztes Kapital einen Profit haben wollen, einen Gewinn haben wollen. Das wollen aber die Banken auch. Für die Kredite, die in der Wohnbauförderung vergeben werden, werden gigantische Summen, über 20 Jahre verteilt, als Zinsen an die Banken bezahlt. Da regt sich niemand auf. Ich kann mir daher durchaus eine höhere Abschreibung vorstellen. Ich weiß, das gab es schon einmal und es wurde abgeschafft auf Bundesebene. Aber wenn man hier wirklich Abschreibungsmodelle für private Investoren schafft, dann wird dadurch der Mieter nicht belastet. Dann kann man wirklich mit niederen Mieten weiterarbeiten. Außerdem könnte ich mir vorstellen, daß Kleinfamilien und einkommensschwache Familien einen Firmenstatus bekommen und damit in die Lage versetzt werden, die Mehrwertsteuer abzusetzen. Also eine Vorsteuerabzugsfähigkeit. Das bedeutet immerhin eine Verbilligung von 20 % im Durchschnitt bei eingekauftem Material. Und wir alle müssen ja die Realität sehen, die 69 % Häuslbauer. Da ist eine Vielzahl an Eigenleistungen drinnen. Die Leute kaufen im Baumarkt, die Leute verarbeiten das selber. Das ist nicht Schwarzarbeit, sondern das ist Eigenleistung, die sogar seit neuestem in dem Modell des Herrn Landesrat Mag. Freibauer Eingang gefunden hat.

Ohne diese Umstellungen wird es immer nur die Förderungsgespräche geben, machen wir es so oder machen wir es anders. Im Endeffekt eine Überschuldung, die nicht dazu führen kann, daß das Land in seinem Budget jemals Licht sieht. Noch einmal: Mehrwertsteuerentlastung für Häuslbauer, bessere Abschreibungsmodelle für Private, die derzeit mit 5 % am Wohnbau beteiligt sind. Warum sind sie mit 5 % beteiligt? Weil die Rege-

lungen, die Gesetzgebung, die Kapitalgewinne nicht zulassen, die man sich erwartet und man daher das Geld lieber in andere Investitionen steckt oder auf der Bank liegen läßt. Verdienen tun bei diesem Modell, das wir heute haben, nach meinem Dafürhalten, in erster Linie die Banken. Und das ist, glaube ich, nicht im Sinne des Landtages. Wir sollten vielmehr auf unsere Bürger schauen. *(Beifall beim LIF.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Krendl.

Abg. KRENDL (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Im Rahmen der Budgetdebatte 1992 haben die Redner aller Fraktionen das neue Jugendwohlfahrtsgesetz als positives und fortschrittliches Gesetz bezeichnet. Die Problembereiche sind durch dieses Gesetz erfaßt und sollen einer Lösung zugeführt werden. Uns allen ist klar, daß wir für die in zunehmendem Maße durch steigende soziale Probleme gefährdete Jugend alles tun müssen, was nur irgendwie möglich ist. Wachsende Familienprobleme, keine Möglichkeit, Aggressionen abzubauen, zunehmende Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen erfordern zusätzliche und intensivere Auseinandersetzung mit diesen Problemen.

Das Problembewußtsein der Bevölkerung ist nicht zuletzt durch die derzeitigen Aktivitäten der freien Wohlfahrtsträger im Vorfeld der öffentlichen Jugendwohlfahrt gestiegen. Soziale Probleme werden bewußter, neue Fälle werden aufgedeckt, wodurch die Notwendigkeit erweiterter und neuer Hilfsangebote noch deutlicher wird. Der Jugendwohlfahrt werden Zielsetzungen und Aufgaben übertragen, die umfangreiche qualifizierte und aufwendige Vorgangsweisen erfordern und einen weiteren Ausbau notwendig machen. Besonders im Bereich der Prophylaxe ist ein vermehrtes Angebot angebracht und notwendig. Zur Verwirklichung einer möglichst umfassenden Jugendwohlfahrt wird es immer notwendiger, daß das Zusammenspiel zwischen den Mitarbeitern des Landes und den freien Trägern zunehmend enger wird, um das immer größer werdende Betätigungsfeld möglichst effizient bewältigen zu können.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz gibt also gute Voraussetzungen für wirksame Jugendwohlfahrtsarbeit im Sinne der NÖ Familien und der NÖ Jugend. Die Praxis aber zeigt, daß in vielen Bereichen Schwierigkeiten bei der Finanzierung entste-

hen, die sich oft in ihrer Auswirkung bei zu wenig Personal, daher fehlender Zeit zur Problembewältigung und ähnlichem niederschlägt. Ich würde mir als Reaktion des Herrn Landesfinanzreferenten eine permanente Anpassung des Ansatzpostens im Voranschlag des Landes wünschen. Eine Anpassung, die der Entwicklung im Jugendwohlfahrtsbereich Rechnung trägt. Die in zunehmendem Maße durch steigende soziale Probleme gefährdete Jugend und die wachsenden Familienprobleme, oft durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme, steigende Aggressivität, Mißhandlungen, Drogen oder Kriminalität verstärkt, rechtfertigen den Einsatz höherer finanzieller Mittel. Alles, was heute in der Jugendwohlfahrt für die gefährdeten Minderjährigen getan wird, ist eine unbedingt notwendige und erfolbringende Investition in die Zukunft des Landes.

Konkret möchte ich anmerken: Im Bereich der Pflegekinder und Pflegeeltern ist der Pflegebeitrag in Niederösterreich geringer als in Wien. Die Folge davon ist, Pflegeeltern in Niederösterreich nehmen lieber Kinder aus Wien, es wird daher zunehmend schwieriger, geeignete Pflegeeltern für Niederösterreichs Kinder zu finden. Tagesmütter sind bessergestellt. Finanzielle Probleme gibt es auch bei der Aus- und Fortbildung, die laut dem Gesetz den Pflegeeltern anzubieten ist. Obwohl der Bedarf seitens der Bevölkerung steigend ist, die Kurse sind überfüllt, können Pflegeelternschule, Pflegeinformationstage und überhaupt die gesamte Pflegeaus- und -fortbildung nur sehr bedingt in der jetzigen Zeit, gegangen ist es etwa bis Mitte 1952 und dann fast nicht mehr, finanziert werden. Lediglich in Baden und Amstetten gab es derartige Einrichtungen und Veranstaltungen.

Ebenfalls im § 27 des Gesetzes ist festgeschrieben, daß Pflegeeltern, die Minderjährige mit besonderen Bedürfnissen in Hinblick auf heilpädagogische Betreuung übernehmen wollen, gezielt und kontinuierlich betreut werden. Sie sollen auch fachliche Hilfe erhalten. Dies ist nicht möglich mangels der erforderlichen Mittel, obwohl solche heilpädagogische Pflegestellen dringend notwendig wären.

Bei der Tagesbetreuung wird die Tagesmütteraktion derzeit schon gefördert. Und zwar im Rahmen des Familiengesetzes. Für Einrichtungen zur Tagesbetreuung gibt es aber praktisch keine Förderung. Für Prophylaxe am Lebensbeginn ist der finanzielle Ansatz seit Jahrzehnten unverändert. Obwohl wir wissen, daß eine Ausweitung der Angebote dringend notwendig wäre. Hier gibt es Angebote privater Träger, zum Beispiel Mütter-

studios, Mutter-Kind Gruppen, Geburtsvorbereitungen und ähnliches. Es wäre allerdings eine Förderung der privaten Träger erforderlich. Generell ist für Prophylaxe, ja überhaupt ist ein weiterer Ausbau von sozialen Diensten regional und ambulant vor allem durch private Träger notwendig. Die Angebote des öffentlichen Trägers reichen nicht aus. Es wird regional, also dort, wo Hilfe gebraucht wird, Beratung und Therapie erwartet. Therapie ist nicht billig. Aber immer noch weit billiger als eine Heimunterbringung. Dies zeigt sich bereits deutlich durch die bereits seit zwei Jahren praktizierte sozialpädagogische Familienhilfe, durchgeführt durch den Verein "Rettet das Kind".

Zur Grundlagenarbeit, also für Planung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit im Jugendwohlfahrtsbereich besteht ein gesetzlicher Auftrag im NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz. Budgetmittel sind nicht vorhanden. Auch bei den Kursen zur Berufsvorbereitung von Jugendlichen fehlen finanzielle Mittel zur Anpassung an die gegebenen Erfordernisse. Die Aus- und Fortbildung des Fachpersonals wird nach Möglichkeit durchgeführt. Aber auch hier verspürt man fehlende Budgetmittel.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon im Vorjahr gesagt, das NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz gibt uns viele Möglichkeiten zu helfen, bestehende Strukturen zu ändern, neue Wege zu gehen. Wir haben in Niederösterreich gut ausgebildete Fachkräfte. Ich habe damals gesagt, leider sind es zu wenig, um die großen Anforderungen zu bewältigen. Beides unterstreiche ich noch heute. Dazu sage ich: Mein Appell, mehr Mittel im Voranschlag des Landes anzusetzen, um den Intentionen des Jugendwohlfahrtsgesetzes voll zu entsprechen, wurde leider nicht voll wahrgenommen. Im Interesse jener Menschen, für die dieses Gesetz im Jahr 1991 geschaffen wurde, ersuche ich den Finanzreferenten des Landes, der Jugendförderung und Jugendwohlfahrt in Niederösterreich mehr Möglichkeiten zur Hilfe durch höhere Dotierung im Voranschlag zu geben. Es ist mir ein Bedürfnis, allen jenen zu danken, die in dem Bereich der Jugendarbeit tätig sind. Und zwar engagiert und erfolgreich tätig sind. Dem Fachpersonal der Abteilung VIII/2 und den Jugendabteilungen. Den Mitarbeitern in den Jugendämtern und Jugendheimen. Ebenso den Mitarbeitern im Bereich der freien Wohlfahrtsträger, bei den Vereinen, bei Privatinitiativen, Elternvereinen und bei den Gemeinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wiederhole heute meine Schlußworte vom Vorjahr

ganz bewußt, weil es auch heuer so gezielt paßt. Ich sagte also 1992:

1. Es gibt in Niederösterreich ein relativ neues Jugendwohlfahrtsgesetz.
2. Es gibt Rahmenbedingungen, die es rasch und wirksam zu verbessern gilt.
3. Es gibt engagierte Beamte und einen engagierten politischen Referenten für die Jugendwohlfahrt, den Herrn Landesrat Ewald Wagner, die alle bereit sind, für unsere Jugend helfend sich einzusetzen.
4. Es gibt 56 Abgeordnete, die an ihrem Einsatz für diese Jugendwohlfahrt gemessen werden.
5. Gibt es einen Ansatzposten im Voranschlag des Landes für Jugendwohlfahrt, der angepaßt werden muß, sodaß man wirksam helfen kann. Und es gibt auch einen Landesfinanzreferenten. Der wird auch an seinem Budget gemessen!

Soweit zu 1992.

Nun fällt mir auf, ich würde ihn selbst gerne anreden, den Herrn Landesfinanzreferenten, daß in den letzten zwei Jahren 18 Millionen für die Jugendwohlfahrt notwendig waren. Die Mehrausgaben von fünf Millionen, die sich ergeben haben zum Voranschlag, wurden dann im Nachtragsvoranschlag abgedeckt. Eleganter und ehrlicher wäre es gewesen, wenn Sie heute die notwendigen 18 Millionen gleich im Voranschlag angesetzt hätten. Heuer sind wieder nur 13 Millionen drinnen, so wie im Vorjahr. Wir werden wieder einen Ansatz im Nachtragsvoranschlag brauchen. Etwa für die Ausweitung der sozialpädagogischen Familienhilfe oder für zusätzliche Einrichtungen von sozialpädagogischen Tagesstätten. Oder zur Errichtung von Kinderschutzzentren in jedem unserer vier Viertel im Land, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir sind also, meine Damen und Herren des Hohen Hauses und auch der Herr Landesfinanzreferent, weiter gefordert. Und wir sollen diese Forderung ganz besonders ernst nehmen. Stellen wir uns dieser Forderung im Interesse unserer Jugend, unserer Familien, damit im Interesse unseres Landes! (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir erleben derzeit eine dynamische Entwicklung im Altenbereich. Auf der einen Seite enorme Zuwächse im Bereich der älteren Personen und auf der anderen Seite einen gleichzeitigen Rückgang an Jugendlichen. Und wir könnten uns derzeit zurücklehnen und könnten sagen, die Probleme der Zukunft, die gehen uns derzeit nichts an, wir sagen zu dem Ganzen heute noch nichts.

Im Mai 1991 hat die Frau Landeshauptmann Liese Prokop ein Konzept in Auftrag gegeben und zwar unter dem Titel "Alt werden in Niederösterreich". Hier wurden wissenschaftliche Grundlagen geschaffen im sogenannten Landesaltenplan. Bisher hat man in Niederösterreich sehr Großes geleistet im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Die NÖ Sozialhilfe hat im Raumordnungsprogramm vom 4. Juli 1991 die Rahmenbedingungen geändert. Die Sozialpolitik des Landes ist an gewisse Anpassungen heranzuführen. Auf der einen Seite steigt die Zahl der Pflegebedürftigen, die Errichtung neuer und der Ausbau von bestehenden Heimen ist erforderlich. Auf der anderen Seite macht sich ganz wesentlich eine neue Definition des Begriffes Pensionisten- und Pflegeheime bemerkbar. Der Landesaltenplan sieht vor, daß in den Jahren 1991 bis 2001 jene Bezirke ausgebaut werden, die am schlechtesten versorgt sind. Ab dem Jahr 2001 bis 2011 sollte der Ausbau an Pflegeheimen weitergeführt werden. Das Ziel sollte sein, rund 52 Pflegebetten je 1.000 Einwohner über 75 Jahre.

Noch eine Forderung aber sollte von hier ausgehen: Daß der Landesaltenplan in seiner jetzigen Form immer wieder modifiziert werden muß. Er sollte die Grundlageninformation geben, eine regelmäßige Berichterstattung an den Landtag, eine Berichterstattung über die Lage der älteren Menschen. Dies sollte in kürzeren Abständen erfolgen. Über die Gesundheit, über die Krankheit der Bevölkerung, auch das ändert sich sehr oft, über die materielle Versorgung, wie sieht es in diesem Bereich aus. Aber auch, wie weit ist es der Familie noch möglich, hier helfend einzugreifen oder muß das eine Institution übernehmen. Derzeit haben wir bis zum Jahr 1996 in diesem Bereich eine verhältnismäßig relative Entlastung. Aber ab 1996 steigt die Kurve des zusätzlichen Bedarfes an Hilfe sehr stark an.

Wichtig ist auch, daß derzeit sehr viele Familien - bis zu 80 Prozent - die Pflege selbst

übernehmen. Gerade Frauen sind es, die diese Pflege zu Hause für ihre älteren Angehörigen leisten. Und hier wird es wahrscheinlich zu keinen Steigerungsmöglichkeiten mehr kommen, die Familien sind nicht mehr weiter belastbar. Man muß also vorausschauend planen bei der institutionellen Hilfe.

Eingangs habe ich schon erwähnt, daß die demoskopische Entwicklung sich in den nächsten 10, 20 Jahren sehr stark ändern wird. Die Zahl der Unter-14jährigen wird von 20 % auf 14 % zurückgehen, die Erwerbstätigen werden ungefähr mit 60 % konstant bleiben, aber die Über-60jährigen und darüber hinaus, die ältere Bevölkerung wird von 20 % auf 25 % ansteigen. Dadurch wird es verstärkt zu einer Nachfrage nach medizinisch-pflegerischen Leistungen kommen. Die Familie kann nicht mehr so eingesetzt werden wie in der Vergangenheit. Hier gibt es einen gewissen Leistungshorizont.

Wichtig ist auch anzumerken, daß die Altenheime im herkömmlichen Sinn nicht mehr die Voraussetzungen erfüllen. Es muß in Zukunft der Anteil der Pflegebetten geändert werden. Man muß bedenken, daß 24 % der hochbetagten Bevölkerung heute keine Angehörigen mehr haben. Hier müssen auch neue, moderne Wege eingeleitet werden. Die europäischen Erfahrungen zeigen, daß es hier um betreute Wohnformen gehen kann. Betreute Wohnformen, bei denen hochspezialisierte Pflegeeinrichtungen vorhanden sind. Ich denke zum Beispiel an Seniorenwohnungen, wo diese Pflege auch mit angeboten werden kann.

Der Landesaltenplan schlägt aber auch in seinem Bericht vor eine Kurzzeitpflege, eine Tagespflege. Zum Beispiel, was in Niederösterreich bereits getätigt wurde und sich sehr gut bewährt, wenn die Familie auf Urlaub gehen will, daß sie in dieser Zeit denjenigen, den sie zur Pflege zu Hause hat, einem Heim überantworten kann, damit sie auf Urlaub fahren kann und den Pflegling in guten Händen weiß.

Eine zweite Sache, die auch hier im Landesaltenplan sehr stark forciert werden sollte, wäre der neue Beruf, das neue Berufsbild des Heimleiters. Die Führung eines Heimes ist vergleichbar mit der Führung eines Mittelbetriebes. Hier muß Managementenerfahrung vorhanden sein. Daher sollte ein Lehrgang eingeführt werden, ähnlich wie zum Beispiel jener in Tirol, der sich sehr gut bewährt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zukunftsbedarf in Niederösterreich im Pflegebereich wird sich also wandeln. Das Ausbauprogramm sieht eine Steigerung vor von derzeit 2.964 stationären Pflegebetten mittelfristig um ca. 1.400 Pflegebetten vor. Also ein Plus von 47 % auf insgesamt 4.360 Betten. Parallel dazu sollte man die Wohnbetten reduzieren, also um ca. 1.060 verringern. Aber ebenfalls dringend erforderlich ist, mehr Betten für psychosoziale Betreuung auch für jüngere Menschen zu schaffen.

Wir wissen, daß die Verteilung der Heime in Niederösterreich nicht überall gleich ist. Man muß daher regional unterschiedlich vorgehen bei der Errichtung neuer Heime. Rund 1.000 zusätzliche Pflegebetten sollten in neuen Heimen geschaffen werden. Berndorf, um nur einige zu nennen, Eggenburg, Neunkirchen, Orth a.d. Donau. Es freut mich, daß in meinem Bezirk heuer dieses Heim errichtet wird mit Kosten von 40 Millionen Schilling. Pottendorf, Vösendorf, Wilhelmsburg und Zwettl sowie eines im Raum Böheimkirchen, Neulengbach und im Gerichtsbezirk Schwechat.

Bei den derzeit laufenden bzw. bereits abgeschlossenen Projekten in Amstetten, Laa a.d. Thaya, Mank, Mödling, Pottendorf, St. Peter in der Au und Waidhofen a.d. Ybbs wurden bzw. werden die Wohnteile bereits so ausgeführt, daß sie für die Pflege geeignet sind. Pensionisten- und Pflegeheime in Zukunft sollen in überschaubaren Einheiten geschaffen werden. Diese Heime sollten nicht mehr als 110 Betten haben.

Durch den Beschluß der Landesregierung, mit dem die Ausgliederung der geistig-behinderten Menschen beschlossen wurde, ist es auch erforderlich, Wohnplätze bis zum Jahr 2000 zu schaffen und zwar ca. 90 Plätze pro Jahr. Bereits 1993 konnten 236 derartige Plätze ausgeführt werden oder sind noch in Planung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Ausbau allein ist es nicht getan. Wir benötigen auf Grund dieser Tatsache, daß Heime gebaut werden, daß sie umgebaut werden, verstärktes Pflegepersonal. Wenn wir denken, daß im Wohnteil ein Verhältnis von 1:12 an Pflegepersonal herrscht, in der Pflegestation aber ein
Verhältnis

von einer Person zu 2,5 Personen, sehen wir, wie dicht der Ausbau sein muß und daß zusätzlicher Bedarf an Personal vorhanden ist. Und wenn im Budget immer wieder gesagt wurde, so und so viele Beamten wurden wieder neu aufgenommen, dann klingt das nach außen hin sehr populistisch. Man kann sagen, das ist die allgemeine Verwaltung. Wir vergessen aber immer wiederum, daß wir auf der einen Seite die Pflegebetten fordern und wehe, sie kommen nicht. Auf der anderen Seite müssen natürlich diese Heime mit dem entsprechenden Pflegepersonal ausgestattet werden. Und dann sagt man, das ist natürlich notwendig, das darf sich aber im Budget nicht niederschlagen an neuen Dienstplätzen. Das kann man natürlich nicht so sehen. Im Jahr 1994 sind 244 derartige Dienstplätze vorgesehen.

Die Neuerrichtung von Pensionisten- und Pflegeheimen wurden am 2. April 1992 in einem Ausbau- und Investitionsprogramm vom Landtag beschlossen. Man sieht unter anderem auch die Neuerrichtung von Zwettl, einen Zu- und Umbau in Laa a.d. Thaya und in St. Peter in der Au vor. In Zwettl soll eine neue Form der Pflege kommen. Dort soll ein Ambulatorium zur Frühförderung behinderter Kinder und für die allgemeine Rehabilitation kommen und zwei Pflegeabteilungen mit 76 Pflegebetten, eine Betreuungsstation mit 25 Betten. Die Gesamtherstellungskosten, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden 160 Millionen Schilling betragen. Laa a.d. Thaya, wurde von Kollegen Hiller schon in einer anderen Gruppe erwähnt, weil es seine Region betrifft. Auch hier erfolgt eine Verbesserung der regionalen Situation im Pflegebereich durch eine Neuerrichtung eines NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes mit Herstellungskosten von rund 155 Millionen Schilling. Der Wohnteil mit 23 Betten, zwei Pflegeabteilungen mit insgesamt 76 Pflegebetten.

Als drittes Heim steht an St. Peter in der Au. Auch hier handelt es sich um einen Zu- und Umbau. Zwei Pflegeabteilungen mit 74 Pflegebetten, der alte Trakt wird saniert und es entstehen 29 Wohnbetten. Auch hier liegen die Herstellungskosten im Bereich von 151 Millionen Schilling. Das sind Mittel, die in die Regionen fließen. Wenn wir immer bedauern, daß das Landesbudget ein Defizit aufweist, dann müssen wir auch erklären, daß derartige Dinge, wie diese Heime, die geschaffen werden, eine Investition für die Zukunft darstellen.

Mit dem Bau der drei Projekte wird 1994 begonnen, als Bauzeit sind drei Jahre vorgesehen. Mit diesen Heimen ist sicherlich ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung gewährleistet, nicht nur

durch den Umbau und Neubau, sondern auch neue Arbeitsplätze für das zukünftige Pflegepersonal.

Abschließend noch ein Wort zu den mobilen sozialen Diensten. Diese Dienste bekommen eine immer größere Bedeutung bei der Pflege und Betreuung der älteren, kranken Leute draußen in unseren Gemeinden. Und wir als Gemeindevertreter wissen das zu schätzen. Denn jede Person, jeder Mensch, der draußen in den Ortschaften gepflegt werden kann, ist erstens einmal nicht enturzelt aus seiner näheren Umgebung. Zweitens ist es auch hier die Kostenfrage, daß gerade diese Kosten nicht so stark in Gewicht fallen wie in den Heimen selbst. Eine Steigerung bei den mobilen sozialen Diensten ist hier vorhanden, eine extreme Steigerung. 1992 wurden erstmals von allen mobilen sozialen Diensten mehr als eine Million an Einsatzstunden vollbracht. Im Jahr 1993 1,350.000 Einsatzstunden. Und für das Jahr 1994 sind sogar fast 1,5 Millionen Einsatzstunden geplant. Allein aus diesen Zahlen sieht man die Bedeutung der mobilen sozialen Dienste. Das ist eine wichtige Hilfe, wie ich schon gesagt habe, für die Gemeinden, aber auch eine finanzielle Entlastung.

Die Verteilung der Einsatzstunden gestaltet sich so: Beim NÖ Hilfswerk haben wir 45 % rund, die Volkshilfe 31 % und beide Caritasanteile insgesamt 24 %. Durch die Mittel des KRAZAF und der Sozialhilfe ist es möglich, daß diese sozialen Dienste betreut werden können. Bisher waren auch 30 Millionen Schilling der Krankenkasse für die medizinische Hauskrankenpflege mit dabei. Und jetzt kommt es bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ab dem Jahr 1993 sind diese Kassenbeiträge gefährdet. Im ersten Halbjahr wurden noch 15 Millionen Schilling überwiesen. Ab dem 1. Juli 1993 gibt es diesen Vertrag mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und mit der österreichischen Ärztekammer. Und das wird nur dann überwiesen, wenn eine ärztliche Anordnung für die medizinische Hauskrankenpflege erfolgt. Und jetzt kann man sich diese ärztlichen Anordnungen anschauen. Im Juli waren es nur 56. Im August nur 36. Wenn man aber

bedenkt, daß auf der anderen Seite rund 50 % der Einsatzstunden der Hauskrankenpflege im medizinischen Bereich liegen, so sieht man, daß hier eine große Lücke klafft. Und wir haben derzeit, ich habe gerade vorhin gesprochen darüber, draußen am Gang, 30 Millionen Schilling, an die wir derzeit nicht herankommen. Das heißt, in diesem Bereich entsteht eine Finanzierungslücke für heuer allein von rund drei Millionen Schilling. Für die nächsten Jahre können wir das noch gar nicht abschätzen. Und es wird hier gebeten von seiten der Landesregierung, vom zuständigen Regierungsmitglied, mit den Ärzten zu sprechen, daß diese Situation nicht auf dem Rücken der mobilen sozialen Dienste ausgetragen wird. Die Zukunft der mobilen sozialen Dienste liegt aber nicht nur im Bereich der Pflege und Hilfe daheim, sondern auch erneut jetzt, wie es das Hilfswerk auch macht, im Bereich der Betreuung mit mobilen Physio- und Ergotherapeuten. Hier gibt es ausgezeichnete Ansätze und Erfahrungswerte. Diese Modellversuche bewähren sich. Abschließend kann ich sagen, daß kein Budgetansatz eine derartige Erhöhung erfahren hat in diesem Budget, wie der Bereich der sozialen Wohlfahrt. Eine Erhöhung von 4,4 Milliarden Schilling auf 5,4 Milliarden Schilling, das bedeutet eine Steigerung von sage und schreibe 22 % in diesem Bereich. Wir haben nicht nur eine Verbesserung der sozialen Sicherheit und des Standards in Niederösterreich, diese Verbesserung muß man auch sehen im Hinblick auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Und es sind auch vorausblickende Investitionen für die Zukunft der älteren Generationen und jener, die Hilfe und Pflege unserer Gesellschaft bedürfen.

Ich darf abschließend noch zwei Erwähnungen machen. Eine zum Kollegen Ing. Dautzenberg, der gemeint hat, daß die Ausbildung im Pflegepersonal unterdotiert ist. Dem ist nicht so, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nicht im Bereich der Sozialhilfe, fällt also nicht in den Bereich der Pflegebedürftigen aber auch nicht den Gemeinden zu Last, sondern ist in der Arbeitnehmerförderung mit 12 Millionen Schilling ausgewiesen. Es ist dies ein Sonderprogramm für das Pflegepersonal in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktförderung. Wir haben heuer über 300 Neue, die hier begonnen haben, diese Pflegeausbildung wahrzunehmen.

Schließlich darf ich noch zu einem Resolutionsantrag, der heute vorgelegt werden wird von Herrn Abgeordneten Uhl sagen, daß wir diesem Resolutionsantrag unsere Zustimmung erteilen werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Uhl.

Abg. UHL (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Kapitel Soziales gehört meines Erachtens auch ein bißchen soziales Verhalten. Nachdem der Herr Abgeordnete Breininger gesagt hat, man muß nicht immer brav sein, will ich hier gleich hinzufügen, ich will nicht brav sein. Und möchte dabei einige Dinge hier anführen: Der Herr Landesrat Blochberger spricht nach einem Mehrheitsbeschluß in Sachen Verpackungsverordnung. Das gibt es nicht! Da spricht ein Regierungsmitglied nach der Beschlußfassung von falschen Entscheidungen. Lieber Herr Landesrat! Er ist leider nicht hier, ein Beschluß ist von dem zuständigen Regierungsmitglied zu vollziehen und nicht zu kommentieren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. - Abg. Dr. Strasser: Das gehört auch zur freien Meinungsäußerung!)* Ich komme gleich zur freien Meinungsäußerung.

Da erklärt ein Landesrat, nämlich der Finanzlandesrat Mag. Freibauer, Professor für Mathematik wie er gesagt hat, wie wir, die frei gewählten Mandatäre der Sozialdemokraten, nicht von Gnaden des Parteiobmannes abhängig, wie wir etwas zu sehen haben. Noch dazu, wenn man versucht, eine wesentliche Erleichterung für unsere so hoch verschuldeten Gemeinden auf den Nimmerleinstag oder auf Kosten des Bundes abzuschieben. Meinen gestern getätigten Zwischenruf, den möchte ich hier noch einmal bringen. Diesen Spargedanken, den habe ich bei der Landtagssitzung am 4. November 1993, als es um mehrere hundert Millionen Schilling für die Landwirtschaft gegangen ist, vermißt. Wenn es um die finanziellen Belange im Zusammenhang mit den Gemeinden geht, da spricht man immer davon, daß das Geld fehlt.

Und zum dritten. Der erhobene Zeigefinger, das Aussuchen der Verhandlungspartner bei der SPÖ und das verbale "wartet nur, wenn ihr so weitermacht" des Herrn Landeshauptmannes, rundet das Bild dieser konfusen ÖVP weiter ab. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ich kann den Wahrheitsbeweis antreten, kein Problem.

Zum vierten: Da werden Aussagen über Menschen anderer Hautfarben und Sprachen in abträglicher Form von diesem Pult aus in diskriminierender Weise gemacht und knapp vor Ende der Landtagssitzung geht ein Mitglied der

freiheitlichen Fraktion zum Rednerpult und will uns blauäugig erklären, diese Äußerungen waren keinesfalls diskriminierend. Wenn diese Vorgangsweisen ein junger, politisch noch suchender Mensch gehört hat, wundert mich die zunehmende Politikverdrossenheit überhaupt nicht mehr. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

1983 wurde von der UNO zur Dekade der behinderten Menschen erklärt. Und nach zehn Jahren hat das Jahr 1993 einen sozialpolitischen Schub gebracht wie kein anderes nach dem zweiten Weltkrieg. Die Bedeutung dieser sozialpolitischen Revolution für die wachsende Zahl nicht nur älterer Menschen, die dauernder Pflege bedürfen, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wird doch im Rahmen der Pflegevorsorge ab Mitte dieses Jahres Unterstützung zur finanziellen Abgeltung der erforderlichen Hilfeleistung zur Verfügung stehen.

Neben den zahlreichen Errungenschaften haben wir in Verbindung mit dem Bundespflegegesetz das NÖ Pflegegeldgesetz beschlossen. Dieses Gesetz ist ein Reagieren auf die gesellschaftlichen und sozialen Neuerungen im Staat und im speziellen in unserem Bundesland Niederösterreich. Dieses Bundes-Pflegevorsorgegesetz und auch das NÖ Pflegegeldgesetz ist auch ein Schritt hin zur Vervollständigung und Modernisierung des Sozialstaates. Dieser Schritt hat internationalen Vorbildcharakter. Und ich darf daher jenem Verantwortlichen im Bund, dem Sozialminister Hesoun, hier ein herzliches Danke sagen. Ich bin stolz und glücklich, beim NÖ Pflegegeldgesetz auch mitgearbeitet zu haben. Ein Dankeschön auch hier an die Landesrätin Traude Votruba. *(Unruhe bei der ÖVP.)* Frau Landeshauptmannstellvertreterin, selbstverständlich sind Sie mit eingeschlossen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ehre wem Ehre gebührt. Herr Kollege Strasser! Das ist nämlich der Unterschied zwischen uns beiden. Wir machen nie etwas alleine, auch dort, wo wir es alleine machen könnten. Und selbst wenn wir es alleine gemacht haben, lassen wir die anderen mitleben. Während Sie das kontinuierlich abstreiten. Das ist ein Unterschied zwischen uns.

Beide Gesetze im Einklang mit unseren bereits bestehenden Einrichtungen sind für viele unserer Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ein Garant für eine gute Absicherung, den wohlverdienten Ruhestand und Lebensabend in gewohnter Umgebung zu verbringen. Ich will mich ganz bewußt, meine sehr geehrten Damen und Herren, in meiner Wortmeldung mehr mit jenen

Organisationen und Institutionen beschäftigen, die mithelfen, daß die gesetzlichen Voraussetzungen auch erlebt bzw. gelebt werden können. Recht gut und auch von anderen bereits akzeptiert ist diese unsere Einteilung der Sozial- und Betreuungssprengel in kleine und überschaubare Einheiten.

Unsere damaligen Vorstellungen von etwa 10.000 bis 15.000 Einwohnern für solche Sprengel, wobei die regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen sind, wurden anfangs belächelt, sind jedoch heute bestätigt. Die derzeit fast 150 fertigen Sozialstationen oder wie immer diese benannt werden, ermöglichen die Kurzzeitpflege bis hin zur Möglichkeit, seinen Lebensabend in dieser Einrichtung zu verbringen. Hier wird größtmöglich dem Gedanken Rechnung getragen, daß man einen alten Baum nicht verpflanzt. Nach diesem Gedankengrundsatz hat Landeshauptmannstellvertreter Höger seinerzeit dieses Modell der Sozialzentren eingebracht. Nicht im Altersheim, oft hunderte Kilometer vom Heimatort entfernt, sondern in gewohnter Umgebung muß die Möglichkeit des Verbringens des Lebensabends gestaltet werden.

1993 werden durchschnittlich in diesen Sozialstationen, oder wie immer sie genannt werden, 6.517 Personen betreut. Die Gesellschaft ist und bleibt verantwortlich für jene, die Hilfe brauchen. Und wir wissen ganz genau, daß unsere Gesellschaft - und dies vor allem im Sozialbereich - ohne der unentgeltlichen privaten Hilfeleistungen nicht existenzfähig ist. Es muß das Recht auf Hilfe sichergestellt werden. Kein Hilfesuchender darf auf die Wohltätigkeit anderer angewiesen sein.

Lassen Sie mich an die Adresse dieser sozialen Wohlfahrtsträger Volkshilfe, Hilfswerk, Caritas ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön sagen! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Darf ich hier danken und einige der Leistungen dieser Träger der sozialen Wohlfahrtsträger anführen. Sie betreiben insgesamt 142 bzw. 143 Sozialstationen. 1.153 Fachkräfte sind monatlich im Einsatz. Dazu 988 Nachbarschaftshelfer. Und 6.517 Hilfeempfänger. Und das ergibt 1,308.000 Einsatzstunden in einem Jahr. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Einsatzstunden werden aufgeteilt auf die diplomierten Krankenpfleger, Altenhelfer, Heimhelfer, Diplomkrankenpfleger, Therapeuten, Familienhelfer, Nachbarschaftshelfer. Und drei der größten Stundeneinbringer sind die Heimhelfer mit etwa 544.000, die Nachbarschaftshelfer, die bekannten mit 366.000 und die diplomierten Krankenschwestern mit 255.000. Meine Damen und Herren, das ist ein

Großbetrieb! Ein Großbetrieb mit 1,308.000 geleisteten Stunden in einem Jahr.

Dazu gibt es noch "Essen auf Rädern". Diese Form - Essen auf Rädern - hat für viele ältere Menschen größere Bedeutung als nur täglich, meist zu Mittag, ein warmes Essen zu bekommen. Das ist oft der einzige Ansprechpartner für viele dieser Personen, die dieses Essen bekommen. Wenn 110 Gemeinden und dazu noch 77 private Wohlfahrtsträger 2,190.000 Portionen in einem Jahr verteilen, dann ist das sicherlich eine Aktion an unseren Mitbürgern in Niederösterreich, die jedenfalls erwähnenswert ist.

Dazu gibt es noch diese Erholungsaktion für betagte Menschen, bei der 69 Gemeinden mit 6.500 Teilnehmern mitmachen. Für viele, ich weiß es selbst, ist das oft der erstmalige Urlaub in ihrem arbeitsreichen Leben gewesen. Und weiters gibt es noch Landeszuschüsse für 1.411 geschützte Arbeitsplätze. Ich möchte aber hier etwas einflechten: Diese Ausgleichstaxe, praktisch die Abschlagszahlung für die Arbeitsplätze für Behinderte. Ich glaube, die muß man auch wieder einmal überlegen. Denn es soll nicht ein Freikaufen sein, sondern es soll die Möglichkeit bieten, daß die Leute, die eine Behinderung haben, in das Leben wieder größtmöglich integriert werden können.

Nun zum NÖ Pflegegeldgesetz: Sie finden in Niederösterreich laut meinen Unterlagen in der Stufe 1 1954; 603 auf 2; 910 in Stufe 3; 571 auf der Stufe 4; 225 der Stufe 5; 122 der Stufe 6 und 32 in der Stufe 7. Und ich glaube, daß gerade diese Aufzählung der einzelnen Pflegestufen unser Wissen bestimmt, daß hier wirklich erstmalig die Möglichkeit besteht, daß entsprechende Sach- und Finanzleistungen erbracht werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für diese großartigen und wirklich so menschlichen Hilfeleistungen auch bei meinem Dank jenen Personenkreis mit einbeziehen, der bei diesen Trägern der freien Wohlfahrtspflege nicht inkludiert ist. Das sind zum großen Teil Retter der Krankentransportorganisationen Rotes Kreuz, Samariterbund oder ähnliche. Denn hier wird oft in gemeinsamer Arbeit etwas zuwege gebracht.

Zum Problem der Pflegebetten: Das Land Niederösterreich betreibt derzeit 43 landeseigene Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Die Bettenzahl liegt bei knapp 5.700 und eine 96 %ige Auslastung bedeutet, wir sind mehr als voll ausgelastet. Und gerade diese Bezeichnung der Voll-

auslastung gibt uns recht, daß hier eine beschleunigte und kontinuierliche Ausbautätigkeit dringendst notwendig ist. Wobei man auf alle diese Probleme zu sprechen kommen kann, die bereits mein Vorredner angezogen hat, auch mit der Bezeichnung der einzelnen Heime und wie viele Heimplätze enthalten sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß die einzelnen Einheiten nicht zu groß werden. Sie sollen so sein, daß wir wirklich möglichst viele dieser Einheiten haben. Denn möglichst viele dieser Einheiten geben die Möglichkeit, daß man möglichst in der gewohnten Umgebung bleiben kann. Und Heime bauen können dort, wo sie am meisten gebraucht werden. Denn ich glaube, hier gibt es doch ein recht deutliches Gefälle zwischen dem städtischen und dem eher ländlichen Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer glaubt, daß trotz der vorliegenden Ausbauplanungen von zusätzlichen Alten- und Pflegeheimen es hier ohne zusätzliches Personal in Zukunft gehen wird, der liegt, glaube ich, vollkommen falsch. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, an der Hebung der Attraktivität des Pflegeberufes kontinuierlich zu arbeiten. Denn es ist durch die Vorkommnisse in der Vergangenheit ganz einfach ein großes Problem, entsprechendes Pflegepersonal zu finden bzw. daß hier eine dementsprechende Anzahl da ist. Bei uns in Perchtoldsdorf war es dann so, daß wir eine Pflegeabteilung gehabt haben und wir konnten gar nicht voll in Betrieb gehen, weil wir das entsprechende Pflegepersonal nicht hatten. Gerade in diesen Pflegeabteilungen ist eine erhöhte Anzahl an Pflegern und Pflegerinnen halt

notwendig. Und hier können wir wirklich nur alle zusammen alles versuchen, damit wir dieses Problem einer Lösung zuführen können. Noch dazu, wenn wir wissen, daß bereits 21 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt ist. In Österreich gibt es 350.000 Hilfe- und Pflegebedürftige und davon sind alleine 302.000 über 80 Jahre alt. Und 75 % der Hilflosenzuschußbezieher sind älter als 75 Jahre. Das ist eine Statistik, das ist eine Scheure, die auf Grund der sozialpolitischen Maßnahmen und der medizinischen Errungenschaften ganz einfach die ständig steigende Lebenserwartung mit sich bringt. Diesem Problem muß auch auf dem Pflegesektor entsprechend Rechnung getragen werden.

Und ich kann nur meinem Vorredner beipflichten, daß es bei der Hilfe auf Krankenschein Probleme gibt. Hier, glaube ich, legt der Hauptverband das sogenannte krankenhauser-setzende Element, wie es heißt, ein bißchen zu eng aus. Daher ist das manchmal nicht möglich. Ich weiß von der Frau Landesrat, daß hier kontinuierlich Besprechungen stattfinden. Eines ist natürlich klar: Daß mit der Auslegung, die vom Hauptverband vorgegeben wird, es sich ganz einfach speißt und tatsächlich das diese Leistung sehr stark in Frage stellt.

Auf einen besonderen Dienst an den älteren Menschen möchte ich besonders hinweisen. Das ist der Österreichische Pensionistenverband, der Pensionistenbund oder ähnliche. Der Österreichische Pensionistenverband hat 1992 für 16 Landesveranstaltungen mit 5.522 Teilnehmern, 498 Bezirksveranstaltungen mit fast 13.000 Teilnehmern und in den 25.608 Veranstaltungen in den Ortsgruppen mit fast 770.000 Teilnehmern, 443.000,- Schilling an Förderung erhalten. Und wenn man das umrechnet auf die Mitgliederzahl, dann sind das genau S 7,15 je Mitglied bzw. je Veranstaltungsteilnehmer 56 Groschen.

Ich darf daher einen Resolutionsantrag einbringen. Einfügen möchte ich hier noch im besonderen, daß es für mich keinen roten, blauen, schwarzen Pensionistenverband gibt. Denn ich glaube, diese Funktionäre helfen vielen unseren Mitbürgern heraus aus der Einsamkeit. Sie geben und helfen in Worten und in Taten, daher sollen auch wir mit zusätzlichen Mitteln helfen.

Und ich darf daher folgenden Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Uhl zur Gruppe 4 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Förderung der Pensionistenvereinigungen.

In der Gruppe 4 sind in einem diesbezüglichen Unterabschnitt verschiedenste Förderungen für die Angehörigen der älteren Generation vorgesehen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern muß festgestellt werden, daß die Förderung von Pensionistenvereinigungen weitaus unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Da diese von Pensionisten getragenen Vereinigungen zweifellos am besten ihre Erfordernisse abschätzen können, erscheint es zur zielgerichteten Förderung von Pensionisten sinnvoller, derartige Körperschaften anstelle von allgemeinen Landesveranstaltungen zu fördern.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, in einem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1994, längstens aber im Voranschlag 1995 eine erhöhte Förderung von Pensionistenvereinigungen vorzusehen oder umzuschichten."

Ich darf Sie um Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

Anmerken möchte ich noch, daß jeder der hier im Saale anwesenden Mandatäre, Damen und Herren, ganz genau weiß, daß diese sogenannten Bezirksveranstaltungen, seinerzeit unter dem Motto "Älter werden - jung bleiben", damals Veranstaltungen waren, die wirklich regen Zuspruch gehabt haben. Heute ist es eher mehr und verzeihen Sie mir bitte den Ausdruck, ein Hingang. Es hat nicht mehr diesen entsprechenden Stellenwert. Und ich glaube, hier wird bestimmt die Möglichkeit sein, daß in Zukunft ein bißchen mehr an Förderungsmöglichkeiten oder an finanziellen Zuwendungen besteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Versuchen wir trotz aller unserer verschiedenen Weltanschauungen im Sozialbereich nicht Politik zu machen. Zusammenarbeit ja, Umarmung nein. Eine Gesellschaft wird auch in Zukunft daran gemessen werden, wie sie mit jenen in der Gesellschaft umgeht, die Hilfe von uns brauchen. Sehr geehrte Damen und Herren! Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür haben wir geschaffen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreter! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Leben heißt Entwicklung, heißt Veränderung. Gerade wir Frauen, so darf ich sagen, haben einen sehr großen Anteil daran. Und wir haben uns sehr viel vorgenommen, sei es von der Ausbildung her zum Beruf, zum selbständigen Leben, zur Führung eines Haushaltes, zur Kindererziehung. Mir tut es nur ein wenig leid, daß die jungen Mädchen von heute oft sehr wenig Gelegenheit haben, die Führung eines Haushaltes zu erlernen und sich dieses Wissen im Laufe ihres Lebens erst sehr mühsam aneignen müssen.

Nach dem Muttersein, nach der Betreuung der Kinder ist es oft notwendig und wollen oft auch die Frauen wieder in den Beruf einsteigen. Doch das ist oft nicht sehr leicht. Ein paar Worte zur Situation der Frau: Von den insgesamt 2,990.176 unselbständig Beschäftigten sind 1,294.000 berufstätige Frauen. 64 % der Frauen insgesamt gehen einen Beruf nach. Sie sind aber nach wie vor für die familiären Aufgaben größtenteils allein zuständig. 68 % der berufstätigen Frauen, so sagt die Statistik, übernehmen alleine die Hausarbeit. Bei denen, die nicht berufstätig sind, sind es natürlich mehr. Die Frauen leisten damit zu 90 % unbezahlte Arbeit. Würde diese Arbeit, die Frauen leisten, mit Niedrigstlöhnen entlohnt werden, wären das 400 Milliarden Schilling. Das ist ein Drittel unserer Wirtschaftsleistung, ein Drittel unseres Bruttoinlandsproduktes. Es ist ja paradox: Wenn zum Beispiel ein Lediger eine Hausangestellte hat, so trägt diese Haushaltsangestellte zum Bruttoinlandsprodukt durch ihren Lohn bei. Heiratet er aber dann diese Hausangestellte, wird das Bruttoinlandsprodukt verringert. Sie sehen also alleine daran schon, daß diese Arbeit eigentlich nur dann berechnet wird, wenn sie als sogenannter Beruf ausgeübt wird. Und der Wert der Hausarbeit wird ja meistens erst dann erkannt, wenn die Haushaltskraft ausfällt. Und das bemerkt dann letztendlich bald jemand, sogar auch die Männer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr als 40 % der unselbständig Erwerbstätigen sind Frauen. Ein Drittel der Selbständigen und bereits zwei Drittel der Landwirtinnen. Trotz dieser Leistungen, die die Frauen erbringen, ist die soziale Lage und Anerkennung noch immer nicht so, wie wir sie uns wünschen oder zumindest ist sie noch verbesserungswürdig. Es gibt da zum Beispiel ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, nachdem ein Mann angegeben hat, seine

Frau, die den Haushalt geführt hat, die Kinder betreut hat, trägt zur Rückzahlung der Förderungen für das Haus bei. Sofort ist daraufhin das Finanzamt gekommen und hat gesagt, diese Frau ist eigentlich gar nicht berechtigt, Geld zu haben. Das wäre eine Schenkung des Mannes. Es hat dann aber doch der Verfassungsgerichtshof entschieden, daß auch eine Frau, eine Hausfrau, Anrecht hat, für ihre persönlichen Bedürfnisse wenigstens Geld zu bekommen, um nicht für jeden Friseurbesuch oder Kleiderkauf zum Mann kommen zu müssen. Wir haben Gottseidank auch gesetzliche Grundlagen geschaffen, wie etwa das Gleichbehandlungsgesetz. Es gibt jetzt auch Mutterschaftsleistungen für Frauen, die nur geringfügig beschäftigt sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, steht da. Es gibt auch neutrale Stellenausschreibungen. Ich bin sehr froh über dieses Gesetz. Aber letztendlich - und das muß uns allen klar sein - nützen die besten Gesetze nichts, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden. Da ist sicher noch einiges zu tun.

Wir haben im Land Niederösterreich ein Frauenreferat ins Leben gerufen. Über ein Jahr gibt es mittlerweile dieses Frauenreferat bereits. In den Bezirkshauptmannschaften gibt es Frauen als Ansprechpartnerinnen für jene Frauen, die Anliegen haben, die sich im Behördendickicht nicht ganz zurecht finden. Mir gefällt besonders gut, daß diese Frauenberaterinnen an den Bezirkshauptmannschaften auch mit Frauenberatungsstellen zusammenarbeiten. Das ist ganz wichtig und soll auch in Zukunft noch verstärkt werden. Was wir aber sicher auch in dem Bereich noch brauchen, ist eine Ausweitung des Budgets, damit mehr Frauen in dem Bereich tätig sein können. Auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist noch notwendig.

Ab dem Jahr 1991 sind auch im Land Niederösterreich viele Leistungen für die Familien geschaffen worden. Ich denke nur an die Familienhilfe, die eingeführt worden ist. Aber auch auf Bundesebene. Frau Abgeordnete Rosenkranz hat angeschnitten, daß die Leistungen für die Familien zu gering sind. Der Ausgleich zwischen den Lasten kinderloser Familien und kinderreicher Familien. Aber in einem ist, glaube ich, das Land Niederösterreich vorbildlich: Im Jahr 1983 war die Familienförderung mit drei Millionen dotiert, im Jahr 1993 bereits mit 92 Millionen. Also doch eine gewaltige Erhöhung, eine große Hilfe für die Familien. Die Richtlinien für die Familienhilfe sind derzeit die besten in ganz Österreich. Also da können wir wirklich stolz sein auf Niederösterreich. Ich glaube, wir können auch den Bund nicht ganz entlassen aus seiner Hilfe für die

Familien, aus dieser Notwendigkeit. Wir wünschen uns, in der Art wie bei den Pensionen, Ausgleichszahlungen. Ausgleichszahlungen für die Familien und zwar nach dem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen. Denn letztendlich kommt es ja darauf an, wie viele Kinder leben in einer Familie, wie viele Kinder müssen versorgt und betreut werden. Da ist es wichtig einen Ausgleich zu schaffen. Und das wird sicher auch in Zukunft eine Forderung von uns an den Bund sein.

Weil Sie angeschnitten haben das nächste Jahr als Jahr der Familie. Der Ansatz, der da ist, würde für Werbezwecke verwendet. So soll es nicht sein und so ist es auch nicht. Dieses Geld ist konkret für Maßnahmen für die Familie vorgesehen. Und das ist ein Beginn. Genauso wie das Jahr der Behinderten ein Anstoß gewesen ist, soll es auch das Jahr der Familie sein, um nicht aufzuhören, sondern aufzubauen, weiterzutun mit der Hilfe für die Familien.

Vielleicht ein paar Worte zur Familienhilfe. Es war ja so, daß vor Einführung des zweijährigen Karenzgeldes weit mehr Anträge auf Familienhilfe vorlagen. Doch dann, als das zweite Karenzjahr gekommen ist und viele Familien, viele Frauen auch dieses Karenzgeld und eine Teilzeitbeihilfe erhalten haben, sind natürlich weniger Anträge gekommen. Es wurden dann allerdings die Mittel aufgestockt. Daher hat jetzt eine Familie die Möglichkeit, wenn das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen 5.500,- Schilling pro Person, die in einem Haushalt lebt, nicht übersteigt, die höchste Stufe der Familienhilfe, das sind 3.000,- Schilling pro Monat, in Anspruch zu nehmen. Das ist sicher eine große Hilfe für die Familien und kann durchaus positiv vermerkt werden. Ich glaube, das muß man auch sagen. Ich kenne einige, die diese Familienhilfe in Anspruch nehmen. Einige Mütter haben daraufhin sogar überlegt und haben gesagt, ich kann ein paar Jahre auf die Berufstätigkeit verzichten, weil ich eben dieses Einkommen gesichert habe.

Ein Wort noch zum Familienpaß im Land Niederösterreich: Das ist auch eine gute Einrichtung, da er Hilfe für Familien bedeutet. Gerade, wenn ein kleines Kind ins Krankenhaus muß, ist es möglich, wenn man einen Familienpaß hat, 300,- Schilling Zuschuß zu bekommen, daß man eben beim Kind bleiben kann. Oder kostenlose Babysitze, die da sind. Eine Haushaltsversicherung für Frauen, die im Haushalt tätig sind.

Eines, das mir persönlich ganz wichtig ist und immer wieder auch schon eine Forderung von uns war, das ist die Anrechnung der Kindererzie-

hungszeiten zur Pension. Denn Frauen, die mehrere Kinder haben, müssen auf ihr Berufsleben verzichten, das ist ganz klar. Und viele tun es auch ganz gern. Aber ich persönlich sehe nicht ein, daß diese Frauen dann eben, ich sage jetzt, Nachteile, ich meine, in finanzieller Weise haben. Denn Familie und Kinder zu haben, hat natürlich was Wunderschönes an sich und das ist auch gut und schön. Aber es sollte zu keinem finanziellen Nachteil führen. Darum also diese Anrechnung der Kindererziehungszeiten, pensions erhöhend oder pensionsbegründend. Es braucht eine Frau auf jeden Fall 15 Beitragsjahre und wenn sie die noch nicht hat, ist es möglich, die Kinder anzurechnen. Was mir persönlich ein bißchen, ich will nicht sagen weh tut, aber nicht ganz gefällt, ist, daß die vollen vier Jahre nur dann angerechnet werden, wenn der Altersunterschied zwischen den Kindern mindestens vier Jahre beträgt. Oft ist es so, daß nach zwei Jahren das nächste Kind geboren wird. So ist es nicht möglich, das ganz auszuschöpfen. Es ist auf jeden Fall einmal ein Beginn und man muß ja nicht unbedingt aufhören damit. Man kann ja auf jeden Fall im Laufe der Jahre noch etwas verbessern. Man kann mehr Kinder bekommen, aber man kann natürlich auch die Beitragsleistungen oder die Leistungen noch erhöhen.

Eines ist mir persönlich noch ganz wichtig und das möchte ich der Frau Abgeordneten Rosenkranz noch sagen: Ein großer Durchbruch ist sicherlich gelungen mit der Einführung der Bäuerinnenpension. Wir haben ja schon einmal darüber gesprochen und Sie haben das eher negativ hingestellt. Wir selber als Betroffene sehen das aber durchaus als Vorteil, als wirklich guten Schritt. Warum? Es ist gelungen, durch die geteilte Beitragsgrundlage es zu ermöglichen, daß auch die Bäuerin in Zukunft eine Pension erhält. Und zwar ohne die Beitragsleistungen für die Landwirte

enorm hinaufzuschrauben. Denn das können sich viele nicht mehr leisten. Und das andere ist das, daß gerade auch die Bauernfamilien jetzt in die Anrechnung dieser Kindererziehungszeiten kommen. Wenn die Bäuerin nicht pensionsberechtigt gewesen wäre, wäre das nicht möglich gewesen. Daher ist das wirklich ein großer Schritt und ein großer Erfolg sicher auch unserer Vertretung im Nationalrat.

Nun noch ein paar Worte zur Kinderbetreuung: Gerade die Kinderbetreuung ist im Hinblick auf die Berufstätigkeit der Frau ein Anliegen. Wir wollen die Förderungen so gestalten, daß es sich die Frau selbst aussuchen kann, will sie berufstätig sein, kann sie sich Hilfen leisten oder bei ihren Kindern zu Hause bleiben. Aber eines, glaube ich, müssen auch die Mütter bedenken oder die Eltern bedenken. Aus den Kindern, die heute klein sind, werden Erwachsene. Und wir wollen unseren Kindern das beste Rüstzeug mitgeben, auch in seelischer Hinsicht. Wir wollen ja keine Erwachsenen, die dann Probleme haben und oft mit ihrem Leben nicht fertig werden. Daher sind wir der Meinung, daß eben Betreuung während der ersten drei Jahre in der Familie am besten ist. Wir wissen aber, daß es aus verschiedensten Gründen oft nicht geht. Das wissen wir, wir müssen Realisten sein. Und daher ist sicher der beste Ersatz auch die Tagesmutter. Es gibt in Niederösterreich bereits viele Tagesmütter, 800 sind es zur Zeit vom Hilfswerk, die vom Land Niederösterreich gefördert werden. Es werden schon viele Kinder betreut, doch es muß sicher noch ansteigen, im Laufe der Jahre, auf 5.000 und noch mehr. Gerade im Hinblick darauf, daß 60 % der Mütter von Kindern unter 15 Jahren berufstätig sind. Da ist auch das Land Niederösterreich vorbildlich mit Zuschüssen, mit der Hilfe für diese Tagesmütter.

Diese Tagesmütter sind die beste Ersatz-Bezugsperson für das Kind. Auch die Ausbildung der Tagesmütter ist da. Damit sie es eben verstehen, mit den Kindern umzugehen. Daß sie die Kinder nicht zu stark an sich binden. Denn letztendlich soll die leibliche Mutter die Bezugsperson bleiben. *(LR Votruba: Auch der Vater!)*

Ja, sehr richtig, auch der Vater. Dankeschön! Das ist ganz klar. Aber es ist halt eine Tatsache, daß es meistens die Mütter sind. Wir haben schon das letzte Mal davon gesprochen, daß es natürlich ganz wichtig ist, auch die Väter einzubinden. Und daß auch die Väter für die Entwicklung der Kinder ganz besonders wichtig sind. Das ist uns selbstverständlich ganz klar und unbedingt auch notwendig.

Wir haben nun einen gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Rosenkranz, Lembacher und Auer zur Gruppe 4 des Voranschlages formuliert betreffend Ausbau der direkten Familienförderung *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz, Lembacher, Auer zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg.52/V-1), betreffend Ausbau der direkten Familienförderung.

Die im Budget zu familienpolitischen Maßnahmen vorgesehenen Mittel sind seit dem Vorjahr annähernd gleich geblieben. Erhöhungen wurden lediglich für die zum Jahr der Familien geplanten Aktionen budgetiert.

So wichtig bewußtseinsbildende Maßnahmen auch sein mögen, die direkte Unterstützung der sehr oft in angespannten wirtschaftlichen und damit auch schwierigen psychischen Verhältnissen lebenden Familien hat dennoch im Vordergrund zu stehen. Familienförderung ist eine Investition in die Zukunft, die sich schon auf mittlere Sicht bezahlt macht. Intakte Familien helfen, soziale Folgekosten, die aus einer mißglückten Kindheit entstehen können, zu vermeiden.

Die diskriminierenden ökonomischen Bedingungen, unter denen die Familie heute zu leiden hat, sind zudem für die herrschende Kinderarmut mitverantwortlich. Zur Einhaltung des Generationenvertrages aber, auf dem letztlich jedes Pensionssystem beruht, ist eine Umkehr des laufenden demographischen Trends unerlässlich. Eine wirkungsvolle Familienförderung ist daher im Hinblick auf eine gesicherte Altersversorgung von allgemeinem und vorrangigem Interesse und stellt einen gerechten Anspruch der Familien dar.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu überlegen, die geeignet sind, der in der Antragsbegründung aufgezeigten Problematik entgegenzuwirken." *(Beifall im Hohen Hause.)*

Danke für den Zwischenapplaus. Jetzt noch ein Wort zur Behindertenpolitik, die von verschiedensten Vorrednern schon angeschnitten worden

ist. Auch da hat sich das Land Niederösterreich sehr viel vorgenommen. Es ist ja schon vieles heute angesprochen worden. Bei den Tagesheimstätten, bei den geschützten Werkstätten kann man sagen, der Bedarf ist ziemlich gedeckt. Wir haben aber jetzt Vorsorge zu treffen und es müssen Einrichtungen geschaffen werden für ältere, behinderte Menschen. Auch natürlich die werden älter und da ist eine ganz besondere Betreuung notwendig. Die Eltern sterben oft ab, es sind keine Familienangehörigen mehr da, die diese Menschen betreuen könnten. Es geht daher um ein Konzept zur Schaffung von Wohnraum und von Wohnheimen. Ein Fonds ist dazu ins Leben gerufen worden und bis zum Jahr 2000 sollen 800 dieser Wohnheime oder Wohnplätze geschaffen werden. Um aber möglichst bald eine Behinderung zu erkennen - und viele Maßnahmen sind ja darauf aufgebaut und je früher man eine Behinderung erkennt, umso besser ist es möglich, zu helfen - wird auch ein Früherkennungs- und ein Frühförderkonzept für diese Kinder ins Leben gerufen. Es wird dann auch einen Antrag der Frau Kollegin Auer geben, der sich auch mit der Beförderung von Behinderten zur Schule und zum Kindergarten beschäftigt. Dieses Frühförderkonzept soll im nächsten Jahr bereits wirksam werden.

Erfreulich ist auch, daß sich das Budget für den Behinderten-Bereich in den letzten Jahren verzehnfacht hat. Es ist also durchaus auch in dem Bereich einiges geschehen. Das Budget hat sich auf 750 Millionen erhöht. Ich persönlich kenne in meinem Bezirk eine Gruppe engagierter Eltern, die behinderte Kinder haben. Und ich bewundere, mit welchem wirklichen Eifer, mit welchem Einsatz sie sich bemühen, auch Tagesheimstätten zu errichten. Wo sie an den Wochenenden arbeiten und mauern, um diese Einrichtungen fertig zu bekommen. Man spürt die persönliche Betroffenheit, aber auch die Bereitschaft, anderen zu helfen.

Und eines ist mir ganz besonders wichtig: Der Sozialbereich ist wirklich ein wichtiger Bereich, um Menschen Hilfe geben zu können. Aber wir sind uns einig und wir müssen uns dessen bewußt sein, es liegt auch eine große Verantwortung darinnen, auch wirklich das Geld dort einzusetzen, wo es notwendig ist, um auch in Zukunft all jenen Menschen, die unsere Hilfe brauchen, helfen zu können. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und Abg. Präs. Haufek.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Helene Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bevor ich in meine Rede eingehe, möchte ich einen Satz zur Frau Abgeordneten Lembacher sagen. Ich freue mich, daß alle heute so stolz auf die NÖ Familienhilfe sind. Wir können es auch sein. Denn wir sind, glaube ich, beispielgebend, wie die NÖ Familienhilfe bei uns gesetzlich formuliert wurde. Nur eines möchte ich schon noch anmerken: Wenn es nach den Vorstellungen der ÖVP gegangen wäre, würden Frauen für das erste Kind keine Familienhilfe bekommen. Und keine Berufstätige hätte Anspruch auf Familienhilfe. So war der Entwurf der NÖ Volkspartei. *(LHStv. Prokop: Frau Kollegin, das ist falsch! Ich kann Ihnen das gerne nachvollziehen! Die Berufstätigen haben wir immer drinnen gehabt im Gegensatz zum Vorarlberger Modell! - Abg. Krendl: Ja, kurz vorher noch eingebaut!)* Ich habe ihn noch immer, weil ich mir alles, seit ich im Landtag bin, gerade am Sozialsektor, genau aufhebe. Erst nach langen Verhandlungen - ich kann mich noch genau erinnern, während der Budgetdebatte haben wir noch immer verhandelt - ist es gelungen, diese Regelung herbeizuführen. Ich habe es mir wirklich aufgehoben.

Aber nun zur Gruppe 4. Meine Damen und Herren! Es ist schon einige Male erwähnt worden, daß 1994 das Internationale Jahr der Familie ist. Es gibt Arbeitskreise auf Bundesebene, es gibt einen Arbeitskreis auf Landesebene. Und dieses Internationale Jahr der Familie bietet die Chance, nicht nur über Bezahlung einzelner Veranstaltungen zu feilschen, ob die Kosten dafür vielleicht das Land übernimmt oder nicht. Sondern grundsätzliche Veränderungen zugunsten unserer Familien zu diskutieren, Maßnahmen zu setzen, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, Bewußtseinsbildung zu betreiben und auch natürlich notwendige gesetzliche Veränderungen in die Wege zu leiten.

Das alles ist aber nur sinnvoll und möglich, wenn Bekenntnisse zur partnerschaftlichen Familie und Aussagen wie, Familien sind die

grundlegende soziale Einheit der Gesellschaft und ihre Leistungen für die Gesellschaft können nicht hoch genug eingeschätzt werden, nicht nur schöne Bekenntnisse, ich möchte fast sagen, Lippenbekenntnisse sind, sondern auch tatsächlich ernst gemeint sind. Umso mehr bedaure ich es eigentlich, daß der Herr Finanzlandesrat Mag. Freibauer in seiner Budgetrede gestern nicht einmal einen einzigen Absatz, ja nicht einen Satz der Familie gewidmet hat, das heißt, keine Aussage dazu für 1994 gemacht hat. Wohl wissend, daß natürlich Familienpolitik in alle Bereiche des Zusammenlebens der Gesellschaft, auch des Budgets hineinspielt und dort ihren Niederschlag finden muß.

Familienpolitik bedeutet für uns Sozialdemokraten, menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen, die es allen erlauben, frei die Art und Weise ihres Zusammenlebens, ihre Wünsche nach Kindern und deren Erziehung zu entscheiden. Familienpolitik heißt daher, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, ihre Vorstellungen von einem erfüllten Familienleben umzusetzen.

Ich habe am Anfang aufgezählt, was notwendig wäre im Zusammenhang mit dem internationalen Jahr der Familie. Zum Beispiel Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Das heißt, um nur einige Punkte aufzuzählen, zur Kenntnis zu nehmen, daß es in der heutigen Zeit nicht nur Familien mit Trauschein gibt. Das heißt, daß es immer mehr gut funktionierende Partnerschaften auch ohne Trauschein gibt. Das heißt, zur Kenntnis zu nehmen, daß es immer mehr berufstätige Frauen gibt. Die Frau Abgeordnete Lembacher hat es zitiert: 64 % der Frauen sind heute berufstätig, weil sie eventuell müssen, aber auch immer mehr, weil sie wollen. Weil sie eine gute Schulausbildung konsumiert haben und weil ihnen der Beruf Freude bereitet. Und wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß es so gut wie keine Möglichkeiten gibt, für Kinder heutzutage aber auch für viele Erwachsene, Aggressionen, die sich aufstauen, abbauen zu können. Das waren vielleicht nur einige Beispiele, die ich hier für diesen Bereich aufgezählt habe.

Ich habe den Bereich Bewußtseinsbildung genannt. Darunter verstehe ich unter anderem Abbau des vorherrschenden Egoismus. Auch hier nur einige Beispiele. Es ist heute selbstverständlich, jede Gemeinde, jede Wohngenossenschaft, alle Mieter wollen zum Beispiel, wenn sie eine Wohnung heute bekommen, automatisch einen Parkplatz dabei. Wenn es geht, vor dem eigenen Fenster. Selbstverständlich gibt es auch Förderungen für Tiefgaragen. Wir haben beim großvo-

lumigen Wohnbau natürlich auch vorgesehen, daß Kinderspielplätze installiert und gefördert werden müssen.

Nur müssen wir auch hier das Kinderspielplatzgesetz ändern. Wir müssen dazu kommen, zumindest eine gute Mindestausstattung dieser Spielplätze festzuschreiben und auch zu fördern. Ich meine damit, daß wir darauf Rücksicht nehmen bei einer Änderung der Bauordnung, nicht nur kindergerecht, sondern familiengerecht zu bauen. Das heißt, zu überlegen, daß es Einzelpersonen gibt, daß es Familien ohne Kinder gibt, daß es Familien mit Kleinkindern gibt, mit älteren oder erwachsenen Kindern gibt. Daß es Familien mit Behinderten gibt, daß es Familien mit Pflegebedürftigen gibt. Daß zumindest die Grundvoraussetzung geschaffen ist für diese Familien, auch ihren Aufgaben in diesem Bereich im Wohnraum nachkommen zu können.

Und ich verstehe darunter auch die Wirtschaft. Wir sagen immer wieder, die Wirtschaft muß familienfreundlicher werden. In dem Zusammenhang nur, weil wir auch von einer Versorgung der Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr sprechen. Von der wirtschaftlichen Seite, von der Seite der Wirtschaft hört man immer mehr den Wunsch nach Reduzierung zurück auf ein Jahr Karenz. Weg mit dem zweiten Karenzjahr. Wir müssen also aufpassen, daß nicht nur Wünsche wie nach einer familienfreundlicheren Wirtschaft einfach im Raum stehen, sondern daß tatsächlich hier auch etwas unternommen wird.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe die gesetzlichen Veränderungen angeschnitten. Die Bauordnung habe ich schon zitiert. Der erste Schritt in einer Veränderung wurde bereits vorgenommen. Ich habe die Änderung des Spielplatzgesetzes zitiert. Wir sind in Niederösterreich stolz auf unsere Kindergärten mit ihren Nulltarif. Wir sind stolz auf eine flächendeckende Versorgung, wir sind stolz auf diesen hohen Versorgungsgrad in Niederösterreich. Alles zu Recht, wir können auch stolz darauf sein. Nur sollten wir vor lauter Stolz nicht vor den Problemen, die es trotzdem in diesem Bereich gibt, die Augen verschließen. Ich meine die Probleme bei den Öffnungszeiten, die es nach wie vor gibt. Ich meine die Probleme bei der Versorgung zwischen zweitem Karenzjahr und dem Eintritt in den Kindergarten. Bei einer Berufstätigkeit von 64 % der Frauen, in einer stärkeren Berufstätigkeit der Männer und Frauen. Wir haben über 500.000 Beschäftigte in Nieder-

österreich. So viele wie noch nie. Und wir sollen daher vor Problemen der familienergänzenden Einrichtungen nicht die Augen verschließen. Oft wird uns vorgehalten, unsere Wunschvorstellung seien es, die Kinder abzuschieben in Einrichtungen. Wenn es geht, von 6.00 Uhr früh bis 18.00 Uhr abends.

Ich habe hier einen Brief von einer Frau, den ich Ende Oktober erhalten habe. Ich möchte nur einige Zeilen daraus vorlesen (*liest*):

"Ich habe eine drei Jahre und neun Monate alte Tochter. Ich habe weder Eltern noch Tante. Ich bin mit meiner kleinen Tochter ganz alleine. Jetzt kommt das Problem auf mich zu, was mache ich mit meinem Kind? Ich will wieder arbeiten gehen. Kindergartenplatz finde ich keinen, keinen mit geeigneten Öffnungszeiten. Die Öffnungszeiten im bestehenden Kindergarten sind von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr. In meiner Nähe finde ich keine Arbeit. Wer würde mein Kind hinbringen und wieder abholen? Bitte glauben Sie mir, ich bin nicht der Typ Mensch, der sagt, wozu arbeiten, mit dem Geld vom Arbeitsamt kann ich ja auch leben. Vielleicht können Sie mich verstehen, warum ich einfach an Sie schreibe. Ich kann mit niemandem reden. Ich studiere Tag und Nacht, wie ich dieses Problem lösen könnte, eine Arbeit und einen Kindergartenplatz zu finden, die sich miteinander vereinbaren lassen. Bitte glauben Sie mir, ich bin wirklich verzweifelt und meine Tochter spürt dies inzwischen. Noch dazu kann ich mich im Haus als Sozialschmarotzer beschimpfen lassen. Leider, wenn mir in manchen Tag alles über den Kopf wächst, bin ich oft zu meiner Tochter nicht so, wie ich es eigentlich sein sollte und will. Nein, ich schlage sie nicht. Ich schreie sie an. Was mir dann später sehr leid tut." Ein Brief. Und jetzt kann man sagen, demagogisch herausgezogen, das ist ein Beispiel. Es gibt viele dafür.

Und weil es kein Einzelfall ist, darf ich auch kurz ein Schreiben eines Gemeindevertreters, eines Bürgermeisters, zur Kenntnis bringen. Und damit man nicht sagen kann, auch das ist parteipolitisch, eines Bürgermeisters einer ÖVP-starken Gemeinde. Das heißt, ein ÖVP-Bürgermeister (*liest*):

"Die Marktgemeinde als Erhalter des Kindergartens hat eine Umfrage bezüglich der Erziehungszeiten im Kindergarten durchgeführt. Diese Umfrage, in die die Erziehungsberechtigten aller Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren einbezogen wurden, hat eindeutig aufgezeigt, daß Bedarf an Öffnungszeiten von mindestens 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr besteht. Circa 30 % bis 40 % der Befragten haben das angegeben. Es wäre daher die Zeit von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr abzudecken.

Zur Zeit versuchen wir, diese Zeiten als Öffnungszeiten mit einer Helferin abzudecken, da die Kindergärtnerinnen nur von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr Dienst haben. Wir erlauben uns daher die Anfrage, ob es denn nicht möglich wäre, durch eine flexible Arbeitszeit für die Kindergärtnerinnen die Erziehungszeiten den Öffnungszeiten gleichzusetzen, nämlich von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr. Tatsache ist, daß Nachmittag vier Kindergärtnerinnen und zwei Helferrinnen für maximal 20 Kinder anwesend sind, was sicher nicht unbedingt erforderlich ist. Es könnte dieser Dienst eventuell auch von zwei Kindergärtnerinnen und einer Helferin bewerkstelligt werden. Durch Einführung eines sogenannten 'Radldienstes' könnte man hier sicher auf eine Kindergartenzeit kommen, wie es für berufstätige Eltern erforderlich ist. Sogar auf allen Ämtern gibt es schon lange Tage, an denen die Bediensteten auch abends für die Parteien zur Verfügung stehen und wir glauben daher, daß auch Kindergärtnerinnen bis 17.00 Uhr einsatzfähig sein könnten, wenn sie dafür zum Beispiel zwei Nachmittage pro Woche frei hätten."

Ich kenne die Problematik, die damit verbunden ist, Dienstzeiten zu ändern. Ich kenne sie alle. Nur glaube ich, daß wir uns zumindest ernsthaft mit dieser Thematik einmal auseinandersetzen müßten. Daß wir gemeinsam mit der Personalvertretung vielleicht Lösungsmöglichkeiten suchen könnten und Ansatzpunkte finden, sowohl den Kindergärtnerinnen, das heißt dem Personal, als auch dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung, der Eltern und der Kinder in den einzelnen Gemeinden entgegenkommen zu können.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder von den Tagesmüttern gesprochen. Wir haben auch heute wieder gehört - und es ist ja überall nachzulesen - daß derzeit in Niederösterreich 1.400 Kinder von Tagesmüttern zum Großteil unter drei Jahren betreut werden. Und 600 Kinder in dieser Altersgruppe von Tagesbetreuungseinrichtungen. Noch einmal, zur Erinnerung: Über 16.000 Geburten pro Jahr. Noch einmal, zur Erinnerung: 64 % der Frauen berufstätig für diesen Zeitraum. Das bedeutet eine Versorgung von ungefähr 2.000 Kindern. Das kann einfach nicht funktionieren!

Und wenn ich auch in diesem Zusammenhang eine Aussage von Landesrat Mag. Freibauer zitieren darf, der gesagt hat, innerhalb von zweieinhalb Jahren wird die Anzahl der Tagesmütter auf 2.000 steigen. So haben wir die zweieinhalb Jahre schon. Und wir sind noch immer bei ungefähr 800, die allein das Hilfswerk hat. Die Volkshilfe hat nicht sehr viele Tagesmütter zur Verfü-

gung. Auch das hat seinen Grund. Und das muß man sehen. Das heißt, diese Einrichtung ist zwar gut, aber nicht effizient genug. Wir müssen hier eine andere Lösung einfach anbieten, um solchen Fällen, die ich hier nur als ein Beispiel vorgelesen habe, tatsächlich helfen zu können.

Das heißt, ich könnte mir vorstellen, daß wir auf der einen Seite bei den Öffnungszeiten in den Kindergärten, wenn auch nicht leicht, so doch zu einer Lösung mit Hilfe des Landes kommen. Allein zu sagen, die Gemeinde hat es in der Hand, die Öffnungszeiten zu gestalten nach dem örtlichen Bedarf und muß dafür auch dann für die finanziellen Kosten zur Gänze allein aufkommen, ist, wie die Praxis zeigt, zu wenig. Das heißt, wir müssen auch für eine gute Betreuung unserer Kinder, unserer Jüngsten im Land, zumindest für die Zeit zwischen dem zweiten Karenzjahr bis zum Eintritt in den Kindergarten mit drei oder vier Jahren, je nachdem, es ist gemeindemäßig verschieden, wie es möglich ist, sorgen.

Vielleicht zu den Tagesmüttern. Wir hören immer nur die positive Seite. Die gut ist, das möchte ich immer wieder unterstreichen. Ich glaube, es ist eine gute Einrichtung. Aber auch hier gibt es Probleme. Ich habe mit vielen einzelnen gesprochen und da höre ich immer wieder, es gibt bei Tagesmüttern Probleme mit den eigenen Kindern in der Wohnung. Jeder, der Kinder hat oder Kinder schon einmal betreut hat, kennt das. "Das ist mein Spielzeug, wieso muß ich das hergeben?" "Das ist meine Mutti und nicht die Mutti von dir." Das nur, um zwei Beispiele zu sagen. Geschweige denn, daß die Tagesmütter keine finanzielle Unterstützung haben, etwa für die Betriebskosten in der Wohnung, die sicher höher sind dadurch. Keine Unterstützung auch in anderer Hinsicht. Und wenn ich richtig informiert bin, zumindest nach Auskunft der Arbeitstagung, sind von den 800 Tagesmüttern beim Hilfswerk ganz, ganz wenige arbeits- und sozialrechtlich abgesichert. Das heißt, die meisten arbeiten per Werkvertrag. Viele Tagesmütter nehmen diesen "Job" an, weil sie glauben, damit ein wenig dazuzuverdienen, solange ihre eigenen Kinder klein sind, damit sie bei den eigenen Kindern bleiben können. Sie unterbrechen daher praktisch die Arbeitslaufbahn für mehrere Jahre und der Wiedereinstieg für diese Frauen in das Berufsleben nach acht, zehn Jahren ist fast unmöglich. Es ist schon schwierig, nach zwei Jahren Karenzzeit, weil es nicht möglich ist, eine Behaltefrist von 20 Wochen zu erreichen in der Wirtschaft. Denn nur so wäre die Chance gegeben für die Frauen, wieder in das Berufsleben bzw. in den Beruf sich einarbeiten zu

können und die Chance gegeben, mit Hilfe von zusätzlichen Unterstützungen tatsächlich den Beruf auch wieder ausüben zu können. Wenn schon das nicht möglich ist, zumindest wieder Arbeitslosenunterstützung beziehen zu können, um dadurch vielleicht eine andere Ausgangsbasis zu finden. Dazu kommt noch, daß zusätzlich oft Probleme bei den Tagesmüttern mit dem eigenen Partner entstehen, weil es einfach natürlich eine Umstellung im eigenen Haushalt ist. Bei vielen funktioniert es. Aber das sind die Probleme, warum die Anzahl der Tagesmütter nicht so gravierend steigt, wie wir es uns alle wünschen wollten und könnten. Dazu kommt auch - und man soll das nicht unterschätzen - daß viele Eltern und Frauen, die ihr Kind zu einer Tagesmutter geben, auch irgendwo Angst haben, daß unter Umständen die Bindung des Kleinkindes zur Tagesmutter intensiver wird, als sie selbst in der Lage ist unter Umständen das aufzubauen. Auch wenn es nicht stimmt. Die Angst im Unterbewußtsein ist da, das muß man auch mit berücksichtigen. Das heißt also, es gibt hier keinen Kostenzuschuß für das Umfeld der Tagesmutter. Und ich möchte es vielleicht noch drastischer sagen. Die Tagesmutter, so wie sie jetzt besteht, ist wieder einmal die billige Arbeitskraft Frau. In dem Moment, ich möchte fast sagen, für Taschengeld, ohne sozial und arbeitsrechtlich abgesichert zu sein, wird sie von der Gesellschaft als billige Arbeitskraft Frau wieder ausgenützt.

Dem gegenüber steht - und jetzt möchte ich darauf verweisen, gestern hat der Abgeordnete Dr. Strasser den Abgeordneten Platzer zitiert, die Worte des Abgeordneten Platzer, das Kind braucht eine dem Alter angepaßte Bezugsperson. Dahinter stehen wir voll und ganz! Das muß sein! Nur, die Bezugsperson kann neben einer Person aus der eigenen Familie, was natürlich das beste ist, die Tagesmutter sein, kann aber auch eine andere Person sein. Das heißt, wenn ich eine Tagesbetreuungseinrichtung hernehme, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine Tagesmutter, nur etwas mehr Kinder hat, dann kann ich mich darüber unterhalten, wie groß diese Gruppe sein muß. Welches Personal muß zur Verfügung stehen, wie muß das Umfeld gestaltet sein, um die möglichst beste Voraussetzung für die Kinder in dieser Altersgruppe zu schaffen? Und hier haben wir gute Ausgangssituationen im Jugendwohlfahrtsgesetz. Denn in dieser Altersgruppe von 0 bis 3 Jahren können maximal 10 Kinder so eine Gruppe bilden. Das heißt, hier kann man sehr wohl Bezugspersonen aufbauen. Nur ist hier auch das Umfeld ein anderes. Hier muß die Gesellschaft für die Kosten des Umfeldes

aufkommen. Derzeit ja nicht. Derzeit machen es die Gemeinden oder Privatinitiativen, Elternvereine und andere Gruppen. Sie mieten Häuser an und ähnliches mehr. Das heißt, hier kann man das sehr wohl machen. Ich glaube nämlich, daß die ideale Lösung nicht das eine oder das andere ist, sondern beides gemeinsam. Daß man sowohl Tagesbetreuungseinrichtungen hernimmt als auch die Tagesmutter. Denn so kann ich den Eltern, den Erziehungsberechtigten, tatsächlich Wahlfreiheit geben und so kann ich aber auch gleichzeitig von der Anzahl her ganz anders den Bedarf des Landes Niederösterreich abdecken. Und ich habe für ganz spezielle Einzelfälle oder - speziell ist vielleicht gar nicht der richtige Ausdruck - wenn der Bedarf nicht zu groß ist, um eine Gruppe zu installieren für ein, zwei oder drei Gemeinden, kann ich tatsächlich mit den vorhandenen Tagesmüttern diesen Bedarf abdecken.

Das heißt, es wäre auch hier relativ leicht, eine Lösung zu finden. Nämlich, indem ich beim Kindergartengesetz diese Einrichtung angliedere, das heißt die Förderung dieser Gruppen über den Schul- und Kindergartenfonds vornehme und auch die Bezahlung des Personals mit übernehme. Jetzt kommt sicher gleich die Kostenfrage. Auch hier gibt es genaue Berechnungen. Einen positiven Aspekt möchte ich noch erwähnen: Ich habe bei Modellversuchen mit Kindergärtnerinnen gesprochen, die bei dieser Einrichtung auch eine Kleinkindgruppe haben. Und Kindergärtnerinnen sagen, es wäre wünschenswert, wenn ich es direkt beim Kindergarten hätte. Denn es gibt Kinder im Kindergartenalter, das heißt drei Jahre und darüber, die von der Entwicklung her noch gar nicht so reif sind, um in dieser Kindergartengruppe sich wirklich wohlfühlen. Es gibt aber auch Kinder, die zwei Jahre sind oder knapp darüber, die sehr wohl diese Reife schon hätten. Aus den verschiedensten Gründen. Wäre die Gruppe angegliedert, könnte man relativ einfach einen Tausch vornehmen. Es wäre im Sinne des jeweiligen Kindes, ohne großen Aufwand möglich und es wäre eine gute, positive Lösung für alle. Und ich glaube, das muß das Ziel sein und im Mittelpunkt stehen: das Wohlbefinden der Kinder.

Und nun zu den Kosten. Kostengünstiger - nicht auf meinen Mist gewachsen, möchte ich gleich sagen, obwohl wir auch genaue Unterlagen und Berechnungen haben. Aber wenn ich mir anschau, von der Abteilung gibt es Berichte darüber, gibt es genaue Berechnungen. Eine Tagesbetreuungseinrichtung kostet durchschnittlich für 10 Kinder pro Jahr 650.000,- Schilling. In diesen 650.000,- Schilling sind nicht nur die Personalko-

sten, sondern auch der Betrieb mit Ausnahme des Baues und der Einrichtung. Der Bau oder Umbau ist nicht berücksichtigt. Aber Energiekosten und ähnliches mehr, Miete usw. sind bei diesen 650.000,- Schilling berücksichtigt.

Wenn man davon ausgeht, daß derzeit bereits Eltern für ein Kind pro Monat 2.500,- Schilling bezahlen, macht das im Jahr ungefähr 300.000,- Schilling aus. Wenn ich das reduziere, kommen tatsächliche Kosten von 350.000,- Schilling heraus. Für 10 Kinder pro Jahr. Wenn ich eine Tagesmutter nehme - und Sie werden mir gestatten, daß ich die Kosten einer Tagesmutter nehme, die einen Dienstvertrag hat und nicht eine mit Werkvertrag, denn dagegen wehre ich mich im Sinne aller Frauen - dann bedeutet das, daß ein Kind bei einer Tagesmutter pro Jahr 78.000,- Schilling kostet. Das heißt, 10 Kinder pro Jahr 780.000,- Schilling. Wenn ich wieder den Elternbeitrag abziehe, 300.000,- Schilling, bedeutet das, die Kosten der Tagesmütter betragen 480.000,- Schilling. Ohne Betriebskosten, ohne Kostenanteil bei Energie, ohne Kostenanteil Miete und ähnlichem mehr. Das heißt, auch hier müßte man sich, wenn man wirklich flächendeckend Hilfestellungen geben möchte, das wirklich genau anschauen und ich sehe keinen Widerspruch, wenn man beides versucht anzubieten.

Dazu kommt, meine Damen und Herren, daß ich gleichzeitig damit auch nicht nur gut ausgebildetes Personal zur Verfügung habe. Sondern, weil ich eben auch gut ausgebildetes Personal brauche, schaffe ich gleichzeitig qualifizierte Arbeitsplätze vorwiegend für Frauen. Ich möchte nicht sagen, nur für Frauen, aber vorwiegend für Frauen. Und ich glaube, auch das müßte in unserem Sinne sein.

Und noch ein Wort zum Abgeordneten Strasser, der gesagt hat, der Kindergartenbesuch ist kostenlos. Gottseidank, sagen wir alle dazu, wir sind ja stolz darauf. Er soll kostenlos zumindest für die Erziehungs- und Bildungszeit sein. Ich finde diese Aussage sehr gefährlich. Denn sollten wir einmal zu einem Kostenbeitrag der Eltern kommen, dann kann ich mir nur vorstellen, daß diese Kostenbeteiligung der Eltern zur Verbesserung der Qualität im Kindergarten dient und zu sonst nichts. Das heißt entweder, daß wir mit Hilfe dieser Kostenbeiträge zu kleineren Gruppengrößen kommen oder egal was immer. Das kann man sich genau überlegen. Aber ein Kostenbeitrag kann nur zur Qualitätsverbesserung dienen und nicht zu einer Spaltung Berufstätiger - Nichtberufstätiger. Das

wäre abzulehnen. Und ich sage es, bevor noch irgendjemand auf die Idee kommt, so eine Trennung anzustreben. Ich möchte es hier wirklich von Haus aus deponiert haben. Diese Liste könnte man sicher beliebig erweitern.

Neben der Kinderbetreuung, die sicher an der Spitze eines Prioritätenkataloges für unsere Familie steht, möchte ich gleichzeitig, gleichwertig oder gleichrangig auch die Pflegebedürftigen in Niederösterreich sehen. Und Niederösterreich ist ja mit der Integration in den Kindergärten beispielgebend gewesen bzw. ist es noch immer. Sie alle wissen, daß ab dem Schuljahr 1993/94 die Integrationsklassen nicht mehr Schulversuche sind, sondern daß diese Integration in das Regelschulsystem eingeführt wurde. Das bedeutet natürlich verstärkte Inanspruchnahme. Das bedeutet aber auch, daß je nach Grad der Behinderung diese Behinderten nicht ausschließlich oder nur ein Teil davon den allgemeinen Schülertransport benützen kann. Das heißt, es müssen in verstärktem Ausmaß Sammeltransporte für Behinderte organisiert werden und wenn es schon gar keine Möglichkeit mehr gibt, dann wird es natürlich auch zu Einzeltransporten kommen. Die Schulfreifahrt in Österreich ist kostenlos. Auch darauf sind wir stolz, alle gemeinsam. Kostenlos, egal wie hoch das Einkommen der Erziehungsberechtigten ist. Im Sozialhilfegesetz gibt es aber den Regreßanspruch. Daher gibt es natürlich auch eine Kostenbeteiligung der Eltern beim Schultransport. Und das ist für uns eine Ungerechtigkeit. Hier wollen wir eine Änderung vornehmen und daher darf ich nun einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Auer und Lembacher zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Schülertransport für Behinderte.

Die für die Schüler und deren Unterhaltspflichtige kostenlose Beförderungsmöglichkeit in die Schule ist mittlerweile eine allgemein anerkannte Sozialleistung der öffentlichen Hand geworden. Daneben werden auch die Kindergartentransporte durch die öffentliche Hand unterstützt. Aus der Praxis ergibt sich jedoch, daß behinderte Kinder nur dann in den Genuß einer kostenlosen Beförderung gelangen, wenn diese durch ein öffentliches Verkehrsmittel erfolgt; gerade das ist aber bei diesem Personenkreis oftmals nicht möglich. Nach den Bestimmungen des NÖ Sozialhilfegesetzes wird für die durch die Beförderung behinderter Kinder entstehenden Kosten von den

Unterhaltspflichtigen ein Regreß verlangt. Dadurch ergibt sich, daß die Eltern oder sonstigen Unterhaltspflichtigen, die durch ein behindertes Kind ohnedies stärker belastet sind, im Vergleich zu den Eltern anderer Kinder 'ungleich' behandelt werden.

Zur Minderung dieser Belastung erschiene es sinnvoll, auf derartige Regreßforderungen zu verzichten.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, alle Möglichkeiten zu prüfen und geeignete Maßnahmen zu setzen, um auch die Unterhaltspflichtigen für jene behinderten Kinder, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung nicht den allgemeinen Transport zu Schule bzw. Kindergarten in Anspruch nehmen können, auch in den Genuß der freien Beförderung zu bringen."

Ich hoffe, ich nehme an, möchte ich fast sagen, daß dieser Resolutionsantrag auch einstimmig beschlossen wird.

Koordinierung und Ausbau eines Netzes von ambulanten Therapieeinrichtungen zur Früherkennung und Frühbehandlung auf Grund eines Konzeptes über Frühförderung, habe ich im Tätigkeitsbericht gelesen. Das freut mich sehr. Denn genau diesen Punkt habe ich bereits in den

letzten beiden Jahren, das heißt, im Dezember 1991 und 1992, von hier aus vehement verlangt, in jeder Budgetrede. Das ist nachzulesen. Offensichtlich, nach diesem Tätigkeitsbericht gibt es bereits so ein Konzept. Ich konnte allerdings nicht draufkommen, wo man so etwas bekommen kann. Ich kenne das nicht. Meine Frage von hier, wer hat es und wer kennt es? Es wäre doch interessant, auch wenn es nicht beschlossen ist, einmal zu sehen, an welche Voraussetzungen hier gedacht ist, welche Überlegungen es hier gibt. Es wäre ja auch rein theoretisch möglich, daß dem einen oder dem anderen vielleicht noch etwas dazu einfällt. Auch das wäre möglich. Es hat mich nur gefreut, als ich gelesen habe, daß es so etwas gibt. (*LHStv Prokop: Es ist noch nicht beschlossen! Es wird eine Enquete dazu geben, die letzten Feinschliffe sind noch zu machen!*) Ich wollte nämlich schon sagen, ich hoffe, es ist nicht so, daß man es verstecken muß. Also ich hoffe, es ist so, daß man es wirklich auch einen Punkt mehr nennen kann, auf den wir stolz sein können.

Zum Schluß noch ein Punkt: Es ist vorbereitet eine Novelle zum Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm. Ich freue mich, daß in diesem Entwurf, der auch noch nicht beschlossen ist, der aber vorliegt, den wir bereits kennen, daß die Erkenntnisse und Wünsche bereits beinhaltet sind. Das heißt, möglichst flächendeckende Versorgung mit Pflegeplätzen in Pensionisten- und Pflegeheimen. Das heißt, nicht eines im Bezirk mit weiten Anreisewegen, sondern in den Gerichtsbezirken sind solche Einheiten zu schaffen. Hier ist es bereits verankert. Und über einen Satz habe ich mich ganz besonders gefreut. Der heißt in diesem Konzept, in jedem Verwaltungsbezirk und in den Städten mit eigenem Statut soll ein psychosoziales Zentrum geführt werden.

Meine Damen und Herren! Morgen sind es genau sechs Jahre, vor sechs Jahren, am 1. Dezember 1987 habe ich meine erste Rede hier gehalten zu Schiltern. Ich werde sie nie vergessen. Und seit damals verlange ich, weg von diesen großen Einrichtungen, hinaus in die Bezirke. Und hier, in diesem vorliegenden Konzept, ich habe es gar nicht glauben können, ich sage wie es ist, als ich diesen Satz gelesen habe. Ich muß sagen, das ist wirklich ein großer Wunsch. Wenn der umsetzbar ist, auch wenn es nicht von heute auf morgen geht, das wissen wir. Aber hier steht es drinnen. Und ich muß sagen, damit ist es für mich jetzt nur mehr eine Frage der Zeit, bis wir tatsächlich zu diesem Ergebnis kommen.

Abschließend möchte ich nur noch sagen, auch wir treten natürlich sehr gern dem Antrag der Abgeordneten Rosenkranz bei, weil wir glauben, daß wir damit wirklich am ehesten rasche Hilfe den Familien bieten können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich habe gestern abend bereits angekündigt, daß es einen Antrag geben wird in Angelegenheit der Lehrlingsfreifahrten. Wir haben recherchiert, sind zwar nicht sehr weit gekommen, aber wir wissen, daß irgendwo in einer Schublade ein ähnlicher Antrag liegt und den wollen wir damit beschleunigen. Die Lehrlingsfreifahrt ist ja mit 1. 9. 1992 eingeführt worden. Nur, eine Schülerfreifahrt ist nicht 1:1 umzusetzen auf die Lehrlingsfreifahrt. Die Schule beginnt ca. um 8.00 Uhr und endet irgendwann am Nachmittag. Für Schüler werden, wenn notwendig, auch eigene Autobusse geführt. Der Lehrling hat nicht den Vorteil eines eigenen Autobusses, der Lehrling hat nicht immer den Vorteil von einheitlichen Beginnzeiten und der Lehrling kann damit teilweise das öffentliche Verkehrsmittel nicht konsumieren.

Es gäbe die Möglichkeit, die ist hier sehr eingeschränkt in Niederösterreich, bei Lehrwerkstätten, in denen Lehrlinge konzentriert ausgebildet werden. Nur, Lehrwerkstätten haben bis jetzt lediglich die verstaatlichten Betriebe einige wenige. Eine der letzten Lehrwerkstätten im südlichen Niederösterreich wurde ja geschlossen, das ist das ruhmreiche Wirken der EVN, die eine sehr gute Lehrwerkstätte hatte. Aber in der Südstadt mußte man eher ein Kommunikationszentrum bauen als dafür Sorge zu tragen, daß Lehrlinge gut ausgebildet werden. Die EVN-Lehrwerkstätte wurden geschlossen.

Warum kann ein Lehrling, teilweise ohne sein Zutun, die Freifahrt nicht in Anspruch nehmen? Viele fallen in Niederösterreich durch den Rost. Ich habe schon gesagt, ungünstige Beginnzeiten, man denke nur an den Bäckerlehrling um 3.00 Uhr früh, da gibt es keine öffentliche Verkehrsmittel. Oder

es gibt am Lande teilweise wenige öffentliche Verkehrsmittel. Die fangen um 8.00 Uhr zu fahren an, um die Schulfahrten zu ermöglichen. Um 5.00 Uhr früh gibt es keinen Bus. Oder es steht überhaupt kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung. Noch dazu die Umsteigmöglichkeiten bei verschiedenen Linienführungen. Und ganz durch den Rost fallen bis jetzt die Wochenpendler. Ich meine hier die Berufsschüler, die zum Beispiel während der Woche im Internat sind, wenn die nach Hause fahren. Ich denke hier an die Landesberufsschule Neunkirchen. Hier wird ein privater Bus von St. Pölten nach Neunkirchen geführt. (*LHStv. Prokop: Auch für die Schüler. Das ist doch das-selbe Problem!*)

Ja, hier wird ein privater Bus geführt und der muß bezahlt werden. In Niederösterreich haben wir versucht, eine Hilfestellung zu geben über die Arbeitnehmerförderung bzw. über eine Pendlerbeihilfe. Aber das kann nur eine Hilfestellung sein, das ist nicht die Abgeltung der Freifahrt. Andere Bundesländer sind bereits weiter, das Burgenland und Kärnten haben eine Lösung über die Arbeitnehmerförderung getroffen, die da lautet: Wenn ein Lehrling ein öffentliches Verkehrsmittel nicht in Anspruch nehmen kann, so wird der Kostenersatz dieses öffentlichen Verkehrsmittels eben aus der Arbeitnehmerförderung bezahlt.

Ich bin auch der Meinung, daß noch eine Gruppe durchfällt. Ich habe es im Vorjahr schon bei der Budgetdebatte gesagt. Ich meine die KrankenpflegeschülerInnen. Denn deren Taschengeld ist oft weit geringer als eine Lehrlingsentschädigung, aber die sind nicht Fleisch und nicht Fisch. Sie sind keine Schüler auf der einen Seite, sind keine Lehrlinge auf der anderen Seite. Und haben weder den einen noch den anderen Genuß dabei. Das heißt, ich würde vorschlagen, daß auch die Krankenpflegeschüler in den Kreis jener aufgenommen werden, die die Lehrlingsfreifahrt beanspruchen können.

Mir wurde heute mitgeteilt, daß im Nationalrat eine ähnliche Vorlage irgendwo in einem Ausschuß vorhanden sein soll. Es soll demnächst versucht werden, dieses Problem zu erledigen. Ich hoffe, daß ich mit meinem Resolutionsantrag das Problem beschleunigen kann (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Kautz und Dirnberger zur Gruppe 4 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Lehrlingsfreifahrten.

Seit 1. September 1992 besteht die Lehrlingsfreifahrt. Aus verschiedenen Umständen, die nicht im Bereich der Lehrlinge liegen, kommen viele von ihnen nicht in den Genuß dieser Freifahrtsmöglichkeit und müssen die Fahrtkosten selbst tragen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert:

- bei den im Nationalrat vertretenen Parteien vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß das bereits anhängige Geschäftsstück, betreffend Erweiterung der Lehrlingsfreifahrt im Sinne der Antragsbegründung ehestmöglich erledigt wird;
- falls diese Regelung bis Ende Juni 1994 nicht erfolgt, selbst geeignete, ab dem 1. Juli 1994 in Geltung tretende Maßnahmen zu setzen."

Ich darf Sie um Ihre Zustimmung bitten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (*ÖVP*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich wollte an sich heute nicht zu den Kindergärten sprechen, aber das, was uns die Frau Abgeordnete Auer vorgelegt hat, das kann man ganz einfach nicht unwidersprochen lassen. Wenn wir derzeit in Niederösterreich 1.600 Kinder bei Tagesmüttern haben oder 1.400, auf die genaue Ziffer kommt es hier wirklich nicht mehr an, dann bedeutet das, wenn wir Ihre Milchmädchenrechnung weiter verfolgen wollen, daß wir dazu ca. 100 Kindergärtnerinnen brauchen. Und dazu auch noch die Helferinnen. Wenn ich nur überschlagsmäßig sagen darf, diese 100 Kindergärtnerinnen bedeuten Kosten von 30 Millionen Schilling und die Helferinnen in etwa 20 Millionen Schilling. Ich bitte mich nicht genau hier festzulegen. In jedem Fall bedeutet das eine Gesamtsumme von etwa 50 Millionen Schilling. Dem stehen derzeitige Gesamtkosten für die Tagesmütter von 10 Millionen Schilling gegenüber. Das ist finanziell in keinsten Weise tragbar, es ist einfach eine Milchmädchenrechnung.

Ein zweiter Punkt, den ich auch noch ansprechen muß, Frau Abgeordnete Auer! Nämlich Ihre Forderung, Ihre Gleichung, Öffnungszeiten sollten gleichgestellt werden mit den Erziehungszeiten.

Das mag meinetwegen Ihrer Ideologie entsprechen. Dieser alte Hut, den Sie da immer wieder tragen, ist aber keinesfalls das wichtigste, erfüllt nicht das wichtigste im Kindergartenbereich. Er ist nämlich sicher nicht Kinder-adäquat. Das nur zur Frage der Kindergärten. Ich wollte mich heute an sich nicht mit dieser Frage, sondern mit etwas Positivem beschäftigen, mit der NÖ Arbeitnehmerförderung.

Diese Arbeitnehmerförderung ist jedenfalls ein bewährtes und laufend durch aktuelle Entwicklungen erweitertes Instrumentarium für besondere Problembereiche der Arbeitnehmer in unserem Lande. Und ich darf vielleicht jenes Instrumentarium an die Spitze stellen, das sicherlich das altbewährteste im Reigen dieser Beihilfen ist, nämlich die Notstandshilfe. Allein im heurigen Jahr 1993 wurden hier bis zum heutigen Tage bereits 731 Anträge bewilligt mit einem Förderungsvolumen von 11,9 Millionen. Eine weitere Förderungssitzung für heuer steht ja noch ins Haus.

Meine Damen und Herren! Das ist zwar eine große Leistung im Rahmen der Arbeitnehmerförderung, wir sollten aber doch eines bei dieser Frage uns verdeutlichen, vergegenwärtigen: Veränderungen im Leben, im Zusammenleben und in der Erziehung sind hier primär notwendig und nicht sosehr nur die finanzielle Unterstützung. Unsere materielle Hilfe in diesem Bereich hilft zwar sicherlich unmittelbar vor allem Kindern als den Hauptbetroffenen, den Hauptleidenden in diesen vielfach zerrütteten Verhältnissen. Aber wir sollten daran denken, daß wir langfristig Wege finden, wie wir auch im immateriellen Bereich bessere Lebensbedingungen, vor allem für die Kleinsten, aber auch natürlich für die Betroffenen, in Zukunft finden können.

Dieses Notstandsprogramm umfaßt ja weitere Punkte. Zum Beispiel die Zinsenzuschüsse, wenn Arbeitnehmer infolge der Insolvenz des Arbeitgebers ihre Konten überziehen müssen oder einen weiteren wesentlichen Punkt, den Ersatz für Berufsschulskosten, wenn der Lehrling unverschuldet seine Lehrstelle verloren hat zum Beispiel. Sicherlich mag das nicht in der Quantität große Auswirkungen haben, aber für den betroffenen Lehrling ist das eine ganz entscheidende Hilfestellung. Oder als dritten Punkt darf ich erwähnen die Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung.

Ganz besonders wichtig erscheint mir die Unterstützung der Arbeitnehmerförderung bei der Betreuung gefährdeter Jugendlicher im Rahmen

des Projektes "Bunter Schirm". Hier wurden 1993 1,2 Millionen bewilligt, was ich als besonders erfreulich empfinde, weil das jene gesellschaftliche Randgruppe ist, um die wir uns besonders bemühen müssen, wollen wir sie nicht weiter in noch tristere Verhältnisse oder gar in der Kriminalität abschlitern lassen. Ein wesentlicher Punkt.

Nun, meine Damen und Herren! Ganz wichtig im Rahmen der Arbeitnehmerförderung in unserem Land ist sicherlich die Standortausgleichsförderung. Hier wurden im heurigen Jahr bis jetzt bereits 3.290 Anträge mit einem Fördervolumen von über acht Millionen Schilling bewilligt. Und ein ganz besonderer Beitrag, an dem wir wirklich Freude haben können, ein Beitrag zur Erhöhung der beruflichen Mobilität in jungen Jahren ist sicherlich der Verpflegskostenzuschuß für jene Lehrlinge, die ihren Beruf außerhalb des Wohnortes erlernen müssen. Daraus konnten wir im heurigen Jahr bereits 1.658 Antragsteller mit insgesamt 6,8 Millionen Schilling fördern. Ich glaube, diese Hilfestellung wirkt viel langfristiger. Denn es ist eine ganz entscheidende, langfristig wirkende Unterstützung und Weichenstellung für die Berufswahl. Nämlich die Berufswahl nicht nach der momentan einfachsten Lösung am Wohnort, sondern nach einem Berufsbild zu suchen, einem Berufsbild mit Zukunftschancen. Das ist ja gerade auch die große Problematik für die Wirtschaft in Zukunft, daß wir für jene Berufe die entsprechenden Facharbeiter finden, für die wir Facharbeiter tatsächlich brauchen. Und das beginnt bei der Lehre. Wenn wir es uns bequem machen, wenn wir keine Hilfestellungen bieten würden, hier den jungen Leuten zu helfen, würde dieses Problem viel schärfer in unserem Lande dastehen.

Ein weiterer Punkt, der große Budgetmittel in Anspruch nimmt, ist sicherlich die Pendlerhilfe des Landes Niederösterreich. Und hier möchte ich nur an meinen Vorredner anschließen, den Herrn Abgeordneten Kautz. Wir haben ja einen gemeinsamen Resolutionsantrag eingebracht. Die Wirkung dieses Antrages ist jedenfalls die, selbst wenn wir bundesweit nichts erreichen sollten, werden wir im Juli 1994 im Land Niederösterreich sicherlich für diesen Problembereich eine Lösung zustande gebracht haben. Und ich darf mich jetzt schon bedanken dafür, daß wir diese Initiative hier durchtragen können.

Ich darf auch gleich einen weiteren Resolutionsantrag behandeln, nämlich den des Abgeordneten Uhl zur Gruppe 4, dem ich auch beitreten möchte.

Zurück aber zur Frage der Arbeitnehmerförderung. Ich glaube, wenn wir heute an sich die Groteske erleben, daß wir einerseits Arbeitslose

haben, ständig steigende Arbeitslosenziffern und andererseits in vielen Berufen einen Arbeitskräftemangel erleben müssen, ist es unserer Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop wirklich mustergültig gelungen, hier Dinge zum Besseren zu wenden. Etwa bei der Ausbildungsinitiative für den Diplomkrankpflegeberuf, wo wir vom Land Niederösterreich im Zusammenwirken mit der Arbeitsmarktverwaltung sicherlich vieles erreichen konnten. Für die Arbeitnehmerförderung im Land Niederösterreich ergeben sich allein aus dieser Offensive geschätzte Mehrausgaben für die kommenden Jahre von 28,1 Millionen Schilling. Eine beträchtliche Summe, die aber im Krankenpflegeberuf wirklich gut angelegt ist. Und ich darf sagen, daß an den NÖ Krankenpflegeschulen damit rund 300 zusätzliche Ausbildungsplätze ermöglicht wurden und eine etwa ebenso große Förderung gegeben wird durch die Arbeitsämter, durch den Verein Jugend und Arbeit, das NÖ Hilfswerk, die Volkshilfe und die Caritas. Eine wirklich erfreuliche Entwicklung, die zwar die Probleme in diesem Bereich nicht endgültig lösen kann, aber doch ein Weg in die richtige Richtung ist.

Und damit komme ich zu einer jener entscheidenden Initiativen, die in jüngster Zeit von unserer Referentin gesetzt wurden im laufenden Jahr. Nämlich die Arbeits- und Ausbildungsinitiativen in unserem Lande. Der Beginn dieses Projektes war zunächst ja das Traisen- und das Gölsental. Hier werden heuer 4,7 Millionen Schilling aufgewendet. Für das Waldviertel als zweites Projekt 3,7 Millionen. Und ich darf eines sagen: Wir können bereits jetzt im ersten Jahr eine stolze Zwischenbilanz legen, was das Traisen- und Gölsental betrifft. Denn da ist es gelungen, daß 84 % der Kursteilnehmer wieder einen Job finden. Und ich glaube, das ist der Erfolg einer sehr unkonventionellen Idee, die hier eingebracht wurde. Die Qualität dieser Prokop-Initiative ist, glaube ich, in der entschlossenen Kampfansage gegen die Gefahr einer offensichtlichen Resignation durch die betroffenen Arbeitslosen, die von der wirtschaftlichen Entwicklung überrollt wurden, gelegen. Denn wir müssen eines ganz klar hier sagen. Wir haben es nicht beim Pilotprojekt Traisen- Gölsental belassen oder beim Waldviertel. Sondern es sind weitere Initiativen gegenwärtig in Ausarbeitung. Zum Beispiel für den Raum Wr. Neustadt, Neunkirchen, für das Triestingtal usw. Wir können wirklich mit Freude diese Initiative verfolgen, weil sie jenen ganz besonders hilft, die nicht nur durch die konjunkturelle, sondern vor allem durch die strukturelle Krise in unserer Wirtschaft, ja in der gesamten westlichen Wirtschaft gegenwärtig die ersten sind, die zum Handkuß kommen.

Ich darf aber auch bei dieser Gelegenheit dem Leiter der Abteilung, Hofrat Dr. Bartl und allen Mitarbeitern, seinem Team, wirklich Danke sagen für diese Palette an Förderungsmaßnahmen. Weil wir hier wirklich eine präzise Abwicklung in all diesen Bereichen in den letzten Jahren erleben durften.

Wenn ich schon beim Arbeitsmarkt bin, meine Damen und Herren, so darf ich gleich auf die Arbeitsmarktverwaltung eingehen. Ich glaube, diese Arbeitsmarktverwaltung verdient sich diesen Namen wirklich. Denn die Arbeitsmarktverwaltung erfüllt ihren Auftrag eigentlich nur dann, wenn man das Augenmerk auf den Begriff Verwaltung legt. Es gibt diesbezüglich, möchte ich positiv erwähnen, österreichweit ein vernetztes EDV-System. Die aktuellen Daten werden laufend eingegeben und auch die verwendete Software ist gut. Das bedeutet, daß am Computer bei der Suche nach einer bestimmten Arbeitskraft eine Namensliste abrufbar ist, nach der diese Arbeitskraft eigentlich gefunden werden sollte. Soweit so kurz die Schilderung zur Verwaltungssituation. Aber das ist nur ein Bereich, den man positiv selbstverständlich sehen kann. Die große Schwäche, meine Damen und Herren, im ganzen System liegt bei der Vermittlung von Arbeitslosen. Faktum ist, daß die Arbeitsmarktverwaltung gegenwärtig nur cirka ein Drittel der offenen Stellen gemeldet bekommt. Und schon allein deshalb wenig effizient als Vermittler agieren kann. Eigentlich auch mit dem bestehenden Personalstand überfordert ist, um bei der Vermittlungstätigkeit effizient wirken zu können. Wenn zum Beispiel eine Namensliste, wie zuvor erwähnt am Computer ausgedruckt wird, dann werden diese Personen angeschrieben, damit sie sich bei einem x-beliebigen Unternehmer vorstellen sollen. Weil dort für sie angeblich eine passende offene Stelle vorhanden ist. Meine Damen und Herren! Ob die Leute sich tatsächlich dort melden oder wer sich dort gar nicht meldet oder lediglich auf den berühmten Stempel oder was immer abzielt, es ist jedenfalls Tatsache, daß nach den bisherigen Erfahrungen nur oberflächlich diese Situation von der Arbeitsmarktverwaltung beobachtet und kontrolliert wird. Und das ist die eigentliche Schwäche in diesem Problembereich. Insbesondere, weil eine genauere Personenkenntnis, was auf der anderen Seite die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Neigungen und eventuell auch zum Beispiel die Behinderungen oder Krankheiten betrifft auf der einen Seite und die genaue Kenntnis über die zu besetzenden Arbeitsplätze bei der Vermittlungstätigkeit nur in den seltensten Fällen

zum Tragen kommen. Und damit eine Lösungsmöglichkeit nicht wirklich gegeben ist.

Und da muß ich schon ganz klar sagen, durch den Umstand, daß die Arbeitgeber keine Namensliste von der Arbeitsmarktverwaltung erhalten können, sondern meist sich nur Personen vorstellen, die weder die konkreten Eignungen und Neigungen haben, sind die Unternehmungen immer weniger bereit, der Arbeitsmarktverwaltung auch tatsächlich die richtigen offenen Stellen zu melden. Und die Spirale dreht sich immer weiter nach unten. Dadurch, daß die Unternehmen weniger melden, hat auch die Arbeitsmarktverwaltung weniger Möglichkeit, wieder im Umkehrschluß, auch entsprechend wirksam werden zu können. Ich glaube daher, es ist unumgänglich, daß wir bei der Diskussion um die Verbesserung der Arbeitsmarktverwaltung hier nicht nur die Verwaltung sehen, sondern vor allem die Effizienzsteigerung bei der Vermittlung diskutieren. Und im Bereich der Vermittlung wird es sehr sinnvoll sein, wenn künftig die Sozialpartner gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung neue Überlegungen anstellen um gemeinsam neue Vermittlungsstrukturen aufzubauen, die auch die volle Akzeptanz finden und die effizient wirksam werden können. Ich glaube, das ist der springende Punkt. Wir wollen nicht die Arbeitsmarktverwaltung verdammen, sondern wir wollen eine bessere Effizienz in Zukunft erreichen. Das möchte ich ganz klar festhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich sage auch ganz klar, Sozialminister Hesoun wird auch weiter politisch und in der Sache selbstverständlich in der Defensive bleiben, solange ihm die Qualifizierung des bestehenden Apparates der Arbeitsverwaltung nicht gelingt. Denn es ist ganz klar: Wir haben es gegenwärtig nicht bloß mit konjunkturellen, sondern mit tiefen strukturellen Problemen, einer tiefen Wirtschaftskrise im strukturellen Bereich zu tun. Und die Arbeitslosen sind halt die zuallererst Betroffenen. Und die haben den Anspruch, nicht in Zukunft weiter in der Kälte zu stehen, sondern wir sollten ihnen helfen. Und die Solidarität, von der so oft gesprochen wird, die darf in Zukunft nicht ein stereotyp verwendetes Lippenbekenntnis bleiben! Sondern sie fordert uns heraus. Es ist eine große Herausforderung für neue Ideen, Initiativen und Taten. Taten, wie wir sie mit der Arbeitnehmerförderung im Lande Niederösterreich gerade im heurigen Jahr ganz besonders unter Beweis gestellt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung kommt nunmehr die Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Ich ersuche den Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 11.090,940.000 und Einnahmen von S 8.634,778.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 177,266.000 und Einnahmen von S 86,816.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek hat den Antrag gestellt, über die Voranschlagsstelle 1/48, Wohnbau, gesondert abzustimmen. Besteht dagegen ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Voranschlagsstelle 1/48 vorerst abstimmen.

(Nach Abstimmung über die Voranschlagsstelle 1/48, Wohnbau): Mit Mehrheit angenommen! Ich darf für das Protokoll feststellen, die Abgeordneten der Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Abgeordnete Wagner stimmten dafür.

(Zustimmung ÖVP, SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ sowie Abg. Ing. Dautzenberg und Abg. Stix.)

(Nach Abstimmung über die Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung): Einstimmig angenommen!

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen.

Der Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz, Ausbau der direkten Familienförderung, wurde ersetzt durch den Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz, Lembacher und Auer, sodaß der Resolutionsantrag Rosenkranz als solcher nicht mehr gegenständlich für die Abstimmung ist.

(Nach Abstimmung über den Antrag Rosenkranz, Lembacher, Auer zur direkten Familienförderung): Einstimmig angenommen!

Als nächster Antrag liegt vor zur Abstimmung der Antrag der Abgeordneten Uhl und Dirnberger über die Förderung von Pensionistenvereinigungen. Der Inhalt ist dem Hohen Haus bekannt. (Nach Abstimmung über diesen Antrag): Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Auer und Lembacher betrifft den Schülertransport für Behinderte. (Nach Abstimmung über diesen Antrag): Einstimmig angenommen!

Als letzter Antrag dieser Gruppe liegt vor der Resolutionsantrag der Abgeordneten Kautz und Dirnberger betreffend Lehrlingsfreifahrten. (Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Prober, zu Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher und außerordentlicher Teil, sowie Konjunkturausgleichsteil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

In der Gruppe 5, Gesundheit, werden die Gebarungsvorgänge für Gesundheitsdienst, Umweltschutz, Rettungs- und Warndienste, Ausbildung im Gesundheitsdienst, eigene Kranken-

anstalten und Krankenanstalten anderer Rechtsträger sowie der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds verrechnet.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 3.839,795.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 1.306,367.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 9,34 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 137,351.000 und Einnahmen von S 45,000.000 vorgesehen.

Im Konjunkturausgleichsteil kommen hinzu noch Ausgaben von 100 Millionen Schilling.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als erste Rednerin zu dieser Gruppe hat sich die Frau Abgeordnete Lugmayr gemeldet.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Kapitel 5 hat den Titel Gesundheit. Und wir reden in diesem Budget über Krankenanstalten, über spitalsmäßige Versorgung, über Patienten-anwalt, also nur über die Krankheit. Ich meine, wir sollten viel mehr darüber reden, wie man Kranke gesund macht und wie man vorsieht, daß die Menschen nicht krank werden. Gesundheitsvorsorge ist heute das notwendige Ziel in diesem Bereich.

Vielleicht zu dem Vorwurf, den der Herr Kollege Uhl gestern erhoben hat, daß die Österreichische Volkspartei nicht so viele Fachleute im Klub hätte und sich außerhalb des Klubs einen Arzt als Gesundheitssprecher gesucht hat. Meines Wissens nach hat leider keiner der hier vertretenen Parteien einen Arzt in ihren Reihen. Das ist schade. Ich möchte aber trotzdem daraus nicht folgern, daß wir alle nicht berechtigt wären, über das Kapitel Gesundheit zu sprechen. Ich fühle mich sehr wohl dazu in der Lage - und zwar eher als Patientenvertreterin, als Vertreterin der Betroffenen - zum Thema Gesundheit zu sprechen. (Zwischenruf bei Abg. Uhl.) Herr Kollege Uhl, ich habe schon gedacht, ich wäre falsch informiert und Sie oder vielleicht Kollege Gruber wären doch Arzt. (Heiterkeit im Hohen Hause.)

Ich bin jedenfalls froh darüber, daß es Ärzte gibt, die gemeinsam mit den Politikern sich bemühen, neue Wege in der Gesundheitspolitik zu ge-

hen. Und das war auch der Grund, warum wir in der Österreichischen Volkspartei einen Arzt gesucht haben und Gottseidank auch gefunden haben, der für uns als Fachberater zu diesem Thema zur Verfügung steht. Es ist auch erfreulich, daß von Landeshauptmann Dr. Pröll schon vor einiger Zeit das Gesundheitsforum ins Leben gerufen wurde, in dem in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer und den politischen Fraktionen der Landesregierung das Thema Gesundheit besonders in Richtung Vorsorgemaßnahmen und neue Arten der medizinischen Versorgung überprüft wird. Es gibt ja sehr viele Bereiche, die wir im Land nicht lösen können, die auf Bundesebene gelöst werden müssen. Wir haben einen Arzt als Gesundheitsminister, der ja Ihrer Fraktion angehört. Doch ich vermisse leider von dieser Seite entscheidende Weichenstellungen für den Gesundheitsbereich. Zugegeben, im Krankenversicherungsbereich ist er nicht zuständig, das liegt im Sozialministerium. Dort müßte man sehr vieles überdenken, wie die Finanzierung vor allem des Spitalswesens von der Sozialversicherung neu geregelt wird.

Wenn vom Gesundheitsministerium zwar erfreulicherweise Überlegungen angestellt werden über Gesundheitsvorsorge, über die Gefährlichkeit des Rauchens, über AIDS-Information und all diese Dinge, dann ist das sicher notwendig. Aber die entscheidenden Weichenstellungen sind von dort bisher nicht ausgegangen. In der Durchführung des Lebensmittelgesetzes, der Kontrolle der so gerühmten Lebensmittelverordnung auf so hohem Niveau in Österreich ist in der letzten Zeit auch ein Lapsus passiert, gerade dem Gesundheitsministerium. Denn daß man einer ausländischen Firma, die Milchprodukte in Österreich anbietet, eine Ausnahmeregelung gestattet hat im Bereich der Zusatzstoffe, das wäre wirklich nicht notwendig gewesen.

Ein großer Brocken ist, wie ich schon erwähnt habe, die Finanzierung des Spitalswesens. Und wenn wir im Gesundheitsbudget des Landes Niederösterreich einen Mehraufwand von fast 17 % verzeichnen müssen, dann geht dies zum Großteil in die Verbesserung der Ausstattung unserer Krankenhäuser. Wir haben in den letzten Jahren bereits 80 % der Bettenversorgung neu adaptiert und auf den letzten Stand gebracht. Das hat fast 20 Milliarden Schilling bisher schon gekostet. Der Aufwand für diese Krankenhäuser beträgt rund 10 Milliarden Schilling, wovon leider nicht einmal 40 % die Krankenkassen bezahlen. Und der große Brocken von über 60 % muß von den Spitalserhaltern getragen werden. Das wird in

Zukunft nicht mehr so weitergehen können, da werden wir uns etwas einfallen lassen müssen, gemeinsam. Ich meine, es wird auch nicht möglich sein, daß die Beiträge zu den Krankenversicherungen unbegrenzt in die Höhe schnellen können. Das kann sich die Bevölkerung nicht leisten! Persönlich weiß ich aus der bäuerlichen Berufsgruppe, daß die Einführung eines Selbstbehaltes im Krankenversicherungsbereich schon ein gewisses Maß an Verantwortung und eine gewisse Kostenminimierung bewirken könnte. Ich könnte mir vorstellen, daß das überlegt wird.

Die eigenständige Versorgung in Niederösterreich haben wir angestrebt und sie ist schon sehr weit gediehen. Ein Problem ist nach wie vor noch das Umland von Wien und auch der Bezirk Gänserndorf in der Grundversorgung. Theoretisch wäre ja die Fremdpatientenregelung vereinbart, daß das ohne Nachteile der Niederösterreicher geschieht. Da und dort happert es noch. Ich bin froh darüber, daß Landesrat Wagner, der ja dafür zuständig ist, vor einigen Tagen in der Öffentlichkeit wieder einmal betont hat, er wird sich erneut darum bemühen. Und es wird notwendig sein bei den nächsten KRAZAF-Verhandlungen, daß man das Problem der Fremdpatienten auf Dauer einer Lösung zuführt. Und damit könnte auch die Grundversorgung des Raumes um Wien geregelt werden. Ich hoffe wirklich, daß es da zu einer einvernehmlichen und dauerhaften Lösung kommt. Denn es kann ja nicht sinnvoll sein, daß wir am Rande von Wien eine volle Versorgung aufbauen und daneben die Wiener auch eine eigene Versorgung. Das soll übergreifend geschehen, dieser Meinung war ich immer. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Der Herr Kollege Sivec hat gesagt, wir sollen im SMZ Ost einen Bettenturm bauen.

Ich glaube, Landesrat Freibauer und Landesrat Wagner sind für uns Garant, daß es jetzt endlich zu einer einvernehmlichen Lösung kommt, die wir alle mittragen. Zwar nicht ein Grundversorgungs Krankenhaus für den Bezirk Gänserndorf, sondern eine Versorgung des Bezirkes. Dazu die Grundversorgung in Wien und in den umliegenden Krankenhäusern. Jetzt haben wir nämlich die Chance, im Bezirk Gänserndorf eine Zusatzeinrichtung zu bekommen, eine neue Art der Versorgung, die ja mehr und mehr notwendig wird. Tagesklinik und Notfallambulanz und diese Dinge sind heute aktuell und sind notwendig. Und in den Bezirken, die eine spitalsmäßige Versorgung oder teilweise sogar Überversorgung haben, ist das schwieriger einzuführen als bei uns, wo es eben in diesem herkömmlichen Sinn

noch nichts gibt. Wir können neue Wege der Versorgung gehen. Ich hoffe, daß das geht. Was in Gänserndorf geplant ist, sind Ergänzungsfunktionen, die aber die umliegenden Krankenhäuser entlasten können und damit, wenn es mit Wien die Vereinbarung gibt, die Grundversorgung in den umliegenden Krankenhäusern sicherstellen können. *(Abg. Dr. Bauer: Aber kein Feldlazarett!)* Das sicher nicht, da sind wir uns einig. Ein Feldlazarett war auch meines Wissens nie im Gespräch. Aus Gründen der Gleichberechtigung darf der Bezirk Gänserndorf nicht benachteiligt werden. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Beim Ausbau der Krankenanstalten sind gewaltige Anstrengungen gemacht worden in den letzten Jahren. Und es haben die neuen technischen Möglichkeiten gewaltige Summen notwendig gemacht. Wenn man heute weiß, daß nicht, wie man früher gedacht hat, zwei, drei Computertomographen für Niederösterreich genügen, sondern zur Basisversorgung gehören und für 85.000 Einwohner in Zukunft notwendig sein werden, dann sind das gewaltige Anstrengungen.

Und die Strahlentherapie, die ja derzeit in St. Pölten und Wr. Neustadt geplant ist, wird auch in mehreren Krankenhäusern, wird in Zukunft verstärkt notwendig sein, weil wir leider wissen, daß Krebserkrankungen häufiger auftreten werden. Und daß die Chemotherapie, die Strahlenbehandlung mit dem dazugehörigen Fachpersonal notwendig sein wird, weil man damit sehr vieles im Bereich dieser traurigen Krankheit machen wird können.

Das größere Problem in dem Bereich ist wohl der Mangel an Personal. Bei den Fachärzten haben wir vielleicht ein wenig zu spät reagiert, aber es greift bereits. Es gibt verstärkt Ausbildungsplätze. Wir haben nun doch 500 Ausbildungsstellen. Und das neue Spitalsärztegesetz hat es auch ermöglicht, daß zumindest befristet ausländische Ärzte bei uns arbeiten können. Und genauso ist es im Bereich des Pflegepersonals. Das Pflegepersonal ist international gesehen ein Bereich, wo es Mängel gibt. Wir haben vor einigen Jahren gemeint, das ist eben ein Zug der Zeit, daß niemand mehr im Pflegebereich arbeiten will. Und haben uns trotzdem bemüht, eine verbesserte Ausbildung zu gestalten und erfreulicherweise greifen diese Maßnahmen.

Es gibt nun 1.200 Ausbildungsplätze in 15 allgemeinen und zwei Kinderkrankenpflegeschulen. Zuletzt sind neue Schulen in Hollabrunn, Lilienfeld und Scheibbs eröffnet worden. Was mich beson-

ders freut, ich höre von diesen Schulen, besonders von Baden, das ja als erstes mit der Ausbildung im zweiten Bildungsweg begonnen hat, daß dieses Modell angenommen wird. Und vor allem sagen auch die Lehrkräfte in diesen Schulen, daß es ganz eine andere Einstellung zum Beruf ist, wenn Erwachsene diesen Beruf wählen oder sich umschulen lassen. Weil Erwachsene einen ganz anderen Bezug zur Pfl egetätigkeit haben als junge Menschen, die vor der Berufswahl vielleicht nicht noch genau wissen, was auf sie zukommt. Natürlich brauchen wir beides. Und wir müssen alles tun, um mehr Pflegepersonal zu bekommen. Auch das Kollegmodell ist notwendig und ist bereits im Laufen wie auch die Umschulung vom SHD zum Altenpfleger und Pflegehelfer.

Vielleicht - die Frau Abgeordnete Stix ist jetzt nicht hier, sie hat in einer der letzten Sitzungen dem Bürgermeister von Baden einen Vorwurf nicht erspart, daß die Krankenpflegeschule Baden nur für den eigenen Bedarf ausgebildet hätte. Das dürfte ein Irrtum gewesen sein. Ich kann mich noch gut erinnern, daß wir diskutiert haben, wie wir den Abzug der in Niederösterreich ausgebildeten Diplomkrankenschwestern nach Wien verhindern könnten. Im Raum stand damals eindeutig die Frage der Bezahlung. Sie wurde inzwischen gelöst und die Krankenpflegeschule Baden hat wieder eröffnet und bildet natürlich für ganz Niederösterreich aus. Man kann aber nicht nach einer Ausbildung den Leuten dann vorschreiben, wo sie zu arbeiten haben. Die freie Berufswahl ist natürlich auch im Krankenpflegebereich gegeben und notwendig.

Ja, neue Wege sind notwendig. Die Frage, wie wir das alles finanzieren, ist die größte Herausforderung für die Politik. Und wir müssen alles unternehmen, die neuen Wege zu gehen, die Eigenverantwortung der Menschen voraussetzen. Jeder sollte selbst überlegen, wie er seine Gesundheit möglichst lange erhält. Zu seinem eigenen Nutzen, aber auch zum Nutzen der Gesellschaft, wenn man das wirtschaftlich sieht. Und wir müssen praktikable Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge anbieten. Es gibt ja bereits die Untersuchungen im Mutter-Kind Paß, auch Impfmaßnahmen. Es gibt einen mobilen Röntgenzug in Niederösterreich und vieles mehr. Bei manchem sollte vielleicht überlegt werden, ob es heute noch zeitgemäß ist, gerade im Impfbereich. Aber wir sollten auch überlegen, wie wir die neue Datengesellschaft uns zu Nutzen machen könnten. Bei der Gesundenuntersuchung werden wertvolle Daten ermittelt, die sollte man speichern und jeder sollte seine persönlichen medizinischen Daten immer bei sich haben. Damit

er im Notfall, wenn er ins Krankenhaus eingeliefert wird, diese sofort zur Verfügung hat und nicht immer wieder neue Untersuchungen gemacht werden müssen, die kostspielig und oft gar nicht notwendig sind.

Ich hoffe, daß das Kapitel 5 des heutigen Budgets wieder dazu beiträgt, daß wir im Land Niederösterreich einen Schritt weiterkommen zum Wohle unserer Bürger. Und deshalb hoffe ich, auch daß dieses Kapitel einstimmig angenommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch der Gesundheitsbereich ist ein expandierender Bereich. Wir haben eben gehört, daß die Kosten für die Spitäler um 17 % gestiegen sind. Der Herr Finanzlandesrat hat selbst von einer exorbitanten Steigerung der Spitalskosten gesprochen. Zumindestens, was die Finanzierung betrifft, ist es ganz sicher, daß das Gesundheitssystem an allen Ecken und Enden krankt. Und das, obwohl neben dem Gesundheitslandesrat auch der Finanzreferent und sogar der Herr Landeshauptmann selbst sich um diesen Bereich bemühen. Wie die Verhandlungen zum KRAZAF, der ja dieses Jahr ausläuft, ausgehen werden, steht überhaupt noch in allen Sternen. Eines jedenfalls ist sicher: Auch für Niederösterreich wird dieses Budget eines der letzten sein, das diesen zunehmend unfinanzierbaren Zustand einfach fortschreibt. Obwohl die Kosten so hoch sind, daß wir eigentlich gar nicht mehr wissen, wie wir sie zahlen sollen, sind doch die Mängel vielfältig. Kaum eine Woche vergeht ohne Hiobsbotschaft. Im Sommer war es wiederholt, daß man den Mangel an Personal bezüglich der Intensivbetten beklagt hat. Intensivbetten in Niederösterreich sind nicht zu nutzen, weil das Personal nicht zur Verfügung steht. Vor kurzem hat Volksanwalt Kohlmeyer auf die unzumutbare Prämiensteigerung hingewiesen, die vor allem für die älteren Leute, die Zusatzversicherungen abgeschlossen haben, ein starkes Problem darstellt. Man muß sich vor Augen führen, daß man die Kunden der Versicherung immer mit diesem Argument beworben hat, daß Zusatzversicherungen in einem sehr jungen Alter sinnvoll sind, daß da die Prämien noch günstig sind. Und dann, wenn sie das erste Mal in die Lage kommen, diese Zusatzversicherung auch wirklich

zu brauchen, denn es steigt natürlich mit dem Alter die Krankheitsanfälligkeit, dann sind diese Prämien so teuer geworden, daß viele von ihnen die Zusatzversicherung aufkündigen müssen.

Ebenfalls in der letzten Woche haben wir gehört, daß die praktischen Ärzte sich vorstellen können, den Nachtdienst zu verweigern, wenn hier keine bessere finanzielle Regelung gefunden wird. Ganz zu schweigen von den sanatorischen Mißständen. Da ist einmal der Facharztmangel, meine Vorrednerin hat darauf hingewiesen, daß hier bei weitem nicht alles in Ordnung ist. Oder der fehlende Bereitschaftsdienst in manchen Spitälern, oder, auch das ist in Niederösterreich an und für sich schon häufig der Fall gewesen, die Schwierigkeiten bei Primariatsbesetzungen. Daß also Primariate ausgeschrieben werden und sich dann einer meldet, ist an und für sich eine komische Geschichte. Also, entweder ist die Sache so unattraktiv, oder es hapert irgendwie in der Ausschreibung.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß im Bereich der Spitzenmedizin, etwa in der Krebstherapie, das Angebot für Niederösterreich nicht besonders gut ist. Und das, obwohl die Sache der Fremdpatienten nicht geregelt ist. Und die Inanspruchnahme der Wiener Spitäler unter wesentlichen Erschwernissen leidet. Jetzt haben wir geglaubt, daß man zumindestens das Thema Gänserndorf abhaken kann, daß der jahrelange Spitalskrieg endlich beigelegt ist, aber heute konnte man in der Zeitung wieder lesen, daß die Bevölkerung vor Ort das nicht ganz glaubt. Und daß der Leiter der Rotkreuz-Stelle Gänserndorf seine äußersten Zweifel angeführt hat, daß mit den projektierten 33 Millionen tatsächlich die Krankenversorgung in Gänserndorf so sichergestellt werden kann, daß die Bevölkerung dann auch wirklich zufrieden ist.

Trotz dieses doch eher unbefriedigenden Zustandes ist es so, ich habe darauf schon hingewiesen, daß das Gesundheitssystem zunehmend unfinanzierbar wird. Und ich möchte noch einmal auf die demographische Entwicklung zu sprechen kommen. Die Kosten werden ja nicht linear steigen, mit der zunehmenden Vergreisung der Bevölkerung stehen uns vielmehr explodierende Kosten ins Haus. Daher kann es nur eine Möglichkeit geben. Wir müssen zu einer Strukturreform kommen, die sich an den zwei Zielen zu orientieren hat, einerseits die Kostenexplosion zu dämpfen und andererseits - auch das ist leider notwendig - die Qualität zu steigern.

Und ich meine, daß das nur so geschehen kann, daß man einerseits die Spitäler entlastet und auf die brachliegenden Ressourcen zurückgreift, die in der niedergelassenen Ärzteschaft nach wie vor bestehen. (*Abg. Kautz: Wissen Sie, wieviel Zeit ein Arzt pro Patient hat?*) Also, wenn ich mit der Ärzteschaft rede, dann erklären die mir, daß bei günstigeren Rahmenbedingungen sie sehr wohl in der Lage sind, bei günstigeren Rahmenbedingungen, wie etwa der Möglichkeit sich in Gemeinschaftspraxen zusammenzuschließen, sie sehr wohl in der Lage sind, viel mehr Behandlungen durchzuführen, als sie das jetzt machen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum anderen wird es dadurch möglich sein, in den Krankenanstalten eine Konzentration auf die Spitzenmedizin herbeizuführen. Und in diesem Sinn lege ich einen Resolutionsantrag vor betreffend Reform des NÖ Gesundheitswesens (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Barbara Rosenkranz zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg.52/V-1) betreffend Reform des NÖ Gesundheitswesens.

Die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems, insbesondere der Krankenanstalten ist an ihrer Grenze angelangt, obwohl das Niveau der Gesundheitsversorgung in NÖ bei weitem nicht zufriedenstellend ist. Mit Detailmaßnahmen kann eine Verbesserung nicht mehr erzielt werden. Ein grundsätzliches Umdenken im Gesundheitsbereich ist daher zum Wohl der niederösterreichischen Landesbürgerinnen und -bürger unerlässlich.

Ein modernes medizinisches Versorgungskonzept hat sich an folgenden Grundsätzen zu orientieren:

- Umschichtungen von medizinischen Leistungen aus den Krankenanstalten in den extramuralen Bereich.
- Aufwertung der niedergelassenen praktischen Ärzte und Fachärzte durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere durch Förderung von Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften sowie dem Aufbau von Tageskliniken und Ambulatorien
- Einführung einer leistungsbezogenen Honorarordnung

- gemeinsames Management der Landeskrankenanstalten und Koordinierung der High-Tech-Medizin

Die gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, im Sinne der Antragsbegründung ein umfassendes Reformkonzept des niederösterreichischen Gesundheitswesens zu erarbeiten und sobald als möglich vorzulegen." (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Die Hinweise auf die Ärzte nehme ich zur Kenntnis. Allerdings bin ich selber sehr daran interessiert als Mandatar, die Gesundheitspolitik zu forcieren. Und ich habe so wie Landesrat Ewald Wagner auch für die Forderung des Herrn Dr. Scholler, der zum Gesundheitssprecher der ÖVP ernannt wurde, Verständnis, daß er, so von außen herein, gewerkschaftliche Forderungen stellt. Zum Beispiel, für sämtliche 163 Sprengel-nachtdienste in Niederösterreich pro Stunde für Praktiker 150,- Schilling zu vergüten. Wir stehen dieser Forderung verständnisvoll gegenüber, weil ja die Nachtdienste wichtig sind. Wir hoffen auch, daß der Herr Landesrat Mag. Freibauer dieser wichtigen Forderung seines außerparlamentarischen Gesundheitssprechers wohlwollend gegenübersteht. Und diese 75 Millionen Schilling als Forderung, die als Erstpaket eingebracht wurden, auch ausbezahlt. (*LR Mag. Freibauer: Wie meinen Sie das?*) Mit klingender Münze, so wie es die Ärzte tatsächlich gefordert haben! Oder willst Du Dich, sehr geehrter Herr Landesrat, vielleicht verschließen? Wir glauben, diese Forderung hat eine echte Berechtigung.

An und für sich, bitte schön, ist die Gesundheitsvorsorge, das ist schon betont worden, außerordentlich wichtig. Wir haben erst vor nicht allzu langer Zeit mit der neu zu schaffenden Patienten- und Pflegeanwaltschaft einen wichtigen Beschluß gefaßt. Damit wird ja den Patienten, unabhängig von der Verschuldensfrage, rasch und wirksam geholfen werden. Es wird den Patienten geholfen. Und zwar nicht aus einem caritativen Akt heraus, sondern aus einem echten

Rechtsanspruch. Außerdem wurde mit der größeren Zahl an Facharztausbildungsstellen, die wir seinerzeit initiiert haben und tatsächlich auch erreichen konnten, ein wichtiger Meilenstein in der NÖ Gesundheitspolitik erreicht.

Ich möchte sagen, die Gesundheit ist nicht alles. Jedoch, ohne Gesundheit ist alles nichts. Nur mit einer zielführenden Gesundheitsvorsorge können wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine erfolversprechende Gesundheitspolitik betreiben. Gerade in Niederösterreich haben wir einen guten Grund, intensiv die Gesundheitsvorsorge voranzutreiben. Der Prozentsatz der Vorsorgeuntersuchungen ist erschreckend niedrig. Viele gehen erst dann zum Arzt, wenn eine Krankheit Schmerzen verursacht. Manchmal ist es dann schon zu spät. Herz- und Kreislauferkrankungen sind eindeutig die häufigste Ursache geworden. Die Ärzte sagen, wer einen Herzinfarkt überlebt hat, soll letzten Endes daran denken, auch noch nach dem Herzinfarkt die Vorbeugung zu betreiben. Der Herztod ist in Österreich zu einer permanenten Gefahr für die Menschen geworden. Auch ein Kreislaufkollaps kann tödlich enden.

Lebenskünstler, meine sehr Geehrten, verstehen es, bewußt richtig zu essen, zu trinken und sich mit Maß und Ziel richtig zu bewegen. Die Bewegungsarmut und dazu noch fette Kost mit viel Alkohol führt allmählich den Herzinfarkt herbei. Auch schwere Streßsituationen können gefährlich werden. Der Notarzt und die Intensivstationen in den Krankenhäusern des Landes sind ständig bemüht, Menschenleben zu retten. Deshalb sollte sich jeder Mensch seinen eigenen Fahrplan für ein gesundes Leben erstellen.

Darüber hinaus hat der Arbeitnehmerschutz einen hohen gesundheitspolitischen Stellenwert für die Volksgesundheit bekommen. Die Volksgesundheit ist in Österreich viel wert. Ein Tag auf der Intensivstation kostet den Betrag von S 15.420,- laut Abrechnung in St. Pölten. Nicht jeder Betrag ist gleich, es gibt viel höhere und auch solche, die weniger teuer sind. Aber der Grundsatz, Vorbeugen ist allemal noch billiger als Heilen, hat seine weitere Gültigkeit. Wer jedoch das Krankenhaus braucht, soll die bestmögliche medizinische Versorgung bekommen.

Letztendlich muß sich jeder Landesbürger fragen, was ihm die Gesundheit wert ist und wieviel er in Zukunft dafür bezahlen will. Das ist die entscheidende Frage, der Knackpunkt letzten Endes der Finanzierung, die wir lösen müssen, aber im Interesse der Menschen. Und es muß jeder gleich gut behandelt werden. Da darf es aus hu-

manitären Gründen keinen Unterschied zwischen arm und reich geben. Die weitere gesicherte Finanzierung des Spitalswesens wird - das ist schon unterstrichen worden - demnächst wieder die große sozial- und gesundheitspolitische Aufgabe und Herausforderung in Österreich sein.

Die arbeitsmedizinischen Zentren in Mödling und in St. Pölten leisten, auch was die Vorsorge-medicin betrifft, einen wichtigen Beitrag zur Früherkennung von Krankheiten. Streß sowie schwere oder ungesunde Arbeitsbedingungen müssen unbedingt minimiert werden. Die Arbeitsinspektionen haben noch immer ein großes Aufgabengebiet, wie ich bereits gesagt habe, zu erfüllen.

Aber auch mit einer Aufklärungskampagne, wie sie das Gesundheitsministerium gegen die Gefahren des Rauchens gemacht hat, kann der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert werden. Ich weiß schon, der Herr Gesundheitsminister Außerwinkler hat nicht gerade lauter Lobeshymnen dafür geerntet. Aber er hat es gut gemeint, im Interesse der Gesundheit der jungen, aber auch der älteren Menschen. Rauchen macht krank und der blaue Dunst verkürzt die Lebenserwartung. Passivrauchen schadet ebenfalls. Längeres passives Mitrauchen beeinträchtigt die Lungenfunktion, Augenbrennen, Hustenreiz, Kopfschmerzen sind den Nichtrauchern ein gut bekanntes Symptom, wenn zum Beispiel ein Lokal voll blauem Dunst ist. Sauerstoffmangel, Magenleiden, Raucherbein, Durchblutungsstörungen, Herzinfarkt und Krebs sind die Folgeerscheinungen des Rauchens. Wir haben tausende Krebsfälle jährlich, Jahr für Jahr in Niederösterreich. Dafür brauchen wir natürlich auch Maßnahmen, um gerade in St. Pölten und in Wr. Neustadt die Spitzenversorgung zu erreichen mit der Strahlentherapiestation. Das ist außerordentlich wichtig und wird noch viel Geld kosten. Die Planungsarbeiten sind bereits im Gang.

Ich habe gesagt, das Rauchen ist schädlich, bitte, die Statistik ist hier beinhart. Sie sagt uns, in Österreich beenden 14.000 Menschen vorzeitig ihr Leben aufgrund der Auswirkungen des Rauchens. Besonders gefährdet sind die Kinder rauchender Eltern. Während der Schwangerschaft rauchen immerhin zwei, die Frau und ihr Kind.

Im Tätigkeitsbericht des Krankenhauses St. Pölten, für das wir die Zentralversorgung anstreben, steht unter anderem der Satz: "Eine optimale Versorgung der Patienten erfordert nicht nur Wirtschaftlichkeit und den Einsatz modernster Technik. Vielmehr ist es nach wie vor der Mensch, der die Genesung und Pflege der Kranken

gewährleistet." Zu den wichtigsten Organen des Menschen - und das muß ich noch ergänzend hinzufügen - gehören auch die Augen und ihre Sehschärfe. Diabetiker, die es verabsäumen, regelmäßig ihre Augen untersuchen zu lassen, laufen Gefahr, längerfristig zu erblinden. Wir haben in Niederösterreich rund 45.000 Diabetiker. Bei einer Nichtbehandlung zwischen dem 20. und dem 60. Lebensjahr auf einen längeren Zeitraum hindurch, ist die Gefahr der Erblindung gegeben. Aufklärung und wieder Aufklärung ist das Allerwichtigste in diesem Zusammenhang. In ganz Österreich gibt es heuer rund 16.000 Augenoperationen. Im Krankenhaus St. Pölten werden es an die 4.000 Augenoperationen sein, die in diesem Jahr durchgeführt werden. Mitarbeiterinnen der St. Pöltener Sehschule bereisen im Dreijahresrhythmus jeden NÖ Kindergarten. 1991 und 1992 wurden 20.283 Kinder untersucht. Bei 1.812 Kindern, das sind 8,9 % fanden sich Auffälligkeiten. Die Eltern dieser Kinder wurden aufgefordert, ihr Kind zum Augenarzt zu bringen. Weiters wird ein Hörtest in den Kindergärten und eine Zymafluorprophylaxe in den Mutterberatungsstellen und Kindergärten in freiwilliger Teilnahme durchgeführt. Aber eben freiwillig und da sieht man es, bitte sehr: Man nimmt es nicht gleich so ernst, die Beteiligung beträgt nur 11,5 % der Kindergartenkinder. Es wäre wichtig, auch den Hörtest für alle Kinder durchzuführen.

Die Gesundheitserziehung ist an den Schulen flächendeckend. Als Themenbeispiele führe ich an die Suchtgiftproblematik. Bitte, Suchtgift, diese Sucht nimmt zu und die Drogensucht erreicht immer Jüngere. Es sind bereits Kinder, die drogensüchtig sind im Land und es sind meistens solche Kinder, wo man zu Hause nicht ständige Aufsicht und Betreuung verspürt. Diese Kinder werden Straßenkinder und obliegen der Gefahr der Drogensucht. Aids, Rauchen, Streißabbau, Ernährung und Sexualerziehung gehört ebenfalls zu diesen Themen, die in der Schule als vorbeugend bereits vorgetragen werden. Bei Haltungsschäden wird versucht, diese durch gezieltes Gesundturnen auszugleichen. Man sollte es nicht für möglich halten, meine sehr Geehrten. Aber es gibt noch immer Kinder und Jugendliche, die unterernährt sind, die erholungsbedürftig sind. Nach Operationen, nach überstandenen Erkrankungen werden diese Kinder und Jugendlichen von den Sozialversicherungen in Erholungsaktionen betreut und ihr Gesundheitszustand auf diese Art und Weise wiederhergestellt. Der betriebsärztliche Dienst, ein ganz wichtiger Zweig auch bei uns in den Betrieben, hat derzeit einen Stand von 165 ausgebildeten Arbeitsmedizinern, wovon etwa 95 als

Betriebsärzte tätig sind. Die Aufgaben sind in der betriebsärztlichen Betreuung und in der ärztlichen Untersuchung nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz festgelegt.

Seit Beginn einer österreichischen Aids-Statistik, das ist seit diesem Jahr, 1993, sind die erfaßten Daten alarmierend. Ein Alarmsignal ist das letzten Endes! Das Aids-Problem wächst. Aids-Patienten haben eine schlechte Lebenserwartung - praktisch gar keine. 20 % von ihnen sterben noch im selben Quartal, in dem sie krank gemeldet wurden. Nach vier Jahren leben nur noch 20 % der Erkrankten dieser Immunschwächekrankheit. Anfangs November dieses Jahres gab es das Plasmaproblem. Die Plasmarückholaktion in Niederösterreich wurde genau durchgeführt. Landesrat Wagner hat darüber in der Presse berichtet. In Österreich ist vorgeschrieben, daß jedes Spenderblut auf Hepatitis oder auf HIV-Infektion untersucht wird. In Deutschland, wo diese Pflicht nicht besteht, ist das also problematisch. Seitens der Gesundheitsbehörde wurde festgestellt, daß damals kein Grund zur Panik vorhanden war. Man hatte wirklich alles getan, um jedes Risiko einer Erkrankung an Hepatitis C, sie ist auf jeden Fall tödlich, oder Aids, auszuschalten.

Mit der Herzkatheterstation und mit der Herzchirurgie ist im Spital St. Pölten - und wir streben die Zentralversorgung an - eine hervorragende medizinische Einrichtung geschaffen worden. Der prominenteste Patient war in diesem Jahr Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig, der sich sehr lobend über dieses Spital ausgesprochen hat. Vielen Patienten die Herzleiden haben, konnte auf dieser Herzstation bereits geholfen werden, und sie können nach der Operation wieder ein normales Leben führen. Die medizinische Leistungsfähigkeit und die Qualität der Behandlung ist das oberste Gebot für unsere NÖ Patienten. Und wir hoffen, daß möglichst noch im nächsten Jahr mit der zweiten Bauphase, erster Bauabschnitt, der Spatenstich durchgeführt werden kann. Sodaß diese moderne Herzstation für die Zentralversorgung des Landes in der Spitzenmedizin ausgebaut wird. Und für die gemeinsam mit dem Burgenland betriebene Strahlentherapieeinrichtung am allgemeinen öffentlichen Krankenhaus in Wr. Neustadt sind die Vorarbeiten soweit gediehen, daß nächstes Jahr mit der Detailplanung begonnen werden kann. Jetzt laufen Gespräche, hat mir der Landesrat Ewald Wagner gesagt. Und in St. Pölten sind ebenfalls die Planungsmaßnahmen voll im Gange, um diese Strahlentherapieeinrichtung rasch, in

diesem Jahrzehnt auf jeden Fall, in Betrieb nehmen zu können.

Für die NÖ Gemeindespitäler wurde eine Aufstockung der Dienstposten - und es geht ja auch um die Dienstposten in einer Rechtsträgergemeinde und im Land - für 1994 um 560 Dienstposten vereinbart. Zusätzliche 560 Dienstposten, auch das bedeutet Qualität. Im St. Pöltener Spital werden es allein 166 neue Dienstposten bzw. Personaleinstellungen sein. Seit Anfang der 70er Jahre haben wir in Niederösterreich eine Verdreifachung der Anzahl der Ärzte und eine Verdoppelung des Pflegepersonals erreicht. Da ist doch wirklich etwas geschehen. Obwohl wir in Niederösterreich bereits diese 200 zusätzlichen Facharztbildungsplätze erreicht haben. Bei der Dermatologie sind es einige in Wien, weil ja diese Ausbildungsplätze praktisch nur in St. Pölten bestehen. Aber darüber hinaus fehlen noch immer mehrere Narkoseärzte. Wir brauchen viele zusätzliche Narkoseärzte. Wie wichtig die Narkose ist, bei einem chirurgischen Eingriff zum Beispiel, das ist ganz bedeutsam. Sie ist oft wichtiger oder entscheidender als der chirurgische Eingriff selber. Tatsache ist, daß Österreich im Vergleich zu anderen westlichen Ländern viel zu wenig Narkoseärzte hat.

Zur Finanzierung der 27 öffentlichen Krankenanstalten in Niederösterreich ist laut Vorschlägen für das Jahr 1994 ein Gesamtaufwand, das wurde schon in der Einbegleitungsrede gesagt, von 10,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Und ich weise darauf hin, daß 6,4 Milliarden Schilling auf das Personal und 3,8 Milliarden Schilling auf den Sachaufwand inklusive der Anlagen entfallen. Gegenüber 1993 ist das eine Steigerung von 9,95 %. Den Aufwendungen stehen Erträge von rund 4,4 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß sich ein Betriebsabgang für 1994 von ca. 5,8 Milliarden Schilling bei den 27 öffentlichen Krankenanstalten des Landes Niederösterreich ergibt.

Hauptursache für den Betriebsabgang, das wurde von meiner Vorrednerin Lugmayr bereits gesagt, sind verschiedene Probleme. Wir haben im Jahr 1993 ca. 38 % und im Jahr 1994 voraussichtlich nur mehr ca. 36 % von den Sozialversicherungen für die Pflegegebühren zu erwarten. Aber jetzt eine Ergänzung, Frau Kollegin Lugmayr. Sie haben vergessen zu sagen, daß der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ebenfalls von den Sozialversicherungen stark unterstützt wird und bis zu 60 % die Leistung der Sozialversicherung in den KRAZAF einfließt. Das darf man nicht vergessen, wenn man die Sozialversicherungen in den Mund nimmt, weil

von dort kommen viele hunderte Millionen Schilling, ja Milliarden, in den Topf hinein. (*Abg. Lugmayr: Also geht es über 40 Prozent hinaus!*) Beim KRAZAF ist es wesentlich mehr, was die Sozialversicherungen einzahlen. Es geht über die Hälfte hinaus. Das mußte ich hier klarstellen.

Im Jahre 1993 wurden als Beiträge des NÖKAS zum Betriebsabgang ca. S 1.040.000,- und als Beiträge zum Ausbau ca. 100 Millionen Schilling an die Träger der NÖ Krankenanstalten ausbezahlt. Von der Stadt St. Pölten wird zum Beispiel für 1994, so steht es im Budget, der Betrag von 180 Millionen Schilling zum Betriebsabgang geleistet werden müssen. Im Land rechnet der NÖKAS noch zusätzlich rund 300 Millionen Schilling für Ambulanzleistungen ebenfalls ab und das ist eine schöne Summe. Mit diesen Schillingbeiträgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die ich jetzt am Schlusse erwähnt habe, ist klar erkennbar, daß uns Sozialdemokraten in Niederösterreich die Gesundheit der Menschen sehr viel wert ist und wir Sozialdemokraten auf allen Ebenen der Politik bereit sind, unser hervorragendes Gesundheitssystem zu erhalten und weiter auszubauen. Wir stimmen dem Kapitel gerne zu. (*Befall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

An die Gesundheitspolitik werden immer mehr und immer höhere Anforderungen gestellt. Die Krankenanstalten der Vergangenheit dienten meist zur Grundversorgung. Und jetzt in der heutigen Zeit sind Schlagworte wie eine hochwertige Spezialisierung, Technisierung, teure und hochwertigere Medikamente und auch die ethische Machbarkeit im Gespräch und damit verbunden ein erhöhter Personaleinsatz in den Krankenanstalten.

Der Mensch, der Patient steht diesem oft orientierungslos gegenüber, der Behandlung, der Operation, den sich dabei ergehenden Komplikationen usw. Und die Frage drängt sich natürlich auf, ist der Patient in diesem Bereich hilflos? Braucht er einen Fürsprecher, an den er sich hier wenden kann? Fragen, die das NÖ Krankenanstaltengesetz behandelt.

Die am 4. November 1993 beschlossene Novelle zum NÖ Krankenanstaltengesetz geht auf eine Vielzahl von Neuerungen im Bereich der

Krankenanstalten ein. Zukünftige Entwicklungen werden bereits berücksichtigt. In der Anstaltsordnung sind unter anderem festgehalten eine wirksame Kontrolleinrichtung über die Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Eine sogenannte Innenrevision wurde eingebaut. Die Zusammenarbeit mit anderen Krankenhäusern und anderen Sozialeinrichtungen wird gefordert. Und nicht benötigte Betten und Krankenzimmer können vorübergehend einer anderen Abteilung zugesprochen werden. Ein wesentlicher Satz behandelt die Ethikkommission,

das heißt, die Einrichtung einer Ethikkommission. Die Ethikkommission, die im Grundgesetz des Bundes vorgesehen ist, aber erst der Beschlußfassung im Nationalrat bedarf, soll dann in Niederösterreich übernommen werden. Durch die Aufnahme einer derartigen Regelung bereits jetzt in der Anstaltsordnung kann man jetzt schon die Ethikkommission installieren, um Erfahrungen auf diesem Gebiet sammeln zu können. Weiters ist die Schaffung einer Medikamentenkommission vorgesehen. Um die Verwendung der Medikamente in den Krankenanstalten auf einheitliche Grundlagen zu stellen, ist diese Kommission einzusetzen. Ihre Aufgabe ist es, eine Liste der Arzneimittel zu erstellen, die in der Krankenanstalt verwendet werden dürfen.

Eine ganz wesentliche Sache ist die Installation des NÖ Patienten- und Pflegeanwaltes, die hier vorgesehen wurde. Seine Aufgaben sind, Beschwerden entgegenzunehmen, Beratung zu erteilen, Auskünfte zu erteilen und wenn notwendig, auch bei Streitfällen zu vermitteln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Krankenanstaltenbau, in der Erneuerung und im Umbau sollen neue Wege gegangen werden. Zwei Beispiele dazu. Krankenhaus Allentsteig: Das Problem dieses Krankenhauses war, daß es mit 75 Betten ein verhältnismäßig kleines Spital war, für eine wirtschaftliche Führung zu klein. Hier wurde ein Konzept erstellt, was kann man damit machen? Landesrat Mag. Freibauer hat hier die Firma Humanomed beauftragt, eine Studie zu erstellen. Das Ergebnis dieser Studie ist die Errichtung einer Sonderkrankenanstalt für Neurologie und Schmerztherapie mit 75 Betten und, ganz neu dazu, eine Rehabilitationsanstalt mit 90 Betten, die angeschlossen ist. Sie soll privat geführt werden von der Humanomed-Gruppe, die schon sehr erfolgreich das Moorheilbad in Harbach führt. Die Gesamtkosten dieses Projektes betragen 233 Millionen Schilling für die Sonderkrankenanstalt und 141 Millionen Schilling für das Reha-Zentrum, das jedoch privat geführt wird. Also insgesamt eine Investition von 374 Millionen Schilling für das neurologische Gesundheitszentrum in Allentsteig. Diese Grundsatzentscheidung beim NÖ Spitalsgipfel ist eine Entscheidung für die Zukunft in dieser Region. Wobei noch zahlreiche offene Fragen zu klären sind wie zum Beispiel über den Rechtsträger, die Betriebsführung zwischen öffentlicher Hand und dem privat geführten Rehabilitationszentrum.

Ein zweites Beispiel betrifft das Spital in Gänserndorf. Hohe tagespolitische Wellen hat immer

wiederum im Bezirk Gänserndorf, der als einziger Bezirk des Bundeslandes Niederösterreich kein Spital besitzt, das Thema Krankenhaus geschlagen. Ich darf vielleicht ganz kurz in die Vergangenheit blicken. Der ehemalige Gesundheitslandesrat Dr. Brezovszky hat noch als Abgeordneter - damals war von den jetzigen Abgeordneten kaum schon jemand dabei - Landeshauptmann Maurer Unterschriften aus dem Bezirk Gänserndorf übergeben mit der Bitte, dort ein Krankenhaus zu errichten. Das war in den Sechzigern oder Siebzigern, also vor ca. 25 Jahren. Und bis heute ist auf dem Gebiet sehr wenig geschehen, obwohl die Gesundheitslandesräte fast ausschließlich aus den Reihen der SPÖ kamen und LR Dr. Brezovszky sogar aus dem Bezirk Gänserndorf stammte! (*Unruhe bei der SPÖ.*) Wir gehen jetzt neue Lösungsansätze, hat Herr Kollege Sivec gesagt und darauf komme ich jetzt zurück. (*Abg. Gruber: Das wurde immer abgeschmettert!*) Jetzt muß ich schon noch eingehen auf das Thema. Es wurde nichts abgeschmettert, man muß den Tatsachen ins Auge sehen. Am 22. Oktober 1992 wurde Mag. Freibauer Landesrat. Und schon nach drei Monaten hat er dieses Thema aufgegriffen bitte! Nach drei Monaten! Und am 31. März 1993 hat er eine Studie bei der Firma Humanomed, wie er es draußen im Bezirk versprochen hat, in Auftrag gegeben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Wir wollen ja in die Zukunft gehen, daher diese Studie. Also was ist deren Resumee? Die Grundaussagen dieser Studie waren folgende: Erstens ist die Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte weit besser als angenommen. Wir haben eine hohe Arztdichte im Bezirk, ein sehr hohes Engagement der Ärzte, wofür wir danken müssen. Und auch eine sehr, sehr gute Ausstattung bei den Ärzten. Und, was ganz wesentlich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine niedrigere Krankenhaushäufigkeit als in anderen Bezirken. Das heißt, die Ärzte arbeiten draußen in unserem Bezirk vorbildlich und hervorragend.

Zweite Feststellung: Die Notfallversorgung, wurde festgestellt, ist sehr schnell und qualitativ gut. Lange Wege sind allerdings zurückzulegen, das punkto Erreichbarkeit. Es wurde immer mit dieser Zahl 50.000 und 40.000 operiert. Hiezu muß man sagen, daß der Bezirk Gänserndorf ja sehr unterschiedlich strukturiert ist. 44.000 Einwohner können, nehmen wir an, der Standort wäre Gänserndorf, das Spital in 25 Minuten erreichen. 22.000 Einwohner in ca. 12 Minuten. Das heißt also, jene, die in 25 Minuten Gänserndorf erreichen können, könnten in diesem

Zeitpunkt auch ein anderes Spital erreichen. Das ist die Grenze.

Die rund 14.000 Patienten aus dem Bezirk verteilen sich erfahrungsgemäß zu 16 % auf Mistelbach, ca. 16 % auf Hainburg und der Rest nach Korneuburg. Also sie werden zu ungefähr 80 % in NÖ Einrichtungen behandelt. 3.200 Patienten in Wien, darunter auch jene, welche eine Spitzenversorgung benötigen.

Die Zusammenfassung des Ganzen: Bringt die Medizin zum Patienten! Unter diesem Slogan soll die zukünftige Arbeit stehen. Der medizinische Standard soll kostenbewußt unter Einbeziehung vorhandener Gesundheitsversorgungsstrukturen verbessert werden. Eine Notfallversorgung, die jetzt schon vorhanden ist, soll gesichert werden. Und vor allem eines bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir reden immer von Einsparungen usw. aber ich glaube, wir können uns keine Parallelstrukturen leisten auf diesem Gebiet. Daher sollten wir derartige Parallelstrukturen vermeiden. Und auch Kooperationen mit den umliegenden eingehen. (*Abg. Uhl: Was meinen Sie damit?*) Parallelstrukturen, wenn man neue Strukturen aufbaut, ein neues Spital etwa, mit Stationen, die auch in anderen Gebieten, zum Beispiel Mistelbach usw. vorhanden sind. In der Form meine ich das.

Was brauchen wir in unserem Gebiet? Wir brauchen in unserem Gebiet ein medizinisches Zentrum für Nachbehandlungen und derartige Dinge. Röntgen, Labors, das sind wesentliche Dinge. Ferner fordert diese Studie eine Tagesklinik für planbare Eingriffe. Sodaß man schon im vorhinein Eingriffe, die unbedingt erforderlich sind, aber an einem Tag erledigt werden können, daß man die dort in dieser Tagesklinik erledigen kann.

Eine dritte, wesentliche Sache in unserem Bezirk ist die Notfallversorgung. Die Hilfestellung durch den Notarztwagen, der jetzt schon vorhanden ist. Und ganz wesentlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Hubschrauberlandeplatz auch für den Nachtbetrieb. Die Konsequenz daraus, es handelt sich nicht nur um eine Tagesklinik, sondern auch um eine Klinik mit Nachtbetrieb, mit 24-Stunden Betrieb in diesem Gebiet.

(*Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.*)

Ganz kurz jetzt zum Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Hier wurde festgestellt, daß ein Einkauf nicht sehr sinnvoll ist. Wir können nicht auf Verdacht Betten jetzt kaufen, die dann vielleicht leer stehen, die wir aber als Niederösterreicher vertraglich gebunden bezahlen müssen. Viel wichtiger ist es im Bereich der Bettenzentrale, daß dort die Dinge funktionieren. Auch im Bereich des Krankentransportes, wobei es auch hier sehr gute Leistungen schon gibt. Vom Sozialmedizinischen Zentrum Ost wird immer wieder gesagt, das ist der Rettungsanker. Und siehe da, in dieser Zeit seit Inbetriebnahme des Donauspitals ist eigentlich der Patientenzug nach Mistelbach aus dem Gerichtsbezirk Gänserndorf - also nicht aus Zistersdorf, dem nördlichen Bereich, sondern aus dem Gerichtsbezirk Gänserndorf - angestiegen. Das heißt, das Mistelbacher Spital hat für uns doch eine gewisse Bedeutung, die wir nicht abstreiten können. Denn der Norden des Bezirkes, der Raum Zistersdorf, ist eindeutig gerichtet nach Mistelbach. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß die Verkehrswege in unserem Bereich leider Gottes nicht zur Bezirkshauptstadt, sondern nach Mistelbach gerichtet sind. Und im Süden, das weiß der Herr Abgeordnete Sivec sehr genau, sind die Verkehrsströme hauptsächlich nach Wien gerichtet. (*Heftige, anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Diese Dinge habe ich mit Ärzten durchbesprochen. Man hat mir gesagt, wenn ich als verantwortlicher Arzt hier anrufe, gab es immer noch ein Bett in Wien bei der Bettenzentrale. Das hat immer funktioniert. Ich bin selber einige Monate in Wien gelegen, weil ich in Mistelbach nicht mehr behandelt werden konnte. Derartige Fälle werden immer, auch in Zukunft in Wien in Universitätskliniken zu behandeln sein. Darüber kommen wir in unserem Bereich nicht hinaus.

Zurück zu dem, was ich sagen wollte. Nämlich, daß es in Mistelbach, obwohl das Sozialmedizinische Zentrum Ost vorhanden ist, einen Zuzug gab aus dem Bezirk Gänserndorf. Das konnte ich gar nicht sagen, weil ich hier unterbrochen wurde: Im Jahr 1990/91 waren es aus dem Gerichtsbezirk Gänserndorf 3.390 Patienten und im Jahr 1992/93, nach Inbetriebnahme des SMZ-Ost 4.203. Das heißt, man ist mit dieser Versorgung im nördlichen Bereich anscheinend zufrieden, ansonsten würden die Leute nicht dorthin gehen.

Zum Konzept, das der Herr Abgeordnete Sivec zitiert hat oder der Abgeordnete Muzik - ich weiß jetzt gar nicht, der Zwischenruf ist von Euch

beiden gekommen - daß hier die Ärzte einweisen müssen, ich glaube, zu diesem Konzept ist von den Ärzten eine sehr deutliche Stellungnahme abgegeben worden. Und sehr deutlich gesagt worden, daß sie mit diesem Konzept einverstanden sind. Gehen wir jetzt von der Praxis aus. Wohin werden die Ärzte einweisen? Dorthin, wo sie ihre Patienten am besten unterbringen können und zwar von der medizinischen Versorgung her. Und wenn das Mistelbach ist, dann werden sie nach Mistelbach überschrieben und wenn es Wien ist, dann nach Wien. Und wenn es eben das SMZ-Ost ist, dann eben bitte SMZ-Ost! Wobei dort die Auslastung derzeit deshalb nicht gewährleistet ist, weil zu wenig Personal vorhanden ist.

Und jetzt vielleicht noch eines zu den Presseberichten, die hier immer wieder gekommen sind. Ich freue mich, feststellen zu können, daß der Herr Landesrat Wagner schon am 9. April 1992 gesagt hat, eine Lösung für den Bezirk wird angestrebt. Und zwar wird er mit Wien verhandeln. Erfreulich, daß in der letzten Presseaussendung vom 23. November 1993 dasselbe steht. Eine hochrangige Verhandlungsdelegation wird mit Wien hinsichtlich einer dauerhaften Fremdenpatientenlösung Gespräche aufnehmen. Das ist hervorragend bitte!

Und jetzt, Herr Kollege Uhl, weil Sie gesagt haben, daß ich nicht auch jemanden anderen loben werde. Ich lobe den Herrn Landesrat Wagner. Jetzt, nach einem Jahr, hat er gesagt, er wird die Gespräche wieder aufnehmen. Das freut uns im Umland von Wien natürlich sehr, daß diese Gespräche aufgenommen werden. Ich darf aber auch auf einige Dinge noch eingehen, die in der Vergangenheit liegen. Daß Landesrat Wagner auch eine wahrscheinliche Lösung in der geteilten Versorgung sieht. Und zwar in Mistelbach und Hainburg, laut Aussage vom 5. Februar 1993. Am 15. März 1993 hieß es, eine Errichtung eines eigenen Grundversorgungskrankenhauses mit 170 bzw. 200 Betten, die hier immer wiederum kursieren im Bezirk Gänserndorf, kommt für Landesrat Wagner aus finanziellen Gründen nicht in Frage. Mangelnde Spitalsversorgung für 75.000 Menschen im Bezirk Gänserndorf, sagt am 2. Oktober 1993 Landeshauptmannstellvertreter Höger. 75.000 Patienten sind nicht unterversorgt, denn

der nördliche Bereich und das habe ich schon angeführt, ist sehr gut versorgt mit Mistelbach. Daher bitte, nehmen wir die 75.000 generell weg. *(Abg. Dr. Bauer: Aber Herr Kollege, wenn der ganze Bezirk Gänserndorf 81.000 Einwohner hat!)* Ja, nimm aber bitte jetzt den nördlichen Teilbereich weg. Wir sind im nördlichen Teil des Bezirkes bestens versorgt, das sage ich schon zum dritten Mal und Du willst es nicht anerkennen! *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das wollte ich nur zu den Presseberichten sagen. Daß diese eigentlich von der Gesamtlinie der SPÖ sehr weit abgegangen sind. Und da hat Herr Landesrat Wagner eine sehr zuversichtliche und zukunftsweisende Meinung immer schon gehabt. Und eigentlich deckt sich das jetzt mit diesen Dingen, die jetzt herausgekommen sind im Bereich der Spitalversorgung für den Bezirk Gänserndorf, daß hier diese Sache, die jetzt von der Humanomed erstellt worden ist, eigentlich von allen akzeptiert wird. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Die Entscheidung dafür ist, bitte, heute gefallen. Eine gemeinsame Grundsatzentscheidung in der Landesregierung, alle haben das getragen, daß der Spitalsbereich im Bezirk Gänserndorf in Form dieses medizinischen Zentrums Gänserndorf gelöst wird. Die offenen Fragen sollen noch bis April 1994 gemeinsam - und das ist das, was mich freut - gemeinsam mit Landesrat Mag. Freibauer und mit Landesrat Wagner gelöst werden. Ich glaube, wir können die Gesundheitspolitik in unserem Bezirk draußen nicht auf tagespolitischem Erfolg aufbauen, sondern es gibt nur eine gemeinsame Lösung dazu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wesentliches Bindeglied zum Spital ist natürlich der Krankentransport. Auch hier hat es Schwierigkeiten in der Vergangenheit gegeben, die - so glaube ich - gut gelöst wurden. Das Rote Kreuz hat ein Übereinkommen mit den Gemeinden geschlossen. Und zwar gibt es derzeit schon rund 270 Verträge, die mit den Gemeinden abgeschlossen worden sind über den Krankentransport in den Gemeinden. Das ist eine große Hilfe für uns, daß hier das Rote Kreuz aktiv tätig ist und ich möchte hier diesen Leuten, die draußen arbeiten, ein recht herzliches Dankeschön sagen.

Ein Wort auch zu den Zivildienern. Das ist auch eine tagespolitische Frage, die vielleicht nicht

sehr in den Landtag hineinspielt, aber derzeit gerade verhandelt wird auf Bundesebene. Wir haben derzeit in unserem Land Niederösterreich rund 500 Zivildienere, die beim Roten Kreuz tätig sind. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Obergrenze. Mehr kann auch das Rote Kreuz nicht mehr verkraften. Erstens einmal braucht es nicht mehr Leute und zweitens, und hier muß man auch das Rote Kreuz einmal anhören, sagen die, wir brauchen auch die Freiwilligen dazu. Wir können uns nicht nur auf die Zivildienere verlassen, denn wir brauchen auch in Zukunft, wenn es vielleicht in diesem Bereich Schwierigkeiten gibt, wir brauchen auch in Zukunft unsere Freiwilligen draußen. Die können wir natürlich nicht jetzt vor die Türe stellen und dann gehen sie uns ab.

1992 gab es 470.000 Einsatzfahrten, davon 33.000 Notarzteinsätze. Und es wurden fast 700.000 Personen betreut und 18,5 Millionen Kilometer gefahren. Das nur zur Statistik.

Auch bei den Notarztwägen gab es Schwierigkeiten in der Vergangenheit, die Gottseidank im Sinne der Gemeinden und im Sinne der Bevölkerung gelöst wurden. Man rechnet ungefähr bei einem Notarztwagen mit einem Abgang von einer Million Schilling pro Standort. Es konnten jetzt 13 Millionen Schilling aus den KRAZAF-Mitteln genehmigt werden. Fünf Millionen Schilling beträgt der Landesbeitrag und 4,5 Millionen Schilling kommt aus den Sozialversicherungsleistungen. Die Bevölkerung kann jetzt sagen, daß sie mit dieser Form des Notarztwagens zufrieden ist. Es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen Roten Kreuz und den Freiwilligen Feuerwehren zum Beispiel.

Auch eine nächste Sache konnte gelöst werden, das war die Schaffung einer Landesrettungszentrale in Tulln. Im Zuge der Standortsuche wurde von der NÖ Landesregierung das Regionalisierungskonzept beschlossen. Einzelne Städte sollten besondere Funktionen erhalten. Tulln wurde vorgesehen für das Rote Kreuz, gemeinsam mit Feuerwehr, Zivilschutzverband, Brandverhütungsstelle, Hochwasserschutzkommission und Katastrophenabteilung des Landes.

Am 24. Juni 1987 wurde der Beschluß anlässlich der 120. Generalversammlung gefaßt, nach Tulln zu ziehen und dort eine Landesrettungszentrale zu bauen. Der Baubeginn war im Juni 1992 und schon nach 13-monatiger Bauzeit, am

8. November 1993, wurde dieses Gebäude durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll eröffnet. Ein funktionelles Gebäude mit zwei wesentlichen Einrichtungen, auf der einen Seite der Verwaltungstrakt und auf der anderen Seite das Schulungszentrum. Es ist ganz wichtig, festzustellen, daß der Neubau der Landesrettungszentrale ohne finanzielle Belastung durch Spenden oder der Bezirksstellen durchgeführt werden konnte. Durch den Verkauf von eigenen Liegenschaften, durch Mittel der ECO-PLUS und durch die Wohnbauförderung konnte das Gebäude, das rund 121 Millionen Schilling gekostet hat, finanziert werden. Der Dienstbeginn in der neuen Landesrettungszentrale ist mit 9. Dezember 1993 vorgesehen.

Durch die Regelung im Betrieb des Notarztes, durch die nun gewährleistete Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Roten Kreuz beim Krankentransport und durch den Neubau der modernen und zeitgemäßen Landesrettungszentrale sind wesentliche Voraussetzungen für eine optimale Hilfeleistung in Niederösterreich geschaffen worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Das Wort erhält die Frau Abgeordnete Stix.

Abg. STIX *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In dieser Haushaltsgruppe sind für 1994 rund 3,8 Milliarden Schilling vorgesehen. Das sind rund 270 Millionen Schilling, also 9,3 Prozent mehr als für 1993 genehmigt wurden. In dieser Haushaltsgruppe werden Ausgaben für das Gesundheitswesen und für den Umweltschutz präliminiert.

Für das Gesundheitswesen sind 1994 rund 3,6 Milliarden und für den Umweltschutz 226 Millionen Schilling vorgesehen. Die hier geplanten direkten Umweltschutzausgaben stellen einen Anteil von 0,6 % der gesamten budgetierten Ausgaben des ordentlichen Haushaltes dar. Damit liegt Niederösterreich bei einem statistischen Vergleich am hinteren Ende der österreichischen Bundesländer. Da gegenüber dem Vorjahr nur eine unterdurchschnittliche Steigerung von 6,1 %, also von 212 Millionen Schilling auf 225 Millionen Schilling, vorgenommen worden ist, scheint Niederösterreich nahezu eine Erbpacht auf diesem letzten Tabellenrand zu besitzen.

Aber selbst wenn umweltrelevante Ausgaben aus anderen Haushaltsgruppen, etwa die Ausgaben für den Wasserbau, die Hälfte der Ausgaben

für Schutzwasserbauten, der Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft und auch die Hälfte der sonstigen Förderungen der Land- und Forstwirtschaft herangezogen werden, liegt Niederösterreichs Budgetplanung mit rund 900 Millionen Schilling, das sind zwei Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes, noch immer abgeschlagen hinter den anderen Bundesländern.

Obwohl in der Gesamtsumme der Umweltausgaben gegenüber dem Vorjahr nahezu keine Veränderung vorgenommen wurde, erfolgte unter dem Ansatz doch einige Verschiebung. So ist es begrüßenswert, daß die Fernwärmeförderungsaktion fortgeführt und für 1994 mit 30 Millionen Schilling dotiert wurde. Fernwärmeeinrichtungen zählen unbestritten zu den wirksamsten Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft. Mit Fernwärme kann der Luftverschmutzer Nummer Eins, der Hausbrand am effektivsten eingedämmt werden. Fernwärme wird aber nur dann die begehrten Abnehmer finden, wenn damit zumindest keine Mehrkosten gegenüber der herkömmlichen Heizung bestehen. Deshalb ist für Fernwärmeanlagen echter Förderungsbedarf gegeben und es ist zu hoffen, daß zu den vorhandenen rund 30 Fernwärmeanlagen bald noch etliche dazukommen und die veranschlagten 30 Millionen Schilling zur Förderung ausreichen werden.

Abschließend noch ein Wort zur Trägerschaft der NÖ Krankenhäuser, die ja heute schon sehr oft angeschnitten wurde. Für die Landeskrankenhäuser Mödling, Tulln, Grimmenstein, Mauer und Klosterneuburg - Maria Gugging wird der Abgang vom Land getragen. Insgesamt sind hier 18,3 Millionen Schilling und weiter 240 Millionen Schilling über den Fonds zur Abgangsdeckung geplant. Dann werden den Gemeinden mit Krankenhäusern 40 % der nach KRAZAF-Abdeckung verbleibenden Betriebsabgänge ersetzt. Für die Krankenhäuser in Mistelbach und Lilienfeld werden jene Kostenanteile übernommen, die in anderen Fällen der Krankenhausträger zu bezahlen hat. Dafür sind im Jahre 1994 rund 1,1 Milliarden Schilling vorgesehen. Da Krankenhauskosten ohnedies die normale Finanzkraft von Gemeinden übersteigen und daher komplizierte Finanzierungsformen gefunden werden müssen, sollte

schon aus diesen Gründen eine generelle Übernahme der Krankenhäuser durch das Land ins Auge gefaßt werden. Damit würde auch die unterschiedliche Finanzierung der Betriebsabgänge wegfallen.

Bei jeder Diskussion des NÖ Gesundheitssystems kommt unweigerlich auch die Situation im Bezirk Gänserndorf zur Sprache. Sie wurde auch heute hier schon erwähnt. Die nunmehr getroffene Entscheidung zur Errichtung eines noch nicht näher umschriebenen medizinischen Zentrums könnte eigentlich eine richtungsweisende Funktion erhalten.

Eine Korrektur der medizinischen Versorgung benötigen wir aber auch in anderen Bezirken. Wir haben eine Reihe von Krankenhäusern, in denen nicht immer nur Akutpatienten versorgt werden und trotzdem galoppieren uns die Kosten davon. Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß auch kostengünstigere Lösungen ins Auge gefaßt werden müssen. Patienten, die nicht unbedingt in einem teuren Krankenhaus versorgt werden müssen, können je nach Krankheitsverlauf unter Umständen mit gleichen oder vielleicht sogar besseren Teilerfolgen in einer Tagesklinik oder in einer Ambulanz medizinisch betreut werden.

In vielen Fällen wird eine solche medizinische Versorgung den Bedürfnissen des Patienten sogar entgegenkommen. Weil ein Krankenhausaufenthalt ja für niemandem sehr begehrenswert ist. Schon gar nicht, wenn der Patient weiß, daß er für nur wenige Augenblicke einer Behandlung tagelang im Krankenhaus verbleiben muß.

Das medizinische Zentrum im Bezirk Gänserndorf bietet nun die einmalige Gelegenheit, eine solche Tagesklinik oder eine erweiterte Ambulanz im Rahmen einer Praxisgemeinschaft von Ärzten zu errichten. Es gibt dafür genügend Vorbilder, sodaß bei einer sorgfältigen Projektplanung tatsächlich eine medizinische Einrichtung entstehen kann, die als Vorbild für andere Bezirke absolut reichen kann.

Nur mit der Forderung, daß alle Bezirke über die gleichen krankenhaushematischen Ausstattungen verfügen sollen, wird das Gesundheitsproblem in Niederösterreich meines Erachtens nach nicht gelöst. *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP und SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch erhält das Wort.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist eine gute Übung, daß der Umweltschutz im Zusammenhang mit der Gesundheit in unserem Budget angeführt wird. Der Umweltschutz steht ja tatsächlich in einem unmittelbaren Zusammenhang mit unserer eigenen Gesundheit. Wir sollten bei Debatten über dieses Thema aber nicht vergessen, daß wir gerade in diesem Bereich eine neue Verpflichtung gegenüber unseren Nachkommen haben. Wir haben tatsächlich die Erde nur von unseren Kindern geborgt und das Raumschiff Erde hat keinen Fallschirm. Das soll heißen, das, was wir zerstören, ist unter Umständen unwiederbringlich dahin.

In diesem weiten Feld des Umweltschutzes - und es ist tatsächlich eine unendliche Geschichte - habe ich drei Bereiche zu behandeln. Nämlich die Luftreinhaltung, die Altlastensanierung und auch den Naturschutz. Allein die Luftreinhaltung ist ein Thema, das an vielen verschiedenen Punkten ansetzt und daher seinerseits wieder endlos ist.

Daß das Land Niederösterreich ein Luftgütemeßnetz hat, das an 40 verschiedenen Stellen Meßdaten erfaßt und die Bevölkerung informiert, wissen Sie sicher. Ich glaube, daß diese Einrichtung wesentlich dazu beiträgt, das Vertrauen der Bevölkerung in die Umweltaktivitäten des Landes und des Bundes zu wahren. Es ist ein recht beruhigendes Gefühl, wenn man einerseits die Berichte monatlich publiziert erhält, auf der anderen Seite aber auch die Telefonnummer 44 44 im Amt der Landesregierung rufen kann und sehr aktuell etwa die laufenden Ozonwerte feststellen kann.

Darüber hinaus, vielleicht haben Sie das schon gesehen, gibt es an verschiedenen Stellen auch Online-Computeranlagen, wo der Bürger unmittelbar und direkt informiert werden kann. Beim Eingang in dieses Haus in der Herrngasse 13 steht etwa so ein Infopunkt.

Die Luftgüte und die Luftsituation unterliegt bestimmten Moden, möchte ich fast sagen. War es vor einigen Jahren der Schwefel, der sozusagen als Leitsubstanz gegolten hat im Hinblick auf die

drastische Verschlechterung des Zustandes unserer Wälder, so ist die neue Leitsubstanz sicher das CO₂. Es wurden auch entsprechende Aktivitäten gesetzt, etwa Vereinbarungen zur Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, da die Veränderungen, die wir durch unser tägliches Handeln, sei es durch Heizen unserer Häuser, durch den Kraftfahrverkehr verursachen oder auch durch unser Wirtschaften ganz allgemein, zunächst lokal wirken, sich aber bereits global auszuwirken beginnen. Es ist daher sehr sinnvoll, daß wir einerseits - und das muß ich als Europaspreeher meiner Partei sagen - den Beitritt zur Europäischen Union anstreben, weil nur dann, wenn die europäischen Standards den unsrigen entsprechen, eine wirklich nachhaltige Verbesserung bei uns erzielt werden kann. Dazu eine Zahl aus dem Jahr 1992: Einem Import von Schwefeldioxyd von 40.000 Tonnen steht ein Export von 1.500 Tonnen gegenüber. Ich glaube, das sind Zahlen, die für sich sprechen. Nur wenn Engländer und Franzosen ihre Luftschadstoffe in gleicher Weise reduzieren, können wir wirklich eine nachhaltige Verbesserung erzielen. Vom Osten möchte ich da gar nicht reden.

Weil die Leitsubstanz CO₂ angesprochen wurde, so hat die Landesregierung bereits am 30. März 1993 das Klimabündnis europäischer Städte, Gemeinden und Länder und der indigenen Völker Amazoniens beschlossen. Niederösterreich hat damit das getan, was wir tun sollen, nämlich Verantwortung für das Weltklima zu übernehmen. Herr Landesrat Blochberger ist dabei Vorreiter gewesen. Und er hat auch bereits Veranlassungen getroffen auf administrativer Ebene, daß die Ziele des Klimabündnisses, nämlich eine CO₂ Reduktion um 50 Prozent, Reduktion der FCKW, Maßnahmen zur Erhaltung der Tropenwälder zügig in Angriff genommen werden.

Und auf administrativer Ebene wurde bereits ein Projektteam eingesetzt. Und es sind jetzt Dinge in Angriff genommen, die wirklich die ganze Palette sozusagen der Landespolitik berühren. Es geht um den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern. Das trifft die Landwirtschaft, aber auch für den Umweltschutz zu. Die Fernwärme wurde von Frau Kollegin Stix bereits angesprochen. Die Forcierung von Energiesparmaßnahmen, die Bauordnung und die Wohnbauförderung, die wir selbst zu gestalten haben. Beim Einsatz erneuerbarer Energien denke ich an die Solar-Förderung, die von Landesrat Mag. Freibauer jetzt einer neuen Förderung zugeführt wurde, an den Verzicht von

Tropenholz im öffentlichen Beschaffungswesen und und und.

Wir haben diese Maßnahmen, die ja bereits im Laufen sind, sehr gerne unterstützt. Als vom Kollegen der SPÖ-Fraktion, konkret von Herrn Abgeordneten Feurer das Ansinnen kam, hierüber auch eine Willensäußerung des Landtages herbeizuführen, haben wir diesen Gedanken sehr gerne aufgegriffen. Wir werden diese Maßnahmen beispielhaft weiterführen und die Landesregierung auffordern, ein entsprechendes Aktionsprogramm zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes zu beschließen. Wobei man sagen kann, daß mit der Reduktion des Kohlendioxydes auch eine ganze Reihe von anderen Schadstoffen reduziert werden.

Über das Budget hinaus hat der Landtag von Niederösterreich natürlich auch noch die Aufgabe, als Rechtsschöpfer zu wirken. Ich sage immer dazu, der Landtag hat nicht nur die Aufgabe, Gesetzgeber zu sein, seine Aufgabe ist es auch, "Gesetznehmer" zu sein und entsprechend auch im Sinn einer Deregulierung zu wirken. Die 10 Gebote sehen noch keine Regelung über den Schutz der Umwelt oder der Luft vor, sie beziehen sich rein auf Gott und den Menschen. Der corpus iuris civilis iustinianaei aus dem 6. Jahrhundert nach Christus, also eine römisch-rechtliche Norm - das wird den Kollegen Marchat interessieren, weil er ja mit einem der vorkommenden Vokabel gerne sozusagen spricht - sieht eine ganz schlichte Regelung vor: aerem corrumpere non licet; es ist nicht erlaubt, die Luft zu korrumpieren, zu verschmutzen. Mit so einer einfachen Regelung hat man damals das Auslangen gefunden. Heute sind die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse natürlich viel komplexer, daher gibt es auch eine Reihe von rechtlichen Ansatzpunkten, wo und wie wir was tun sollten. Wir sollten einerseits geben, Gesetz geben, wir sollten andererseits aber auch nehmen.

Eine gesetzgeberische Bereinigung wäre etwa im Bereich unseres Luftreinhaltegesetzes erforderlich. Da gab es eine Kompetenzverschiebung von den Ländern zum Bund. Unser Gesetz ist jetzt partielles Bundesrecht. Nur noch hochgradige Verfassungsrechtler wissen, was bei uns überhaupt noch als Landesrecht gilt. Hier sollten wir eine Bereinigung herbeiführen. Frau Kollegin Stix hat das verdienstvollerweise erwähnt. Der Hausbrand ist ja nach den größeren Verbrennungsanlagen, für die es Maßnahmen gibt, sicher eine der schwerwiegendsten Emissionsquellen. Einer der Herren aus der Beamtenschaft hat in diesem Zusammenhang von dezentralen Sondermüllentsorgungsanlagen gesprochen. Ich glaube,

hier sollten wir wirklich ansetzen. Wobei es da wahrscheinlich sehr schwierig ist, auch eine richtige Balance zu finden zwischen dem notwendigen hoheitlichen Eingriff und der gebotenen Rücksichtnahme auf private Lebensverhältnisse. Mein Ansatz dabei wäre eine Stärkung der Umweltgemeinderäte. Ich habe das selbst erlebt als Beamter der Bezirkshauptmannschaft Melk. Wenn man auch im gewerblichen Bereich Informationen über schwarze Rauchwolken bekommt, die aus einem Schornstein 'rausgehen, tut man sich wahnsinnig schwer. Bis der Sachverständige gefunden ist und er den Ort des Geschehens aufsucht, kommen nur mehr kleine Wölkchen in harmloser Weise heraus. Also hier sollte man nach wirksamen Vollzugsmechanismen suchen.

Das war sozusagen der gesetzgeberische Bereich. Der gesetznehmerische folgt sogleich. Weil wir uns ja den Grundsatz gesetzt haben, für ein neues Gesetz ein altes aufheben. Luftreinhaltung im Bereich der Landwirtschaft bedeutet ein Verbot des Strohverbrennens. Die Kollegen, die 1991 in diesem Hohen Haus waren, erinnern sich an die Debatten. Wir haben damals ein Verbot des Strohverbrennens im Landtag von Niederösterreich beschlossen. Mit gewissen Ausnahmen bei Trockenheit, Pilzbefall und der Fruchtfolge. Das gilt und ist im wesentlichen zu vollziehen von der Landesregierung. Mittlerweile hat der Bund nachgezogen, hat ein Bundesgesetz über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, also etwa Stroh auf dem Feld, beschlossen. Und da sieht der Bund, oh Wunder, dasselbe vor. Er hat also sozusagen abgeschrieben von uns, was ja im Regelfall empfehlenswert ist. Er hat vorgesehen als Ausnahme, bei Trockenheit, Fruchtfolge und Schädlingsbefall. Und er sieht vor zum Vollzug die Gemeinde und den Landeshauptmann. Also drei verschiedene Behörden für eine Sache. Da müsste man eine Bereinigung vornehmen. Ich würde vorschlagen, in diesem Fall unser Landesgesetz zurückzuziehen, weil der Bundesgesetzgeber das gleiche ebenfalls veranlaßt hat.

Damit wäre der Bereich der Luftreinhaltung erledigt. Ein zweiter Bereich, der aber auch da hineinspielt, ist die Altlastensanierung. Wir haben leider auf Grund von mangelndem Wissen und vielleicht auch mangelnder Kontrolle Altlasten im Bereich von ganz Österreich, auch im Bereich von Niederösterreich. Die Sanierung der Fischer-Deponie ist angelaufen und wie es so ist, wenn man ein derartiges Vorhaben angeht, kommen aus der Praxis des Gesetzesvollzuges natürlich Vorschläge.

Herr Kollege Mag. Schneeberger aus dem Raum Wr. Neustadt sitzt hier. Man muß also sagen, daß derzeit der Vollzug nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz erfolgt. Dieses Gesetz verhält die Behörden, die gelindesten Mittel und die kostengünstigsten Lösungen anzuwenden. Das heißt in unserem Fall, Abtransport des kontaminierten Materials durch LKW in andere, sichere Deponien. Ich glaube, daß eine derartige Lösung nicht im Sinne eines umfassenden Umweltschutzes sein kann. Man müsste hier daran denken, diesen Abtransport mindestens durch die Bahn, also ein umweltfreundlicheres Verkehrsmittel vorzunehmen. Wir sprechen ja immer und gerne von der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, also mindestens im Rechtsvollzug sollte das möglich sein. Und es sollte generell möglich sein, gesamtheitliche Lösungen vorzunehmen. Etwa eine "thermische Behandlung" dieser Uraltabfälle, wie wir sie ja bereits in einem Antrag diesem Landtag zur Diskussion und hoffentlich Beschlußfassung vorgelegt haben.

Darüber hinaus wäre das Altlastengesetz auch in anderen Bereichen zu einem wirklich tauglichen Instrument des Vollzuges zu machen, da es derzeit auf die Materiegesetzte verweist und diese für derart umfangreiche Verfahren einfach nicht gemacht sind. Im Zusammenhang mit der Altlastensanierung auch ein Wort zu den anhängigen Amtshaftungsverfahren des Bundes gegenüber dem Land Niederösterreich. Hier ist von Professor Weber ein Gutachten erstellt worden, das auch für mich als Verfassungsrechtler sehr eindeutig darauf hinweist, daß seinerzeit nach dem damaligen Wissensstand im Regelfall engagiert vorgegangen wurde. Und eine Verantwortlichkeit jedenfalls des Landes als Rechtsträger für diese Bereiche nicht konstruiert werden kann. Ich glaube, man sollte auf die Verantwortlichkeit der Bundesminister, die im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung ständig die Möglichkeit hatten, ihr Weisungsrecht direkt an den Landeshauptmann, so, wie es in der Verfassung vorgesehen ist, vorzunehmen, auf diese Verantwortlichkeit sollte man das abstellen. Und nicht versuchen, durch Weisungen im Unzuständigkeitsbereich, nämlich direkt an den Beamten, hier Zusammenhänge zu konstruieren. Derartige Rechtsverfahren haben noch einen anderen Nachteil außer dem Umstand, daß es eigentlich sinnlos ist, daß Bund und Land sich streiten, wer jetzt den Vollzug einer Maßnahme zahlt, die im Interesse des Gesamtstaates erforderlich ist. Sie wirken natürlich auch auf die betroffenen Beamten. Man kann daher angesichts solcher Aktionen des Bundes von einem Beamten

auch nicht erwarten, daß er, wie von Bürgermeister, auch Landespolitikern gefordert, Gesetze so vollzieht, daß sie auch in der Praxis machbar sind. Ich glaube, hier liegt eine ganz wesentliche Gefahr, die wir etwa beim Vollzug des Wasserrechts sehr oft schmerzvoll spüren. Daher dem Herrn Landesrat, der wahrscheinlich auch in Besprechungen im Nebenraum sitzt, auf diesem Weg via Mikrofon auch viel Glück bei seinen Verhandlungen zur Novellierung des Altlastengesetzes zu einem praktikablen Instrument.

Nach so viel Bereichen, in denen Aktivität und Positives geschieht, jetzt leider, Herr Landesrat Wagner, zu einem Bereich, in dem wir verschiedentlich schon gut zusammengewirkt haben. Ich erinnere mich noch, als Klubsekretär habe ich einen Antrag formuliert, 1989 war das schon. Also ich war ganz frisch als Jurist in diesem Hohen Haus, da habe ich die schöne Formulierung gemeinsam mit Kollegen gefunden und der Kollege Mag. Prowaznik war hilfreich tätig. Im Reigen der umweltschutzrelevanten Gesetzgebungskompetenzen der Länder, so viel haben wir ja gar nicht in unserem Bundesstaat, nimmt der Naturschutz eine hervorragende Stellung ein. Im § 1 des Naturschutzgesetzes sind Ziele artikuliert, die heute mehr denn je Gültigkeit haben. Das Naturschutzgesetz soll ein modernes Instrument sein, die Natur in all ihren Erscheinungsformen, insbesondere in ihrem Wirkungsgefüge usw. zu erhalten, zu pflegen und für den Menschen als bestmögliche Lebensgrundlage wiederherzustellen und zu verbessern. Wir haben dann eine ganze Reihe von Maßnahmen hier auch noch vorgeschlagen und der Landtag, es war schon ein Dreiparteienlandtag damals, hat einstimmig zum Beschluß erhoben, daß das zuständige Mitglied der Landesregierung eine umfassende, ökologischen Kriterien Rechnung tragende Novellierung des Naturschutzgesetzes zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlußfassung zuzuleiten hat. Sie haben damals als Abgeordneter noch mitgestimmt und haben Ihren Landesrat, den Landesrat Brezovszky dazu aufgefordert. Eine Zeitlang haben Sie in kontrollierender Stellung sozusagen Ihren Regierungskollegen und Freund hier überwacht, über die Schulter geblickt, wie das die Sitzordnung mit sich bringt. Und dann sind Sie in die Lage gekommen, selbst Verantwortung für diesen Bereich zu übernehmen. Die Probleme im Bereich des Naturschutzes sind seither nicht kleiner geworden. Ich denke nur an die Berggesetznovelle, die eine wesentliche Ausweitung der Bundeskompetenz in diesem Bereich gebracht hat und an unser Natur-

schutzgesetz, daß das Bergrecht immer noch aus seinem Anwendungsbereich sehr weitgehend ausnimmt.

Ein Professor an der juristischen Fakultät in Wien hat einmal gesagt, das ist der nicht notwendige Kotau, der Kniefall des Landesgesetzgebers vor den Bundeskompetenzen. Es gäbe eine Reihe von Dingen, die man in diesem Gesetz verbessern könnte. Es gebe auch Wünsche nach Verfahrenskonzentration, Zusammenlegung von Verfahren, Vereinfachungen, neuen Genehmigungstatbeständen und Abschaffung von alten. Eine ganze Reihe von Dingen. Und daher haben wir noch in der letzten Periode mit Interesse einen Zwischenbericht zur Kenntnis genommen, in dem Sie, im Juni 1992 war das, uns zur Kenntnis gebracht haben, daß eine Begutachtung 1991 bereits erfolgte und da teils positive und teils negative "Geschichten gemacht werden". Jedenfalls wurden Aktivitäten angekündigt mit verschiedenen Gruppierungen, was sehr verdienstvoll und vernünftig ist. Und dann wurde eben ein absehbarer Zeithorizont, ein Termin Juni 1992 genannt. In absehbarer Zeit wurde uns damals ein Entwurf für den Landtag in Aussicht gestellt.

Es ist seither viel Zeit vergangen, viele schützenswerte Bereiche sind in der Zwischenzeit wahrscheinlich beeinträchtigt worden. Das alte, nicht mehr zeitgemäße Gesetz, ich denke, da stimmen Sie mir zu, steht weiter in Geltung. Und wir fragen uns. Dieser neue Landtag, frisch gewählt und sicher bereit, in die Gesetzgebungsarbeit einzutreten, die ja nicht leichter geworden ist, dieser neue Landtag wartet auf ein Gesetz. Sie haben heute schon einmal Lob bekommen von meinem Kollegen Nowohradsky für Ihre Aktivitäten im Bereich des Gesundheitswesens. Sie sind aber nicht nur Gesundheitslandesrat, sondern auch Naturschutzlandesrat. Das ist aus meiner Sicht ein Ehrentitel. Und ich würde Sie wirklich einladen, jetzt Aktivitäten auch in diesem Bereich zu setzen, damit Sie diesen Ehrentitel verdienen. *(LR Wagner: Es hat einen Gesetzentwurf gegeben. Dieser ist verschottert. Es gibt jetzt einen neuen Entwurf, ausgearbeitet von der Abteilung und ich hoffe, daß er im Jänner dem Landtag vorliegt!)* Wunderbar, Herr Landesrat! Dann ist ja Licht in Sicht. Das ist ja auch der Sinn derartiger Besprechungen hier. Wir wünschen uns jedenfalls sehr bald dieses Gesetz, damit Sie auch den Titel Naturschutzlandesrat zu Recht und mit Freude tragen können. Der budgetmäßigen Grundlage für diese Umweltaktivitäten des Landes, dem Budget

in diesem Teil, stimmen wir gerne zu. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Vor wenigen Wochen hatte ich die Ehre, bei der Übersiedlung der NÖ Landesrettungszentrale von Wien nach Tulln anwesend zu sein. Und ich habe mit Freude vermerkt, daß es wirklich ein gelungener Bau ist. Und daß unsere Rotkreuz-Männer hier bestens untergebracht sind. Ich habe aber auch positiv vermerkt, daß dieses Haus - und es wurde heute schon von meinem Vorredner gesagt - geschaffen wurde, ohne das Budget des Roten Kreuzes, der Landesrettungszentrale, anzugreifen und Reserven daraus zu entnehmen.

Ich habe aber auch bei dieser Gelegenheit erfahren, daß es mit der finanziellen Lage der Rettungsdienste in Niederösterreich und österreichweit noch immer nicht zum Besten steht. Wir wissen, daß Organisationen, die auf freiwilliger Basis arbeiten, gezwungen sind durch Spenden, ja oft sogar durch Betteleien draußen für ihre technische Ausrüstung zu sorgen. Und ich habe wiederholt schon hier im Hohen Haus gesagt, daß es nicht so sein kann, daß draußen in den Bezirken Geselligkeitsfeste abgehalten werden, die an sich ja nicht schlecht sind. Aber daß man hier immer wiederum versuchen muß, von der Bevölkerung die notwendigen finanziellen Mittel für die Ausrüstung entgegenzunehmen. Daher meine ich, da sollte wirklich das Land Niederösterreich, nachdem wir 1991 im Oktober das Gemeinderettungsdienstgesetz hier mit den Stimmen aller Parteien beschlossen haben, wirklich dazu übergehen, seinen Anteil zu leisten. Nicht nur das anderen zu überlassen, sodaß die Gemeinden die Retter des Rettungsdienstes sein müssen, sondern selbst auch mit Hand anlegen. In diesem Gesetz, in dieser Verordnung steht drinnen, daß die Gemeinden von 30,- bis 50,- Schilling in Ermessensentscheidung des Gemeinderates dafür aufkommen sollen, damit der örtliche und der überregionale Rettungsdienst funktioniert.

In anderen Bundesländern ist es so, daß natürlich auch das Land diverse Zuschüsse gibt, in freiwilliger Aktion. Im Jahr 1991 haben wir eine Zusatzresolution, einen Abänderungsantrag eingebracht, der gelautet hat: Das Land Niederösterreich fördert als Träger von Privatrechten den öffentlichen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst durch einen Zuschuß in der Höhe von 50 % des von der Gemeinde entrichteten Rettungsdienstbeitrages. Bis jetzt hat das Land nichts dazu getan. Und ich bringe wieder, wie auch im Vorjahr, eine Resolution ein und ich hoffe, daß Sie diesmal dieser Resolution beitreten werden, beide Fraktionen. Damit die Gemeinden wirklich eine finanzielle Entlastung erfahren (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Alois Preiszler zur Gruppe 5 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (LtG.52/V-1) betreffend Förderung des Gemeinderettungsdienstes.

Der NÖ Landtag hat im Oktober 1991 eine Änderung des NÖ Gemeinderettungsdienstgesetzes beschlossen. Mit dieser Novelle wurde u.a. festgelegt, daß die Gemeinden einen Rettungsdienstbeitrag zu leisten haben, dessen Höhe durch eine entsprechende Verordnung festgelegt wird. Mit dieser Regelung werden die Gemeinden, die sich ohnedies in einer finanziell schwierigen Lage befinden, zusätzlich belastet, ohne daß dadurch die finanziellen Probleme der Rettungsorganisationen gelöst werden.

Das Gemeinderettungsdienstgesetz sieht zwar vor, daß bei der Festsetzung des Rettungsdienstbeitrages auf allfällige Landessubventionen Bedacht zu nehmen ist, das Land Niederösterreich beteiligt sich jedoch im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch immer nicht an den Kosten.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den örtlichen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst durch einen Zuschuß in der Höhe von 50 % des von den Gemeinden zu entrichtenden Rettungsdienstbeitrages zu fördern."

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben gestern gehört, daß unsere NÖ Gemeinden mit 24 Milliarden verschuldet sind. Niederösterreich rangiert hier bundesweit an erster Stelle. Und wenn man weiß, daß sich hier -zigtausende freiwillige Rettungsmänner Tag und Nacht freiwillig zum Einsatz stellen, dann, meine ich, sollte auch das Land Niederösterreich zusätzlich zu den fünf Millionen Schilling aus den verschiedenen Förderungen für diejenigen Gemeinden, die wirklich arg zu kämpfen haben, etwas beitragen.

Es wäre aber auch notwendig, für unsere zwei Notarzhubschrauber einiges zu tun. Wir haben zwei in Niederösterreich stationiert. Der eine in Wr. Neustadt, der andere in Krems. Und ich habe gehört, daß diese nicht so ausgestattet sind mit modernster Technik, daß sie auch Nachtflüge unternehmen können. Und es kommt des öfteren leider Gottes zu Engpässen, wenn ein Hubschrauber bei einem Katastrophenfall einfach nicht fliegen kann, weil er die nötige technische Ausrüstung nicht hat. Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, hier sollte es an einigen Millionen Schilling, die das kosten würde, sicherlich nicht fehlen. Und ich würde wirklich bitten, hier dem näherzutreten und Abhilfe zu verschaffen.

Noch ein Problem, ich habe es gestern schon erwähnt in der Sicherheitsdiskussion: Das Problem der Drogen. Es wurde auch heute schon angesprochen. In Niederösterreich gibt es eine Station, in der es Drogenberatung gibt, eine Resozialisierung für Jugendliche; Menschen, die den Drogen zum Opfer gefallen sind. Wenn man die Dotierung ansieht, dann ist es damit nicht zum Besten bestellt. Ich habe heute vor wenigen Stunden gesagt, daß hunderte Millionen Schilling für das Festspielhaus, für das Kulturviertel in St. Pölten, wie ich meine, wirklich leichtfertig ausgegeben werden. Millionen könnte man dort einsparen, ja man muß sich überhaupt fragen, ob die Zweckmäßigkeit gegeben ist. Meine Damen und Herren! Drei, vier Millionen Schilling für die Drogenberatung, das ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gibt genug Möglichkeiten, bei einer guten Beratung und hier darf ich wirklich lobend das Bundesland Wien erwähnen. In Wien wird das -zigfache von dem, was in Niederösterreich bis jetzt ausgegeben wird, verwendet. (*Abg. Gruber: Auch für die Kultur!*)

Auch für die Kultur, Herr Kollege Gruber. Nur in anderem Rahmen als in Niederösterreich! Wenn man bedenkt, daß Wien wirklich das -zigfache von dem ausgibt, was Niederösterreich bis jetzt getan hat, dann ist das wirklich sehr stiefmütterlich. Und ich würde Sie, Herr Landesrat wirklich bitten, sich diesem Problem vermehrt zu widmen. Weil wir wissen, daß unsere Jugend äußerst gefährdet ist. Wir wissen aber auch, daß wir die Drogenproblematik sicherlich nicht in den Griff bekommen werden und auch nicht können. Wir können nur von außen über die Sicherheitsbehörden das Unsere dazu beitragen. Wir können aber umso mehr für diejenigen Jugendlichen, die leider Gottes schon der Verführung erlegen sind, einiges zum Besseren wenden. Hier wären für meine Begriffe Millionen

oder -zig Millionen sicherlich nicht fehl am Platz. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEEK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Wöginger.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Vor 100 Jahren ist der Industriebetrieb noch von den Transmissionsriemen geprägt worden, die die Kraft vom Motor auf die Maschinen übertragen haben. Und das Krankenhaus war ein Objekt, in dessen Räumen es nicht viel mehr als Wärmeflaschen und am Fußende der Betten große Tafeln mit den Fieberkurven gegeben hat. In den Werkstätten gibt es den Manufakturcharakter nicht mehr und die Spitäler sind zur Automation übergegangen. Wer heute einen Blick etwa in eine Intensivstation wirft oder einmal selbst dort gelegen ist, wird sich eher in eine Raumstation denn in ein Krankenhaus versetzt gefühlt haben.

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend hat das Spital ein Bild angenommen, das man am Beginn dieser stürmischen Entwicklung der Medizin nicht erdenken konnte. Freilich, in der geistigen Enge des medizinischen Konservatismus der damaligen Zeit war das auch völlig unmöglich. Dazu bedurfte es der Rahmenbedingungen unseres Gesamtfortschrittes. Auf den Holzwegen und den holperigen Straßen der Vergangenheit hätte weder ein Sanitätswagen fahren noch ein Rettungshubschrauber landen können, der heute

einfach auf der Autobahn aufsetzt. Tag und Nacht sind heute die Fahrzeuge der Rettungsorganisationen unterwegs. Ausgestattet mit allen notwendigen Geräten gewährleisten sie eine rasche und umsichtige Erstversorgung, ehe dann im Spital der Patient den Ärzten anvertraut wird.

In den letzten beiden Jahren wurde für die Rettungsdienste eine tragfähige finanzielle Basis geschaffen, die auf entsprechende Maßnahmen des Landes zurückgeht, wonach auch von seiten der Gemeinde die Mittel für das Rettungswesen sicherzustellen sind. Nach Vorliegen des Abrechnungsergebnisses für das Jahr 1993 - und das möchte ich dem Kollegen Preiszler jetzt sagen - wird es vereinbarungsgemäß zu einem neuerlichen Gespräch der Vertragsparteien bezüglich des Rettungsdienstbeitrages der Gemeinden kommen.

Auch die Notarztversorgung, die heute in Niederösterreich mittels Notarztwagen und Notarzhubschrauber fast flächendeckend funktioniert, ist zu einem System geworden, das nahezu Perfektion erreicht hat. Die in den insgesamt 23 Notarztwagen-Standorten tätigen Ärzte werden aus KRAZAF-Strukturmitteln bezahlt. Und trotz der zur Verfügung stehenden Mittel, auch das Land Niederösterreich trägt dabei seinen Anteil, ist es manchmal schwierig, Notärzte zu bekommen. Es wurde daher ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, der die Verbesserung der Organisation des notärztlichen Dienstes zum Ziel hat. Dies auch im Hinblick auf die Situation im Raum Purkersdorf und Groß Enzersdorf, wo noch je ein Standort zweckmäßig wäre.

Bei einem vor wenigen Tagen von der Landesverwaltung mit der NÖ Ärztekammer geführten Gespräch wurde festgehalten, daß es in Niederösterreich zwar die meisten Notärzte gebe, doch könne man sich vorstellen, in Zukunft auch praktische Ärzte, die diese Ausbildung besitzen, fallweise einzusetzen. Um Aufschluß über die in diesen Bereich anfallenden Kosten zu erhalten, nimmt das Rote Kreuz heuer eine getrennte Rechnungslegung in seiner Buchhaltung vor und zwar hinsichtlich der Notarztwagentransporte und der übrigen Krankenhaustransporte. Diese Maßnahme dient zweifellos der Kostenwahrheit und letztlich auch der Sache.

Zum System des Notarzdienstes gehört, wie schon erwähnt, der vor zehn Jahren begonnene Hubschraubereinsatz. Und je ein Hubschrauber des ÖAMTC und des Roten Kreuzes ist in Krems bzw. Wr. Neustadt stationiert. Seit Ende 1992 fliegt infolge des steigenden Bedarfes auch ein

Hubschrauber des Innenministeriums von Wien aus Einsätze, wobei er vor allem das Weinviertel versorgt.

Die Entwicklung im Gesundheitswesen ist eben ein kontinuierlicher Prozeß, der eine immer noch höhere Stufe nimmt. Mit der Errichtung einer Intensivbetten-Informationszentrale - das ist heute in der Debatte schon angeklungen - wird nun eine Lücke geschlossen, die zu einem die Erstversorgung gefährdenden Problem hätte werden können. Bestärkt von der Odyssee einer Hubschrauberbesatzung, die nach einem schweren Badeunfall ihres Patienten kein Intensivbett für die Behandlung ausfindig machen konnte, setzte Landesrat Ewald Wagner alle Hebel in Bewegung, damit eine solche Einrichtung installiert werden konnte. Und nun steht ihre Eröffnung unmittelbar bevor. Diese Einrichtung gibt Aufschluß über die Möglichkeit, Patienten unterzubringen, deren Behandlung keinen Aufschub duldet, weil es bei einem Schwerverletzten, einem Menschen mit einem akuten Herzversagen einfach um Minuten geht. Diese gemeinsam mit dem Landesverband des Roten Kreuzes und den 12 betroffenen Spitälern in Mödling zustande gekommene Einrichtung, in der alle verfügbaren Betten gespeichert sind und die auch mit den in Frage kommenden Wiener Krankenanstalten vernetzt ist, wird zeitraubende Ermittlungen sparen und dadurch sicher Leben retten helfen. In der ersten Ausbauphase der Intensivbettenzentrale ist die Vermittlung von Betten für Erwachsene vorgesehen. Mit einem zweiten Schritt könnten Kinderintensivbetten bereitgestellt werden. Aber auch eine entsprechende Information über verfügbare Betten zur Unfallbehandlung ist denkbar.

Die Zahl der intensiv zu behandelnden Patienten ist gerade wegen der Erstversorgung durch Notarztwagen und Rettungshubschrauber erheblich gestiegen. Und diese rasche Sicherstellung der Spitalsversorgung ist ein in jeder Hinsicht zu begrüßender Fortschritt. Er stellt aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Krankenhäuser wie das Notarztssystem als solches vor zusätzliche Anforderungen. Im Notarztwagen muß es eine Kombination von rascher Reaktion und ausgesuchter medizinischer Qualifikation geben, soll dem Patienten wirklich geholfen werden. Und täglich wird da, wenn man das zu Recht bedenkt, ein Heroismus besonderer Art zur Praxis, der eigentlich einmal dokumentiert und öffentlich dargestellt werden müßte. Wir alle sind jedenfalls den Ärzten, den Sanitätern, Fahrern und Hubschrauberpiloten, die sich dieser Aufgabe widmen, zu größtem Dank verpflichtet.

Eine Bemerkung zur Frage der Ausbildung. Allein was die Gruppe der Sanitäter anbelangt, so hat sich diese in einer großen Zahl von Unterrichtsstunden das Wissen und Können auf dem Gebiet der Ersten Hilfe angeeignet. Und außer Sanitätsausbildungskursen haben sich die aktiven Helferinnen und Helfer auch an anspruchsvollen Wettbewerben, wir wissen das, mit Erfolg beteiligt. In Deutschland bestehen nun weitergehende Ausbildungsmöglichkeiten für hauptamtliche Rettungsangehörige als bei uns. Wenngleich durch die neu geschaffene Rotkreuz-Rettungszentrale in Tulln und durch die geplante Rettungszentrale des ASBÖ in Wilhelmsburg auch in Niederösterreich alle Voraussetzungen geschaffen werden um die notwendige Ausbildung sicherzustellen.

Ob an einer Ausbildung nach deutschem Modell, es gibt dort auch im Rettungsdienst die Funktion des Rettungsassistenten, ob da auch bei uns Bedarf besteht, wie dies eine Studie verlangt, bleibt abzuwarten. Beide genannten Rettungsorganisationen werden die Studie dahingehend prüfen.

Betont werden soll aber auch, wie sehr die Krankenanstalten, die Standort eines Notarztwagens sind, einen unentwegten Kampf um das Leben von Patienten führen, die ihnen auf diesem Weg überantwortet werden. Daß das Stammpersonal dieser Spitäler zu diesem Zweck aufgestockt wurde, entspricht der Notwendigkeit, bei Einlieferung eines Patienten rasch, richtig und wirklich helfend zu handeln.

In den Betrieben haben wir durch Dienstnehmerschutzverordnungen, durch das Mitwirken der Betriebsräte und die Kontrolle des Arbeitsinspektorates Unfälle auf ein Mindestmaß reduziert. Auf dem "Schlachtfeld Straße" ist uns das noch nicht gelungen. Und der Jahr für Jahr anschwellende Verkehr wird uns auch, so ist zu fürchten, um die Chance bringen, dort Leben völlig vor Schaden zu bewahren. Aber auch die Zunahme akuter Herz- und Kreislaufzusammenbrüche, eine Folge unserer so hektisch gewordenen Zeit, erfüllt uns mit Sorge. Im Lichte dieser Situation ist das System zu würdigen, das im allgemeinen so gut funktioniert und das nun durch eine Intensivbettenzentrale zum Vorteil aller Betroffenen ergänzt und abgerundet wird.

Erlauben Sie mir bitte noch ein Wort zum Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz betreffend die Reform des NÖ Gesundheitswesens. Der SPÖ-Klub sieht sich unter anderem außerstande, dem Antrag beizutreten, so gut er auch gemeint sein mag, weil darin Bundes- und Landeskompetenzen vermischt werden.

Weil eine Entwicklung, möglichst viel extramurale Behandlung zu machen, bereits im Gange ist, eine leistungsbezogene Honorarverordnung verwirklicht ist und es bezüglich High-Tech-Medizin eine Großgerätestudie des KRAZAF unter Mitwirkung von Professor Pokieser gibt. Und der KRAZAF nur Projekte genehmigt, die dieser Großgerätestudie entsprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es wurde sehr viel und zu Recht, weil es ein ungeheuer wichtiges Kapitel ist, zum Thema Gesundheit gesprochen. Auch in dieser Gruppe 5 involviert ist allerdings der Umweltschutz, zu dem noch sehr wenig inhaltlich gesagt wurde. Wenn man sich anschaut, daß dieser Bereich nur 226 Millionen im Budget umfaßt, ist es auch verständlich, daß der Schwerpunkt der Gruppe 5 bei der Gesundheit liegt. Aber gerade hier liegt in Wirklichkeit auch das Problem, weil der Umweltschutz eine vor allem in die Zukunft gerichtete große Aufgabe unserer Gesellschaft darstellt.

Wenn man das in Zahlen veranschaulicht, heißt das, daß nicht viel mehr als ein halbes Prozent des Gesamtbudgets des Landes Niederösterreich für den unmittelbaren Umweltschutz aufgewendet wird. Auch wenn ich weiß, daß natürlich mittelbar gewisse Budgetposten in anderen Bereichen bedingt oder teilweise zum Umweltschutz gehören. Für den unmittelbaren Bereich sind es eben nur diese 226 Millionen.

Ich habe mir hier die Vernachlässigung von zwei Bereichen ausgesucht, die ganz, ganz wichtig wären, daß man sie endlich einmal in Angriff nimmt. Auf der einen Seite der Bereich Nationalpark. Da gibt es diese Marchfeldkanal-Planungs-

gesellschaft und die Betriebsgesellschaft, die aber wirklich ihre Arbeiten nur schleppend und wenig effektiv voranbringt. Denn was für Möglichkeiten haben wir in Wirklichkeit in diesem Bereich? Auf der einen Seite gibt es die Möglichkeit, einen Nationalpark zu schaffen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das heißt, einen Nationalpark für sich, an dem man versucht, die derzeitige Vielfalt zu erhalten, was aber insofern nicht stimmt, als der status quo dadurch nicht erhalten werden kann. Denn der status quo besagt, daß die Donau sich derzeit durch das Geschiebe Jahr für Jahr um etwa drei Zentimeter weiter in ihr eigenes Bett eintieft. Das heißt, daß wir in wenigen Jahrzehnten, in drei, vier, fünf, maximal sechs Jahrzehnten keine Au in dem Sinne mehr, keine erhaltenswerte Landschaft, die es heute noch gibt, mehr vorfinden werden. Wenn sich die Donau immer weiter senkt, wird auch die Au im herkömmlichen Sinne nicht mehr vorhanden sein.

Es gibt die zweite Möglichkeit, einen Nationalpark für Touristen zu schaffen. Hier haben wir das gleiche Problem. Das heißt, wollte man die Au im derzeitigen Zustand erhalten, gibt es die zumindest theoretische Möglichkeit der Auspflasterung der Donau. Ein sündteures Anliegen in Wirklichkeit, von dem man nicht weiß, ob es dann überhaupt funktioniert. Weil die Korngröße des Gesteins eine dementsprechende Größe erreichen müßte.

Es gibt dann in Wirklichkeit die dritte Möglichkeit. Das ist ein Naturpark, in dem man Teile der Au in der herkömmlichen Art erhalten kann mit einem Wasserkraftwerk. Das heißt, auch hier gibt es zwei verschiedene Varianten. Ich will jetzt nicht näher darauf eingehen. Aber das ist in Wirklichkeit die dritte Variante, die man sich auch durchrechnen muß und die man überlegen kann. (*Abg. Kautz: Es geht um die vernünftiger Variante!*)

Ich weiß schon, daß das nicht unbedingt populär ist, Herr Kollege. Ich weiß schon. Aber es ist die Frage, ob man nicht in Wirklichkeit mehr herkömmliche Aulandschaft auf diese Art und Weise retten kann. Denn lassen wir ein halbes Jahrhundert alles liegen in der derzeitigen Situation, dann wird die Au ganz langsam zu einem schönen Naturwald werden. Zu einem Naturwald, wie wir ihn überall haben, aber nicht mehr eine herkömmliche Au sein. Eine Donau-Au, wie man sie eben historisch kennt und wie sie zur Zeit noch vorhanden ist. Das ist, glaube ich, eine Variante, zu der man sich schnell etwas überlegen muß. Denn die Eingrabung der Donau verläuft von selbst. Auf der Fahrtrinne gibt es eine durchschnittliche Senkung von 3 Zentimetern im Jahr, wie gesagt.

Das ist der eine Bereich, den wir Freiheitlichen gerne schnell und dringend behandelt sehen möchten. Der zweite Bereich ist ganz, ganz wichtig, denn hier ist man wirklich nachlässig, auch wenn in den Medien immer wieder anderes behauptet wird. Auch wenn der Herr Landeshauptmann so schön plakativ sagt, da muß saniert werden, vor den Wahlen. Nach den Wahlen hat man nicht mehr viel darüber gehört. Das ist nämlich der Bereich der Mitterndorfer Senke oder konkret die Fischer-Deponie in Theresienfeld.

Wenn man betrachtet, wie weit wir derzeit mit der Sanierung sind, ich glaube, der effektiv sanierte Bereich macht 4 % der Gesamtdeponie aus. Das heißt, wenn man sich dann auf der anderen Seite gegenüber diesen Aussagen anschaut, was im Budget vorgesehen ist für Altlasten in Wirklichkeit, wenn man sich die Gesamtsumme anschaut, die notwendig wäre, um diese Deponie zu sanieren, um die Mitterndorfer Senke vor der Gefahr einer weiteren schleichenden Verseuchung, die ja laufend stattfindet, zu bewahren, so sind wir in etwa im Milliardenbereich. Im Budget ist hierfür praktisch nichts vorgesehen. Die Altlastensanierung ist ein Stiefkind dieses Budgets und damit auch die dringenden Aufgaben als solches.

Ich bringe daher einen Resolutionsantrag ein, der wie folgt lautet (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Wolfgang Haberler zur Gruppe 5 des Vorschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (LtG.52/V-1) betreffend Mitterndorfer Senke (Fischer-Deponie).

Die gegenwärtige Situation für die Bevölkerung, welche von der Verunreinigung der Mitterndorfer Senke betroffen ist, ist unzumutbar. Deshalb wurde auch seitens des zuständigen Landesrates wiederholt die Inangriffnahme der Sanierung gefordert. Obwohl im Rahmen der Altlastensanierung eine Finanzierung möglich ist, sind bisher keine Budgetmittel flüssiggemacht worden.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete rechtliche und budgetäre Maßnahmen zu setzen, um die Vorfinanzierung der Sanierung der Fischerdeponie zu ermöglichen."

Meine Herrschaften! Das ist nicht nur ein Anliegen, zu dem man sagt, da könnte was passieren. Man muß ja auch wissen, daß aus der Mitterndorfer Senke hunderttausende Niederösterreicher ihr Trinkwasser beziehen. Ich weiß schon, daß die Fischer-Deponie, der Neunkirchener Bürgermeister wird das wissen, nicht der einzige Verursacher ist. Ternitz betrifft das natürlich auch. Aber es ist zur Zeit im Bereich Wr. Neustadt sicherlich der Hauptverursacher. Und daß es da im Argen liegt, ist gar keine Frage. Hier müssen wir ansetzen, denn es wird wahrlich Zeit, in Niederösterreich endlich mit der Umweltschutzpolitik zu beginnen. Dazu ist vor allem auch herzlich der Herr Landeshauptmann Erwin Pröll eingeladen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.Ing. Toms gemeldet.

Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Kapitel 5, Gesundheit, und hier wieder im Unterabschnitt Umweltschutz, darf ich Ihnen in Kürze die Positionen der Wirtschaft in einigen Fragen ausleuchten. Das Thema heißt Umwelt und Wirtschaft. Ich konnte Ihnen im Vorjahr berichten, daß die Bemühungen der NÖ Betriebe und der Unternehmer besonders erfolgreich waren, umweltschützende Maßnahmen durchzuführen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung Österreichs lagen unsere Umweltschutzausgaben bei 1,94 % unseres Bruttoinlandproduktes. Und damit weltweit an der Spitze. Zu einer Studie über Umweltinvestitionen der Industrie kann festgestellt werden, daß sich dieser Trend auch im letzten Beobachtungsjahr 1992 fortgesetzt hat. Gemeinsam mit dem Bundesland Oberösterreich liegen somit die Umweltschutzinvestitionen der NÖ Industrie an der Spitze der Bundesländer und damit weltweit an der Spitze. Dieser Weltrekord, meine sehr verehrten Damen und Herren, der in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannt ist und auf den wir in

Niederösterreich besonders stolz sind, ist zweifellos auch zu einem beträchtlichen Teil auf die ökologische Betriebsberatung in Niederösterreich zurückzuführen.

Ich will hier in keine Pauschalhuldigungen an die NÖ Wirtschaft ausbrechen, aber ich darf Ihnen die Leistungskraft dieser Betriebsberatung in wenigen Zahlen vorzeigen. Es konnte alleine zum Beispiel bei der Beratung von Schlachtbetrieben eine Reduktion der Abwasserbelastung in einem Jahr um rund 45.000 EGW erreicht werden. Das entspricht etwa der Reinigungsleistung der Kläranlage Bad Vöslau mit Nachbargemeinden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die Auswirkungen der Beratungstätigkeit der ökologischen Betriebsberatung von etwa 70 % aller abgeschlossenen Umweltprojekte untersucht hat. Weiters konnten beachtliche Ergebnisse, wie zum Beispiel um 100 Tonnen weniger gefährliche Abfälle pro Jahr oder weniger hausmüllähnliche Gewerbeabfälle um 350 Tonnen pro Jahr erreicht werden. Das ist eine 30 prozentige Reduktion in den Betrieben. Es konnten weniger Kohlenwasserstoffemissionen, 27 Tonnen pro Jahr, weniger chlorierte Kohlenwasserstoffe, 12 Tonnen pro Jahr, und weniger Staub, 50 Tonnen pro Jahr, verzeichnet werden.

Diese Angaben, meine sehr verehrten Damen und Herren, enthalten nur jene Maßnahmen, die exakt nachgewiesen werden konnten durch Beratungen und durch Errichtungen von Umwelteinrichtungen in den Betrieben. Es dürfte sich die tatsächliche Umweltentlastung aber viel höher belaufen, weil ja die Beratungen bei Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers oder zur Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht wirklich exakt und tatsächlich erfaßt werden können.

Mit den 4,0 Millionen für die ökologische Betriebsberatung in unserem Budget 1994 und den finanziellen Mitteln der Handelskammer Niederösterreich für die Beratung können immerhin beachtliche 136 Millionen Schilling an Investitionen induziert werden. Es ist dies ein weiterer Wirtschaftsimpuls unseres gemeinsamen Budgets, der anderswo gar nicht zu Buche schlägt. Die ökologische Betriebsberatung wurde im Jahr 1989 auf Initiative des damaligen Referenten und jetzigen Landeshauptmannes Dr. Pröll gegründet und gilt als ein Musterbeispiel für gute Zusammenarbeit zwischen Betrieben und dem Lande Niederösterreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein weiteres Kapitel, auf das ich mich heute beziehen

möchte, ist die Konzentration von Bewilligungsverfahren. Es ist eine wirklich großartige Initiative, die unser Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann hier in ersten Probeläufen erfolgreich initiiert hat. Derzeit läuft ein Versuch, der sich auf den Verwaltungsbereich der Bezirkshauptmannschaft Gmünd bezieht. Es wurden bereits beachtliche Bewilligungsverfahren konzentriert. Ich darf kurz berichten, daß im Beobachtungszeitraum 1. September bis 3. November 1993 elf Verhandlungstage mit 38 Verhandlungen durchgeführt werden konnten. Es ist mir natürlich auch bewußt, daß in diesem kurzen Zeitraum eine wirklich endgültige Beurteilung nicht wirklich gezogen werden kann. Aber es ist bereits ersichtlich, daß hier eine positive Tendenz besteht für alle Betroffenen. Für die betroffenen Betriebe, aber auch für die Anrainer, die sonst immer wieder zu verschiedenen Verhandlungen geladen werden mußten. Es gibt natürlich wie in allen anderen Bereichen auch hier Anfangsschwierigkeiten. Wenn man ehrlich ist, konnte die Verfahrenskonzentration bis jetzt nur in 50 % dieser Fälle erfolgen. Und es waren vor allem Baurechts- und Gewerbeverhandlungen, die davon betroffen waren. Für wirklich schwere Verhandlungen, sprich mit einer wasserrechtlichen Verhandlung verbunden, konnten noch keine erschöpfenden Angaben erfaßt werden. Deshalb ist geplant, daß diese Initiative, diese Verfahrensrechtskonzentration, sich auch auf die Bezirke Horn und Krems probeweise ausweiten soll sowie auch im Bezirk Amstetten.

Im Zusammenhang mit der Nutzung der Sachverständigen des Landes im Baurechtsverfahren durch die Gemeinden und der kostengünstigen Zur-Verfügungstellung dieser Beamten erfolgt ja eigentlich eine daraus resultierende Subventionierung der Gemeinden. Eine Anhebung der Kommissionsgebühren wäre zu überlegen, da ja die Gemeinden diese Gebühren bekanntlich weiterverrechnen. In diesem Sinne sollte auch überlegt werden, im Gewerbebereich die Bauverhandlungen durch Gewerbeverhandlungen zu ersetzen. Hier wäre von Gesetzes wegen eine Konzentrierung vorweg gegeben. Es ist natürlich eine etwas problematische Sache, weil an der Gemeindeautonomie gekratzt werden müßte. Es wäre eine Verfassungsänderung erforderlich, das Baurecht des Landes müßte abgeändert werden, aber auch die Gewerbeordnung des Bundes. Es ist aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine wesentliche Erleichterung für expandierende Betriebe. Und vor allem für arbeitsschaffende Unternehmungen wäre hier eine sehr rasche und flexible Hilfe gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der große Hemmschuh für die heimischen Betriebe sind ganz einfach diese große Anzahl von Verfahren und die langen, überlangen Wartezeiten auf Verhandlungen. Gerade in der Erfüllung dieser umwelttechnischen Auflagen wurden den Unternehmern derzeit enorme bürokratische Hemmnisse in den Weg gelegt. Durch die Konzentration der Verfahren wird aber den Betrieben durch die Minimierung des Aufwandes tatsächlich geholfen. Die Unternehmer, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen keine Subventionen. Die Unternehmer brauchen eine Endbürokratisierung! So einfach ist das. Mit dem Probelauf im Bezirk Gmünd konnte bei der betroffenen Bevölkerung, bei allen Betroffenen eine wirklich gute Resonanz gefunden werden. Die Unternehmer haben gesagt, sie können sich rasch und flexibel an die Marktverhältnisse anpassen und die Umwelt kommt in diesem Fall auch nicht zu kurz.

Ein Themenkomplex, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem ich mich heute noch beschäftigen möchte aus der Sicht der Wirtschaft, ist die neue Verpackungsverordnung. Nach einigen turbulenten Wochen beginnt diese per 1. Oktober in Kraft getretene Verordnung langsam aber sicher zu greifen. Die verschiedensten Standpunkte haben wir in langen Stunden selbst hier schon im Hause ausreichend diskutiert. Herr Kollege Feurer lächelt. Aber ich darf hier den Standpunkt der Wirtschaft kurz erläutern. Natürlich ist die heimische Wirtschaft nicht hell jauchzend begeistert über die neue Verpackungsverordnung. Jetzt haben Sie es gehört. Das Prinzip der Produkt- und der Produzentenverantwortung, das nunmehr ja rechtlich festgeschrieben ist, veranlaßt bzw. verpflichtet die Wirtschaft zur Rücknahme bzw. zur Verwertung der Verpackung. Das bringt aber wiederum, wenn ich so sagen darf, den umweltschützerischen Vorteil, daß die Unternehmer bereits im Planungsstadium oder in der Produktion überlegen müssen, sparsamst in Richtung Vermeidung zu arbeiten. Man muß sich über die Wiederverwendung und über die Wiederverwertung klare Gedanken machen.

Es ist ein weiterer Vorteil, daß durch die direkte Zurechnung der Kosten dieser Verpackung es natürlich logischerweise zu einem Wettbewerb auf dem Markt kommt hinsichtlich der Verpackungstoffe. Und natürlich jene Verpackungsmaterialien, die kostengünstiger sind, und die auch besser in den Sammlungen zur Verwertung kommen können, sich am Markt durchsetzen. Und diese Vorgangsweise entspricht auch am ehesten

dem marktwirtschaftlichen Prinzip, dem die Wirtschaft bekanntlich begeistert huldigt.

Nach Abschluß der Verträge, die nun unter Dach und Fach sind, zwischen Abfallverbänden, Gemeinden, Branchen-Recyclingsgesellschaften und ihren Regionalpartnern gilt es jetzt rasch, die bestehenden Sammelstrukturen, die ja schon sehr gut flächendeckend in Niederösterreich vorhanden sind, aufzubauen. Ich darf kurz sagen, daß es zum Beispiel in ganz Österreich derzeit mehr als 250.000 Sammelbehälter gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder Anfang ist schwer. Das wissen wir alle. Die Zeit, die allen Beteiligten zur Verfügung stand, war sehr kurz. Und es ist völlig sinnlos und unsinnig, den Erfolg dieser Verordnung aus der Perspektive des Startzeitpunktes schon abschließend beurteilen zu wollen. Es gab sogar Landtagsmehrheiten, die dies taten. Es war von der Frau Ministerin Rauch-Kallat vollkommen richtig, diese Verordnung nicht auszusetzen. Unnötige Kosten für Konsumenten, aber vor allem für die Unternehmer, die sich ja bereits umgestellt haben, wurden ganz einfach dadurch vermieden.

Die Aussetzung der Bestrafung aber - und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmen wir vollkommen überein - die Aussetzung der Bestrafung bei Verstößen gegen die Verpackungsverordnung geht auch aus Sicht der Wirtschaft vollkommen in Ordnung. Es ist anzunehmen, daß auch ohne Strafandrohung genügend gesammelt wird.

Einige kleinere Problempunkte will ich abschließend aus der Sicht der Wirtschaft bezüglich der Verpackungsverordnung schon noch anbringen. Wünschenswert wäre aus der Sicht der Wirtschaft eine Reihe von Vereinfachungen und Klärstellungen, insbesondere darüber, was eigentlich überhaupt Verpackung ist. Zum Beispiel Trommeln für Elektrokabeln, CD-Hüllen, Erste Hilfe-Kästen oder Hüllen für Rasierapparate können realistischere nach der neuen Verpackungsverordnung nicht als Verpackung angesprochen werden. Im Umweltministerium besteht die Tendenz, manche Unterscheidungen ganz einfach auf die Spitze zu treiben. So unterscheidet die Verpackungsverordnung nicht nur zwischen den Stoffen, sondern auch nach den Verpackungsarten, Transport, Umverpackung usw. Diese müßten ebenfalls getrennt gesammelt werden. Und diese weitgehende Unterscheidung ist natürlich, wenn ich den Handel betrachte und in der Praxis kaum durchführbar.

Die Einführung eines neuen Abfallsammelsystems ist nach Meinung der Wirtschaft sicher eine revolutionäre Änderung, die nicht in wenigen Tagen oder Wochen konfliktfrei über die Bühne gehen kann. Die von manchen Seiten geforderte Sistierung der Verordnung würde schließlich auch nicht im Interesse der Gemeinden liegen. Das gesteigerte Bewußtsein der Bürger, die bereits zur Mülltrennung erzogen werden, ist doch eine wirklich willkommene Hilfestellung für die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Wirtschaft und der Konsument sind gemeinsam aufgerufen, die wichtige Frage der Müllvermeidung, der Eindämmung gemeinsam zu bewältigen. Gerade jetzt, zur Weihnachtszeit, denke ich an die Müllcontainerplätze in den Ballungszentren vor 20 Jahren. Wie haben die damals ausgesehen und wie sehen sie heutzutage aus? Es ist bereits eine Besserung eingetreten, es ist aber noch einiges verbesserungswürdig. Wir sind ganz einfach gemeinsam dazu aufgerufen, Wirtschaft und Konsumenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme damit zum Schluß. Der Umweltschutz und die Wirtschaft sind heute zwei Bereiche, die eng miteinander verbunden sind. Das Land Niederösterreich ist ein guter Partner der NÖ Wirtschaft, auch in Sachen Umweltschutz. Auch im Budgetvoranschlag 1994 sind für Förderaktionen für Umweltschutzanlagen von Betrieben gegenüber 1993 höhere Posten vorgesehen. Zu erwähnen wäre unter anderem die neue Zinsenzuschußaktion des Landes Niederösterreich für Umwelthanlagen. Ich bin überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß durch diese verstärkten Förderungsmöglichkeiten für die NÖ Wirtschaft im Zusammenwirken mit den bereits bestehenden, sehr erfolgreich laufenden Aktionen und Förderungen für Umweltschutzanlagen die heimischen Betriebe, die großen Herausforderungen in Sachen Umweltschutz auch in Zukunft erfolgreich meistern werden können. Echte Fortschritte im Umweltschutz können nur mit der Wirtschaft und nicht gegen sie erzielt werden. Diese Aussage von Wirtschaftskammerpräsident Ing. Reinbacher sei hier als Schlußwort angebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist eine langjährige Tradition, hier in der Gruppe 5 zum Umweltschutz Stellung zu nehmen, obgleich natürlich auch, wie heute schon ange-

sprochen worden ist, in anderen Gruppen wichtige Ansätze für den Umweltschutz gegeben sind. Wir haben im Bereich des Umweltschutzes in Niederösterreich natürlich einige Themen hier zu diskutieren. Meine Vorrednerin und die Vorredner haben ja einige bereits angeschnitten, zu denen ich ganz kurz doch Stellung beziehen möchte.

Die Frau Abgeordnete Stix hat gemeint, daß gerade die Fernwärme eine Möglichkeit wäre, einen aktiven Beitrag zur Luftreinhaltung zu leisten. Und sie hat hier den Budgetansatz von 30 Millionen Schilling angesprochen. Ich glaube natürlich, daß man mit diesen 30 Millionen Schilling einen gewissen Anreiz schaffen kann, in die Fernwärme einzusteigen. Eher ist wahrscheinlich an Nahwärmeprojekte gedacht. Wir sind uns dessen bewußt, wenn wir einen Quantensprung hier erzielen wollen, dann muß es auch so sein, daß vor allen Dingen die Energieversorgungsunternehmen hier tatkräftig mitmachen müssen. Damit es eben möglich wird, auch in den Ballungsräumen, in den größeren Städten verstärkt Fernwärmenetze zu schaffen. Die Gefahr liegt darin, daß in diesen Städten vielfach Erdgasnetze verlegt worden sind oder verlegt werden. Überall dort, wo die Energie durch Erdgas gegeben ist, wird es natürlich schwer, eine zweite Schiene, nämlich die Fernwärmeschiene, einzurichten.

Herr Dr. Michalitsch hat vor allen Dingen die Luftreinhaltung angesprochen und gemeint, daß man vom Problem Schwefel zusehends zum Problem CO₂ in der Umweltpolitik kommt. Das kann man an und für sich nur bestätigen. Den Herrn Landesrat Blochberger allerdings als Vorreiter im Bereich des Klimabündnisses anzusehen, das ist schon ein bißchen verwegen. Denn das Land Niederösterreich war keineswegs eines der ersten Länder, das diesem Klimabündnis beigetreten ist. Ich muß das korrigieren. Aber er ist zumindestens seit heuer ein Mitreiter in der Klimapolitikfrage.

Das Thema Altlastensanierung wurde von beiden Rednern, sowohl vom Herrn Dr. Michalitsch als auch vom Herrn Abgeordneten Haberler angesprochen. Natürlich geht es darum, daß dort, wo Gefahrenpotentiale, wo Altlasten lagern, wir versuchen, Lösungen herbeizuführen. Es ist nur nicht immer leicht, weil die Verursacher vielfach ja nicht in der Lage sind, auch zu sanieren. Daher wird das auch gelten, was in anderen Bereichen der Umweltpolitik gelten muß, daß man nach gewissen Prioritäten vorgeht. Und ich glaube, es wäre halt zweckmäßig, wenn man diesen Prioritätenkatalog einmal feststellt und danach entsprechend handelt. Wir sind uns, glaube ich, alle zusammen dessen bewußt, daß

man natürlich durch das Umgehen mit dem Abfall in den vergangenen Jahrzehnten vielfach diese Probleme geschaffen hat. Daß man in der damaligen Zeit sich halt keine Gedanken gemacht hat, welche Auswirkungen das einmal auf das Grundwasser haben wird. Und wir und wahrscheinlich noch Generationen nach uns sind aufgerufen, diese Probleme nach bestem Wissen und Gewissen zu meistern.

Zum Naturschutzgesetz sei hier ordnungshalber noch gesagt, daß das Gesetz oder die Vorlage vom Herrn Landesrat Wagner wohl in der XIII. Gesetzgebungsperiode im Landtag eingebracht worden ist, daß sich aber die Parteien im Umwelt-Ausschuß einig waren, so knapp vor den Wahlen dieses Gesetz nicht mehr zu behandeln. Es ist sozusagen verschottert. Aber der Herr Landesrat hat ja heute hier anklingen lassen, daß er nur die Bestellung des Abteilungsleiters noch abgewartet hat. Das ist heute in der Regierungssitzung geschehen. Und er hat bereits heute um 12.00 Uhr hier die ersten Vorgespräche geführt. Es ist daher damit zu rechnen, daß im Jänner diese Gesetzesvorlage in den Landtag kommt.

Zum Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms darf ich sagen, daß uns Sozialdemokraten sehr an einem ökologischen Wirtschaften in den Betrieben gelegen ist. Daß wir hier kein Feindbild aufbauen wollen hinsichtlich des Gewerbes oder auch der Industrie. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, wir müssen gerade in diesen Zeiten Industriegesinnung zeigen und es soll auch dort so sein, daß man mit dem Wichtigen beginnt. Natürlich muß es einen gewissen "Umweltlevel" geben. Aber es kann nicht so sein, daß man hier Unternehmungen und Interessenten, die Betriebe gründen wollen, von vornherein gleich vor den Kopf stoßt und damit beiträgt, daß sich die woanders ansiedeln. Wichtig ist, daß wir Rahmenbedingungen schaffen, die auch eingehalten werden können. Und die letztendlich dann auch dazu beitragen, die Umweltprobleme in diesem Bereich zu lösen.

Zur Verpackungsverordnung, die auch von Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms angeschnitten worden ist, möchte ich nicht mehr viel Worte verlieren. Das haben wir in der letzten Sitzung ja ausdiskutiert. Wir haben an und für sich nichts gegen die Grundsätze der Verordnung. Wir meinten nur, daß halt gewisse Vorbereitungsarbeiten nicht erfolgt sind und daß man daher ein halbes Jahr aussetzen sollte, um diese Fragen noch zu lösen. Aber uns ist auch daran gelegen, das können Sie mir glauben, die grundsätzlichen Ziele des Abfallwirtschaftsgesetzes, nämlich Vermeiden

und Verwerten, bestmöglich in unserem Abfallwirtschaftsmodell zur Durchführung zu bringen.

Damit sind wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits bei einem wichtigen Thema, das uns schon seit Jahren bei diesen Budgetdebatten begleitet. Das ist die Frage der Abfallwirtschaft. Ich glaube, wir sollten über alle Parteigrenzen hinweg trachten, daß wir die Ziele der Abfallwirtschaft, die von den Parteien ja unbestritten sind, auch größtmöglichst und rasch durchsetzen können. Das Abfallwirtschaftsgesetz geht in seinen Zielparagraphen davon aus, die Abfallwirtschaft danach auszurichten, daß schädliche, nachteilige oder sonst das allgemeine menschliche Wohlbefinden beeinträchtigende Einwirkungen auf Menschen sowie auf Tiere, Pflanzen und deren Lebensgrundlagen und deren natürliche Umwelt so gering wie möglich gehalten werden. Daraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, ergibt sich die Notwendigkeit nach einer ökologischen Bewertung der abfallwirtschaftlichen Konzepte. Da aber naturgemäß Sammel-, Sortier-, Verwertungs- und Entsorgungssystemen durch die aufzubauende Infrastruktur hinsichtlich der Zumutbarkeit der Kosten Grenzen gesetzt sind, so kommt es auch darauf an, daß man Systeme findet, die auch ökonomisch sinnvoll sind. Und die schließlich den Bürger und Konsumenten nicht überfordern.

Durch die Verpackungsverordnung wird neben dem traditionellen Hausmüllentsorgungssystem ein zweites Sammel-, Sortier-, Verwertungs- und Entsorgungssystem aufgebaut. Man rechnet damit, daß ein Teil der Abfälle, nämlich etwa 50 Volumsprozent und 20 Gewichtsprozent aus der Hausmüllentsorgung herausfallen werden. Das bedeutet zwar, daß die Gemeinden und die Gemeindeverbände, die das natürlich auch weitergeben an die Konsumenten, hier entlastet werden. Und es werden sich hier gewisse Kosteneinsparungen ergeben. Allerdings, glaube ich, sollten wir uns da keinen zu großen Illusionen hingeben. Denn eine gewisse Basisinfrastruktur wird für die Gemeinden weiterhin aufrecht erhalten werden müssen. Es kommt uns Sozialdemokraten daher in dieser Frage der Einführung des dualen Systemes darauf an, daß die Maßnahmen so gesetzt werden, daß ein flächendeckendes, ökologisch unbedenkliches, ökonomisch sinnvolles und für die Konsumenten letztlich auch finanziell erträgliches Abfallwirtschaftssystem entsteht. Und ich sage es hier ganz deutlich, daß wir Sozialdemokraten auch keine Berührungsängste haben, wenn es darum geht, daß wir vor der Entsorgung, vor der Ablagerung in der Deponie auch die thermische

Verwertung, das heißt, die Verbrennung ins Auge fassen müssen. Es ist nur wichtig, daß wir seitens des Umweltministeriums die umwelttechnischen Standards festlegen. Und daß diese genau definiert werden, damit hier auch letztendlich eine größtmögliche Akzeptanz gegeben ist. Wobei natürlich schon gesagt werden muß, daß, je näher man dem Standort kommt, die Akzeptanz diesbezüglich wahrscheinlich bei der Bevölkerung abnehmen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erblicken in der momentanen Situation der Abfallwirtschaft die Notwendigkeit, daß wir hier im Land Niederösterreich zu einem Standortkatalog kommen müssen, in dem wir die wichtigen Entsorgungsanlagen festlegen sollen. Damit hier auch keine Fehlinvestitionen getätigt werden, damit hier im Hinblick auf die Konsumenten ein möglichst kostensparendes System entsteht.

Ich hätte eigentlich vorgehabt, heute einen Resolutionsantrag hinsichtlich der Errichtung eines Standortkataloges einzubringen. Wir haben aber im Laufe des heutigen Tages Gespräche mit der ÖVP-Fraktion geführt und es lagert sozusagen im Umwelt-Ausschuß bereits ein Antrag, der sich damit befaßt, der von ÖVP-Kollegen eingebracht worden ist. Nämlich vor der Ablagerung in Deponien die Reststoffe noch zu verarbeiten bzw. zu behandeln. Wir sind übereingekommen, daß wir diese Frage des Standortkataloges dann gemeinsam im Umwelt-Ausschuß mit dem eingebrachten Antrag beraten werden. Und daß wir dann in einem Unterausschuß versuchen wollen, den ganzen Komplex der Abfallwirtschaft wirklich herauszuarbeiten und dann erst dem NÖ Landtag zuzuleiten. Ich werde aus diesem Grund auf die Stellung eines Resolutionsantrages verzichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch ein zweites wichtiges umweltpolitisches Thema hier ansprechen, das auch schon hier vor einem Vorredner genannt worden ist. Das ist die Frage der Reduzierung der CO₂-Emissionen. Es ist so, daß wir in der Energiepolitik momentan versuchen, hier Möglichkeiten zu finden, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren und auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen weitgehendst zu verzichten versuchen.

Nachdem die Kernenergie als Ausstiegsvariante spätestens seit Tschernobyl ausfällt, konzentrieren wir uns auf Überlegungen hinsichtlich des Einsatzes von erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie und Windenergie. Eine wesentliche Bedeutung kommt

aber auch der Einsparung von Energie durch die Verbesserung der Wärmedämmung, durch die Erhöhung der Wirkungsgrade bei der Nutzung der Primärenergie, also einer rationelleren Energieverwendung zu. Ich habe aus diesem Grund bereits in der vorjährigen Budgetdebatte gefordert, daß Niederösterreich diesem Klimabündnis europäischer Städte beitreten sollte. Das ist in der Zwischenzeit auch geschehen. Und es ist sicherlich erfreulich, daß wir mit zu diesem Klimabündnis-Ländern in Österreich gehören. Allerdings sei hier ausgesprochen, daß es natürlich auch verpflichtet, da dabei zu sein. Wir haben vor allen Dingen zwei Ziele ins Auge zu fassen. Das eine ist das Toronto-Ziel, das vorsieht, daß wir den CO₂-Ausstoß bis 2005 um 20 % reduzieren sollten und das Klimabündnis-Ziel, das eben vorsieht, bis 2010 50 % des CO₂-Ausstoßes einzusparen.

Es ist auch erfreulich, daß es vor einigen Wochen dazu gekommen ist, daß auch in Niederösterreich es eine Direktförderung von Solaranlagen gibt. Das trägt ganz bestimmt dazu bei, daß diese Anlagen verstärkt auch in Niederösterreich Anwendung finden. Und ich glaube, daß wir eigentlich auf einem guten Weg sind. Aber wenn wir diese hochgesteckten Ziele auch wirklich erreichen wollen, dann bedarf es mehrerer so punktueller Ansätze. Wir müssen ein gesamtes Programm, ein Aktionsprogramm in Niederösterreich erarbeiten, das letzten Endes dazu beiträgt, daß wir diese beiden Ziele, nämlich das Toronto-Ziel und das Klimabündnis-Ziel auch erreichen. Und ich möchte daher einen Resolutionsantrag an den Landtag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Feurer und Dr. Michalitsch zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Den Industrieländern wie Österreich kommt bei der Reduktion der CO₂-Emissionen eine besondere Rolle zu, da diese für rund 75 % der globalen Emissionen verantwortlich sind.

Verschärft wird die Situation dadurch, daß die bevölkerungsreichen Staaten in Asien, Afrika und Südamerika einen steigenden Energieverbrauch haben. So wächst beispielsweise in China mit rund 1,2 Mrd. Menschen (das sind mehr als 20 % der Weltbevölkerung und doppelt soviel wie in den industriellen Weltzentren Nordamerika, Westeuropa und Japan zusammen) der Energieverbrauch jährlich um mehr als 12 %.

Wenn auch Österreich als kleines Land für den Ausstoß von Treibhausgasen unbedeutend ist, so kommt unserem Land wegen seines technischen und wirtschaftlichen Potentials dennoch eine wichtige Vorbildfunktion zu. Es sollten daher Strategien entwickelt werden, daß sowohl das "Toronto-Ziel" (20 % CO₂-Reduktion bis zum Jahre 2005, bezogen auf 1988) als auch das Ziel des Klima-Bündnisses (50 % CO₂-Reduktion bis 2010) im Sinne des Beschluß der NÖ Landesregierung vom 30.3.1993 erreicht werden.

Insbesondere sollten

- eine Verbesserung der thermischen Qualität des Gebäudebestandes und der Heizsysteme erfolgen,
- die Neuordnung des gesamten Transport- und Verkehrssystems in Richtung CO₂-mindernder Strukturen erfolgen (Priorität für den öffentlichen Verkehr, Verlagerung des Schwerverkehrs auf Schienen- und Wasserwege),
- die Möglichkeit der gekoppelten Erzeugung von Kraft und Wärme sowie die Abwärme-

nutzung ausgeschöpft werden (z.B. Blockheizkraftwerke und anschließende Fern- und Nahwärmenetze, Abwärmenutzung bei kalorischen Kraftwerken),

- die Forcierung erneuerbarer Energieträger (z.B.: Biomasse, Wasserkraft, Sonnenkraft, Wind) angestrebt werden und
- die Erarbeitung eines Landesenergieplanes erfolgen, der die Schwerpunkte der Energiewirtschaft unter Beachtung der Ziele der CO₂-Reduktion erstellt.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung ein Aktionsprogramm auszuarbeiten."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum dritten Thema. Wir Sozialdemokraten haben hier im Hause begrüßt, daß ein Landschaftsfonds in Niederösterreich eingerichtet wurde, mit dem wichtige Aufgaben des Naturschutzes, nämlich die natürlichen und naturnahen Lebensräume zu sichern, angestrebt werden können. Wenn erreicht wird, daß die landwirtschaftliche Nutzung so erfolgt, daß ein Netzwerk von kleinen bis möglichst großen repräsentativen Naturlandschaftsteilen entwickelt werden kann, das die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten sichert, ist ein wesentliches Ziel des Naturschutzes erreicht. Es ist für uns auch die Einhebung einer Abgabe von Naturverbrauchern wie beispielsweise der Schottergewinnung durchaus diskutabel, um eben Naturschutzanliegen zu finanzieren. Allerdings muß damit auch ein aktiver Artenschutz besonders der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten erreicht werden.

Die Erhaltung der Artenvielfalt kann nur gelingen, wenn wir für ein ausreichendes Angebot an Lebensräumen sorgen. Ergänzend dazu sind natürlich auch Artenschutzprogramme notwendig. Für diese Programme sind auch die entsprechenden Geldmittel bereitzustellen und damit hätte die Landes-Naturschutzbehörde ein Instrument, systematisch Artenschutzprogramme von landesweiter Bedeutung zu entwickeln und auch zu fördern. Aktive Schutzmaßnahmen zur Verbesserung des Erhaltungszustandes gefährdeter Populationen bis hin zur Wiedereinführung stehen dabei natürlich im Mittelpunkt. Gegenwärtig laufen Programme hinsichtlich des Braunbären, der Fischotter und der Großtrappe. Herr Landesrat Wagner hat in Absprache mit der Naturschutzbehörde vom WWF ein Konzept über Artenschutzprogramme in Niederösterreich erstellen lassen. Es gibt einige Arten, die wirklich ein Pflegema-

agement brauchen. Hier sei angesprochen die Flußperlmuschel, Kreuzkröte, der Elch, der große Brachvogel, das Birkwild, Steinkautz, Schleiereule und Hundsfisch. Das wären sicherlich Beispiele, wo man solche Geldmittel einsetzen könnte, um ein entsprechendes Pflegemanagement in Niederösterreich herbeizuführen. Wir Sozialdemokraten treten jedenfalls dafür ein, daß für diese Aufgaben möglichst rasch Geldmittel bereitgestellt werden. Ich erlaube mir daher, folgenden Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Feurer und Moser zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Schutz von gefährdeten Pflanzen- und Tierarten.

In Niederösterreich sind die Lebensräume einer Reihe von Pflanzen- und Tierarten bedroht. Der NÖ Landschaftsfonds wurde mit dem Ziel geschaffen, natürliche Lebensräume zu sichern und die Vielfalt an Arten zu erhalten.

Naturschutzexperten fordern für besonders bedrohte Arten ("Rote Liste") Aktionsprogramme, um den Fortbestand zu sichern. Für solche Aktionsprogramme ist allerdings auch die Bereitstellung finanzieller Mittel unbedingt erforderlich.

Die Landesregierung und insbesondere die für den Landschaftsfonds zuständigen Mitglieder der Landesregierung werden daher aufgefordert, in den Richtlinien zur Vergabe der Mittel des Landschaftsfonds festzulegen, daß die erforderlichen Mittel, nach Möglichkeit mindestens 10 %, des Landschaftsfonds für Aktionsprogramme zum Schutze gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu verwenden sind."

Ich darf Sie ersuchen, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit komme ich zum vierten und letzten Punkt meiner Rede. Es ist ein Thema, das uns jahrelang hier in diesem Hause schon bewegt. Es ist die Nationalparkfrage. Ich darf in Erinnerung rufen, der NÖ Landtag hat 1990 mit der Änderung des NÖ Marchfeldkanalgesetzes und des Syndikatsvertrages die Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft beauftragt, die Entscheidungsgrundlagen für die Nationalparkfrage zu erarbeiten. Bereits am 18. Mai 1989 wurde die Landesregierung mit einem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Spiess und

Feurer aufgefordert, die Möglichkeiten zur Errichtung eines Nationalparkes zu prüfen und dem NÖ Landtag einen Prüfbericht vorzulegen. Dieser Prüfbericht samt Unterlagen und Konzepten über die wesentlichen, im Zusammenhang mit dem Nationalpark stehenden offenen Fragen sollte eigentlich schon Mitte 1993 dem NÖ Landtag vorliegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Ziel- und Nutzungskonflikte, die es bei der Schaffung eines Nationalparkes gibt, natürlich die schwierigsten Barrieren sind auf dem Weg zum Nationalpark. Fragen der Bewirtschaftung, der Raumordnung im Hinblick auf die Siedlungstätigkeit, der Schifffahrt auf der Donau und der Bewässerung der Au-Gebiete sollten bei diesen Vorbereitungsarbeiten geklärt werden. Es ist nicht nur an der Donau so, sondern internationale Erfahrung, daß die Akzeptanz der Bevölkerung zu einem Nationalpark mit der Nähe zum Nationalpark abnimmt. Es haben alle Redner zum Nationalparkthema bisher hier in diesem Hause ausgesagt, daß natürlich ein solcher Nationalpark möglichst im Einklang mit der Bevölkerung zu schaffen ist. Und es wurde etwa so auf den Punkt gebracht, daß ein verordneter Nationalpark gegen den Willen der Bevölkerung eigentlich unvorstellbar ist. Wenn man die gegenwärtige Entwicklung im Bereich des Nationalparkes allerdings beobachtet, so scheint man von der Akzeptanz der Bevölkerung meilenweit entfernt zu sein. Auf die offenen Sachfragen wurden hier im Landtag noch keine entsprechenden Antworten gegeben. Es ist eigentlich an der Zeit, daß sich der Landtag selbst hier in dieser Frage informiert, wie es denn mit diesen Vorbereitungsarbeiten steht. Und ich meine, es ist höchste Zeit, daß wir hier diesen Prüfbericht auch einfordern.

Ich möchte daher folgenden Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Feurer und Lugmayr zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Studie über Nationalpark.

Der Landtag von Niederösterreich hat mit entsprechendem Gesetzesbeschluß die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft mit den Vorarbeiten zur Schaffung eines Nationalparkes betraut. Für diesen Aufgabenbereich wurden auch entsprechende Mittel des Landes zur Verfügung gestellt. Mit Interesse konnte den Medien entnommen werden, daß zwar Seiner Königlichen Hoheit Prinz

Philipp ein Bericht überreicht wurde, dem Landtag aber bisher solche Informationen nicht zugänglich gemacht wurden.

Die Landesregierung und insbesondere das für Nationalparkangelegenheiten zuständige Mitglied der Landesregierung, Landesrat ÖR Blochberger, werden aufgefordert, dem Landtag umgehend den Endbericht über die Vorbereitungsarbeiten zum Nationalpark Donauauen vorzulegen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben mit diesen drei Resolutionsanträgen einige wichtige Themen im Umweltbereich angeschnitten. Ich möchte Sie ersuchen, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben. Wir sehen vor allen Dingen darin eine Möglichkeit, daß der Landtag aktiv an Umweltfragen sich beteiligt.

Zum Voranschlag 1994 ist zu sagen, daß natürlich eine Reihe von wichtigen Ansätzen für den Umweltschutz in dieser Gruppe gegeben sind, daß wir natürlich gerne zusätzliche Mittel erhielten. Aber ich glaube, es kommt jetzt darauf an, daß diese Mittel, die bereitgestellt werden, im Rahmen dieses Voranschlages möglichst sinnvoll angewendet werden. In diesem Sinne darf ich mitteilen, daß meine Fraktion gerne der Gruppe 5 des Voranschlages 1994 die Zustimmung erteilen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Das Wort erhält Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen der Regierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Umwelt, Umweltschutz, ein Thema, das wir sehr kräftig diskutieren. In dem wir auch - und das, glaube ich, bewußt - kräftig agieren. Nur sollten wir uns gerade beim Agieren im Bereich des Umweltschutzes immer wieder überlegen, in welchen Situationen wir welche Bewertungen von Umwelt durchführen. Was bedeutet das Wort Umwelt, was stellen wir uns unter diesem Begriff vor? Die Verbindung mit der Natur, der Lebensraum, in dem wir uns befinden, ja sehr oft alle Tiere, Kleinstlebewesen bis zur schönsten Blume auf der Wiese, diese Begriffe stellen wir uns unter Umwelt und Umweltschutz vor. Mir kommt leider manches Mal vor, daß wir vergessen, daß auch der Mensch ein Teil in diesem Ganzen ist. Daß der Mensch ein Teil der Natur ist und er selbst ein natürliches Element. Daß wir sehr viele Dinge oft übersehen und somit quasi die Verteufelung von Dingen vornehmen, die eigentlich natürliche Vorgänge sind. Wir in der Politik sind

dementsprechend gefordert, diese Extrempositionen zu beleuchten und sie wieder auf Schienen zu stellen, die im Machbaren enden. Wenn wir hier Gesetze betrachten, die sehr wohl zum Schutze der Umwelt entstanden sind, aber gleichzeitig ist uns heute bewußt, daß wir damit schon die Probleme der Umwelt von morgen heraufbeschwören, müssen wir auch den Mut haben, diese Gesetze zu verändern.

Wenn wir unser Land betrachten, sehen wir das Wein- und das Waldviertel. Und wir wissen, daß wir mit der Kanalisation dort große Schwierigkeiten haben, welche auf Grund einer Gesetzeslage vorgegeben sind. Wenn wir heute das Wald- bzw. das Weinviertel entwässern, werden wir übermorgen einen Marchfeldkanal ins Waldviertel bauen, um dieses wieder mit Wasser zu versorgen. Das heißt, dort sind wir sehr wohl gefordert, auch wieder Dinge in machbare Schienen umzusetzen. Denn machbar muß Umweltschutz sein, ansonsten wird die Umwelt nicht geschützt, wenn wir nur Halbfertigkeiten im finanziellen Bereich bewältigen können. Wenn wir die Problematik der Abfälle immer wieder in den Raum stellen, dann ist in der Diskussion sehr wohl der Vermeidung oberste Priorität einzuräumen. Sie ist ein wesentliches Element. Die Realität beweist allerdings, daß seit dem Jahr 1972 bis zum Jahr 1992, auf Grund einer Studie des Umweltbundesamtes festgestellt, wir eine Verdoppelung im tatsächlichen Abfallanfall aus den Haushalten haben. Das müssen wir als bittere Realität zur Kenntnis nehmen. Deshalb sind wir gefordert, Lösungen für diesen Abfallbereich zu setzen. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß wir auch auf Grund von Gesetzeslagen Abfälle verursachen. Wenn wir Hygieneverordnungen und auch gewisse Regelungen aus gesundheitlichen Gründen herbeiziehen. Deshalb müssen wir diese Schienen in einen Gleichklang setzen. Eine Vermeidung, soweit möglich ist. Dort, wo das nicht geht, eine entsprechende Entsorgung. Diese Entsorgung stellt heute auch eine Verwertung dar. Alle Dinge, die verwertbar sind, sollten einer Verwertung zugeführt werden und diese Verwertung soll einer dementsprechenden Energiebilanz unterliegen.

Dieses globale Beleuchten der Situation wird meiner Ansicht nach vernünftiger Wege und Lösungen aufzeigen. Der Herr Kollege Feurer hat sehr wohl die Frage der CO₂-Emission angesprochen. Es ist eines der größten Probleme der Zukunft. Wenn wir es in den Griff bekommen wollen, sind wir gefordert, auch darüber nachzudenken, Lenkungsmaßnahmen zu setzen. Lenkungsmaß-

nahmen, damit unsere Kreislaufwirtschaft, das heißt eben die Produkte, die wir heute zur Verbrennung bringen, die gleichzeitig auch wieder wachsen in unserem Land, konkurrenzfähig ist. Dazu muß die Politik mit Lenkungsmaßnahmen eingreifen, um dieser Forderung nach der Reduktion des CO₂-Ausstoßes entsprechend Einhalt zu gebieten.

Ich glaube, daß diese Grundlagen wesentliche Elemente sein müssen und auch sind in der zukünftigen Umweltpolitik. Wir müssen auch den Mut haben, zu einer Verantwortung in diesem Bereich zu stehen. Wenn ich mir die Debatte der letzten Tage hier angehört habe, dann beeindruckt die Zahl der Resolutionen, Anträge, die jeder einzelne Kollege mit sehr viel Engagement, Elan und Bewußtsein eingebracht hat, um ein verbesserungswürdiges Element in seinem Bereich, in seiner Intention, durchzusetzen. Nur, dazu muß ich sagen, es wäre im Sinne des Landesfinanzreferenten vernünftig gewesen, wenn man nach einer Stunde die Budgetdebatte geschlossen hätte. Denn die drei Tage, wenn ich so sagen darf, kosten in Summe der Anträge diesem Land, dem Herrn Landesfinanzreferenten hochgerechnet circa 2,1 Milliarden Schilling.

Es ist schon sehr gut, wenn ich hier jedes Mal eine Idee habe, wie kann ich eine Struktur verbessern, wo kann ich ein Krankenhaus unterstützen, in welcher Form, wie kann besser ich noch etwas sanieren? Ich habe allerdings vermißt und habe noch nicht gehört, daß einer von uns darüber nachgedacht hat, hier auch die Frage der Einnahmen und nicht nur der Ausgaben zu diskutieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Budgethoheit, die der Landtag sich herausnimmt, sollte vielleicht auch das Verantwortungsbewußtsein von uns darstellen, daß nicht unsere Nachfolger mit leeren Säcken hier diskutie-

ren. Und eigentlich nur mehr dazu da sind, unsere Schulden zu finanzieren. Diese Dinge sind sehr wohl, glaube ich, hier bewußt zu diskutieren.

Wenn ich den Herrn Klubobmann Gratzler zitieren darf. Er hat am Beginn der Budgetdebatte gesagt, in kritischer Bemerkung zum Budget, wir leben auf Pump, wir müssen auch die Verwaltungsschulden bedenken. Gleichzeitig aber stelle ich fest, wenn ich die Anträge seiner Fraktion nur hernehme, daß die sich an der Milliardengrenze bewegen. Auf der einen Seite die Ausgaben zu kritisieren, auf der anderen Seite darüber nachzudenken, wie ich diese Ausgaben aufschaukeln kann, das kann nicht Sinn und Zweck und nicht unsere Aufgabe sein! Wenn wir es ehrlich meinen, denken wir gemeinsam darüber nach, auch die Schienen der Einnahmen im Gleichklang mit den Ausgaben bewußt zu überdenken. Und nicht immer wieder nur im Sinne der Bevölkerung und einzelner in der Bevölkerung, auch im Sinne der populistischen Imagebildung hier Geldmittel flüssig zu machen. Ich glaube, daß dies ein sehr bewußtes Element ist und daß dieses Element sehr wichtig im Bereich der Umwelt zu setzen ist. Denn für mich ist eine Grundsatzfrage im Bereich der Umweltpolitik zu stellen. Wenn wir versuchen, umweltpolitische Maßnahmen zu setzen, wobei uns gleichzeitig aber bewußt ist, daß wir nicht in der Lage sind, sie im derzeitigen wirtschaftlichen Rahmen zu finanzieren, dann werden wir den Tod der Wirtschaft verursachen. Auch das sollte sehr bewußt immer wieder mit bedacht werden. Deshalb ist es notwendig, auch die Frage der Finanzierung bei Vorstellungen mit einzubringen.

Ich glaube, daß das überhaupt eine Überlegung sein sollte, wenn wir hier Anträge in diesem Haus stellen, die an sich sehr positiv sind. Ob es das Rote Kreuz betrifft oder anderes, die verschiedensten Dinge, die wir auch zu finanzieren haben. Wir sollten uns im Gleichklang damit beschäftigen, auch einen Entwurf mit einzubringen, wie könnten wir uns vorstellen, diese Dinge zu finanzieren. Auch das sehe ich als eine Aufgabe in der verantwortungsvollen Politik. Nicht die Frage der Einnahmen dem Herrn Landesfinanzreferenten allein zu überlassen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Kaufmann: Herr Abgeordneter, wer hat die Budgethoheit? - Abg. Gruber: Die Steuerhoheit ist das Wichtigste bei allem, was Sie angesprochen haben!)* Sehr wohl. Und wenn wir hier von Hoheiten sprechen, dann sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, daß wir sehr oft vor Ort hören die Frage der Autonomie der Gemeinden. Immer mehr und immer öfter auch in berechtigter Weise wollen Gemeinden autonome Entscheidungen treffen. Sehr wohl

müssen sie auch dann autonome Entscheidungen im Finanzierungsbereich treffen. Und nicht nur mit Forderungen an uns herantreten. So, wie wir gefordert sind in unserem Land, so sind es die Gemeinden, so wird es auch auf Bundesebene sein. Und es kann nicht Aufgabe von uns sein, Forderungen an den Bund zu stellen, ohne dabei zu bedenken, welche Kosten hier auch auf uns, weil wir ja auch als Bürger hier die Finanzierung mittragen müssen, zurückkommen. Dies sollten wir sehr wohl bedenken.

Wenn etwa Herr Kollege Haberler eingebracht hat die Finanzierung oder Vorfinanzierung der Mitterndorfer Senke, der Räumung der Fischer-Deponie, so möchte ich nur darauf hinweisen, daß die Rechtslage - und wir befinden uns in einem Rechtsstaat, Gottseidank - eindeutig ist: Auch wenn Geld vorhanden wäre, könnte die Räumung aus rechtlichen, überprüfungstechnischen Gründen nicht schneller vor sich gehen. Das sollte man auch zur Kenntnis nehmen, bevor man hier Forderungen aufstellt, um Geldmittel zu bewegen. Das Land Niederösterreich ist jetzt bereit, die Vorfinanzierung der Erkundung jeweils zu leisten. Allein diese Erkundung hat uns in diesen letzten Jahren 50 Millionen Schilling gekostet. Hier finanzieren wir als Land, um bewußt die Probleme aufzuzeigen, diese Dinge vor für die Bundesregierung.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Es ist sicherlich im Sinne unserer Bevölkerung. Im Sinne der Bevölkerung ist es aber auch, praktikable Lösungen anzubieten. Und denken wir an praktikable Lösungen im Zusammenhang mit der Mitterndorfer Senke, mit ihrem Müllvolumen. Ist es praktikabel und vernünftig, ist es dem Bürger erklärbar, sie so schnell als möglich zu räumen, unter den Umständen, daß ich das Material dann transportiere, ich weiß nicht, ins letzte Eck des Landes Niederösterreich, nach Gmünd, Zwettl etwa? Ob wir dann die Akzeptanz fänden? Denn vor Ort, im Bereich der Mitterndorfer Senke haben wir nicht das Deponievolumen, das genehmigt wäre für die Entsorgung. Diese Kapazitäten sind vor Ort in genehmigter Form derzeit nicht vorhanden. Deshalb soll man hier auch Überlegungen anstellen, Entsorgungsschienen aufzubauen, die vernünftig hier wieder eine Verwertung auch der Reststoffe, die damals deponiert wurden, herbeiführen. Gerade diese Frage wird sich uns stellen. Und diese Frage haben wir entsprechend und bewußt zu beantworten.

Ich glaube, daß sehr wohl im Einklang zu sehen ist, wie Frau Kollegin Stix zuvor erwähnt hat, die Frage der Fernwärme. Somit wurde auch angesprochen die Reduktion der Einzelschornsteine im Haushalt. Hier sind wir sehr wohl gefordert, eine Lösung im Gleichklang zu finden. Wir müssen darauf hinweisen, bei einer Verbrennung von diesen Produkten, die in vernünftiger Weise hier entsorgt werden, gleichzeitig eine Fernwärmeversorgung mit zu gestalten. Und somit eigentlich die Schadstoffe in der Luft zu reduzieren, dadurch, daß wir uns eben tausende Einzelhaushaltsrauchfänge ersparen. Ich glaube, daß hier vernünftige Ansätze in Zukunft gefordert sind. Ich möchte bei diesen Ansätzen aufzeigen, daß eines mir sehr hart ins Auge gestochen ist: Vor kurzem hat der Kollege Marchat aus der Freiheitlichen Partei eine Presseaussendung gemacht, in der er erklärt hat, er könnte sich Zwentendorf vorstellen als Müllverbrennungsanlage. Es liegt neben Dürnrohr. (*Abg. Gruber: Dürnrohr für Tulln! Da gibt es ein Abwärmepotential!*) Ich will die Art jetzt gar nicht so sehr ansprechen. Mir geht es nur darum, Dürnrohr wird sehr wohl gefordert sein, in Zukunft ein Projekt der Fernwärme zu überlegen. Bevor nicht Dürnrohr mit einem Fernwärmestrang die Umsetzung bewiesen hat, stehe ich als Vertreter meiner Region im Tullner Bereich gegen jegliches Wieder-Inbetriebnehmen von Zwentendorf. Hier muß zuerst der Nachweis auf den Tisch gelegt werden, danach kann man mit mir darüber diskutieren, ob wir hier diese Anlage im Gas- oder sie im Müllverbrennungsbereich verwenden werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die E-Wirtschaft muß beweisen, daß die Fernwärme sehr wohl einsetzbar ist. Mit dem Kraftwerk Dürnrohr. Nur, ich wollte den Herrn Kollege Marchat auf eines aufmerksam machen: Er hat am 3. November 1993 eine Presseaussendung gemacht in Richtung Müllverbrennung. Hat hier darauf hingewiesen, daß die Freiheitliche Partei diese Linie unterstützt. Einen Tag danach hat der Kollege aus Amstetten, ein Gemeinderat der freiheitlichen Fraktion, meinem Kollegen, Vizebürgermeister Treitler einen offenen Brief geschrieben, daß die Müllverbrennung sehr wohl sehr bedenklich ist und die freiheitliche Fraktion sie ablehnen wird. Wenn wir uns so im politischen Leben verhalten, dann sind wir Populisten! Dann sind wir nicht verantwortungsbewußt und wir überlegen uns nicht, für unsere Bürger in diesem Land positiv zu handeln! (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zur der spitalsmäßigen Versorgung des Bezirkes Gänserndorf möchte ich eingangs die Frau Abgeordnete Lugmayr zitieren. Und ich bin vollinhaltlich ihrer Meinung, wenn sie bei ihrer Rede anführte, daß in dieser Frage der Bezirk Gänserndorf nicht benachteiligt werden darf, meine Damen und Herren.

Doch wenn Sie meinten, wir haben nur eine Lösung, Frau Abgeordnete, darf ich aber vielleicht einige aufzählen: Begonnen mit einem eigenen Krankenhaus in Gänserndorf, wobei die Trägerschaft eventuell dann ebenfalls noch geklärt werden muß, ob es ein Landeskrankenhaus wird oder ein Verbandskrankenhaus mit 180 Betten. Ob es einen Einkauf im bestehenden Donauspital gibt, ob es ein Kooperationsmodell mit dem Donauspital betreffend eines Belegskrankenhauses geben wird, also auf dem Areal des SMZ Ost ein viertes Bettenhaus durch das Land Niederösterreich errichtet wird, zum Beispiel. Oder ob in gezielter Bettenerhöhung ebenfalls in diesem Spital durch das Land Niederösterreich ein viertes Bettenhaus errichtet und der Stadt Wien übertragen wird. Meine Damen und Herren! Das sind Vorschläge zu einer Lösungsfindung. Ich wollte damit dokumentieren, daß es mehrere gibt und nicht nur eine. Es gibt sogar die Möglichkeit eines Privatkrankenhauses mit 60 Betten der allgemeinen Gebührenklasse und 60 Betten der Sonderklasse, dazu einer Ambulanz. Ich will damit nur vorbringen, daß es zu einer Lösungsfindung mehrere Varianten für den Bezirk Gänserndorf gibt, geschätzte Anwesende! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! In der 57. Sitzung des Landtages, das war am 1. Dezember 1992, vor einem Jahr, wurde vom Abgeordneten Sivec zur Gruppe 5 des Voranschlages 1993 ein Resolutionsantrag betreffend dieser spitalsmäßigen Grundversorgung des Bezirkes Gänserndorf

eingebraucht. Die Abgeordneten Lugmayr und Dr. Kremnitzer, die ÖVP und die FPÖ unterstützten diesen. Ein Jahr, wie bereits erwähnt, ist seither vergangen und daher möchte ich diesen Resolutionsantrag nochmals in Erinnerung rufen. Und ich darf ihn zitieren (*liest*): "Als einziger NÖ Verwaltungsbezirk verfügt der Bezirk Gänserndorf über keine Krankenanstalt. Schon Ende der 60er Jahre wurden daher Bemühungen gesetzt, die spitalsmäßige Versorgung des Bezirkes Gänserndorf durch eine Zusammenarbeit mit Wien, insbesondere mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Ost zu gewährleisten. Leider war auch diese Bemühung nicht erfolgreich. Die Notwendigkeit der Sicherung der spitalsmäßigen Grundversorgung wird jedoch nicht zuletzt aufgrund der Bevölkerungsentwicklung immer dringlicher. Auch immer wieder geäußerte Überlegungen seitens zuständiger Vertreter des Bundeslandes Wien über eine Sonderregelung für 'Fremdpatienten' tragen zusätzlich zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, mit allen in Betracht kommenden Stellen, insbesondere aber mit dem Bundesland Wien, Verhandlungen zu führen, welche die Sicherung der spitalsmäßigen Grundversorgung für die Bevölkerung des Bezirkes Gänserndorf zum Inhalt haben." Ende des Zitates, meine Damen und Herren.

Diesen Resolutionsantrag haben wir einstimmig in diesem Hohen Hause beschlossen. Aber mit Bedauern muß ich heute feststellen, daß im Voranschlag für das Jahr 1994 dieser Resolutionsantrag überhaupt kein Echo gefunden hat. Herr Finanzreferent! Gesundheit ist eines der höchstbewerteten Güter in unserer Gesellschaft. Daher ist die Gesellschaft und die Politik, die diese Gesellschaft repräsentiert, bestrebt, aber auch immer wieder aufgerufen, möglichst umfassende Maßnahmen zu setzen, um dieses wertvolle Gut zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Ein untrügliches Zeichen für dieses Bestreben sind die enormen finanziellen Aufwendungen, die Bund, Länder und Gemeinden in diesem Bereich tätigen. Dadurch wird es möglich, meine Damen und Herren, den Menschen unseres Landes das Gefühl zu geben, daß für die Erhaltung ihrer Gesundheit ausreichend Vorsorge getroffen wird. Dieser Grundsatz ist aber für die Bewohner eines Großteiles des Bezirkes Gänserndorf noch immer nicht verwirklicht.

Während in allen anderen NÖ Bezirken die spitalsmäßige Grundversorgung im Nahbereich vorhanden ist, fehlt die Sicherstellung für etwa 45.000 bis 50.000 Einwohner der 81.000 Einwoh-

ner des Bezirkes Gänserndorf, im speziellen der zentralen Bereiche, nämlich der Gerichtsbezirke Gänserndorf und Groß Enzersdorf. Der Norden, das wurde heute bereits von Abgeordnetem Nowohradsky erwähnt, ist relativ gut durch das Krankenhaus Mistelbach abgedeckt. Auf Grund der erwähnten Einwohnerzahl wäre für den unversorgten Teil des Bezirkes Gänserndorf ein Bedarf von ungefähr 180 Spitalsbetten gegeben. Auf Basis der in der jüngsten Vergangenheit für derartige Vorhaben getätigten Investitionen errechnet man dafür einen Finanzbedarf von etwa 600 bis 700 Millionen Schilling, meine Damen und Herren.

Da es bisher aus unterschiedlichen Motiven nicht gelungen ist, über das Stadium der Diskussion hinauszukommen, schien es uns sozialdemokratischen Mandataren des Bezirkes Gänserndorf dringend erforderlich, die berechtigten Erwartungen der betroffenen Bevölkerung nach einer gesicherten spitalsmäßigen Versorgung durch geeignete Maßnahmen zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Da alle in Diskussion stehenden Lösungsmodelle eines gemeinsam haben, nämlich die Erfordernis finanzieller Mittel, wären als erster Schritt und wichtiger Schritt die entsprechenden Finanzierungsmittel sicherzustellen gewesen. Wir - und hier meine ich die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei des Bezirkes Gänserndorf - richteten daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, als für Finanzangelegenheiten zuständiges Mitglied der Landesregierung das dringende Ersuchen, bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1994 eine erste Tranche in der Größenordnung von ca. 300 Millionen für die spitalsmäßige Versorgung des Bezirkes Gänserndorf vorzusehen. Die Erwartungen von uns Abgeordneten aus der Region, daß die geforderten Mittel Berücksichtigung finden, damit endlich auch dieser weiße Fleck in der spitalsmäßigen Versorgung unseres Landes verschwindet, waren sehr, sehr groß. Aber, Herr Finanzreferent, in einem Antwortschreiben bedankten Sie sich für unseren Beitrag für eine Diskussion in dieser lösungsbedürftigen Angelegenheit und teilten uns mit, daß Sie einen bestehenden Arbeitskreis reaktiviert und beauftragt haben, seine Tätigkeit mit dem Schwer-

punktbezirk Gänserndorf wieder aufzunehmen. Und daß Sie eine Empfehlung über die Sinnhaftigkeit der Realisierung eines derartigen Projektes vom Arbeitskreis erwarten und daß Sie ein Gespräch mit Landesrat Wagner führen werden. Im vergangenen Jahr meinten Sie, daß der Landeshaushalt 1993 die Handschrift eines anderen trägt. Aber daß Sie ihn vertreten und dies gerne und mit Überzeugung, Herr Landesrat! Offensive und Solidarität war Ihr Motto dazu. Sie gestatten mir, daß ich einen Absatz aus Ihrer Budgetrede des Vorjahres zitiere, denn der ist sicher sehr passend zu diesem Thema (*liest*): "Von meinem Herkommen und von meiner ganzen politischen Laufbahn her bekenne ich mich uneingeschränkt zur Solidarität mit den Schwächeren, meine Damen und Herren. Diese hat selbstverständlich, nämlich die Solidarität, auch ihren Preis. Wir werden mit neuen sozialen Fragen und mit neuen Ansprüchen konfrontiert. Neue Ansprüche, das klingt zunächst negativ. Aber selbstverständlich legt uns ein gestiegener Wohlstand auch Verpflichtungen gegenüber jenen auf, die an diesem aus eigener Kraft nicht teilnehmen können." Ende dieses Zitates, Herr Finanzreferent! Die Sicherung der spitalsmäßigen Grundversorgung für den Bezirk Gänserndorf ist sicher kein neuer Anspruch. Die Bevölkerung wartet seit 25 Jahren auf eine Lösung. Und heute muß ich sagen, wieder ist ein Jahr vergangen und nichts ist geschehen. Und dieses "nichts ist geschehen", möchte ich unterstreichen durch den heutigen Titel des Kuriers, wo folgendes berichtet wird (*liest*): "Bevölkerung hat Krankenhausstreit satt. Politisches Tauziehen um Spitalsversorgung im Marchfeld dauert bereits mehr als 20 Jahre. Sie haben die jahrzehntelange Krankenhausdiskussion inzwischen hinlänglich satt, die rund 75.000 Einwohner des Bezirkes Gänserndorf. Gerhard Rathmann, der Leiter der Rotkreuz-Stelle Gänserndorf bringt die endlose Geschichte auf einen Punkt. Die Politiker leben vom Reden, meint er. Rathmann begrüßt zwar den Vorschlag des Landesrat Edmund Freibauer, in Gänserndorf ein medizinisches Zentrum zu errichten, bezweifelt aber die Investitionskosten, die der Landesfinanzreferent mit etwa 33 Millionen Schilling beziffert. Das reicht nie, meint er. Die Endlosdiskussion rund um den Spitalsneubau in Gänserndorf hat jetzt dazu geführt, daß der höchst notwendige Neubau der Rotkreuz-Bezirksstelle neuerdings auf die lange Bank geschoben werden muß, da das Rote Kreuz in das medizinische Zentrum integriert werden soll.

Das Desinteresse der Landespolitiker an der medizinischen Versorgung Gänserndorfs haben die Krankenhäuser in Mistelbach und Hainburg inzwi-

schen geschickt genützt, um ihre Kapazitäten weiter auszubauen. Und abschließend meint er, Patienten aus dem Marchfeld werden im SMZ-Ost, wenn überhaupt, nur widerwillig aufgenommen."

Aber, geschätzte Anwesende, dies ist nicht nur die Meinung des Kurier, sondern dies ist auch die Meinung der betroffenen Bevölkerung in dieser Region! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß die Bevölkerung in allen Regionen Niederösterreichs den gleichen hohen und den bestmöglichen Grad an medizinischer Versorgung erwarten darf. Dies ist aber leider in diesem Fall nicht so.

Die Solidarität mit dem Bezirk Gänserndorf dürfte Ihnen, sehr geehrter Herr Landesrat, nicht sehr ans Herz gewachsen sein. Ich würde Sie ersuchen, blicken Sie einmal über Ihre Bezirksgrenze hinaus auf den Nachbarbezirk Gänserndorf. Aber nicht in den Nordbereich des Bezirkes Gänserndorf, der ist versorgt. Sondern es gibt auch einen südlichen Bereich davon, der ebenfalls an ihren Bezirk angrenzt, Herr Landesrat! Noch im Landtagswahlkampf traten Sie für eine eigenständige Lösung bei der Spitalsversorgung ein. Ebenfalls mit diesen bereits zitierten 33 Millionen, wie heute im Kurier steht, sollte dies erfolgen, meine Damen und Herren. Herr Landesrat! Waren Sie wirklich der Meinung und davon überzeugt, daß eine Grundversorgungsregelung mit 33 Millionen möglich ist? Heute ist es schon öfter bei Zwischenrufen angeklungen. (*LR Mag. Freibauer: Wer hat Ihnen die 33 Millionen erzählt?*) Ihre Aussage, Ihre Pressemeldung vor der Landtagswahl, Herr Landesrat! Ich könnte die Ausschnitte vorlegen, 33 Millionen zur Regelung im Bezirk. (*LR Mag. Freibauer: Das ist ja nicht wahr! Zeigen Sie mir, wo ich das geschrieben habe! - Unruhe im Hohen Hause.*)

Sie haben es nicht geschrieben, aber in der Zeitung ist es gestanden. Aber Sie werden sicher dieses Interview an die Medien weitergegeben haben. Meine Damen und Herren! Ich glaube, für den Bezirk Gänserndorf ist eine Regelung über ein Feldlazarett mit dieser Größenordnung sicher nicht möglich. Die Bevölkerung des Bezirkes wird sich bei der spitalsmäßigen Versorgung nicht mit politischen Almosen, möchte ich fast in dieser Sache meinen, zufrieden geben. Und wenn Sie, Herr Finanzlandesrat meinen, ein Ärztezentrum, das Notarztsystem und die Hauskrankenpflege stellen diese eigenständige niederösterreichische Lösung der Spitalsfrage im Raum Gänserndorf sicher, dann muß ich dazu sagen, ist das mehr als spärlich. Denn in Gänserndorf sind schon seit

einigen Monaten Planungen zur Schaffung einer privaten Tagesklinik im Gange. Das Notarztsystem konnte erst vor kurzer Zeit gesichert werden. Und die Hauskrankenpflege wird von allen Sozialvereinen bei uns im Bezirk engagiert und hervorragend geleistet und durchgeführt.

Meine Damen und Herren! Es geht primär nicht um die Schaffung flankierender Einrichtungen, sondern um die dauerhafte Sicherstellung der erforderlichen Spitalsbetten für den Bezirk Gänserndorf. Und es dient sicherlich nicht unseren Menschen im Bezirk, wenn durch Ankündigungen falsche Hoffnungen geweckt werden und dann die Enttäuschungen sich breit machen, wenn Sie die eine oder andere Spontanaktion zurücknehmen müssen oder diese zurückgenommen wird.

Ob die Bettenzahl im Rahmen der Kooperation mit Wien, etwa im SMZ-Ost oder durch eine Schaffung eines Bezirks-Krankenhauses in Gänserndorf bereitgestellt wird, das ist die Frage, die die Bevölkerung der betroffenen Region, nämlich des Bezirkes Gänserndorf, geklärt sehen will. Die Rechnung, wonach das Einzugsgebiet für ein Bezirksspital nur 44.000 Menschen beträgt, 50.000 aber erforderlich sind, um einen Spitalsneubau zu rechtfertigen, kann auch nicht akzeptiert werden, Herr Landesrat. Denn damit ist die gesamte Krankenhausversorgung Niederösterreichs in Frage gestellt. Denn es gibt bekanntlich Bezirke, die wesentlich geringere Bevölkerungszahlen als der Bezirk Gänserndorf aufweisen und über ein oder sogar über zwei Spitäler verfügen, geschätzte Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der letzte Stand in dieser Angelegenheit, geschätzte Anwesende, war, daß auf Grund eines Gespräches zwischen Landesrat Wagner und dem Finanzreferenten es in der Frage der spitalsmäßigen Versorgung des Bezirkes eine einvernehmliche und akkordierte Vorgangsweise geben soll. Selbstverständlich ist diese gemeinsame Vorgangsweise wünschenswert und auch begrüßenswert, meine Damen und Herren. Denn es war leider bis vor kurzer Zeit diese Gemeinsamkeit nicht der Fall. Und auf den Aufstellungen, die Sie heute in der Regierungssitzung vorlegten, ist das Datum mit 23. November ersichtlich, ab wann es eine Gemeinsamkeit gibt, geschätzte Anwesende. Aber eines: Sie darf auf keinen Fall zu einer weiteren Verschleppung einer Lösung in dieser äußerst wichtigen Frage führen. Und ich fordere daher Sie auf, die längst fällige Entscheidung raschest zu treffen und die dafür erforderlichen

Mittel für Lösungen für Gänserndorf auch im Budget bereitzustellen.

Der Herr Abgeordnete Nowohradsky hat es bereits in seiner Rede erwähnt: Ich möchte sagen, ein Lichtschimmer am Horizont hat sich heute ergeben. Denn in der Regierungssitzung wurde folgender Antrag heute beschlossen: "Die Landesregierung wird den nachfolgenden Bericht des Raumordnungsreferenten und die Errichtung eines medizinischen Zentrums zur Kenntnis nehmen und den Gesundheitsreferenten und den Landesfinanzreferenten beauftragen, gemeinsam die erforderlichen Schritte für die Klärung und Lösung der angeführten offenen Fragen zu setzen und bis 30.4.1994 der Landesregierung einen Vorschlag über die weitere Vorgangsweise vorzulegen."

Aber, meine Damen und Herren, bedauerlicherweise ist jener Punkt nicht enthalten, in dem es um die Vorkehrung für eine spitalsmäßige Versorgung, ein sogenanntes Bezugsspital geht, für jene Patienten aus dem Bezirk Gänserndorf, die einer medizinischen Behandlung bedürfen, die über das medizinische Leistungsspektrum des Medizinischen Zentrums Gänserndorf hinausgeht.

Ich darf daher, meine Damen und Herren, folgenden Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Muzik zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Krankenhaus Gänserndorf.

Seit Jahrzehnten gibt es Bemühungen um die spitalsmäßige Versorgung des Bezirkes Gänserndorf. Ein zum Voranschlag 1993 eingebrachter Antrag des Abgeordneten Sivec sowie die Initiativen des SPÖ-Klubs hatten neuerlich zum Ziel, die spitalsmäßige Versorgung des Bezirkes Gänserndorf endlich einer Lösung zuzuführen. Mittlerweile wurde nach einer Vielzahl von Untersuchungen und Besprechungen in der heutigen Sitzung der NÖ Landesregierung beschlossen, die Landesräte Freibauer und Wagner zu beauftragen, gemein-

sam erforderliche Maßnahmen zu veranlassen und eine grundsätzliche Entscheidung bis 30.4.1994 herbeizuführen.

Aus der Sicht der Region ist es jedoch nicht nur wichtig, den Bereich der Notfallversorgung zu verbessern und eine tagesklinische Versorgung einzurichten, sondern auch Vorkehrungen für eine spitalsmäßige Versorgung durch ein sogenanntes 'Bezugsspital' für jene Patienten anzustreben, die einer medizinischen Behandlung bedürfen, die über das medizinische Leistungsspektrum eines 'Medizinischen Zentrums Gänserndorf' hinausgeht.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung ehestmöglich Maßnahmen zu setzen und finanzielle Vorsorge zu treffen, welche die Schaffung eines oder mehrerer Bezugsspitäler für den Bezirk Gänserndorf in Wien oder in Niederösterreich und der erforderlichen Ergänzungseinrichtungen zum Inhalt haben."

Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Resolutionsantrag. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Landesrat Mag. Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat der Herr Abgeordnete Muzik hier berichtet und es steht auch in seinem Antrag, zu dem ich nun spreche, daß heute die NÖ Landesregierung meinen Lösungsvorschlag zur Verbesserung der medizinischen Versorgung des Bezirkes Gänserndorf einstimmig zum Beschluß erhoben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es war der Wunsch des NÖ Landtages - Resolutionsbeschluß vom 1. Dezember 1992 - daß wir noch in diesem Jahr 1993 einen Grundsatzbeschluß in dieser wichtigen Frage treffen sollten. *(Abg. Mag. Kaufmann: In letzter Minute!)*

Ja, Herr Abgeordneter Kaufmann! Wichtig ist, daß es rechtzeitig geschieht. Wann sonst als in dieser Zeit. Sie können sich verlassen auf mein Timing. Wenn Ihres so gut wäre, wären schon manche Probleme gelöst. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Alle bisherigen Lösungsversuche - und das weiß der Herr Abgeordnete Muzik und das wissen

die Lokalpolitiker des Bezirkes Gänserndorf von der SPÖ - sind bisher gescheitert. Obwohl hier verantwortlich war der Gesundheitslandesrat Dr. Brezovszky aus dem Bezirk Gänserndorf.

Ich würde sagen, wenn Sie jetzt so viel Geduld in Monaten aufbringen würden mit Landesrat Wagner und mit mir, wie Sie Geduld gehabt haben mit Ihrem eigenen Landesrat aus dem Bezirk Gänserndorf an Jahren, dann lösen wir die Probleme früher als Sie glauben, Herr Kollege! *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf bei Abg. Muzik.)*

Schauen Sie, ich habe das große Glück nun, daß ich Landesrat geworden bin und jetzt auch etwas beitragen kann zur Lösung der Probleme in meinem Heimatbezirk Gänserndorf, was Sie vielleicht gar nicht wissen. Ich bin nur so irgendwo an den Rand gedrängt. Ringelsdorf liegt am nördlichsten Ende dieses Bezirkes, das so gut versorgt ist. Ich bin aus dem Gänserndorfer Bezirk. Geboren, dort aufgewachsen, in Gänserndorf acht Jahre zur Schule gegangen, habe dort allerhand gelernt und freue mich, daß ich jetzt auch einen Beitrag leisten kann in meiner politischen Verantwortung zur Lösung dieser Probleme. Und ich habe einen Partner auf jeden Fall gefunden dafür und das ist Herr Landesrat Wagner. Unsere Zusammenarbeit datiert nicht vom 23. November, sondern geht schon jetzt einige Monate hindurch und wir haben alles, was wir besprochen haben, auch eingehalten. Und wir haben uns auch nicht stören lassen, Herr Kollege Uhl, ob Du es glaubst oder nicht, von Torpedos aus Muziks Mund oder Sivecs Mund usw. Denn da war interessant festzustellen, daß es hier zwei Pole gibt in dieser SPÖ. Auf der Regierungsebene eine wirklich sachliche, gute Zusammenarbeit und aus dem Klub halt immer die Querschüsse. *(Abg. Sivec: Herr Finanzreferent! Wir haben gesagt, jeder Arzt, der nach Gänserndorf kommt, ist eine Bereicherung. Alles andere ist eine Unterstellung! - Abg. Muzik: Sie wissen, wenn man etwas langjährig fordert, wie schwer das ist!)*

Da habt Ihr Feuer frei gehabt auf mich, oder nicht? Mit Unterstützung des Klubobmannes, der zu Pressekonferenzen eingeladen hat, geredet hat von Studien. Diese Studien haben halt nur wenig Wert und haben auch nicht dazu beigetragen, die alten Standpunkte in dieser Frage, auf denen Sie beharren, auch zu Lösungen zu führen. Dieses

Beharren auf den Konzepten von vorgestern bringt keine Lösung. Wenn Sie eine Lösung wollen, dann müssen Sie neue Wege gehen, um aus dieser Sackgasse herauszufinden. Das ist das, was wir heute brauchen.

Aber eines möchte ich loben an Ihnen, Herr Kollege Muzik. Sie engagieren sich anständig und wir werden einmal miteinander auch die Eröffnung des Gesundheitszentrums Gänserndorf feiern. Ganz sicher, das verspreche ich Ihnen. Dann werden Sie auch dort in der ersten Reihe sitzen, werden sich freuen, daß auf Grund des Grundsatzbeschlusses der NÖ Landesregierung von heute dann im Jahr 1996 voraussichtlich dieses Gesundheitszentrum errichtet sein wird. Sehen Sie nur zu, daß Sie bald auf diesen gemeinsamen Zug aufspringen, sonst sind Sie hinten geblieben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bisher merke ich von "gemeinsam" nur die Zusammenarbeit mit Eurem Landesrat für Gesundheitswesen. Und der hat heute auch gesagt in der Landesregierung, es soll auch in Zukunft der Gesundheitslandesrat zuständig sein. Und er hat Wert darauf gelegt, daß auch der Finanzlandesrat hier gemeinsam mit ihm zuständig ist. Ich weiß schon. Ich will das nicht interpretieren. Ich habe ihn jedenfalls in seiner Arbeit als Gesundheitslandesrat bestens unterstützt bisher. Und ich bin überzeugt, daß wir auch Ende April einen guten Bericht geben können über die Lösung der noch offenen Fragen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich bin seit einem guten Jahr Landesrat, habe als Raumordnungsreferent und das möchte ich Ihnen jetzt in Erinnerung rufen, jedenfalls im Jänner 1993 diese Arbeitsgruppe wieder aktiviert zur Spitalsversorgung in Niederösterreich mit dem Schwerpunkt Gänserndorf. Ich habe am 10. März 1993 die zweite Sitzung dieser Arbeitsgruppe selbst geleitet unter Beiziehung von Bezirksärztervertretern, habe Ende März 1993 den Auftrag gegeben an die Humanomed Krankenhausmanagement GesmbH zur Erstellung einer Konzeption zur optimierten Gesundheitsversorgung für den Raum Gänserndorf. Und am 2. September war diese Studie da. Diese Studie habe ich wie vereinbart dann der Arbeitsgruppe wieder zur Stellungnahme gegeben. Der Sanitätsdirektor hat eine Ergänzung gefordert. Am 4. Oktober habe ich die Studie der Humanomed dem Gesundheitsreferenten übermittelt. Ich habe dann am 27. Oktober mir die Stellungnahme der Ärzteschaft angehört. Die haben sich getroffen, haben das auch studiert. Am 11. November kam dann die abschließende Stellungnahme des Sanitätsdirektors und am 17. No-

vember ist dann die Ärztekammer informiert worden von der Humanomed. Am 23. November 1993 in der Früh haben wir gesagt, daß wir den Antrag stellen werden und wie wir weiter miteinander arbeiten werden. Und am 30. November ist schon der einstimmige Beschluß gefaßt worden.

Sie sehen also, daß alle Zeitpläne, die mir vorgegeben waren vom Landtag, von mir eingehalten wurden. Und wie geht es jetzt weiter? Was haben wir vor? Grundsätze für Verbesserungsvorschläge, darüber gibt es Einvernehmen. Von mir wurde vorgeschlagen, die Medizin soll zum Patienten kommen. Das ist wichtig, das kann man bei dieser modernen, zukunftsweisenden Lösung hier in Gänserndorf einmal verwirklichen. Die Sicherung der Notfallversorgung. Die Vermeidung der Schaffung von Parallelstrukturen, das ist heute schon einmal gesagt worden. Was die Ärzte leisten können oder was jetzt schon geleistet wird, braucht man nicht noch einmal leisten. Und was in dieser Einrichtung geschaffen wird, braucht man nicht woanders noch einmal haben.

Wir müssen ja mit dem Geld auch sparsam umgehen. Kooperation mit den umliegenden Krankenhäusern, mit allen umliegenden Krankenhäusern ist daher eine Selbstverständlichkeit. Und die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips, das heißt eine Aufgabenteilung soll natürlich bei allen Einrichtungen hier durchgeführt werden. Alles, was es im Bezirk Gänserndorf gibt - und da gibt es viel Vorbildliches - soll hier mit einbezogen werden. Es ist nur schade, daß, was da ist, oft von Euch schlecht gemacht wird. Es ist viel mehr da in diesem Bezirk Gänserndorf, als Ihr glaubt.

Grundsätzliches Ziel ist es, und darüber haben wir uns verständigt. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Grundsätzliches Ziel ist für die Region Gänserndorf und seine Bevölkerung, die optimale medizinische Versorgung unter Beachtung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte, das sind auch Baukosten, Folgekosten etc., für die Zukunft zu finden. Und wenn Ihr alle meine Aussendungen einmal lest - macht Euch die Mühe und lest sie einmal - dann werdet Ihr überhaupt kein beleidigendes Wort darinnen finden. Ihr könnt getrost nachschauen, Ihr werdet auch keine Zahl darinnen finden dergestalt, daß das 33 Millionen kosten soll. Alles, was Ihr mir da so in den Mund legt, hat halt irgendjemand geschrieben. Aber lest meine Aussendungen im Original. Und dann vergleicht bitte einmal mit Euren eigenen Aussagen. Ich habe zuletzt am 11. Oktober 1993 gesagt, warum ein Krankenhaus, ein eigenes, im Bezirk Gänserndorf weder medizinisch noch

wirtschaftlich sinnvoll ist. Und habe hinzugefügt, was ich immer gesagt habe: Es muß der Bevölkerung geholfen werden! Es muß daher Alternativen geben, wenn es diese Lösung nicht gibt. Selbstverständlich werden diese Alternativen auch etwas kosten. Und es wird jetzt auch bis zum April untersucht, was es kostet. Da gibt es für mich nur eines: Es muß die optimale Gesundheitsversorgung des Bezirkes Gänserndorf sichergestellt sein. Erst dann reden wir weiter! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und LR Wagner.)*

Und eines ist für mich auch klar: Daß die Ärzte, die dort tätig sind im Bezirk Gänserndorf und die Einrichtungen, die es dort schon gibt, mit einbezogen werden bei der Gestaltung und bei der weiteren Arbeit im Sinne unserer Bevölkerung. Wenn man das alles liest, dann kannst Du eigentlich, Herr Kollege, nicht da hergehen und sagen, der Freibauer hat die Zeit versäumt oder dies nicht gemacht oder jenes nicht gemacht. Es sind im Interesse der Bevölkerung alle Vorkehrungen getroffen worden!

Noch einmal meine Einladung jetzt für diese drei wichtigen Teile dieses Gesundheitszentrums, um auch Eure Mitarbeit hier einzubinden. Von den Gemeinden her, als Bürgermeister, in den Diskussionen, die stattfinden werden. Das ist jetzt notwendig. Es bringt uns nicht weiter, wenn man immer sagt, das, was vor 20 Jahren einmal in einer Unterschriftenaktion gefordert wurde, ist heute noch aktuell. Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, dann kommen wir nicht zusammen. Dann nehmt Euch ein Beispiel an Eurem Gesundheitslandesrat. Der weiß, wie man miteinander einen zukunftsweisenden Weg geht! Dort solltet Ihr Euch anschließen. Und wir werden eine Notfallversorgung dort weiter ausbauen. Die Zielgruppe ist klar. Das sind die Notfallpatienten, für die sich eine Verkürzung der Wegzeit ergibt. Die Leistungen, die wir uns dort vorstellen, sind vor allem ein 24-Stundenbetrieb. Das gibt es noch nicht so, wie behauptet. Eine Integration des Notarztstützpunktes in diese Einrichtung. Ein beleuchteter Hubschrauberlandeplatz, der auch in der Nacht verwendet werden kann. Ein Schockraum für die Erststabilisierung sämtlicher Notfallpatienten, insbesondere der Unfallopfer. Das in Ergänzung zu den im allgemeinen guten, bestehenden Einrichtungen. Aber man kann nicht behaupten, das gibt es schon alles. Und daher ist es nichts mehr. Unter Vermeidung unnötiger Parallelstrukturen und in Kooperation mit allen umliegenden Krankenhäusern, das möchte ich noch einmal betonen. Auch mit Wien selbstverständlich. Denn auch wenn wir das alles

zustande bringen, wird es immer noch Leute geben, die ein Bett brauchen in einem der umliegenden Krankenhäuser. Ich werde dann noch darauf kommen, daß das in unserem Beschluß steht und daß daher anderes nicht notwendig ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, mit den niedergelassenen praktischen Ärzten und Fachärzten, das ist der eine Teil. Der zweite wichtige Teil heißt, die Nachsorgeeinrichtungen. Warum jammern die Leute? Weil sie zu verschiedenen Kontrollen dann wieder in ein weit entferntes Krankenhaus fahren müssen. Das kann genauso gut in Gänserndorf stattfinden. Daher bilden diese Zielgruppe alle jene Patienten aus dem Raum Gänserndorf, die zu bestimmten Nachuntersuchungen schon heute nicht an den niedergelassenen Arzt überwiesen werden können. Und die Leistungen betreffen alle jene Nachbehandlungen und Kontrollen, die nicht in einer Ordination durchgeführt werden können, aus Qualitätssicherungsgründen vom erstbehandelnden Arzt aber durchgeführt werden müssen und sollen. Und der Arzt, die Medizin kommt näher zum Patienten nach Gänserndorf. So stellen wir uns das vor. Dort wird es Röntgen und Labors geben. Und es sollen grundsätzlich nur terminisierte Behandlungen mit Überweisungen vom Krankenhaus oder vom niedergelassenen Arzt durchgeführt werden. Wieder zur Vermeidung von Parallelstrukturen, daher kein öffentlicher Ambulanzvertrag.

Der dritte wichtige Teil dieser Einrichtung des medizinischen Zentrums Gänserndorf wird heißen Tagesklinik. Das ist nicht die Tagesklinik, die die Gänserndorfer SPÖ da erfunden hat bei Heliosan. Das ist eine Gemeinschaftspraxis, was die hier verkaufen wollten als Tagesklinik. Eine echte Tagesklinik schaut anders aus. Das haben die Fachleute festgestellt. Fragen Sie dazu den Sanitätsdirektor und andere, die werden das bestätigen.

Zielgruppe für die Tagesklinik sind alle jene Patienten, die für planbare kleine Eingriffe und Operationen derzeit eines stationären Krankenhauses-Kurzaufenthaltes bedürfen und deren Betreuung nach der Entlassung gesichert sowie deren allgemeiner stabiler Gesundheitszustand gegeben ist. Die Leistungen, die dort erbracht werden, stehen außer Diskussion. Ich möchte nur hinzufügen, daß auch die Gebietskrankenkasse mit dem Generaldirektor Rupp schon mit den Ärzten gesprochen hat. Auch der befürwortet die Einrichtung, die Ärzte selbst befürworten sie. Welche Leistungen wird man also erwarten können? Alle

tagesklinischen Krankenhausleistungen mit geringem Zeitaufwand und mit geringem Komplikationsrisiko. Aus der Sicht der NÖ Landessanitätsdirektion ist daher ein medizinisches Zentrum in Gänserndorf mit Nachtbetrieb zusammen mit einem forcierten Ausbau der umliegenden Krankenhäuser die sinnvollste Lösung für eine Verbesserung von Sicherheit und Komfort für die Bevölkerung des Bezirkes.

Das sind die drei Hauptbestandteile. Und da gibt es viele andere Zusammenarbeitsmöglichkeiten noch im Bezirk. Und auch die offenen Fragen sind deutlich angesprochen worden. Wir machen da niemandem etwas vor, wir haben noch nicht alles gelöst. Offen ist die Frage des Rechtsträgers. Ich bin gespannt, ob sich da auch alle so reißen darum, Rechtsträger zu werden. Es ergeht die Einladung an den SPÖ-Gemeindevertreterverband, hier auch mitzuwirken.

Punkt Zwei: Konkretisierung der medizinischen Leistungen im Medizinischen Zentrum Gänserndorf, eine Verfeinerungsstudie. Wir, Wagner und Freibauer, werden, so nehme ich an, schon in den kommenden Tagen die Humanomed, die ja die erste Grundstudie gemacht hat, auffordern, auch ein Angebot zu legen über die Fortsetzung. Was soll die Fortsetzung kosten, was ist hier noch zu verfeinern, zu untersuchen? Das ist eine offene Frage. Der Auftrag der Regierung lautet, wir sollen das gemeinsam lösen.

Und der Punkt Drei: Vorkehrungen für ergänzende spitalsmäßige Versorgung. Und jetzt kommt der springende Punkt: Vorkehrungen für ergänzende spitalsmäßige Versorgung von Niederösterreichern in Wien. Ursprünglich habe ich eigentlich geglaubt, wenn wir da hinschreiben, für die Gänserndorfer Bevölkerung in Wien, würde das reichen. Über Wunsch von Herrn Landesrat Wagner haben wir uns dann geeinigt auf alle Niederösterreicher, die in Wien einen Platz suchen. Denn es gibt auch in Purkersdorf solche Probleme und anderswo. In Zusammenarbeit kommt man zu guten Lösungen.

Vorbereitende Gespräche mit Vertretern des Landes Wien werden wir führen, wir haben schon ein positives Echo von dort. Vizebürgermeister Mayr als Finanzreferent hat gesagt, reden wir darüber, alles andere ist nicht sinnvoll. Ich will das nicht ausführen, was er gesagt hat über Eure Pläne. Gesucht ist daher die dauerhafte Lösung, auch des Fremdpatientenproblems, dauerhaft und nicht nur bis zum Ende der KRAZAF-Vereinba-

rung. Und alles geht soweit in Ordnung, überflüssig ist nur eines, der Resolutionsantrag! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn der soll wieder nur signalisieren, da ist die Regierung und auch wenn sich die noch so einig sind, wir vom SPÖ-Klub, wir wissen es besser. Oder ein Teil davon, es sind ja nicht alle. Und wir werden eine Gegenposition aufbauen. Verzichten Sie auf diesen Resolutionsantrag, der bringt nichts! Setzen wir auf Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme im Bezirk Gänserndorf. So, daß wir schneller weiterkommen als in den früheren Jahren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wird ja immer versucht, eine bestimmte unterschiedliche Strategie herauszuarbeiten. Diese ist nicht erkennbar, Herr Landesrat! Ich muß vielmehr feststellen, daß dies im Einklang mit unseren Überlegungen steht. Nämlich, daß wir zur Beschleunigung der Entscheidung von den Abgeordneten aus der Region eben diese Maßnahmen, diese Resolutionen, auch diese Pressekonferenz eingeleitet haben. Und ich bin überzeugt, daß das sicher zur Entscheidungsfindung oder zur Beschleunigung wesentlich beigetragen hat. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es ja jetzt gerade gesehen. Ich muß vielleicht einmal folgendes Mißverständnis aufklären. Der Herr Landesrat Wagner ist zuständig als Gesundheitslandesrat, aber gleichzeitig liegt die Entscheidung nicht allein bei ihm: Sonst könnte sich ja Herr Landesrat Mag. Freibauer nicht so zu Wort melden und auch nicht Enqueten abführen, wenn hier keine Zuständigkeit bestünde.

Für Herrn Landesrat Freibauer bestehen zwei Zuständigkeiten in Wirklichkeit in diesem Problem. Nämlich die eine über die Raumordnung und die zweite Zuständigkeit über die Finanzgebarung, also über die Finanzen. Das bedeutet, daß ohne den beiden Landesräten keine Entscheidung getroffen werden kann. Und ich habe das immer so gesehen, daß der erste Schritt in der Raumordnung gesetzt werden muß. Nämlich aus der Überlegung heraus, eine Versorgung eben dieser Region angedeihen zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon so, daß sehr lange diskutiert wurde und

ich möchte jetzt gar nicht in die Geschichte eingehen und Geschichtsforschung betreiben. Wir alle wollen gemeinsam und endgültig die Debatte abschließen mit einem positiven Ergebnis, mit einer besseren medizinischen Versorgung dieser Region. Ich habe nie den Eindruck gehabt, daß hier Presseaussendungen in irgendeiner Form, weder von der einen Seite noch von der anderen, sozusagen beleidigend waren. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich muß schon eines feststellen: Tatsache ist, daß versucht wurde, über die Raumordnung hier einmal die Kompetenz zu zeigen. Und daher wurde auch immer wieder von unserer Fraktion im Sinne der Unterstützung von Landesrat Ewald Wagner versucht, daß die Raumordnung den ersten Schritt der Entscheidung setzt. Damit Landesrat Wagner als Zuständiger für die Gesundheitsversorgung letztlich dann nachsetzen kann. Das ist kein Widerspruch, sondern ganz im Gegenteil, ich behaupte, das ist eine sinnvolle Ergänzung. Und es ist auch sinnvoll, wenn jetzt dieser Regierungsbeschluß, dieser einstimmige Beschluß herbeigeführt wurde. Und ich sage noch etwas: Ich bin sehr froh darüber, daß dieser Beschluß heute gefaßt wurde. Ich begrüße ihn sehr. Ich bin sehr froh darüber, daß diese Einhelligkeit hergestellt wurde. Daß der Beschluß noch in diesem Jahr, dem Resolutionsantrag entsprechend gefaßt wurde. Jetzt wird sich der eine oder andere fragen, worin besteht nun dieser graduelle Unterschied? Ich teile mit Landesrat Mag. Freibauer durchaus die Auffassung, daß neue Wege gegangen werden sollen, daß ganz neue medizinische Linien aufgebaut werden sollen. Aber man sollte auch sich dessen bewußt sein, daß vielleicht, bevor diese endgültige Entscheidung getroffen wird, dennoch überlegt werden soll bis zum 30. April 1994, ob es nicht auch notwendig ist, für die Gänserndorfer Bevölkerung - und ich setze das unter Anführungszeichen - ein "Bezugsspital" herzustellen. Ich sage das deshalb, weil es notwendig ist, nicht nur das Fremdpatientenproblem allgemein zwischen Niederösterreich und Wien zu lösen, sondern darüber hinaus auch einen sogenannten Anspruch auf Beanspruchung eines Krankenhauses oder mehrerer Krankenhäuser zu haben. Denn wo liegt denn das Problem der Bevölkerung? Wo liegt denn das Problem für die Bevölkerung? Das Problem liegt darin, daß, wenn ein Patient eingeliefert werden muß, überall gefragt wird, ob Platz ist. Und Interventionen und alles, was da notwendig ist, das ist ja etwas Unwürdiges in Wahrheit. Denn ein Patient muß wissen, wenn ich Hilfe brauche, kann ich dieses Spital anfahren und ich werde aufgenommen. Und darum geht es eigentlich. Das heißt also, wir

wollen durchaus in der Diskussion bis 30. April 1993 noch Positives anbringen. Und ich bin überzeugt, daß diese Diskussion positiv abgeschlossen wird und dieses große Problem, das über viele Jahre bestanden hat, auch gemeinsam gelöst wird. Und ich bin auch überzeugt davon, daß wir gemeinsam diese Eröffnung letztlich vornehmen werden. Ich bin auch Weinviertler, nicht unmittelbar aus Gänserndorf, aber Weinviertler. Aber ich sage, daß wir regional, aber nicht mit derartigen Zahlen agieren dürfen, so viele Einwohner und dann gibt es erst ein Spital. Darum ist es ja überhaupt nicht gegangen. Wir haben ja immer die Möglichkeiten der endgültigen Lösung offen gelassen. Wir haben immer eine rasche Lösung für die Bevölkerung verlangt. Darin ist eigentlich unsere Initiative zu sehen, darin sind auch die Bemühungen vor allem der Abgeordneten Sivec und Muzik zu sehen. Und ich sehe keinen Gegensatz sozusagen zwischen Freibauer, Wagner oder unserem Klub. Sondern ich glaube, daß es wesentlich beigetragen hat zur Beschleunigung der Entscheidungsfindung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Landesrat Wagner.

LR WAGNER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wenn man in den letzten eineinhalb Tagen Kollegen, die schon lange im Landhaus sitzen, gefragt hat, wie empfindest Du die Budgetdebatte, dann waren manche der Meinung, es sei etwas flau. Keine Frage also, daß diese heutige Debatte rund um die spitalsmäßige Versorgung des Bezirkes Gänserndorf vielleicht etwas Farbe in diese Diskussionen gebracht hat. Ich empfinde es daher sicherlich als eine Bereicherung und ich empfinde es vor allem auch als Beweis dafür, daß man wirklich bereit ist, sich ernsthaft mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es ist aber auch aus dieser Debatte abzulesen, daß es halt in der Politik manchmal sehr schwer ist. Wir waren offensichtlich noch nie soweit beisammen und trotzdem gibt es derart emotional geführte Diskussionen. Das ist auch nur eine Feststellung und auch hier nicht als Kritik gemeint.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es war für mich ganz klar heute in der Regierung, daß der Antrag in die Richtung abgeändert würde, daß nicht nur der Gesundheitsreferent für diese Frage zuständig ist, sondern natürlich auch der Raumordnungsreferent, der zufällig auch Finanzreferent ist. Wäre das nicht der Fall, dann müßten es eigentlich drei sein, die dafür zuständig sind.

Denn eines ist völlig klar: Wenn wir dieses Problem nachhaltig in der Zukunft lösen wollen, dann müßten einfach diese drei Ressorts gemeinsam versuchen, eine vernünftige Lösung zu erreichen.

Etwas, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich vielleicht an dieser Stelle nur als Anmerkung sagen: Ich hätte gar keine Möglichkeiten, Studien zu vergeben. Im Budget, das ich zur Verfügung habe im Gesundheitsbereich, gibt es für eine Studie nicht einen Schilling. Nur, damit das auch einmal klar ist. Das heißt, ich hätte nicht einmal Studien in Auftrag geben können. Und ich bin sehr dankbar, daß der Finanzreferent und Raumordnungsreferent, der offensichtlich dafür Geld hat, diese Studien anfertigen ließ.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Noch etwas, das sicher auch für manche andere Ressorts in Österreich und in Niederösterreich gilt, aber ganz besonders für die Gesundheit. Die Gesundheitsreferenten auf Bundesebene und auch in den Bundesländern müssen zur Kenntnis nehmen, daß sehr oft die Gesundheitspolitik nicht vom Gesundheitsreferenten gemacht wird, sondern die Gesundheitsreferenten in Wahrheit zuschauen dürfen, was die Finanzreferenten beschließen. Sei es nun bei KRAZAF-Verhandlungen, sei es bei vielen anderen Gesprächen. Und daher sei noch einmal darauf verwiesen, daß es gescheit ist, daß wir beide jetzt dafür in der Zukunft versuchen müssen, eine Lösung zu finden, die also das Problem aus der Welt schafft.

Lassen Sie mir, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das Ganze vielleicht noch einmal aus meiner Sicht in kurzen Worten darstellen. Für mich ist diese Frage Gänserndorf, wenn Sie wollen, die Spitze eines Eisberges. Wenn auch - und das ist schon klar - dieser Eisberg schon mehr als 20 Jahre sichtbar ist. Und der Berg nicht kleiner wurde, sondern eher größer wurde. Ich sehe aber als Gesundheitsreferent - und das hat Landesrat Freibauer schon angeschnitten - das als ein generelles Problem der spitalsmäßigen Versorgung in der Ostregion. Denn die geographischen Verhältnisse sind ja nicht abzustreiten. Daß durch Jahrhunderte dieses Bundesland mitten im Herzen Wien hat und daß über viele Jahre und Jahrzehnte die gesundheitliche Versorgung in Niederösterreich deshalb funktioniert hat, weil wir die Möglichkeit hatten, in Wiener Spitälern unterzukommen. Natürlich hat in den letzten Jahren die Finanzfrage immer mehr dies beeinflußt und dazu geführt, daß man in Österreich über ein Fremdpatientenproblem gesprochen hat. Das aus

der Sicht der Patienten ja wirklich das letzte, das geringste Problem darstellte. Dann muß aber schon klar sein, daß für mich die wichtigste Aufgabe ist, das Problem als Ganzes zu sehen. Und ich sage noch einmal, daß Gänserndorf natürlich ein ganz spezielles Problem ist mit einer ganz besonderen Dringlichkeit. Ich glaube das ist allen hier Anwesenden völlig klar. Und es ist auch mein Ziel - und das ist überhaupt keine Frage, weil ich genau weiß, daß es nicht anders geht - hier eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.

Lassen Sie mir, meine Damen und Herren, vielleicht auch einmal die Frage darstellen, wieso denn das alles so schwierig ist. Natürlich haben wir ein Bundes-KAG. Natürlich haben wir ein Landes-KAG. Aber natürlich gibt es auch hier viele Grauzonen. Es heißt also im Bundes-KAG, daß jedes Land für die Bevölkerung entsprechende Einrichtungen sicherzustellen hat. Und wenn es das Land nicht kann oder nicht will, daß man sich anderer Träger eben bedienen kann. Auf der anderen Seite hat der Verfassungsgerichtshof - und das ist ja genau die Crux bei der Geschichte - in einem Erkenntnis vom 6. Oktober 1988 gesagt, das Land Wien ist nicht verpflichtet, für andere, nämlich für woanders wohnhafte Patienten die Versorgung wahrzunehmen. Und das macht ja in Wahrheit das Problem so schwierig. Und in Wahrheit wird man, wenn man das Problem auf den Tisch legt, schon die nächste Frage hören, was wird das kosten? Und das hat das Problem so schwierig gemacht.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ich noch einmal die Dimension klar mache, wie es sich für mich darstellt. Und es mag schon stimmen, daß vielleicht der Dr. Schwarz aus der Raumordnungsabteilung über meine Milchmädchenrechnung hier etwas lächelt. Aber es kann doch nicht so sein, wenn man die Zahlen betrachtet, daß durchschnittlich in Niederösterreich die Bettenzahl pro tausend wesentlich höher ist als im Wiener Umland. Das ist der Hinweis darauf, daß eben noch immer viele niederösterreichische Patienten in Wien versorgt werden und es daher im Wiener Umland zu wenig Betten gibt. Daher kann nur das Bestreben sein, daß wir nicht jetzt im Wiener Umland neue Betten errichten, neue Kapazitäten schaffen, die möglicherweise eines Tages in Wien sozusagen abgebrochen werden müssen. Das wäre doch wohl das Dümme, was man überhaupt tun könnte. Noch dazu, weil wir ja wissen, daß die finanziellen Ressourcen nicht mehr werden, sondern weniger. Und daher war es immer mein Ziel, meine sehr geschätzten Damen und Herren, an dem Problem Gänserndorf

deutlich zu machen, daß wir versuchen müssen, das Gesamtproblem zu lösen. Dazu kommt, daß uns ja der KRAZAF beauftragt hat, die Länder Wien und Niederösterreich, die Frage der spitalsmäßigen Versorgung im Wiener Umland gemeinsam zu lösen. Nur weil wir das damals zugesagt haben, war es auch möglich, damals diese Milliarde per Beschluß für St. Pölten zu bekommen, den 480-Millionen-Beschluß für Korneuburg. Weil damit sozusagen klar war, daß wir nicht so wahnsinnig sind, jetzt neue Strukturen aufzubauen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gibt in Gänserndorf keine Probleme, die im Akutbereich gelegen sind, weil natürlich vom Gesetz her vorgesehen ist, wenn ein Patient akut krank ist, dann hat ihn ein Krankenhaus zu nehmen. Den kann man nicht herumschicken.

Es gibt aber das Problem und das ist sicher richtig, wenn es auch dann immer wieder heruntergespielt wird und manchmal, vielleicht von Fall zu Fall nicht richtig dargestellt wurde, daß es bei geplanten Operationen Probleme gibt. Und genau das ist natürlich das Problem, das Patienten in diesem Bereich verunsichert. Und daher stehe ich auch dazu, daß die Ideallösung sicherlich aus meiner Sicht aus zwei Schritten besteht. Schritt Nummer 1, wenn Sie wollen, ist die Möglichkeit, wie der Herr Landesrat gesagt hat, die Medizin zu den Patienten zu bringen. Also eine Notfallambulanz, eine Tagesklinik und die Möglichkeit der Nachsorge. Um dem Patienten zu ersparen, daß er unter Umständen viele Kilometer fahren muß, nur um in fünf Minuten irgendwo eine kleine Naht unter Umständen erneuert zu bekommen.

Es ist aber genauso wichtig, meine sehr geschätzten Damen und Herren, parallel dazu dafür zu sorgen, daß wir die Möglichkeit haben, daß Patienten aus dem Bezirk Gänserndorf - und jetzt sage ich Purkersdorf und Schwechat auch noch dazu - wenn eine geplante Operation fällig ist, daß man nicht die Frage stellt, wo kommst du her, sondern bestenfalls die Frage stellt, was fehlt dir und an welche Abteilung gehörst du. Meine sehr geschätzten Damen und Herren - und das müssen wir einfach zuwege bringen. Weil uns kein Mensch fragen wird, warum habt ihr es nicht zusammengebracht, sondern nur mehr die Frage im Raum steht, wann werden wir imstande sein, dieses Problem zu lösen.

Und ich gehe davon aus, daß jetzt neben den Verfeinerungsstudien, die auch noch sagen können, wo eventuell Schwachpunkte sind, wo man noch verbessern könnte, auch noch einmal

festgelegt werden muß, wie hoch ist der Investitionsbedarf, wie werden die Folgekosten sein? Wer wird die Folgekosten tragen? Das ist natürlich eminent wichtig. Dann ist natürlich auch die Frage zu stellen, wer wird diese erforderlichen Leistungen am besten erbringen? Und die zweite Frage wird sein, wie schnell wird es möglich sein, mit den Freunden in Wien die entsprechenden Gespräche zu führen, damit wir wissen, ob wir dort fündig werden.

Diese Gespräche sind zu führen und wir haben ja auch vereinbart, daß das auf höchster Ebene geschehen sollte. Und ich glaube, daß man in der Ostregion gut beraten ist, schon im nächsten Jahr diese Fragen zu klären. Denn es sind ja diese Fragen, die hier auf dem Tisch liegen in Wahrheit Vorfragen für die KRAZAF-Verhandlungen 1995. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie immer in den letzten Jahren begannen die Verhandlungen doch sehr zeitig. Nur, in der Konsequenz, als es ans Eingemachte ging, nämlich ans Geld, begann es sich zu spießen. Und jedes Mal hat man den KRAZAF noch mit Ach und Weh über die Runden gebracht. Wenn wir daher imstande sind, schon im Vorfeld diese so wichtige Frage zu lösen, dann könnte zumindest aus der Sicht der Ostregion der KRAZAF 1995 an dieser Frage nicht mehr scheitern. Und ich sehe daher in dieser Lösung des Problems Gänserndorf eine große Chance, daß wir als Niederösterreicher für die Patienten in unserem Bundesland in der Zukunft die bestmögliche Versorgung sichern. Ob das nun in einem niederösterreichischen Spital ist, das entsprechende Einrichtungen anbieten kann, ob das in einem Wiener Spital ist, weil es um Spitzenversorgung geht oder ein Spital ist, das vor der Haustür liegt, wird sich weisen. Denn man kann einem Groß Enzersdorfer nicht einreden, daß er nach Mistelbach gehen muß. Man wird sich auch schwer tun, zu sagen, du mußt in ein Spital gehen, das am anderen Ende von Wien liegt.

Daher - und das ist dieser Begriff und ich bitte, in diesem Begriff nichts Schlimmes zu sehen - ein Bezugsspital. Das heißt also, daß man sagt, wenn ich in ein Krankenhaus komme, dann weiß ich, daß es in einer einigermaßen für mich erträglichen Nähe ist. Sodaß ich auch weiß, wenn meine Freunde, meine Bekannten, meine Eltern mich besuchen, daß das auch denen zumutbar ist. Das und sonst gar nichts. Hinter dem Begriff verbirgt sich wirklich nichts Schlimmes. Es ist keine Falle! Es war einfach der Versuch, klarzumachen, daß die Gänserndorfer halt ein Spital haben, in dem sie sich auch wohl fühlen

können und wo sie wissen, daß sie dort auch wieder gesund werden. In diesem Sinne, meine sehr geschätzten Damen und Herren, glaube ich also, daß wir in dieser Frage so weit sind wie nie zuvor. Und ich gehe davon aus, daß dem Kollegen Freibauer und mir es gelingen wird, in der Zusammenarbeit, wie wir sie in den letzten Wochen versucht haben, auch dieses Problem zu lösen. Wir werden aber, das ist auch klar, natürlich in weiterer Folge die Mitarbeit aller Beamten brauchen in diesem Lande, da noch weitere Fragen zu lösen sind. Wir werden sicherlich viele Gespräche führen müssen, um zu einem Ende zu kommen. Aber ich sehe eigentlich die Zukunft dieser Frage sehr rosig. Und ich bin zuversichtlich, daß wir gemeinsam das Problem auch lösen können. *(Beifall bei der SPÖ und Abgeordneten der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich darf gleich eine Vorbemerkung machen, ich spreche nicht zur ärztlichen Versorgung im Bereich Gänserndorf. Sehr wohl aber zur Gruppe 5, in der es weitgehend um gesundheitliche Angelegenheiten, um ärztliche Versorgung, aber auch um Fragen des Umweltschutzes, des Naturschutzes und insbesondere des Landschaftsschutzes geht. Ich möchte aber vielleicht vorweg auf Grund der jetzt gerade sehr intensiv geführten Debatte und Diskussion zu diesem Thema ärztliche Versorgung, Krankenhaus bzw. zum Gesundheitsbereich einige Feststellungen treffen. Wir haben am heutigen Tag oder in den letzten Stunden sehr ausführlich diskutiert die Einsatzbereiche der Rettungsorganisationen bis hin zum Hubschraubereinsatz im besonderen - Kollege Abgeordneter Wöginger hat das erwähnt - im Zusammenhang mit der bestmöglichen ärztlichen Versorgung und der Bereitstellung von Intensivbetten für jene Notfälle, die unverzüglich eingeliefert werden müssen.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß nicht nur in Gänserndorf eine gesundheitliche Versorgung notwendig ist, sondern wir auch sehr wohl im Bezirk Melk im Rahmen unseres Krankenhauses entsprechende Investitionen benötigen. Ich wollte das an sich nicht erwähnen, aber gerade um eine gewisse Ausgewogenheit im Lande Niederösterreich bei diesen Anstalten und Einrichtungen zu erreichen, darf ich betonen, daß auch noch im Rahmen

dieser Landtagssitzung, nicht am heutigen Tage, ein Tagesordnungspunkt unter der Ziffer 55/H-11/1 ansteht zur Beschlußfassung, in dem es darum geht, für das Krankenhaus Melk entsprechende Investitionen zu genehmigen. In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß der Ausbau, nämlich die weitere Ausbaustufe des Krankenhauses Melk, insbesondere der Wirtschaftstrakt und der Küchentrakt, der hier mit einer Gesamtkostensumme veranschlagt ist von 51 Millionen Schilling, in dieser Landtagssitzung beschlossen werden soll. Ich darf dazu wirklich alle herzlich einladen. Ich darf weiters auf die Bedeutung hinweisen, daß im Hinblick auf die Funktionalität des Krankenhauses diese Investition unbedingt erforderlich ist. Und daß selbstverständlich im Zusammenhang mit dieser Investition ein wesentlicher Impuls auch für die Wirtschaft in

unserem Bezirk gesetzt wird und natürlich darüber hinaus entsprechende Arbeitsplätze in diesem Krankenhaus vorhanden sind.

Ich möchte aber betonen den Bezug - und das ist, glaube ich, in unserem Bezirk vorbildlich - daß ein Bezug dann herzustellen ist für die Patienten, daß das bestmögliche Krankenhaus, welches diese Serviceleistung anbieten kann, von den Rettungsorganisationen angefahren wird. Es ist der Herr Bürgermeister Gansch aus Scheibbs hier, aber auch der Bereich des Krankenhauses Amstetten und Zwettl, ja selbst Lilienfeld kommt noch in Betracht. Hier wird optimal für den Patienten gearbeitet und das darf ich in diesem Zusammenhang auch an dieser Stelle betonen. Ich möchte mich bei allen, die zur Vorbereitung dieser Unterlage, zur Vorbereitung dieses Investitionsprojektes beigetragen haben, daß die Beschlußfassung noch im heurigen Jahr möglich ist, sehr, sehr herzlich bedanken.

Ich komme zum eigentlichen Thema, zu dem ich mich zu Wort gemeldet habe, das ist der Bereich des gesamten Naturschutzes, Landschaftsschutzes, der gesamten Gestaltung unserer Landschaft. Es geht darum, jene Maßnahmen zu setzen, die auch eine finanzielle Basis und eine finanzielle Ausstattung bilden, um die Voraussetzung für eine intakte Landschaft zu haben. Nämlich der Landschaftsfonds, der in unserem Budgetansatz in der Gruppe 5 mit 30 Millionen Schilling veranschlagt ist. Und wenn man hier nachliest in den Unterlagen, die wir bekommen haben, dann steht unter Punkt 5, daß dieser Fonds zur Förderung, Erhaltung und Schaffung von ökologisch wertvollen Landschaftselementen dient. Eingeschlossen ist im besonderen die Landwirtschaft, Jagd, Tourismus, Dorferneuerung, Naturschutz usw. Es sind wesentliche Punkte, die hier durch den Landschaftsfonds finanziert werden sollen.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf aber festhalten, daß Landschaftsschutz nicht etwas Neues ist. Ich glaube, die Erhaltung unserer Landschaft, Landschaftsschutz, Naturschutz ist für all diejenigen, die diese Landschaft bisher bearbeitet und gepflegt haben, etwas Altbekanntes. Und es waren zum überwiegenden Anteil die Bauern, die durch ihre Bewirtschaftung und aus einem Selbstverständnis heraus, aus einem Verantwortungsbewußtsein zu unserer Schöpfung ganz einfach diese Landschaft so gestaltet und erhalten haben, daß es möglich ist, daß wir heute überhaupt noch eine schützenswerte Landschaft vorfinden. Es erhebt sich gerade bei unseren Landschaftsdiskussionen immer die

Frage, wie schaut es denn aus mit Erhaltung von Kulturlandschaft und mit der Naturlandschaft? Gerade dieser Bereich der Kulturlandschaft, die weitgehendst von Bauernhand erhalten und gepflegt wurde, ist jener Bereich, den wir unter Landschaftsvielfalt verstehen. Nämlich die Wechselwirkung von Wiesen, Wäldern, Feldern und natürlich auch Bächlein, Seen und allen Reizen, die wir in unserer Landschaft vorfinden.

Ich darf weiters ausführen, daß wir natürlich durch Bauwerke und ähnliches sehr viele Eingriffe in diese Naturlandschaft, aber auch in unsere Kulturlandschaft vornehmen. Auf der einen Seite ist schon angeführten natürlichen Bereiche, auf der zweiten Seite aber alle Bauten, die wir in die Landschaft setzen. Besonders ist zu erwähnen in diesem Zusammenhang, daß natürlich auch Bauten, Einbauten wie für Leitungen und ähnliches, die Landschaft wesentlich beeinflussen, leider nicht immer positiv.

Man muß dazu sagen, daß gerade die Fragen der Raumordnung von sehr grundsätzlicher Art sind. Fragen, die die Bereiche der Raumordnung ganz klar auf Grund ihrer Aufgabenstellung Lösungen zuführen. Wir bekennen uns zur Raumordnung. In den jeweiligen Ausschüssen laufen auch die diesbezüglichen Beratungen. Ob jetzt zugeordnet als Betriebsgebiet, in dem ein gewisses Ausmaß von Emissionen toleriert wird, bis hin zum Bauland/Agrargebiet und zum Bauland/Wohngebiet, wo natürlich die bestmögliche Sicherstellung des Erholungsbereiches erfolgen soll.

Ich darf mit Freude vermerken, daß sehr viel Bewußtsein im Zusammenhang mit der Landschaftsgestaltung gerade durch die Aktion Dorferneuerung entstanden ist. Diese Aktion ist ja auch in dem Text unserer Unterlage ausgeführt. Die durch unseren Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ins Leben gerufene Aktion Dorferneuerung bringt sehr vielfältige, sehr positive Wirkungen auf die Ortsbildgestaltung und darüber hinaus für die Belebung der Orte und in der Folge jetzt auch mit der Stadterneuerung für die Städte.

Wenn ich den wirtschaftlichen Bereich ansprechen darf, dann ist es so, daß gerade auch im Zusammenhang mit allen möglichen Arten von Tourismus, etwa dem Inlandstourismus, nachdem wir gerade im heurigen Jahr über die Österreichwerbung die sogenannte Sommerfrische wieder stärker bewerben, aber auch für jene Gäste, die vom Ausland kommen, hier eine Landschaftskulisse bereitgestellt wird, die den Gästen Freude

bereitete und diese hier sich ganz gerne wohl fühlen. Wer vielleicht die Möglichkeit hatte, am vorigen Samstag um 16.30 Uhr im TV FS 2 zu sehen, der hat ein besonders schönes und beschauliches Stück Landschaft im Fernsehen miterleben dürfen. Nämlich, "ins Land einig'schaut", wo das Waldviertel in seiner besonderen Pracht präsentiert wurde an einem Beispiel von Landschaftserhaltung und Landschaftsgestaltung. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es war nicht nur von meiner Gemeinde, so eng sehen wir das nicht. Landschaftsgestaltung ist ja in übergreifenden Zusammenhängen zu sehen. Und ich darf hier sehr positiv gerade diese Sendereihe erwähnen, 48 Quadratkilometer, wenn ich es genau ausführen darf, ein wesentlicher Teil des Landes Niederösterreich, das darf ich damit betonen, wurden gezeigt. Ich bedanke mich dafür.

Ich darf weiters erwähnen, daß zu einem lebendigen, lebhaften und belebten ländlichen Raum selbstverständlich alle Formen des Wirtschaftsbereiches mit dazugehören. Und ich darf gerade hier im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung unseres Landes, mit den Bauernhöfen die Thematik "Urlaub am Bauernhof" anschneiden. Gerade weil wir im Zusammenhang mit der Raumordnung und der Bauordnung gewaltige Probleme haben, fänden wir in diesem wichtigen Betriebszweig für viele bäuerliche Familienbetriebe ein Standbein, mit dem man auf der einen Seite den Kontakt zum Städter wesentlich nähren kann, andererseits ein entsprechendes Verständnis für die Aufgaben der Landschaftspflege und die Aufgaben der Landwirtschaft herstellen kann. Hier muß ganz einfach in der Raumordnung und insbesondere in der Bauordnung auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß auf diesen Betrieben auch die Einrichtung und der Ausbau von Ferienwohnungen möglich wird. Ich glaube, daß das ganz wesentliche Punkte sind, die wir auch im Zusammenhang mit der Landschaftserhaltung sehen müssen und sehen sollen. Der Landschaftsfonds ist ein Instrumentarium dazu. Ein Instrumentarium in jene Richtung, das die finanzielle Basis sicherstellen soll. Deswegen, weil es natürlich erste Ansätze, in die Zukunft zu denken bereits gibt. Es wurde ausschließlich mit Budgetmitteln, mit einer Summe von 30 Millionen Schilling der Bereich des Landschaftsfonds budgetiert. Und wir wissen alle, daß es sich dabei natürlich nur um erste Maßnahmen handeln kann. Um erste Maßnahmen, die ja zum Teil über den Distel-Verein in Zusammenhang mit den Aktivitäten des Naturschutzes Verwirklichung finden können. Um eine erste Maßnahmen, die im besonderen auch mit jenem Instrumentarium, das gerade sich geeignet auch darstellt, die Land-

schaftsleistungen der Bauern im Zusammenhang mit der Wirtschaftsintensität auch entsprechend zu honorieren.

Und so konnte ein erster Versuch gestartet werden im Rahmen dieses Öko-Punktemodells, in das etwa 1.000 Betriebe in der ersten Phase miteinbezogen sind, hier Erfahrungen zu gewinnen. Es geht einfach darum, daß zwei Bereiche im Rahmen des Öko-Punkteprogrammes, nämlich auf der einen Seite der Bereich der Bewirtschaftungsintensität und zweitens der Bereich der sogenannten Landschaftselemente - und diesbezüglich liegt ja auch ein gemeinsamer Resolutionsantrag vor - entsprechend Berücksichtigung finden kann. Wir wissen, daß sich dieser Fonds, der jetzt zukunftsweisend ins Leben gerufen wurde, mit 30 Millionen Schilling vom Land Niederösterreich dotiert, natürlich weiterentwickeln muß. Und wir sind nicht so halbherzig, wir legen auch klar die Finanzierungsvorstellungen auf den Tisch. Ich glaube, daß es notwendig ist, diesen Fonds in jene Richtung weiterzuentwickeln, daß wir ganz einfach landschaftsverbrauchende Elemente mit Abgaben versehen. Ich denke da an verschiedene Bereiche. Da kann man dort, wo Landschaftsabbau erfolgt, im Schotterbereich etwa, Überlegungen anstellen. Man kann natürlich auch dort, wo Landschaft verunstaltet wird mit verschiedenen Leitungen etc., die ebenfalls sich nachteilig auf das Landschaftsbild auswirken, Leitungsmastengebühren einheben. Und da gibt es eine gute Grundlage, im Zusammenhang mit der Steuerreform bestehen ja Möglichkeiten, daß sich die E-Wirtschaft einen entsprechenden Betrag, es wird von 1,6 Milliarden Schilling bundesweit gesprochen, ersparen kann. Und hier, glaube ich, gehört eine Schiene verlegt, daß man im Bereich der Fernwärme, im Bereich des Landschaftsfonds entsprechende Mittel flüssig macht.

Wenn zuerst vorhin im Bereich der Spitalsfinanzierung der Herr Landesrat davon gesprochen hat, daß hier jemand auf den Zug aufspringt, um noch mit dabei zu sein, dann ist hier beim Landschaftsfonds der Zug noch nicht so im Laufen, wie wir uns das vorstellen. Aber es waren Schienen verlegt. Eine dieser Schienen ist geistig hier bereits sehr klar von unserem Herrn Landesrat Blochberger verlegt worden, daß diese Bereiche des Landschaftsverbrauches entsprechend genutzt werden. Und es freut mich, daß auch die Sozialdemokratische Partei bereits dabei ist, die zweite Schiene hier mitzuverlegen. Ich kann der Presse entnehmen, daß der Herr Präsident Vogler auch die Weitergabe dieses Vorteiles aus der E-Wirtschaft anstrebt. Ich glaube, es kann vielleicht dann, wenn auch die zweite Schiene verlegt wird,

ein gemeinsamer, vernünftiger Weg für diesen Landschaftsfonds gefunden werden. Der Ausbau des Fonds ist natürlich im Hinblick auf seine Verwendung wesentlich. Und auch diesbezüglich gibt es ganz klare Vorstellungen. Ich darf hier drei Punkte besonderes herausstreichen. Der erste Punkt, daß für die flächendeckende Landschaftserhaltung entsprechende Beträge bereitgestellt werden. Wir wissen, daß hier die Aufwendung der Mittel und die Verteilung über das jetzt erarbeitete Öko-Punkteprogramm erfolgen soll.

Ich darf als weiteren besonderen Punkt anführen, daß es vor allem auch darum geht, daß wir der Ausdünnung, der Entsiedelung des ländlichen Raumes entgegenwirken wollen. Das hängt sehr stark mit Punkt 1 zusammen. Es geht darum, auch für unsere Gäste, für die gesamte Bevölkerung eine Landschaftskulisse bereitstellen, die in ihrer Artenvielfalt ganz einfach von der Bewirtschaftung her bis zu verschiedenen speziellen Einheiten sich der Bevölkerung präsentiert und sich als Lebensraum und als Erholungsraum für die Bevölkerung darstellt.

Der dritte Punkt geht sicherlich in Richtung der Artenerhaltung, die auch Gegenstand unseres Antrages ist. Ich habe darauf schon Bezug genommen. Es geht um die Artenerhaltung, wo verschiedene Landschaftselemente wiederum in jenen Landschaftsbereichen zu begründen sind. Es geht auch - wie Kollege Abgeordneter Hülmbauer bei der letzten Landtagssitzung erwähnt hat - um die Erhaltung wichtiger ökologischer Elemente, wie zum Beispiel Baumzeilen im Mostviertel und ähnliches. Man könnte natürlich die Reihe unendlich fortsetzen. Es gibt ökologische Kleinflächen, die in diesem Zusammenhang unbedingt bezüglich der Finanzierung mit einzubeziehen sind.

Ich darf vielleicht grundsätzlich sagen: Die Vorstellung eines belebten ländlichen Raumes, die Vorstellung einer vernünftigen Bewirtschaftung, miteinbezogen die Bewirtschaftungsintensität, ich darf das als Bauer nochmals betonen, ist die wesentlichste Grundlage, um Landschaft, um Grundwasser, um Luft, um Umweltfaktoren unserer Mitwelt und unserer Nachwelt zu schaffen und zu erhalten. In diesem Zusammenhang gibt es natürlich auch verschiedene Spezialitäten. Die also nicht nur "Zierleistenprogramme" und ähnliches darstellen, die im Zusammenhang mit verschiedenen Parks durchaus brauchbar in einem Gesamtkonzept Berücksichtigung finden können. Die Lösung geht nicht dahin, daß wir Naturparkghettos schaffen, wo Natur betrieben wird und auf der anderen Seite vielleicht intensive Bewirtschaftung.

Sondern die Lösung liegt wirklich darin, wie es im Rahmen dieses Öko-Punkteprogrammes vorgesehen ist. Wobei ich betonen möchte, daß Landschaftsschutz und alle Maßnahmen, die zur Erhaltung dieser Landschaft dienen, natürlich das Interesse der gesamten Bevölkerung findet. Die gesamte Bevölkerung hat Interesse an diesem intakten Lebensraum, an dieser intakten Landschaft. Und daher ist dieses Thema wirklich besonders wichtig. Gerade als Bürgermeister weiß ich ganz genau, daß wir immer mehr Probleme haben, wenn es darum geht, verschiedene Pflegemaßnahmen an Feldrändern durchzuführen, daß die Gemeindearbeiter, die Öffentlichkeit aufgerufen wird oder die Bevölkerung danach schreit, diese Leistungen hier von der öffentlichen Hand zu bezahlen. Man muß sagen, Landschaftsschutz wird es nur finanzierbar geben mit den Bauern. Daher ist gerade dieses Programm für mich besonders vordringlich zu behandeln.

Die Landschaftspflege, diese Leistungen, die von der Landwirtschaft erbracht werden, selbstverständlich durch das Öko-Punkteprogramm skizziert versetzt die Bauern damit in die Lage, für diese Leistungen eine Rechnung auszustellen. Die Rechnung ist die Landschaft, das Datum ist natürlich die jeweilige Witterung oder die Jahreszeiten, die sich in dieser Landschaft, auf dieser Rechnung präsentieren. Und die Bevölkerung ist diejenige, die also die Rechnung ganz einfach miterleben und sehen kann. Und ich hoffe, daß damit die Bereitschaft und der Wert, das zu akzeptieren und die Bereitschaft, diese Finanzierung auch entsprechend mitzutragen, gemeinsam gegeben ist.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Es ist erfreulich, daß das Land Niederösterreich, allen voran unser Umweltlandesrat Franz Blochberger, wiederum vorangegangen ist. Nämlich, da auch die Europäische Gemeinschaft versucht, diesen Weg zu gehen. Und es gibt seit Sommer 1992 im Zusammenhang mit der gemeinsamen Agrarpolitik flankierende Maßnahmen, mit welchen man daran geht, im Rahmen dieser sogenannten Verordnung 2078 der Europäischen Gemeinschaft, umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren festzulegen. Hier sind wesentliche Punkte beinhaltet für die Europäische Gemeinschaft in dieser Verordnung. Ich zitiere einige Punkte davon. Es geht um Produktionsverfahren, die den spezifischen Belangen des Schutzes der Umwelt und eines natürlichen Lebensraumes gerecht werden. Es geht um die Unterstützung von

biologischen Anbauverfahren. Es geht also um die Einschränkung im Bereich der Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Es geht um die Umwandlung von Ackerflächen in Grünland und ähnliches. Das könnte man jetzt unendlich fortsetzen bis hin zu jenem Punkt, wo die Europäische Gemeinschaft einen Punkt vorlegt, in dem es darum geht, langfristig auch Flächen zum Zwecke des Umweltschutzes, zur Schaffung von Biotopbeständen, Naturparks oder Gewässerschutzmaßnahmen bereitzustellen.

Wobei ich hier eines einwerfen darf: Es ist nicht direkt im Zusammenhang mit dem Landschaftsfonds zu sehen. Aber im Zusammenhang der heute schon von einigen Damen und Herren des Hohen Hauses angesprochenen Fragen der Energiepolitik geht es auch darum, daß wir verstärkt das Bestreben und das möchte ich hier mit anführen, das Bestreben der Nutzung der natürlichen Ressourcen, der nachwachsenden Rohstoffe in unsere Konzepte mit aufnehmen. Und da muß man ganz klar sagen, da geht es auf der einen Seite nicht nur darum, wie es Kollege Feurer, glaube ich, gesagt hat, ob Gasanschlüsse wirtschaftlicher sind. Es geht um das Verständnis, in der Steuerpolitik Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese nachwachsenden Rohstoffe und die Energiepolitik unserer Gesellschaft ermöglichen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Zusammenhang mit der Verordnung 2078 der Europäischen Gemeinschaft darf ich Ihnen sagen, daß dort die nationalen Mittel 2.500,- Schilling pro Hektar betragen und die Europäische Gemeinschaft den gleichen Betrag als Gegenüberstellungsmittel gibt. *(Abg. Gratzer: Jetzt werden die noch nicht ausbezahlt, oder?)*

In der Europäischen Gemeinschaft ist das bereits verwirklicht, seit September 1992. Bei uns noch nicht. Ich habe die Europäische Gemeinschaft zitiert, Herr Klubobmann, Sie müssen ein bißchen besser aufpassen. *(Abg. Gratzer: Ich wollte nur wissen, zu welchem Budget Sie sprechen!)*
Zur Gruppe 5, Landschaftserhaltung. Wenn man einen ein bißchen größeren Horizont hat, dann ist es natürlich auch notwendig, über die Grenzen zu blicken, um Erfahrungen des Auslandes sich auch im Inland zunutze zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf weiters anführen, daß es mit diesen Beträgen durchaus in der Europäischen Gemeinschaft eine einheitliche Vorgangsweise gibt. Ich darf zum Beispiel erwähnen, daß der Freistaat Sachsen ein Förderungsprogramm beschlossen

hat, mit dem er diese eigenen Landesmittel gemeinsam mit dem Umweltbundesamt, dem Umweltministerium des Landes Sachsen bzw. dem Landwirtschaftsministerium anstrebt. Und ich darf mitteilen, daß es auch im österreichischen Landwirtschaftsministerium Gespräche gibt, gemeinsam mit den Ländern, gemeinsam auch mit dem Umweltministerium eine ähnliche Plattform in diese Richtung zu schaffen.

Ich darf also auf unseren Antrag, auf den gemeinsamen Resolutionsantrag zurückkommen und darf im besonderen erwähnen, daß es hier wichtig ist, im Rahmen des Aktionsprogrammes für gefährdete Tier- und Pflanzenarten einen Teil dieser Mittel zu verwenden. Ich brauche das nicht zu wiederholen, der Antrag wurde bereits von Herrn Kollegen Feurer vorgetragen. Es geht uns nicht darum, nur ein Landschaftspflegemanagement zu finanzieren. Sondern es geht sehr wohl in diesem Zusammenhang darum, Landschaftselemente, dort, wo vorhanden, deren Erhaltung - dort, wo nicht -, vorhanden, die Schaffung von diesen Landschaftselementen mitzufinanzieren. Das als Ergänzung zu diesem Management. Es ist wichtig, glaube ich, aber Natur braucht man auf Dauer nicht managen. In der Natur spielt sich vieles eigentlich ganz automatisch und von selbst ab.

Das soll keine Kritik an der Ausführung sein, nur eine Ergänzung, wie umfassend eigentlich hier Umweltschutz und Landschaftsschutz zu sehen ist. Ein Ökologe hat einmal gesagt, es ist alles so zusammenhängend in der Natur, sie hat uns vieles vorgegeben, sozusagen, weil alles auf alles wirkt, hängt alles mit allem zusammen. Ich darf betonen, daß die Volkspartei zur Gruppe 5 die Zustimmung gibt. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte zu einigen Resolutionen die Stellung meiner Fraktion bekanntgeben. Und zwar zur Resolution des Abgeordneten Muzik bezüglich Versorgung des Bezirkes Gänserndorf. Sie ist unserer Ansicht nach in der heutigen Regierungssitzung erledigt worden und daher hinfällig. Wir werden dem nicht zustimmen.

Zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz bezüglich umfassendes Reformkon-

zept des Gesundheitswesens. Hier sind wir teilweise nicht zuständig im Land Niederösterreich und teilweise ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung das macht. Wir stimmen deshalb dem auch nicht zu.

Dem Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Feurer bezüglich Nationalparkkonzept bin ich deshalb beigetreten, weil es richtig ist, daß wir endlich einmal hier im Landtag das Thema Nationalpark Donauauen diskutieren sollten. Das heißt nicht, daß der zuständige Landesrat säumig wäre. Denn die Dreijahresfrist, begonnen mit der Auftragsvergabe an die Marchfeldkanal-Gesellschaft endet im Februar. Und das ist dann der Zeitpunkt, da dieser Bericht vorliegen muß. Die Berichtsübergabe an Prinz Philipp sehe ich so, das es der damalige Stand des Berichtes gewesen ist, der Rohbericht, wenn man so will. Den haben übrigens auch alle Fraktionen des Landtages, der Herr Klubobmann Dr. Bauer hat diesen Teilbericht persönlich von Dr. Christian bekommen.

Es ist aber logisch, daß der Endbericht, der ja von der Vorbereitungskommission kommt, die eingesetzt wurde und die auch verantwortlich ist für das Konzept, erst von unserem Landesrat übergeben werden kann, offiziell an den Landtag, wenn die Vorbereitungskommission diesen Bericht abgesegnet hat. Und das ist noch nicht geschehen. *(Abg. Mag. Kaufmann: Er hat doch den Bericht ganz offiziell an Dritte weitergegeben!)* Wer hat was offiziell übergeben? Das war immer nur der

Stand der Planung. Der Bericht, der eben gemacht wurde, war in Vorbereitung. Der Dr. Christian hat diesen Bericht ja fertiggestellt. Aber die zuständige Kommission hat ihn noch nicht beschlossen. Einbringen kann er erst den von der Vorbereitungskommission beschlossenen Bericht. Dann ist er offiziell und dann kann er ihn erst einbringen. Aber den laufenden Bericht, der erarbeitet wurde, den kennen alle. Und darum ist es notwendig, daß er auch offiziell eingebracht wird. Dazu stehe ich und wir möchten beide, der Kollege Feurer und ich, daß er möglichst bald eingebracht wird. Daß wir dann gemeinsam mit dem Bericht der Marchfeldkanal-Gesellschaft darüber diskutieren können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Sivec.

Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir werden noch genügend Gelegenheit haben, zum Nationalpark bzw. zur Marchfeld-Betriebsgesellschaft zu diskutieren. Denn der Geschäftsbericht 1992 ist ja bereits im Haus und wird demnächst zur Diskussion stehen.

Zu den Terminen: Wir haben im Landtag einen Dreijahresvertrag beschlossen. Und, Frau Kollegin Lugmayr, der Dreijahresvertrag ist mit 30. Juni ausgelaufen und zu dem Zeitpunkt hätte eigentlich ein Bericht dem Landtag, oder sagen wir besser, den Art. 15a-Vertragspartnern zugeleitet werden sollen. Wenn wir davon ausgehen, es liegt ein Konzept vor, das datiert ist mit, glaube ich, März, zu dem die Gemeinden Stellung nehmen hätten sollen. Sie haben es auch getan. Aber wir als Art. 15a-Vertragspartner erfahren meistens nur über die Medien den letzten Stand oder über Presseaussendungen. Ich glaube, so kann es nicht sein, daß ein Bericht - und ich entnehme das den Medien - dem Prinz Philipp als Präsidenten des WWF zugeleitet wird. Und ich bin auch der Meinung gewesen, daß das bereits der Endbericht gewesen ist. Ich weiß aber mittlerweile, daß das Nationalpark-Vorbereitungskomitee des öfteren getagt hat und der letzte Termin der 16. Dezember 1993 sein soll. Aber ich glaube, darum geht es ja nicht. Es geht ja darum, daß wir als gesetzgebende Körperschaft und 15a-Vertragspartner endlich einmal wissen sollen, ob der Entwurf, das Konzept oder der Bericht die Möglichkeit beinhaltet, einen Nationalpark östlich von Wien zu errichten. Denn darauf beruht ja auch die Finanzgebarung der Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft im Verrechnungskreis 2. Wir haben ja im Finanz-

und Wirtschafts-Ausschuß und letztlich im Kuratorium für das kommende Jahr einen Betrag von 3,9 Millionen Schilling für den Nationalpark vorgesehen. Wir wissen aber, daß bereits 900.000,- von den 30 Millionen überzogen sind und die Finanzmittel für diese 900.000,- Schilling noch aufzubringen sind von den 15a-Vertragspartnern.

Aber, was mich besonders schockiert hat, ist, daß der Nationalparkplaner Dr. Christian bereits, ohne daß die 15a-Vertragspartner Ja oder Nein zu diesem Entwurf oder Konzept gesagt haben, bereits einen Pachtvertrag ausarbeiten hat lassen. Und zwar von keinem geringeren als Dr. Wille, ehemaliger ÖVP-Obmann von Wien. Und dieser Vertrag beinhaltet folgendes: Daß die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft mit 1. Jänner 1994 800 Hektar pachten wird, um sie später in den Nationalpark einzubringen. (*Abg. Lugmayr: Woher wissen Sie das?*)

Ich hab's, ich weiß es. Ich kann Ihnen das ganz genau sagen. Am 4. November 1993, Frau Kollegin, hat die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft sich mit dem beschäftigt, am 11. November haben wir Kuratoriumssitzung gehabt. In dieser Kuratoriumssitzung ist darüber überhaupt nichts berichtet worden, obwohl bereits am 11. November 1993 dieser Entwurf dem Kuratorium bzw. dem Vorstand vorgelegt wurde. Ich glaube, so kann man also in der Betriebsgesellschaft nicht arbeiten. Entweder gibt es ein klares Konzept, Nationalpark Ja oder Nein und dann ist die Finanzierung für die Zukunft zu sichern. Man kann aber nicht im Vorhinein sich Entwürfe geben lassen, für die Kosten anfallen. Ungefähr S 200.000,- kostet der Vertrag und S 800.000,- kostet pro Jahr allein der Pachtschilling. Und danach reden wir erst weiter, ob wir einen Nationalpark errichten, oder nicht. Ich glaube, es ist die berechtigte Forderung der sozialdemokratischen Fraktion, der die ÖVP beigetreten ist, daß wir raschest jetzt im Landtag den Endbericht über den Nationalpark östlich von Wien - Ja oder Nein - bekommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Keine Angst, ich werde mich nicht in den Vaterschaftsstreit über das noch ungeborene Kind des Gänserndorfer Spitals einmischen. Ich ziehe lediglich meinen ursprünglichen Antrag zurück und bringe den erweiterten Resolutionsantrag der

Abgeordneten Preiszler, Dr. Bauer, Böhm und Ing. Dautzenberg ein und bitte um Abstimmung sowie um Zustimmung zu diesem Antrag. Der Antrag wurde wie folgt erweitert (*liest*):

... "Das Gemeinderettungsdienstgesetz sieht zwar vor, daß bei der Festsetzung des Rettungsdienstbeitrages auf allfällige Landessubventionen Bedacht zu nehmen ist, das Land Niederösterreich beteiligt sich jedoch im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch immer nicht an den Kosten. Besonders schwerwiegend wirkt sich dies in Gemeinden aus, in denen durch starkes überörtliches Verkehrsaufkommen und damit verbunden einer hohen Zahl von Unfällen unverhältnismäßig hohe Aufwendungen für den Rettungsdienst zu leisten sind, also etwa in Gemeinden, die durch Autobahnen berührt werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, welche Rettungsorganisationen durch ein hohes überörtliches Verkehrsaufkommen finanziell besonders hoch belastet werden und welche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichtes getroffen werden sollten."

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Landesrat Blochberger, ich erteile es ihm.

LR BLOCHBERGER (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich hätte mich eigentlich nicht zu Wort gemeldet, aber der Abgeordnete Sivec hat hier Behauptungen aufgestellt, die nach meinem Informationsstand in keiner Weise mit den tatsächlichen Ereignissen und Fakten in Zusammenhang zu bringen sind. Und es gibt auch eine Presseaussendung vom heutigen Tage, in der meines Erachtens nach doch aufklärungswürdige Vorhaltungen gegenüber dem Nationalparkplaner Dr. Christian vorgebracht werden.

Herr Abgeordneter! Wenn Sie im Besitz von Unterlagen sind, nach denen Dr. Christian an den Rechtsanwalt Dr. Wille einen Auftrag über eine Million gegeben hat, dann fordere ich Sie hier öffentlich auf, diese Unterlagen auf den Tisch zu legen. Wenn Sie diese Unterlagen nicht haben, dann ist das eine Unterstellung. Und ich möchte

diese Unterstellung auf das Schärfste zurückweisen. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder, Sie legen diese Unterlagen auf den Tisch, damit wir diese Behauptungen nachprüfen können. Dr. Christian sagt, daß es hier - und ich kann mir auch nichts anderes vorstellen - keinen Auftrag an Dr. Wille gibt. Ich persönlich weiß nichts davon und ich müßte das wissen. Wenn Sie also hier andere Informationen haben, schlüssige Informationen, dann noch einmal, legen Sie sie auf den Tisch. Wenn Sie diese Informationen nicht haben, Herr Abgeordneter, dann fordere ich Sie aber genauso auf, sich von dieser Presseaussendung zu distanzieren und die Angelegenheit genauso wieder aus der Welt zu schaffen, wie diese Behauptung, die nach meinem Wissensstand bis jetzt ohne Fundament erfolgt ist, hier getätigt wurde. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine Damen und Herren! Einem Manager ganz einfache Dinge in die Schuhe zu schieben ist ein starkes Stück. Also, ich bin neugierig, wo hier die Wahrheit liegt. Denn ich habe so ein bißchen den Eindruck, daß es hier doch um persönliche Aktivitäten geht. Ich habe nichts dagegen. Nur, wenn ein Abgeordneter dieses Rednerpult dazu verwendet - und das war der Grund meiner Wortmeldung - um hier gegen einen Beauftragten des Landes Unterstellungen zu treffen, dann muß ich das auf das Schärfste zurückweisen. *(Abg. Sivec: Herr Landesrat! Ich habe bereits eine außerordentliche Kuratoriumssitzung verlangt!)* Ich bin also sehr, sehr neugierig, was Sie für Unterlagen uns zu bieten haben. *(Beifall bei der ÖVP - Unruhe im Hohen Hause.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf mich nur ganz kurz zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Haberler melden betreffend der Vorfinanzierung der Räumung der Fischer-Deponie.

Ich gehe in vielen Teilen konform mit Ihrer Meinung. Nur glaube ich, solange die Form der Sanierung nicht feststeht, wie saniert wird und wohin mit dem Sanierungsmaterial, können wir diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 5, Gesundheit, und die Resolutionsanträge von Nummer 12 bis Nummer 18.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und Konjunkturausgleichsteil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, mit Ausgaben von S 3.839,795.000 und Einnahmen von S 1.306,367.000, im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 137,351.000 und Einnahmen von S 45,000.000 sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 100 Millionen Schilling zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER *(nach Abstimmung über die Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und Konjunkturausgleichsteil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen, gegen die Stimmen der FPÖ! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge.

Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Barbara Rosenkranz betreffend Reform des NÖ Gesundheitswesens.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Alois Preisler wird ersetzt durch den Resolu-

tionsantrag der Abgeordneten Preisler, Dr. Bauer, Böhm und Ing. Dautzenberg. Dieser betrifft die Förderung des Gemeinderettungsdienstes.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Haberler betreffend Mitterndorfer Senke, Fischer-Deponie.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! Dafür haben gestimmt die FPÖ und das Liberale Forum. (Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP und SPÖ.)

Wir kommen zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Feurer und Dr. Michalitsch zur Gruppe 5 betreffend Reduzierung der CO₂-Emissionen.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Feurer und Moser betreffend Schutz von gefährdeten Pflanzen- und Tierarten.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Feurer und Lugmayr betreffend Studie über Nationalpark.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Muzik betreffend Krankenhaus Gänserndorf.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ und LIF.)

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Prober, zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher und außerordentlicher Teil, sowie Konjunkturausgleichsteil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, umfaßt die Gebarungsvorgänge für Straßenbau, allgemeinen Wasserbau, Schutzwasserbau, Straßenverkehr, Schiffsverkehr, Luftverkehr und sonstige Maßnahmen.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 2.732,429.000 ausgewiesen, denen Einnahmen

von S 699,805.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 6,65 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 620,100.000 und Einnahmen von S 7,482.000 vorgesehen.

Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 60 Millionen Schilling.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Hülmbauer.

Abg. HÜLMBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

In einem Kinderlied heißt es: "Wasser ist zum Waschen da, valeri und valera, auch zum Zähneputzen kann man es benutzen. Wasser braucht die Feuerwehr..." und so geht es weiter. Damit sollte ausgedrückt werden, wie wichtig das Wasser, gesundes Wasser, reines Wasser für das Leben der Menschen ist.

Wasser ist das erste und wichtigste Grundnahrungsmittel. Wenn man in alten Matrikeln nachliest, daß in Häusern in kurzer Zeit reihenweise Menschen verstorben sind, so war zum Großteil schlechtes Wasser, das diese Menschen dort genossen haben, die Ursache. Daher kommt der Versorgung und der Reinhaltung dieses Wassers sehr große Bedeutung zu.

Wasser wird in großen Mengen bei uns verbraucht. 146 Liter Wasser täglich verbraucht ein Bürger unseres Bundesgebietes und da sind wir Niederösterreicher mit eingeschlossen. 47 Liter für die Toilettenspülung, 44 Liter für die Dusche und das Bad, 18 Liter fürs Wäsche waschen, 9 Liter für die Körperpflege, 9 Liter für das Geschirrspülen, 6 Liter für das Gartenbewässern, 3 Liter für Kochen, für Trinken und sonstige Nahrungsmittelzwecke; 3 Liter für das Autowaschen und 7 Liter für sonstige Zwecke. Wenn man das hochrechnet auf eine Familie, so kommt pro Familie etwa mit drei Kindern, also fünf Köpfe, ein Verbrauch von

750 Liter täglich heraus. Das ist ein dreiviertel Kubikmeter, der pro Familie verbraucht wird. Wir in Niederösterreich sind mit der zentralen Versorgung schon relativ weit. 80 % der Bevölkerung sind an solchen zentralen Anlagen angeschlossen. Ziel ist, eine etwa 90prozentige Versorgung zu erreichen. 100 % wird nicht möglich sein, weil es natürlich in der Streulage Eigenbrunnen gibt, Eigenanlagen gibt, die auch in Zukunft aktiv bleiben sollen.

Bei der Abwasserbeseitigung, also bei der Reinigung des verunreinigten Wassers haben wir einen Versorgungsgrad bei zentralen Anlagen von 65 %. Ziel ist hier, mindestens 80 % zu erreichen. Auch hier gilt die Tatsache, daß eine hundertprozentige Entsorgung nicht erreicht werden kann. Für diese Zielsetzung, die in 10 bis 15 Jahren erreicht werden soll, sind natürlich ganz erhebliche Aufwendungen notwendig. Für die Abwasserbeseitigung, für die Entsorgung, für den Neubau der Kanalanlagen sind es 24 Milliarden Schilling, die in den nächsten 12 bis 15 Jahren ausgegeben werden müssen. Für die Sanierung der bestehenden Anlagen ca. 12 Milliarden Schilling und für die Anpassung von bestehenden Kläranlagen an den Stand der Technik ca. 14 Milliarden. Also 50 Milliarden insgesamt für die Abwasserbeseitigung.

Für die Wasserversorgung, für den Ausbau der Versorgungsanlagen ca. 2 Milliarden Schilling, für die Anpassung 3,2 Milliarden und für die Verbundwirtschaft etwa 2,5 Milliarden, also insgesamt 7,7 Milliarden Schilling. Runde 60 Milliarden Schilling werden hier in den nächsten 15 Jahren verbaut werden müssen. Natürlich muß das auch finanziert werden. Man muß also hier eine Lösung finden, daß das den Bürgern zumutbar ist, daß das den Gemeinden zumutbar ist und daß natürlich auch Land und Bund zumutbare Beiträge alle Jahre abliefern können. Für die nächsten Jahre wurde hier eine Summe für unser Bundesland von 2,7 Milliarden Schilling fixiert. Das sind für die Abwasserbeseitigung 2,3 Milliarden Schilling und für die Wasserversorgung 0,4 Milliarden Schilling im Jahr. Davon trägt der Bund einen größeren Teil. Die Gemeinden nehmen die Darlehen auf und zur Rückzahlung schießt der Bund zu und das Land hilft mit Beihilfen bis zu 40 % hier mit.

Gerade dieses heurige Budget bringt eine Aufstockung an Landesmitteln um 94 %, von 130 Millionen Schilling auf 252 Millionen Schilling, zusätzlich 237 Millionen Schilling an Bedarfszuweisungen. Das wurde mit den Gemeindevertreterverbänden ausgehandelt, daß auch aus diesem

Topf die Finanzierung aufgebracht wird, sodaß dann insgesamt mit den Anschlußgebühren diese 2,7 Milliarden Schilling finanziert sind. Zusätzlich kommen für das nächste Budgetjahr noch ca. 1,5 Milliarden Schilling an außerordentlichen Mittel dazu, die verbaut werden. Und natürlich tut auch die Industrie das ihre. Im Jahre 1991 wurden über 700 Millionen Schilling von der Industrie im Abwasserbeseitigungsanlagen investiert.

Trotz aber dieser guten Förderung, dieser weit besseren Förderung im nächsten Jahr, in dem um eine Milliarde Schilling mehr verbaut wird in unserem Bundesland, kommt es natürlich sehr oft zu hohen und unzumutbaren Belastungen für die Bürger, für die Anschlußwerber.

Und daher hat man auch hier eine finanzielle Zumutbarkeitsgrenze eingezogen, die, wenn ein Bürger übergebührllich belastet würde, hier eine Obergrenze festlegt. Für ein Bezugshaus von 130 Quadratmetern etwa, das ist ein Zweifamilienhaus, und einer Berechnungsfläche für den Kanalanschluß von 225 Quadratmetern sind das bei Abwasserbeseitigungsanlagen als Obergrenze im Schnitt etwa 40.000,- Schilling bei einer Jahresgebühr von ca. 5.500,- bis 6.000,- Schilling. Und beim Wasseranschluß sind das 18.000,- Schilling für den Anschluß. Und ca. 16,- bis 20,- Schilling, also 18,- Schilling im Schnitt, Wasserbezugsgebühr. Das ist von Bezirk zu Bezirk ein bißchen unterschiedlich, aber etwa in diesem Rahmen bewegen sich die Obergrenzen.

Es wäre auch sicherlich beim Abwasser ideal, hätten wir eine ähnliche Lösung, wie sich beim Strom zustande gekommen ist und auch beim Telefon, wo man landesweit einheitliche Anschlußgebühren verrechnet. Die Benützung ist etwas anderes. Das geht nach dem Verbrauch oder nach der Einleitung und ist natürlich beim derzeitigen Finanzierungssystem noch nicht möglich.

Überdenken muß man natürlich den ganzen Kanalbau, der sich bei uns bisher eher in großen Einheiten abgespielt hat. Sicherlich sind diese in vielen Gebieten auch notwendig, in vielen Gebieten geht das gar nicht anders. Aber überdimensionale Einheiten, glaube ich, sollten der Vergangenheit angehören. Wo es möglich ist, wo es geht, sollte in der Gemeinde entsorgt werden, soll vor Ort entsorgt werden. Es sollten keine sehr langen, unnötigen Transportleitungen eingegraben werden. Nicht nur bezüglich der Kosten, auch wegen der Trainagierung des ganzen Gebietes. Weil natürlich so ein Kanal auch als Trainage wirkt und dann das Grundwasser oder auch das Oberflächenwasser dort der Gegend entzieht. Und es wä-

re ideal, könnte man den Weg finden, mit den technischen Möglichkeiten, daß man billigere Lösungen findet.

Eine solche Möglichkeit wäre die Pflanzenkläranlage, in etwa bis zu einer Größe von 50 Einwohnergleichwerten. Das ist eigentlich schon eine langjährige Forderung der ÖVP, des Bauernbundes. Ich glaube, das fordern wir schon sechs, acht Jahre, daß man doch für kleinere Dörfer, kleinere Einheiten, für ein paar Einzelhöfe solche Anlagen bewilligen sollte. Ähnlich wie in der Steiermark, wo auf dem Verordnungsweg diese Anlagen bewilligungsfähig gemacht wurden. Auch bei uns gibt es eine solche Anlage in der Planung im Ökodorf Eschenau, wo auch die Möglichkeit der Mithilfe und des Selbstbaues erprobt wird. Sollte das zum Erfolg führen, sollte man doch auch bei uns diesen Weg finden.

Auch der Herr Landesrat hat sich gleich bei seinem Einstieg in dieses Amt sehr großzügig für diese Möglichkeit ausgesprochen. Es ist ein bißchen ruhiger geworden darum jetzt. Man hört nicht mehr so viel. Ich würde auch Sie ersuchen und auffordern, auf diesem Weg weiterzugehen, daß man zur Verwirklichung dieser Anlagen kommt. Um diese großen Anlagen etwas einzudämmen. Ein Teilerfolg ist auch in der SPÖ zu verzeichnen. Klubobmann Dr. Bauer hat ja noch vor einem Jahr ein seitenlanges Konvolut herausgegeben, in dem all die Fehler und Unzulänglichkeiten dieser Pflanzenkläranlagen aufgelistet wurden. Im April, habe ich der Zeitung entnehmen können, hat er sich dann auch schon, sollte es möglich sein, für Pflanzenkläranlagen ausgesprochen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Versuchskläranlagen hat man schon in der Steiermark, in Oberösterreich. Man hat auch schon in anderen Bundesländern diese Möglichkeit. Die Steirer, bitte, haben schon die wasserrechtliche Genehmigung. Daher könnte, was bei den Steirern gut und recht ist, auch uns billig sein, in unserem Bundesland.

Natürlich ist die nächste Frage bei der Kläranlage die Klärschlammfrage. Was geschieht mit dem Klärschlamm bei den Anlagen, die heute schon bestehen? Die Anlagenbetreiber wissen nicht, wohin mit diesem Rest der Abwasserklärung. Soll man in Deponien? Die Deponiebetreiber haben keine große Freude. Und ich weiß nicht, ob das der Weisheit letzter Schluß ist. Eine Verbrennung gibt es noch nicht, bei der die Möglichkeit bestünde, den Klärschlamm mit zu verbrennen. Es besteht die Idee, die Landwirtschaft soll diesen Klärschlamm verwenden und ausbringen. Ich glaube, es spricht

nicht alles dagegen. Nur ist der Landwirt sehr vorsichtig und das ginge nur über ganz genaue Untersuchungen. Denn wenn dort irgendwo Schwermetalle oder sonstige Inhaltsstoffe, die wir heute vielleicht noch gar nicht kennen und orten können, drinnen sind und die bleiben dann auch im Boden über Generationen, dann ist es sicherlich eine Belastung der nächsten Generationen, denen wir hier etwas auflasten, was wir gar nicht verantworten können. Daher muß man, glaube ich, dieses Thema sehr genau diskutieren. Und natürlich auch schauen, welche Sicherheitsmechanismen können wir einbauen. Es gibt deutsche Bundesländer, die die Ausbringung des Klärschlammes erlauben, die aber einen Finanzierungspool, einen Fonds geschaffen haben, um, sollte etwas passieren, dann natürlich den, der den Schaden hat, auch schadlos halten zu können.

Wenn wir diese Ausbringung des Klärschlammes diskutieren mit der Landwirtschaft, dann wird man sich auch mit Recht die Frage stellen, wie schaut das dann aus mit dem Anschlußzwang für landwirtschaftliche Betriebe. Wenn heute Landwirtschaften im Verordnungsbebereich liegen, dann müssen sie selbstverständlich anschließen. Obwohl sie selber meist genug Grubenraum haben, auch die Fläche haben, um ganz verdünnt diese Fäkalien ausbringen zu können, müssen sie anschließen. Damit dann diese Fracht in die Kläranlage einbringen mit Anschlußkosten, mit Benützungskosten, um dann wieder den Klärschlamm, dem nur Wasser entzogen wurde, auf ihre Felder zu führen. Ich glaube, auch diese Thematik müßten wir diskutieren. Es gibt Bundesländer, in denen die Landwirte ausgenommen sind. In Oberösterreich zum Beispiel ist die Landwirtschaft ausgenommen, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Grubenraum muß ausreichend vorhanden sein und auch die Fläche zur Aufbringung muß vorhanden sein. (*Zwischenruf: Auch mit dem Wohngebäude?*)

Auch mit dem Wohngebäude. In Oberösterreich ist die Landwirtschaft auch mit dem Wohngebäude ausgenommen. Ich glaube, es kann nicht sinnvoll sein, wenn man den eigenen Schmutz nicht aufbringen darf, aber den konzentrierten Schmutz von allen anderen dann auf die Felder aufführen darf. Ich glaube, die beste und billigste Pflanzenkläranlage ist noch das bewachsene Feld und die bewachsene Wiese, wo tausende Wurzeln pro Quadratmeter vorhanden sind. Und wenn das ganz verdünnt aufgebracht wird, kann dort überhaupt nichts passieren. Daher müssen wir diese Frage auch diskutieren.

Eine Änderung oder eine Verflachung brauchen wir auch bei den Normen des Bundes-Wasserrechtsgesetzes, wenn wir unsere Anlagen finanzieren wollen. Wir wissen, daß hier die Vorgaben sehr hoch sind, auch bewußt sehr hoch gesetzt wurden. Nur wurde die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn natürlich müssen diese Dinge auch finanziert werden. Und wenn diese Normen erfüllt werden müssen, dann muß man zuerst die bestehenden Anlagen nachrüsten auf den Stand der Technik. Dafür aber braucht man bereits so viel Geld, daß für Neubauten überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Ich glaube, das kann nicht Sinn der Sache sein, daß wir eine achtzig- oder neunzigprozentige Klärung aufrüsten auf 97 %, viele andere Dörfer und Ortschaften haben jedoch noch gar keine Klärung. Praktisch gibt es dort keine Reinigung, zu 100 % muß die Schmutzfracht irgendwo auslaufen. Daher, glaube ich, sind diese Normen zu verflachen, damit man das auch finanzieren kann.

Natürlich steht dem die Forderung der Weltgesundheitsorganisation entgegen, die neue Grenzwerte vorgegeben hat, denen sich der EG-Raum und auch wir in Österreich zu unterwerfen haben. Bis heuer gilt noch der Grenzwert von 100 Milligramm Nitrat, ab nächstem Jahr sind es nur noch 50 Milligramm. Ab dem Jahr 2000 gelten dann 30 Milligramm. Natürlich muß da etwas geschehen, daß man mit diesen Normen auch zurecht kommt. Es ist daher sehr wichtig, daß entsorgt wird, daß geklärt wird. Daß die Flüsse reiner werden. Daß das Grundwasser weiterhin reingehalten wird und daß natürlich auch festgestellt wird, wo ist jetzt noch gesundes Grundwasser. Hier muß ein Kataster erstellt werden, in dem man natürlich noch Reserven sicherstellen muß. Und auch genau darauf achten muß, daß dort nichts passiert.

Es ist schon sehr viel geschehen, wenn man die Flußqualität bei uns anschaut. In den meisten Flüssen haben wir wieder Güteklasse 2, obwohl viele schon Güteklasse 4 aufwiesen, etwa die Ybbs bei uns. Natürlich muß man hier noch nachstoßen und weitere Maßnahmen setzen.

Trinkwasser ist, wie gesagt, sehr wichtig, man soll es daher nicht vergeuden. Trinkwasser ist Lebensmittel und ist an sich sehr notwendig. Daher sollte man auch versuchen, wo es möglich ist, Trinkwasser und Nutzwasser auseinander zu halten. Es ist nicht notwendig, daß man zum Sportplatz-Bewässern, zum Gartengießen, zum Autowaschen oder für manch andere Dinge Trinkwasser aus der Wasserleitung entnehmen muß, das jährlich untersucht werden muß, das die

beste Güteklasse aufweisen muß. Für diese Zwecke ist das sicherlich nicht notwendig.

Daher ist es auch nicht ganz sinnvoll, wenn man heute neue Versorgungsleitungen baut für Häuser im Verordnungsbereich. Daß man denen per Verordnung aufträgt, den Brunnen stillzulegen. Ich glaube, man sollte hier Möglichkeiten offen lassen. Er soll zwar den Haushalt anschließen, aber zum Gartengießen und für ähnliche Zwecke seinen eigenen Brunnen weiter verwenden dürfen. Leider Gottes ist im Entwurf das nicht drinnen. Wir haben sehr lange darüber diskutiert.

Auch die Industrie muß angehalten werden, viele machen es bereits, daß geschlossene Wassersysteme geführt werden, wo nicht unbedingt notwendig ist, daß reinstes Wasser verwendet wird. Und natürlich auch die Möglichkeit der Versickerung vor Ort. Es muß nicht jede Dachrinne an den Kanal angehängt werden. Die Mischsysteme gehören zum Teil bereits der Vergangenheit an. Ich glaube, man sollte das Wasser, das, wenn es regnet, vom Himmel auf die Erde fällt, auch vor Ort versickern lassen.

Ich darf zum Abschluß kommen: Ich glaube, es wurde schon viel gemacht in der Vergangenheit in unserem Bundesland für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Natürlich ist in der nächsten Zeit, in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch sehr viel zu tun. Mit dieser nunmehrigen Neuregelung ist ein Schritt gesetzt worden, damit wir unser Ziel etwas rascher erreichen. Damit wir die Bevölkerung weiterhin mit gesundem

Nah-

rungsmittel Wasser versorgen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mit der Haushaltsgruppe 6 verhält es sich, wenn man die Personalbewegungen anschaut so, wie mit jenen, die ich vorher beschrieben habe. Hier kann man entnehmen, daß 175 Mitarbeiter eingespart werden sollen, was begrüßenswert ist. Trotz dieser Personalreduktion und der nicht eingerechneten voraussichtlichen Gehaltserhöhung kommt es hier zu einer Budgeterhöhung bei den Ausgaben um 0,6 Prozent.

Bei der Haushaltsgruppe 0 waren bei einem Plus von 251 Dienstnehmern minus 0,1 % zu verzeichnen. Hier sind es bei einem Minus von 175 plus 0,6 %. Nach meiner Rechnung sind das 426 Mitarbeiter, die eigentlich nichts kosten. Ich verstehe nicht, wie das gerechnet wird. Ich wollte das nur als ein Beispiel anführen dafür, daß die Budgetierung hier, in diesen doch wesentlichen Personalpunkten so getätigt wurde, daß man jetzt schon mit einem Nachtragsbudget rechnet.

Zur Wasserwirtschaft: Mein Vorredner hat die Wichtigkeit betont. Wir können das nur unterstreichen. Es freut auch uns, daß das Budget als Wasserwirtschaftsfonds verdoppelt wurde. Ich darf an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, daß dieser Landtag sich damit beschäftigen wird müssen, wie die Betriebskosten und die Instandhaltung in der Zukunft finanziert werden soll. Das ist bis heute finanztechnisch und budgetär nicht vorgesehen. Zu den Nitratverseuchungen darf ich anmerken, daß hier immer sehr viel von allen Fachleuten gesprochen wird. Dort, wo die Lösungen am Tisch liegen, österreichische Lösungen nämlich, zum Beispiel Bio-Recycling-Lösungen, wird das nicht aufgegriffen. Es gibt die Möglichkeit, den Trester der Weinbauern zu Dünger und zwar Hochaktivdünger zu verarbeiten. Hier gibt es österreichische Patente. Der Herr Landesrat Blochberger war in der Firma, hat belobigt, die Kammer hat belobigt. Aber es geschieht nichts! Nach dem neuen Müllverwertungsgesetz ist dieser Trester, dieser Dünger sogar als Sonderabfall eingestuft und wird entsorgt werden müssen. Es ist unverständlich, daß man nicht hergeht, den Weinbauern einen kleinen

Nebenerwerb schafft und noch dazu die Möglichkeit nützt, Biorecycling zu produzieren. Und damit einen aktiven Gewässerschutz betreibt.

Im Bezug auf den Verkehr habe ich eigentlich den Eindruck, wenn ich das Verkehrskonzept lese, daß hier mühsam und in ganz detaillierter Arbeit ein Katalog erstellt wurde, der die Verbesserungswünsche flächendeckend im gesamten niederösterreichischen Gebiet festhält. Mir fehlen hier die Visionen. Und zwar die Visionen für eine transeuropäische Verkehrslösung. Für eine Lösung, die den Durchflutverkehr, den Transitverkehr kanalisiert. Und ich glaube, daß wir hier etwas in ein sogenanntes "Riederberg-Syndrom" hineinschlittern. Auch damals haben die Verkehrsplaner geglaubt, der Ausbau der Riederbergstrecke wird die Gesamtlösung im Ost-West Verkehr sein. Man darf diesen Menschen nicht böse sein, sie haben den Überblick nicht gehabt. Wir haben aber heute die Möglichkeiten, gesamteuropäische Verkehrskonzepte mit den niederösterreichischen, mit den österreichischen zu vergleichen. Und hier zeigt sich zum Beispiel ganz deutlich, daß die Semmeringbahn, die hier in einer der letzten Landtagssitzungen besprochen wurde, eine Nebenstrecke ist. Ob man das jetzt hören will oder nicht, es ist so! Und ich habe jetzt erst wieder der Zeitung entnommen, daß man nicht mehr von 7 oder 9 Milliarden spricht, sondern schon von 15 Milliarden Schilling. (*Abg. Kautz: Herr Kollege! "Steht es in der Zeitung oder ist es wahr?"*)

Wenn es nur in der Zeitung steht, Herr Kollege, dann ist es gut. Wenn es wahr ist, ist es eine Katastrophe! Aber ich bin froh, daß Sie das so interessiert, daß Sie einen Zwischenruf wagen. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Ich darf noch eines dazu sagen beim Verkehrskonzept: Wenn man unsere Nachbarn betrachtet, dann sind die mit viel Liebe und Freude daran, ihre Verkehrswege nach dem Westen auszubauen. Und es wäre eigentlich bedauerlich, wenn ein Szenario Wirklichkeit wird, daß in 7, 8, 10 Jahren der Ostblockbewohner, der ehemalige, an die Grenze nach Österreich kommt und den Eindruck erhält, den wir einst hatten, als wir dorthin gefahren sind. Es ist unwahrscheinlich, mit welcher Intensität diese Leute an einer Zusammenarbeit arbeiten. Es fehlt mir in unserem Verkehrskonzept die adäquate Überlegung. Bis jetzt wurden acht Grenzübergänge eröffnet und entlang der Brünner Straße einige WCs aufgestellt. Das ist die Hauptleistung und die hat der Bund erbracht!

Ich glaube daher, daß wir sehr intensiv an dieser Ost-West Route arbeiten müssen. Daß wir versuchen müssen, unser Verkehrskonzept, das sicher vorhanden ist, umzusetzen. Die Lösungsqualität ist sicher da. Aber ich fordere die Landesregierung auf, den Mut zu haben, auch Lösungen zu finden, die größer sind als jene, die jetzt im Moment gebraucht werden. Weil sie sonst in der Zukunft fehlen werden. Ich bedanke mich und darf sagen, wir können dieser Gruppe nicht zustimmen. *(Beifall beim LIF und Abgeordneten der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte im ersten Bereich, den ich behandeln, zu dem sehr komplizierten aber wichtigen Abwasserproblem Stellung nehmen.

Es ist vom Kollegen Hülmbauer hier dankenswerterweise schon einiges gesagt worden. Wenn ich mir in Erinnerung rufe, ist in den nächsten 10 bis 15 Jahren ein Betrag von rund 50 Milliarden Schilling notwendig, um weitere 20 % auszubauen. Das sind die vorsichtigen Berechnungen, die uns zur Zeit zugrunde liegen. Wir sind also bei einer Ausbaustufe von zur Zeit 65 % und wollen das bis etwa über die Jahr-2000-Grenze hinaus auf 85 % erhöhen.

Die Wasserrechtsnovelle 1990 allerdings, die vom Parlament beschlossen wurde, beinhaltet keinerlei Finanzierbarkeitsberechnung. Das heißt, keine Berechnungen, wie alles finanziert werden soll. Die hohen Grenzwerte erfordern zusätzlich, daß die erst vor wenigen Jahren errichteten Kläranlagen mit einem sehr hohen Aufwand auf den neuesten technischen Stand gebracht werden müssen.

Wenn wir uns das anschauen alleine am Abwasserverband Wr. Neustadt-Süd, der etwa einen Entsorgungsbereich von 100.000 Einwohnern umfaßt - alleine hier in diesem Haus sitzen vier Abgeordnete, wenn wir uns anschauen, was das heißt, daß wir diesen Grenzwert von 95 % auf 98 %, diesen Entsorgungswert erreichen müssen, heißt das nichts anderes, als daß wir hergehen müssen und die bisher getätigten Investitionen noch einmal hineinstecken müssen. Ich glaube, dieses Hohe Haus ist wirklich aufgefordert, hier

initiativ zu werden. Denn eine absolute Strenge ist wirklich nur dort angebracht, wo es sich um Grundwasserschutzgebiete handelt. Wenn aber das Wasserrechtsgesetz wirklich buchstabengetreu vollzogen wird, so droht uns im wahrsten Sinne des Wortes ein Staatsbankrott.

Der beginnt bei den kleinen Gemeinden, wo die Errichtung solcher Großkläranlagen oder die Einbindung in solche Großkläranlagen bis zum Zehnfachen des Jahresbudgets, um einen Vergleich einmal darzustellen wie das eigentlich aussieht, ausmacht. Was diese Gemeinden zur Verfügung haben. Ich denke hier etwa in unserem Bereich an die Gemeinde Rohr im Gebirge. Bei vier Millionen Jahresbudget bis zu 40 Millionen, um die Abwässer dieser Gemeinde in eine solche Anlage einmünden zu lassen. Andere Beispiele gibt es im Bereich St. Pölten, Oubitzberg. Bei einem Budget von 18 Millionen wären es 114 Millionen, was die Errichtung einer solchen Anlage kosten würde.

Ich glaube, unser Landesrat Schimanek hat es sehr richtig gesagt. Er kündigt an, daß wir einen Prioritätenkatalog zu erstellen haben. Eine landesweite Studie, bestehend aus sechs Teilstudien, die die Grundlage für die weiteren Abwasserausbaumaßnahmen liefern sollen. Es geht ganz einfach nicht an, daß wir auf der einen Seite die Gemeinden in den Bankrott treiben, auf der anderen Seite nicht wissen, woher wir die Gelder im Landesbereich nach 1995 nehmen. Und auch von der Bundeseite her, wenn man sich die triste Budgetsituation ansieht, weiß man nicht, woher die Gelder kommen sollen.

Und dann kommt noch ein Aspekt dazu, nämlich der soziale. Wenn wir uns Verbände, wie etwa den von mir vorher zitierten Wasserverband Wr. Neustadt-Süd ansehen, haben wir derzeit berechnet, vom Normhaus her gesehen, 130 Quadratmeter, Jahreskosten für einen Haushalt von etwa 3.000,- Schilling. In Wirklichkeit steuern wir nahezu einer Verdoppelung zu, wenn diese Maßnahmen von Bundeseite her aufrecht erhalten bleiben und uns Vorschriften weiter in diese Richtung gemacht werden.

Daher ist das Hohe Haus wirklich aufgefordert und alle vier Parteien, glaube ich, müßten hier gemeinsam initiativ werden, daß wir dieses Gesetz von Bundeseite her ändern. Daß wir es praktikabel machen, daß wir die soziale Komponente hier einbauen, die unbedingt notwendig ist. Es geht nicht an, daß im Monat 500,- Schilling und mehr von einem durchschnittlichen Haushalt für die Ab-

wasserentsorgung aufgewendet werden muß.
(Beifall bei der FPÖ.)

Herr Präsident, (zu Abg. Präs. Haufek) ich weiß schon, daß es gewisse Randgruppen gibt, Sie haben es erwähnt, die ja noch strengere Bedingungen einführen wollen. Aber ich glaube, das ist ganz einfach nicht möglich. (Abg. Kautz: Gerade auch in Eurer Partei!) Es ist ein Mehrheitsbeschluß im Parlament gewesen. Und ich habe wirklich hier sehr, sehr sachlich betont, daß wir hier alle zusammenarbeiten sollten, weil wir sonst nicht in der Lage sein werden. Viele der Abgeordneten sind ja aus dem kommunalen Bereich und in den Gemeinderäten, viele auch als Bürgermeister tätig. Das heißt, wir sind wirklich dazu aufgerufen, etwas gemeinsam zu bewirken. Ich bitte Sie darum: Unser zuständiger Landesrat scharrt quasi schon in den Startlöchern, daß wir hier eine gemeinsame Lösung in Richtung Bund, eine gemeinsame Initiative starten, um dieses Chaos von uns abzuwenden.

Ich möchte damit zum Straßenbau kommen. Vom Kollegen Ing. Dautzenberg ist kurz angeschnitten worden der Semmering-Basistunnel. Eines ist schon interessant: Es hat hier vor etlichen Wochen im Herbst dieses Jahres eine Sitzung gegeben, in der es einen mehrheitlichen Beschluß gegen diesen Semmering-Basistunnel gegeben hat. Es wurde hier sehr intensiv diskutiert. Seitdem hört man nichts mehr davon, was der Herr Landeshauptmann mit diesem Beschluß gemacht hat. Ich glaube, es ist wieder einmal an der Zeit, den Herrn Landeshauptmann aufzufordern, hier auch wirklich initiativ zu werden. Denn diesen Bau - der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg hat es mir schon vorweg genommen - diesen Bau können wir wirklich in dieser Zeit nicht gebrauchen! Aus mehreren Gründen: Zum ersten haben wir noch eine freie Kapazität von etwa 30 % über die derzeit bestehende Strecke, über die Ghega-Bahn. Das heißt, zur Zeit gehen etwa 160 Züge darüber. Laut Studie der ÖBB sind bis zu 250 pro Tag möglich! Das heißt, bis zu 250 Züge pro Tag sind möglich. Der Containerverkehr wäre zweifelsohne eine Möglichkeit, vom Straßenverkehr weg auf die Schiene zu kommen und damit die Umweltbelastung zu reduzieren.

Es ist vollkommen richtig, daß diese angeführten sieben oder acht Milliarden nicht stimmen. Und zwar aus folgendem Grund: Es geht nicht nur um den Bau des Semmering-Basistunnels, zu dem wir heute gehört haben, daß es schon Berechnungen bis zu 15 Milliarden gibt. Es geht auch um die sogenannten Vorlaufstrecken. Denn

die sind überlastet, meine Herrschaften! Das heißt, die Vorlaufstrecke auf der einen Seite von Wien bis Wr. Neustadt, Payerbach-Reichenau. Und auf der anderen Seite, von der steirischen Seite her kommend ebenfalls, vom Bereich Mürzzuschlag herauf. Das muß man in Betracht ziehen. Daß diese Vorlaufstrecken ein mehrfaches dessen kosten würden, was der Semmering-Basistunnel überhaupt in Anspruch nehmen würde. In Wirklichkeit, der Herr Minister Klima gibt es ja ganz offen zu, in Wirklichkeit ist nur eine knappe Milliarde da, die die ASFINAG zur Verfügung hätte. Der Ausbau der derzeitigen Ghega-Bahn in die Richtung, wie ich sie vorher erwähnt habe, das heißt, daß man den Containerverkehr durchführen kann, liegt weit unter dieser Milliarde. Ein weit geringerer Betrag wäre dafür aufzuwenden. (Zwischenruf: Herr Kollege! Es gibt einen Staatsvertrag, der die Ghega-Bahn erhalten will. Ihr Ausbau bedeutet die Zerstörung der Ghegabahn!)

Ich glaube, daß es sehr wohl umweltverträglicher ist, wenn man die Ghega-Bahn umrüstet, als wenn man ein riesiges Loch durch einen Berg macht, aus dem zehntausende Niederösterreicher ihr Grundwasser beziehen, Herr Abgeordneter! Das muß man auch einmal sagen. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Muzik: Sind Sie überhaupt schon einmal mit dem Zug über den Semmering gefahren?)

Sie können mir nicht erklären, daß, wenn man eine Bahnstrecke leicht modifiziert, daß das umweltgefährdender, ist als wenn man ein Riesen-Loch um 10 oder mehr Milliarden Schilling durch den Berg bohrt. Herr Abgeordneter Dautzenberg hat von 15 Milliarden gesprochen. Abgesehen davon, daß die Berechnung, was die Prognos-Studie betrifft, ganz einfach nicht objektiv ist. Wenn man sich die anschaut, würde sie nämlich besagen, daß der gesamte LKW-Verkehr von der Straße auf die Schiene verlegt werden müßte. Doch wenn Sie mit Wirtschaftstreibenden sprechen, die wirklich die Bahn in Anspruch nehmen könnten, so sagen Ihnen die, wegen der 20 Minuten, die wir dort gewinnen, können wir trotzdem nicht auf die Bahn. Weil die Bahn ganz einfach nicht in der Lage ist,

sämtliche andere Rahmenbedingungen zu schaffen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Wenn ein Betrieb, in Wr. Neustadt zum Beispiel, hier habe ich konkrete Gespräche geführt, große, schwere Materialien transportieren will in das südliche Burgenland, in die südliche Steiermark, dauert das drei bis vier Tage. Und da spielen die 20 Minuten wirklich keine Rolle. Ich kenne Großbetriebe in Wr. Neustadt, die direkt neben der Südbahn liegen. Sie sind nicht bereit dazu, weil die ÖBB einfach nicht in der Lage ist, zu wirtschaften in diese Richtung, meine Herrschaften. Das ist die Realität zum Semmering, Herr Kollege!

(*Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.*)

(*Abg. Keusch: Frag' doch nach bei Bene in Waidhofen/Ybbs. Die Fa. Bene transportiert alles auf der Bahn in Containern und ist hochzufrieden damit. Es stimmt nicht, daß die ÖBB nicht in der Lage ist! Bene schwört auf die ÖBB! Ihr müßt Euch umfassender informieren!*)
Das sind dann halt Einzelfälle, die Sie kennen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für die Diskussion. Ich bitte aber, diese dann beim Rednerpult zu führen.

Abg. HABERLER (FPÖ): Herr Kollege! Das ist die Realität, daß die Wirtschaft nicht gewillt ist, auf eine unattraktive Bahn umzusteigen. Da geht es nicht um die 20 Minuten durch den Semmering. Da geht es darum, daß das gesamte Rahmenprogramm bis hin zum Finanziellen einfach nicht stimmt. Die Straße ist ganz einfach - leider, wir müssen wirklich sagen, leider - zu günstig, auf der anderen Seite. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Damit komme ich zum nächsten Punkt, nämlich zum Nahverkehr. Und auch hier muß ich wieder den Herrn Landeshauptmann erwähnen, der immer wieder spricht, der Nahverkehr muß Priorität haben. Das ist vollkommen die Ansicht der Freiheitlichen Partei, gar keine Frage. Wir müssen den Nahverkehr ausbauen, anstatt ein solches Großprojekt zu machen, das uns im Prinzip kaum oder nichts bringt im Vergleich zum Aufwand. Das kann man wirklich sagen. Der Nahverkehr gehört ausgebaut. In diesem Budget sind allerdings in Wirklichkeit dafür nur 78 Millionen vorgesehen. Das heißt, ein ganz ein wichtiger Schritt wäre die Zweckbindung der Mineralölsteuer. Wie, da sind

wir uns ja noch nicht ganz einig, da weiß man noch nicht, wie das genau aussehen soll. Aber da sie irgendwo zwischen 175 und 350 Millionen Schilling liegen wird, wäre eine Zweckbindung für diesen Nahverkehr in Niederösterreich erforderlich. Das wäre dann schon zusammen eine erkleckliche Summe, mit der man wirklich einmal etwas machen kann, wo man etwas in Angriff nehmen kann.

Dazu ist aber auch die Bundesseite und damit primär der sozialdemokratische Minister Klima aufgefordert, mit Niederösterreich gemeinsam ein Konzept in Angriff zu nehmen, das für insgesamt 200.000 Pendler interessant ist. Folgende Strecken, wenn ich kurz anführen darf: Die Westbahn, eine Elektrifizierung bis Laa a.d. Thaya hinauf an die tschechische Grenze, den Ausbau, um es kurz zu umreißen, der Franz Josefs-Bahn und die Anbindung im Osten bis Preßburg, von Wien aus gesehen. Das sind sicherlich Prioritäten, die wir so schnell wie nur möglich durchführen müssen. Wo man für den Umweltschutz wirklich etwas machen kann, wo man für 10.000 Pendler sich einsetzen kann. Zehntausende Pendler könnten tatsächlich dann endlich einmal vom Auto auf die Bahn umsteigen. Damit würde man für die Umwelt und für dieses Land wirklich etwas machen. Das ist gar keine Frage. (*Beifall bei der FPÖ - Abg. Schütz: Das gibt es nur deswegen noch nicht, weil der Landeshauptmann noch nicht Zeit hatte, den 15a-Vertrag zu unterschreiben!*)

Das habe ich gerade kritisiert, daß es eigentlich von seiten des Landeshauptmannes im Zusammenhang mit dem Semmering-Basistunnel zwar schöne Ankündigungen gibt, aber keine Taten. Das trifft genau, Herr Kollege, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, für den Nahverkehr zu! Hier ist es dringend notwendig, daß Taten gesetzt werden. Allerdings, eines muß man den Herrschaften von den ÖBB schon sagen: Auf der einen Seite zu versuchen, neue Gäste von der Straße auf die Bahn zu bringen und auf der anderen Seite dann die VOR-Tarife um gut 10 % anzuheben, das geht halt auch ganz einfach nicht. So kann man nicht wirtschaften! Wenn man neue Kunden haben will, kann ich nicht um 10 % erhöhen, das ist gar keine Frage. Daher fordern wir Freiheitlichen, daß man einmal realistisch vorgeht und daß man nicht gerade in einer Zeit, da die Rezession den einzelnen Arbeitnehmer, die Familien ganz massiv belastet, den Umstieg auf die Schiene erschwert und verhindert. Mit einer Erhöhung von gut 10 % in diesem Bereich. Das ist in Wirklichkeit eine Katastrophe und das

ist in höchstem Maße kurzsichtig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zurück auf die Straße: Ein ganz wichtiges Anliegen und damit komme ich zu einem weiteren, sehr wichtigen Punkt, nämlich zu einem Resolutionsantrag, ist zweifelsohne der Ausbau, oder man müßte schon fast sagen, die Adaptierung des Pannestreifens auf der Westautobahn zwischen Steinhäusl und St. Pölten, also der Ausbau der Westautobahn. In der Masse ist ja der Pannestreifen dort bereits adaptierungsfähig.

Es gehört praktisch zu den täglichen Straßenverkehrsmeldungen im Rundfunk, des ÖAMTC oder von wem auch immer, "Stau auf der Westautobahn", "Unfall auf der Westautobahn". Und das betrifft gerade den Bereich vom Knoten Steinhäusl bis St. Pölten.

Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich betreffend Ausbau der Westautobahn *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. 52/V-1, betreffend Ausbau der Westautobahn.

Um die Anbindung großer Teile Niederösterreichs an die neue Landeshauptstadt St. Pölten ohne tägliche Stauungen zu gewährleisten, ist es erforderlich, die bestehende Westautobahn im Bereich Knoten Steinhäusl bis St. Pölten auf sechs Spuren zu verbreitern. Dabei ist eine etwaige Adaptierung des bereits ausgebauten Pannestreifens in Betracht zu ziehen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung (insbesondere beim Bundesminister für Verkehr sowie beim Bundesminister für Finanzen) dafür einzusetzen, daß die notwendigen Ausbaurbeiten im Sinne der Antragsbegründung sobald als möglich in Angriff genommen werden."

(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Keusch, Abg. Kautz, Abg. Hiller: Dafür ist allerdings der Bundeswirtschaftsminister zuständig!)

Das ist auch etwas, was von Landesseite her gegenüber dem Bund novelliert werden muß. Denn zweifelsohne ist es klar, daß Verflechtungen zwischen Bund und Land gegeben sind. Nur muß man, Herr Kollege Kautz, muß man wirklich initiativ werden von Landesseite her. Und nicht, wie der Herr Landeshauptmann, ich habe es ihm schon vorgeworfen, wie der Herr Landeshauptmann im Bereich des Semmering-Basistunnels, im Bereich des Ausbaues des Nahverkehrs, immer bloß eine schöne Ankündigungspolitik vor Wahlen betreiben, zwischendurch auch einmal einen schönen Zeitungsartikel, mit einem schönen Foto kaschiert und dann wieder nichts zu machen. Das geht ganz einfach nicht.

Der Herr Kollege Dautzenberg hat vorher noch einen Komplex angesprochen, der, glaube ich, auch ganz, ganz wichtig ist, den ich aber um einige Ausführungen erweitern möchte. Es ist gar keine Frage, daß wir durch die Ostöffnung, die wir alle zweifelsohne politisch zu hundert Prozent begrüßen, durch die Veränderungen im Osten auch mit einer zusätzlichen Verkehrslawine belastet werden. Zu dieser derzeitigen Verkehrsbelastung wird, sobald sich der Osten wirtschaftlich erholt, auch noch eine zusätzliche Belastung auf Grund des irgendwann in den nächsten Jahren dort einsetzenden Wirtschaftsaufschwunges dazukommen. Es wird also notwendig sein, daß wir mit diesen betreffenden Staaten, etwa mit der Tschechischen Republik, aber auch mit Polen, mit der Slowakei, mit Ungarn, mit Slowenien und in weiterer Folge dann auch noch mit den Nachfolgestaaten in Jugoslawien, erst in späterer Folge mit den anderen Nachfolgestaaten einen Art Transitvertrag nach dem Vorbild Tirols abschließen. Denn es geht wirklich nicht an, daß wir auf der einen Seite im Westen hart mit der EG verhandeln, auf der anderen Seite aber im Osten keinerlei Handhabe haben, wie das in Zukunft wirklich mittel- und langfristig aussehen soll.

Es ist auch schon angeschnitten worden, es fällt das zweifelsohne auch in den Bereich Umweltschutz wieder hinein. Und zwar insofern, als die Kontrollen zur Zeit, was den Umweltschutz im LKW-, aber auch vor allem im PKW-Bereich betrifft, nicht durchführbar sind. Beim Umbau etwa des Grenzüberganges Berg hat man keine Möglichkeit geschaffen, daß der eine Kontrollwagen, den wir in Niederösterreich haben, diese Kontrollen dort auch an Ort und Stelle durchführen kann. Das heißt, sie müssen sich hinter der Grenze postieren und können erst dort Kontrollen durchführen. Es wäre wirklich notwendig, daß man einige Zeit, bis im Osten andere Normen herrschen, hier

rigoroser vorgeht und schärfere Kontrollen setzt. Ganz wichtig wäre aber zweifelsohne auch dieser Transitvertrag. Daß man hier einmal langfristige Perspektiven hat, wie man das im Westen gegenüber der Europäischen Union schon durchführt.

Damit komme ich noch zur Donauschifffahrt, die zweifelsohne auch ein Stiefkind im Verkehrsreichen Niederösterreichs und überhaupt in ganz Österreich ist, das kann man gar nicht spezifisch sehen. Wir, alle Parteien haben ja prinzipiell auch im Herbst schon ein Bekenntnis zur Donauschifffahrt abgelegt. Aber auch hier, glaube ich, sind wir aufgefordert, insgesamt neue Akzente zu setzen und wirklich aktiv zu werden. Es genügt nicht, nur eine Aktuelle Stunde abzuhalten. Es muß diese Aktuelle Stunde, wie beim Semmering-Basistunnel so auch bei der Donauschifffahrt, Schritt für Schritt, Handlung für Handlung, umgesetzt werden.

Bei der Donauschifffahrt wäre längst eine Dreiländereinigung notwendig, betreffend der Personenschifffahrt auf der Donau, die ganz einfach für den Tourismus in Niederösterreich erhalten werden muß. Herr Kollege Mag. Schneeberger, wir kennen es beide. Es betrifft zwar nicht unseren Bereich, aber ein wunderschönes Stück Niederösterreich, die Wachau, lebt sicherlich vom Tourismus. Dort wäre ein Einstellen der Personenschifffahrt ganz einfach nicht drinnen.

Was die Donaureisen GesmbH betrifft, um die es ja hier vornehmlich geht, müßte man etwa eine Lösung suchen in die Richtung, daß die Donau-Anrainergemeinden, wie etwa in der Wachau, hier eingebaut werden. Daß man wirklich schaut, daß man zu einer betriebswirtschaftlichen Lösung kommt, die eine Zukunft hat.

Wenn wir schon beim Bereich Donau sind, ist zweifelsohne auch anzumerken, daß für die Planung des Donau-Oder Kanales kein Geld in diesem Budget vorhanden ist. Und das ist insofern problematisch, als wir gerade im Bezirk Gänserndorf - wir haben heute schon den Spitalsbereich dort sehr intensiv diskutiert - in Wirklichkeit eine katastrophale Situation vorfinden, was die Arbeitsplätze betrifft. Und das aus mehreren Gründen. Zum ersten gibt es eine Entlassungswelle bei der ÖMV, auf die ich nicht näher eingehen will. Zum zweiten, bitte schön, wandert Iglo ab nach Ungarn, was zweifelsohne auch katastrophale Auswirkungen auf die Region haben wird. Das heißt, gerade dort wäre es wichtig, daß wir diesen Kanal, diesen Donau-Oder Kanal sofort in Angriff nehmen. Daß man die Planung in Angriff nimmt

und daß man dort neue Arbeitsplätze in diesem Bereich schafft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abgesehen davon, daß die Vorteile vielschichtig wären in diesem Bereich. Es wäre eine weitere Verlagerung des Verkehrs möglich von der Straße auf die Schiene. Ich nenne nur den Osttransit auf der einen Seite, den ich schon angesprochen habe. Das könnte und sollte ein Bestandteil dieses Vertrags mit den östlichen Anrainernstaaten sein. Dieser würde die Slowakei betreffen, die tschechische Republik, was den mährischen Landesteil betrifft, und würde Polen betreffen, gar keine Frage.

Dann kommt dazu, daß wir zur Zeit von der Donau aus nur eine Anbindung an das Meer in eine Richtung haben, nämlich über Deutschland. Die Balkanroute ist praktisch zur Zeit tot, ist stillgelegt auf Grund der Krise am Balkan, bei der kein Ende abzusehen ist. Das heißt, hier wäre eine dritte Route, zur Zeit eine zweite Route möglich, die Österreich wieder eine bessere Anbindung in verkehrstechnischer Art und Weise bringen würde. Und das Argument, daß der Umwelt natürlich mit einer Verlegung des Verkehrs von der Straße hin auf die Wasserstraße zweifelsohne ebenfalls ein Dienst erwiesen werden würde.

Soweit zu einigen sehr grundlegenden Gedanken bezüglich der Verkehrspolitik in Niederösterreich. Ich möchte noch kurz abschließend einen Bereich anschneiden und zwar den Müll. Das trifft aber in Wirklichkeit auch für die Abwasserwirtschaft und für diesen ganzen Bereich zu. Ich glaube, wir müssen all die Berechnungsgrundlagen auf andere Füße stellen. Es gilt hier prinzipiell, eine neue Berechnung, einen neuen Berechnungsmodus zu entwickeln. Und zwar den des Verursacherprinzipes.

Es geht nicht an, daß, wie es sich jetzt entwickelt, im Bereich des Mülls auf der einen Seite die Leute sammeln müssen, was natürlich mit sich bringt, daß die Restmüllmenge, vom Volumen her bis zu 50 % sinken wird, vom Gewicht her bis zu 20 %. Und auf der anderen Seite müssen wir dann für die Halbierung und für die Sortierung dieses Mülls, muß der einzelne Bürger, muß der einzelne Haushalt dann in Kauf nehmen, daß die Müllgebühren noch einmal erhöht werden. Das ist unsozial und das ist einfach unverträglich! Hier muß ein vollkommen neuer Modus her! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Hiller: Herr Kollege Haberler! Wir müssen uns von der Vorstellung trennen, daß Mülltrennung billiger ist als Deponierung, das ist naturgemäß teurer!)*

Aber warum, Herr Kollege? Warum, das muß man auch dazu sagen. Weil eine Verpackungsverordnung herausgegeben wurde von einer Ministerin, die ganz einfach keine Grundvoraussetzungen geschaffen hat, um diese Verordnung zu verwirklichen. Das ist ganz einfach die Realität. (*Abg. Hiller: Es hat immerhin ein Jahr Vorausinformation gegeben. - Abg. Dkfm. Rambossek: Ja, von Pressekonzferenzen und sonst nichts!*) Die Frau Minister hat ihre Verantwortung nicht wahrgenommen! Sie hat die Entsorgung, das heißt, sie hat die Organisation auf der einen Seite, die organisatorischen Vor-Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, um flächendeckend zu entsorgen, nicht bewerkstelligt. Das ist das Eine. Und auch auf der Entsorgungsseite ist es in Wirklichkeit Kraut und Rüben, was hier von diesem Ministerium geschaffen worden ist. Das einzige, das wir wirklich wissen, ist, daß pro Haushalt, ich habe einmal gesagt, um 3.000,- Schilling im Jahr mehr zu berappen ist. Und der Herr Abgeordnete Kaufmann von der SPÖ spricht von 5.000,- bis 6.000,- Schilling. Ich glaube es ihm. Weil er kann durchaus hier bessere Berechnungsgrundlagen gehabt haben. Das heißt, auch noch eine zusätzliche Belastung bis zu 500,- Schilling monatlich. Und deshalb spreche ich vom Verursacherprinzip. Denn, Herr Abgeordneter, rechnen wir uns einmal durch, was durchschnittlich ein niederösterreichischer Haushalt heute verdient. Und dann erhöhen wir im Bereich des Abwassers, im Bereich des Mülls alleine die Abgaben um ca. 1.000,- Schilling im Monat in den nächsten Jahren. Das ist eine Katastrophe, bitte! Das ist sozialpolitisch absolut unverträglich. Und hier muß man wirklich einmal einen Strich durch machen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das heißt, die Organisation und die Entsorgung muß zuerst gewährleistet sein. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten. Aber gerade im Bereich des PVCs bitte, brauchen wir uns nichts

vorzumachen. Getrennt zu sammeln und dann erst recht zu deponieren, ist eigentlich eine Frechheit gegenüber der Bevölkerung. Hier muß man wirklich einmal sehen, wie weit - und wir sind hier schon sehr weit - wie weit sind wir mit der thermischen Verwertung. Das heißt, wie weit können wir in Wirklichkeit die Bevölkerung dafür belohnen, daß sie auf der einen Seite trennen muß, daß sie auf der anderen Seite arbeiten muß. Wie können wir das bewerkstelligen, daß sie dadurch auf der anderen Seite auch wirklich einen Gewinn hat. Das heißt, wir müssen auf der anderen Seite wirklich bewerkstelligen, daß die Bevölkerung für diese Mehrarbeit belohnt wird. Und die thermische Verwertung ist sicherlich eine Möglichkeit. Ihr Landesrat, der Herr Blochberger, hat es ja schon mehrfach angeschnitten, daß das zweifelsohne eine Möglichkeit wäre. Hier gebe ich ihm recht. (*Abg. Breining: Der Bürger wird ja belohnt dadurch, daß weniger Restmüll anfällt!*) Der dann noch teurer wird, Herr Kollege Breining! Der dann noch teurer wird, weil die Abfallverbände, die ja nach Tonnagen bezahlt werden, auf Grund der geringeren Mengen wieder die Gebühren in die Höhe setzen. Das ist eine Schraube, die sich in Wirklichkeit dreht und dreht und dreht, meine Herrschaften! (*Abg. Uhl: Das ist doch logisch: Weniger Müll hat weniger Gewicht!*) Richtig! Und deshalb erhöhen wir die Gebühren. Das ist nämlich die Realität in Wirklichkeit. Und das ist in Wirklichkeit die Katastrophe! Das heißt, auf der einen Seite zwingt man die Bevölkerung, Herr Abgeordneter Uhl, aktiv zu werden, zwingt man die Bevölkerung, mit dem Auto dorthin zu fahren, selbst zu entsorgen, selbst zu trennen. Und auf der anderen Seite bestraft man sie mit höheren Gebühren. Das ist in Wirklichkeit zutiefst unsozial. Das heißt, die derzeitige Verpackungsverordnung - und ich wiederhole das - stellt in Wirklichkeit nichts anderes zur Zeit dar als eine Mülltourismusverordnung. Man deponiert nicht mehr insgesamt, das heißt gemischt, sondern getrennt, das ist die Wirklichkeit. Denn Papier, Glas usw. sind ja vorher auch schon ordnungsgemäß entsorgt worden. Von mancher Gemeinde besser, offenbar wie es aussieht, als mit diesem neuen System. Das ist nämlich der Wahnsinn an der ganzen Geschichte. Ich bitte wirklich dieses Hohe Haus, daß wir in diesen Bereichen umdenken und dem wirklich gerecht werden. Nämlich gerecht insofern gegenüber der eigenen Bevölkerung, als wir nach dem Verursacherprinzip vorgehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich muß damit beginnen, daß ich eigentlich etwas verunsichert bin. Denn ich habe vorher beobachtet, daß der Herr Kollege Ing. Dautzenberg hier erklärt hat, er stimmt gegen das Freibauer-Budget. Er hat dafür von der ÖVP Applaus erhalten. Also ich weiß nicht, wie das von den Damen und Herren der ÖVP gemeint war. Offensichtlich hat den Herrn Landesrat daraufhin der Schlag getroffen, weil er nicht mehr da ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, namens meiner Fraktion zum Kapitel Straßenbau und Verkehr, Straßenverkehr zu sprechen. Das stark steigende Verkehrsvolumen hat den umfangreichen Ausbau unserer Verkehrswege in den letzten Jahren beschleunigt und notwendig gemacht. Überall dort, wo wir diese Verkehrswege ausbauen oder ausgebaut haben und wo Verkehr konzentriert wird, konzentrieren wir aber auch erhebliche Belastungen für den Menschen und für die Umwelt. Insbesondere in unseren Ballungsräumen und auf den Transitrouten. Das deswegen, weil die Motorisierung ständig zunimmt. Die Zahl der PKW stieg zwischen 1980 und 1990 um 30 % auf 2,9 Millionen. Hiezu kommen noch 600.000 einspurige Fahrzeuge. Im Jahre 1990 überschritt die Zahl der PKW bereits jene der Haushalte. In Niederösterreich verfügt jeder fünfte Haushalt bereits über mehr als einen PKW. Wir sehen also ganz deutlich, daß die Abhängigkeit vom PKW noch mehr zugenommen hat. Dies gilt auch in ganz besonderem Maße für den Berufsverkehr. Unsere Tagesauspendler benutzen zu 60 % den PKW, in ländlichen Gebieten Niederösterreichs sind es 80 %. Dieser Trend zum PKW wird noch verstärkt durch den Verlust von Arbeitsplätzen in den kleineren Gemeinden und die Anreicherung von Arbeitsplätzen in den zentralen Orten.

Auch der Einkaufs- und Versorgungsverkehr nimmt zu, ebenso der Freizeit- und Erholungsverkehr. Der Besitz eines PKW mindert demgegenüber leider auch die Akzeptanz des öffentlichen Verkehrs, die wachsende Individualmotorisierung reduziert ganz allgemein die Erfolgsaussichten des öffentlichen Verkehrs. Dies demonstriert ein Vergleich: 95 % der Bevölkerung erreichen ihr regionales Zentrum innerhalb von 30 Minuten im Rahmen des Individualverkehrs. Aber nur 72 % erreichen ihr Zentrum innerhalb von 30 Minuten mit dem öffentlichen Verkehr. Diese Zahlen beweisen, daß zum jetzigen Zeitpunkt für viele der Verzicht auf den eigenen PKW gar nicht möglich ist.

Leider ist es immer noch eine Tatsache, daß der öffentliche Verkehr nur in den Großstädten und deren Umland eine akzeptable Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Ob es uns also recht ist oder nicht, sehr geehrte Damen und Herren, der Straße kommt derzeit in unserem Bundesland noch eine überragende Bedeutung zu. Die Frage ist allerdings, ob das immer und für alle Zukunft so bleiben muß.

Die Budgetzahlen des nächsten Jahres zeigen dies auch sehr deutlich. Es bleibt wohl der insgesamt Ansatz für den Straßenbau nahezu gleich. Die Ausgaben für die Bundesstraßen gehen leicht zurück, dafür steigen die Ausgaben für die Landesstraßen leicht. Wir haben alles in allem im ordentlichen Voranschlag, im außerordentlichen Voranschlag und im Konjunkturbelebungsanteil unseres Budgets insgesamt Ausgaben für den Straßenbau von rund 2,7 Milliarden Schilling. Allerdings sind davon personalbezogene Ausgaben 1,6 Milliarden also der größere Teil. Der kleinere Teil, 1,4 Milliarden, ist tatsächlich für die Instandhaltung bzw. den Aus- und Umbau sowie Neubau vorgesehen.

Wir vertreten die Ansicht, daß nicht eine Konkurrenz, sondern eine Kooperation zwischen dem Straßenbau, also dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr nottut. Die mangelnde Kooperation hat leider ihre Wurzeln schon in der alten, traditionellen Konkurrenz zwischen Schiene und Straße, auf die wurde ja heute schon eingegangen, sowie zwischen staatlichen und gewerblichen Unternehmungen: in der Regel die staatliche Bahn, der private Fahrzeugverkehr. Unsere Budgetzahlen sind meiner Ansicht nach daher auch ein Signal in die richtige Richtung. Es gibt keine übermäßigen Steigerungen im Straßenbau mehr, sondern der Anteil am Gesamtbudget, inklusive des Wasserbaues, alles was Straße und Wasserbau betrifft, geht leicht zurück, von 6,8 % auf 6,6 %.

So, wie das Budget leicht zurückgeht, nehmen leider die Konflikte in den Städten und in den Ballungsräumen rund um unsere Straßenräume leider immer stärker zu. Dort wird nämlich die freie Wahl der Verkehrsmittel zunehmend in Frage gestellt. Wir haben erkannt, daß der Verkehr den Menschen und die Umwelt strapaziert. Und deshalb weise ich den verkehrsberuhigenden Maßnahmen, die durch dieses Straßenbaubudget gesetzt werden können, wirklich große Bedeutung zu. Wir müssen den motorisierten Individualverkehr durch unsere Baumaßnahmen eindämmen, zurückdrängen. Maßnahmen, wie zum Beispiel Fußgängerzonen, Wohnstraßen, Straßenbaurück-

nahmen mit Augenmaß sollen die Umweltqualität für die Bevölkerung und die Natur verbessern. Gewollte negative Wirkungen auf den motorisierten Verkehr begrenzen allerdings die Akzeptanz solcher Maßnahmen, weshalb wir bei dieser Problematik besonders vorsichtig und überlegt vorgehen müssen. Ich stelle mit Freude fest, daß das in Niederösterreich geschafft wurde. Unsere Verkehrsraum- und Straßenplaner haben in diesen Belangen bereits in den letzten Jahren sicherlich umgedacht. Verschiedene schmerzliche Erfahrungen haben eine sensiblere Vorgangsweise zur Folge. Ich erhebe daher keine unerfüllbare Forderung, sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich meine, daß die Maxime unserer Vorgangsweise im Straßenbau ein partnerschaftliches Miteinander aller Verkehrsformen, vor allem im Ortsgebiet, sein muß.

Noch stehen viele von uns, vor allem viele Autofahrer und manchmal übertriebene Autofetischisten einer geänderten Planungsphilosophie sicher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Aber ich bin überzeugt, daß die Zukunft einer menschengerechten Verkehrspolitik gehört. Planung aus der Windschutzscheibenperspektive des Autofahrers allein ist schon deshalb nicht sinnvoll, weil wir auch selber ständig zwischen unseren Verkehrsarten wechseln. Einmal sind wir als Fußgänger unterwegs, einmal sind wir Autofahrer, hie und da sind wir Radfahrer. Leider noch viel zu selten sind wir Benützer öffentlicher Verkehrsmittel.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese geänderte Sicht der Straßenbaupolitik in Niederösterreich wird noch mehr nötig und zu verstärken sein, bedenkt man die Probleme, die durch den Transitverkehr auf unser Land zukommen. Das Hauptproblem liegt darin, daß die Transportvolumina auf der Straße seit 1972 um 480 % angestiegen sind. Jenes auf der Bahn leider nur um 36 % und jenes auf der Wasserstraße um 75 %. Im Westen spricht man von der Transithölle Inntal-Brennerstrecke. Im Osten Österreichs hat hier längst eine viel schmerzlichere Belastung sich angebahnt. Als eine der notwendigsten verkehrspolitischen Maßnahmen hat sich daher die Erstellung des integrierten österreichischen Gesamtverkehrskonzeptes und eines verkehrsträger-übergreifenden Verkehrswegeplanes herausgestellt. Ich begrüße daher ausdrücklich, daß unsere zuständigen Abteilungen des Landes Niederösterreich eine intensive Mitwirkung an den entsprechenden Ausschüssen und Fachgremien des Ministeriums, der Forschungsgruppen für das Verkehrs- und Straßenwesen usw. entwickeln. Ich meine zugleich, daß diese Tätigkeiten noch weiter

intensiviert werden sollten, was ja auch in einem Tätigkeitsbericht, etwa der Abteilung B/4 angekündigt wird. Bei der Auflistung der Ziele für 1994 werden also besonders Aktivitäten in Bezug auf Verkehrssicherheit, Verkehrskonzepte und notwendige Konzeptkorrekturen zu setzen sein.

Gerade die Sicherheit im Straßenverkehr ist ein wesentliches Stichwort, auf das ich kurz eingehen möchte. Es ist wohl 1993 eine Abnahme der Verkehrsunfälle mit Personenschaden eingetreten. Jeder einzelne Verletzte und Tote ist aber immer noch zu viel. Rigorose Maßnahmen der Exekutive haben auch zu einer Verringerung der "Alkoholunfälle" geführt und der dadurch verletzten oder getöteten Verkehrsteilnehmer. Dies zeigt deutlich, daß durch gezielte Maßnahmen, wie effiziente Geschwindigkeitskontrollen - ich sage nur, Einsatz von Lasergeräten - Alkoholstichproben - denken wir an den Alkomaten - wirklich positive Auswirkungen auf das Unfallgeschehen erreicht werden können.

Hier gilt es auch - und das möchte ich ausdrücklich jetzt tun - unseren NÖ Gendarmeriebeamten ganz besonders zu danken. Daß sie trotz einer nicht immer fairen und objektiven Diskussion und trotz großer Beanspruchung hervorragende Arbeit leisten. Ich möchte das ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Ich darf aber auch in diesem Zusammenhang appellieren an die Kolleginnen und Kollegen unter den Mandataren, die immer wieder diese notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen im Gendarmeriedienst durch Polemiken und Verunsicherungskampagnen nützen, um hier politisches Kleingeld zu wechseln.

Eine wesentliche Frage ist in diesen Tagen sehr oft diskutiert worden und ich scheue mich nicht, auch darauf einzugehen: Der Kampf gegen den Alkoholismus auf unseren Straßen. Ich möchte nicht beurteilen, Hoher Landtag, was nun wirklich besser ist, eine Senkung der Promillegrenze oder verstärkte Kontrollen, verstärkte Überwachung. Ich kann mir aber vorstellen, daß beide Maßnahmen gemeinsam zielführend sind. So wäre es sicher falsch, nur nach einer Senkung der Promillegrenze zu rufen, ohne gleichzeitig verstärkt Kontrollen einzusetzen. Es ist aber auch Unsinn, nur schärfere Kontrollen zu verlangen. Und gleichzeitig aber mit einem typisch österreichischen Augenzwinkern die jeweils andere Forderung unter dem Motto, es wird uns eh' keiner erwischen, lächerlich zu machen. Für eines ist die Pommille-Diskussion, glaube ich, aber sicher nicht geeignet, nämlich, Stimmenfang damit zu erzielen. Daher schlage ich eine wirklich sachliche

Diskussion vor, die sich auf die Forschungsergebnisse stützt.

Die Verkehrssicherheit in Niederösterreich, sehr geehrte Damen und Herren, kann und muß auch durch bauliche Maßnahmen erhöht werden. Manches hat sich in der Vergangenheit bewährt. So wissen wir aus der Statistik, daß dort, wo an neuralgischen Unfallpunkten Baumaßnahmen, Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt wurden, die Unfallhäufigkeit um 65 % zurückgegangen ist. Etwa Verkehrslichtsignalanlagen, Blinklichter, Beleuchtungsanlagen an gefährlichen Punkten. Der Errichtungs- und Erhaltungsaufwand für diese Anlagen steht in keinerlei Relation zu den Erfolgen und beträgt nur einen Bruchteil der verhinderten Unfallfolgekosten. Daher sind weitere Sicherungsmaßnahmen im Sinne der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer unbedingt notwendig.

Ich glaube, daß es im Zuge einer Straßenbaudebatte auch notwendig ist, ganz kurz auf wesentliche Vorhaben einzugehen. Keine Angst, daß ich hier eine lange Liste aufzähle, aber ich habe mich in den NÖ Bezirken umgehört und ich habe von unseren Mandataren aus den Bezirken ganz wesentliche Forderungen hier zusammengestellt, die, glaube ich, ein rundes Bild von dem ergeben, was in Niederösterreich in den nächsten Jahren dringend notwendig ist.

Die Westautobahn wurde auch schon erwähnt von meinem Vorredner, Herrn Kollegen Haberler. Hier stimme ich ihm zu. Die Verbesserung im Bereich Steinhäusl, der ja eine sehr große Unfallhäufigkeit aufweist, ist dringend notwendig. Zugleich auch eine dritte Spur in den Steigungsstrecken. Ob das durchgehend notwendig sein wird, weiß ich nicht. Südautobahn, A 2: Hier fordert man die Anschlußstelle Kottlingbrunn - Bad Vöslau. Auf der A 3, der Ostautobahn, jene in Fischamend. Im Zuge der Erschließung eines Gewerbeparks in Brunn am Gebirge liegt ein genehmigtes Detailprojekt vor. Ebenso ist auf der Stockerauer Autobahn die Anschlußstelle Korneuburg-West von großer Bedeutung.

In den Bezirken gibt es sehr viele Wünsche. Ich kürze hier sehr stark und erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aber aus der Region kommend, glaube ich, daß vor allem der Ausbau der B 3, die sich zu einer der gefährlichsten Todesstrecken entwickelt hat, ganz besonders wichtig ist. Vorerst ist ja an eine Verwirklichung des Abschnittes Tulln - Stockerau gedacht. Ich erhebe aber natürlich auch den massiven Ruf, gemein-

sam, lieber Freund Toms, mit anderen Kollegen, daß natürlich auch zwischen Tulln und Krems der Ausbau sehr wichtig ist.

Die Fortsetzung des B 37-Ausbaues nach Zwettl ist eingeleitet, muß aber im Interesse der wirtschaftlich benachteiligten Regionen dieses Gebietes rasch durchgezogen werden. Es gibt hier schon Grundeinlösungen usw. Es ist auch eine Diskussion um den Ausbau der B 38 im Ortsgebiet von Zwettl mir bekannt geworden. Hier prallen die Meinungen aufeinander. Ich vertrete hier eher die Meinung, daß man die von einer Bürgerinitiative geforderte Überholspur im Bereiche des Krankenhauses Zwettl im Hinblick auf die innerstädtische Lage eher nicht durchführen sollte. Weil es hier wirklich um Verkehrsberuhigung geht. Für das nördliche Waldviertel, insbesondere die Bezirke Gmünd, Waidhofen aber auch Horn, ist vor allem der Ausbau der B 41 ab Großpertholz bis zur Landesgrenze und in den oberösterreichischen Raum notwendig. In den Wiener Raum müssen Ausbauten durchgeführt werden. Die Umfahrung Schwarzenau, Verkehrssicherheitsmaßnahmen in Vitis, Göpfritz, Mold, Maissau usw. und so fort. Aus diesem Raum kommt aber auch der Wunsch nach einem Ausbau zur Landeshauptstadt St. Pölten, etwa durch das Kemptal.

Die zweite Tullner Donaubrücke ist für das Weinviertel, für dessen Anbindung von großer Bedeutung. Hier gibt es noch sehr viele Vorhaben. Etwa die B 208 oder die B 49. Die Ortsumfahrungen entlang der B 7 von Drasenhofen bis zur Stadtgrenze von Wien. Und meine Kollegen aus diesem Raum haben mich auch ersucht, ausdrücklich festzuhalten, daß der von manchen ÖVP-Regionalpolitikern geforderte Bau einer Nordautobahn A 5 von den Mandataren der SPÖ in diesem Raum ganz entschieden abgelehnt wird.

Das südliche Waldviertel verlangt eine Anbindung an die Ost-West-Achse durch Schaffung einer Donaubrücke in Pöchlarn; eine alte Forderung. Aber auch dort gibt es Forderungen nach Ortsumfahrungen. Etwa Amstetten, Ennsdorf, Prinzersdorf im Bezirk St. Pölten, von wo auch die Forderung nach Großsanierung der Autobahnauf- und -abfahrten im Raume St. Pölten kommt.

Ein Wort zur Südumfahrung Wiens, der B 301. Wir sind hier der Meinung, daß es wirklich nur geht in Form einer engen Kooperation zwischen Wien, Niederösterreich und vor allem der betroffenen Bevölkerung in diesem Raum. Zu-

gleich aber auch mit Lärmschutzmaßnahmen auf der A 21.

Noch ein Wort zur Semmering-Schnellstraße. In den letzten Tagen gab es Zeitungsmeldungen über eine Maut im Tunnel. Ich glaube, daß man das nicht isoliert diskutieren sollte, sondern daß man die Mautdiskussion als eine globale führen müßte. Denn sonst passiert nämlich genau das, was wir nicht wollen. Ein Ausweichen in einem kleinen Abschnitt auf die bestehenden Nebenstraßen.

Zum Sektor Landesstraßen befürchten Sie jetzt bitte keine Liste von mir, denn das würde wirklich zu weit führen. Ich möchte aber nur ein kleines delikates Beispiel anführen, wo eine Region sich seit vielen Jahren bemüht, nämlich die Gemeinde Gaming. Es ist ja der langjährige Bürgermeister hier im Landtag gesessen. Bürgermeister Lechner bemüht sich seit vielen Jahren um die Erschließung der Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer, was natürlich auch im Interesse des Fremdenverkehrs sehr wichtig wäre.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein besonders budgetintensives Kapitel stellt der Straßendienst dar. Ich habe ja vorhin schon erwähnt, daß wir für das Personal immer mehr Geld ausgeben müssen, daß die Personalausgaben bereits 1,6 Milliarden betragen. Daher kann man sich im Zuge einer Straßendebatte dieses Themas nicht

entziehen. Ich glaube, daß man im Sinne eines Umdenkens in Richtung privatwirtschaftlicher Unternehmensformen auch dieses Thema in Angriff zu nehmen hat. Zusätzlicher Personalbedarf soll also möglichst vermieden werden. Und ich glaube, daß man das dadurch tun kann, indem man gewisse Baumaßnahmen in Form von privatwirtschaftlichen Aufträgen vergibt. (*Abg. Litschauer: 175 Dienstposten wurden eingespart!*) Ja, das mag schon sein. Aber wir denken an die Zukunft. Wir wissen alle, daß die Personalkosten trotz Einsparungen weiter explodieren werden. Es wäre auch im Sinne des Kollegen Friewald, der ja heute Nachmittag erklärt hat, wir sollen Vorschläge unterbreiten, wo man sparen kann, wo man mehr Einnahmen erzielen kann.

Ich möchte daher, Herr Präsident, einen Resolutionsantrag einbringen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Durchführung von Baumaßnahmen, die über die Erhaltung und Wartung hinausgehen, grundsätzlich an entsprechende Bauunternehmungen zu vergeben (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Sacher zu Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Vergabe von Bauarbeiten an Privatunternehmen.

In seiner Wortmeldung zu der in der Landtagssitzung vom 4. November 1993 stattgefundenen Aktuellen Stunde hat Landesrat Gabmann aus seiner Sicht eindeutig dargelegt, daß es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, unternehmerische Funktionen auszuüben. Wenngleich aus sozialdemokratischer Sicht diese Meinung nicht allgemein geteilt werden kann, da die Beurteilung von Unternehmen nicht nach den Eigentumsverhältnissen, sondern nach dem wirtschaftlichen Erfolg vorgenommen werden muß, kann der Meinung von Landesrat Gabmann insoferne beigezogen werden, daß gerade auf dem Gebiet des Baudienstes, insbesondere in den Bereichen Straßenbau und Wasserbau, sich in der NÖ Landesverwaltung eine Fülle von Möglichkeiten der Übertragung von Aufgaben an Private anbietet.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die Durchführung von Baumaßnahmen, die über die Erhaltung und Wartung hinausgehen, grundsätzlich an entsprechende Bauunternehmungen zu vergeben."

Nachdem ich nun auf die Straßenbaufragen, auf Grundsatzfragen der Verkehrspolitik einge-

gangen bin, darf ich abschließend ein Thema, das mir als einer, der in einer Stadt, nämlich in Krems, seit vielen Jahren für die innerstädtische Verkehrsbewältigung verantwortlich ist, am Herzen liegt, auch noch aufzeigen.

Ich habe davon gesprochen, daß es zwischen Straße und öffentlichem Verkehr nicht Konkurrenz geben soll, sondern Kooperation. Ich glaube daher, daß wir in den Städten eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs einfordern müssen. Umso mehr, als in unseren Städten eine besonders erhaltenswerte Substanz durch das Auto bedroht wird. Ich sage es einmal ganz hart und ganz deutlich. Unser Hauptproblem in den Gemeinden liegt nämlich darin, daß wir bei der Realisierung des öffentlichen innerstädtischen Nahverkehrs weitestgehend im Stich gelassen werden. Dies beweist die Statistik, die uns auch Landesrat Mag. Freibauer bei seiner Grundsatzrede am Montag zukommen ließ. Von 1992 auf 1993 betrug die Steigerung im öffentlichen Nahverkehr noch 31 Millionen Schilling. Von 1993 auf 1994 ist aber lediglich eine Steigerung um acht Millionen, also nur mehr rund ein Viertel, vorgesehen. Das ist zu wenig! Mit diesen Mitteln können sich die Städte, die größeren Gemeinden einen innerstädtischen Nahverkehr nicht leisten.

Ich hatte Gelegenheit, in der Vorwoche zwei Tage lang Bregenz und Dornbirn mit meinem Bau-Ausschuß, mit meinem Stadtwerke-Ausschuß und den zuständigen Beamten der Stadtplanung von Krems zu besuchen. Und ich kann Ihnen berichten, sehr geehrte Damen und Herren, daß dort ein ganz großartiges Stadtbussystem funktioniert. Aber ich möchte Ihnen auch berichten, daß das kleine Land Vorarlberg 25 % der Betriebskosten, des Betriebsabganges abdeckt. Und nicht im ersten Jahr, wie das in Niederösterreich der Fall ist bei der Errichtung neuer Einrichtungen, sondern durch 10 Jahre hindurch. Ich glaube, daß das eine Forderung ist, die wir erheben müssen, wenn im nächsten Jahr mehr Mittel aus der Erhöhung der Mineralölsteuer zur Verfügung stehen werden. Ich darf Ihnen nur sagen, wir wenden für unseren innerstädtischen Tarifverbund und Citybus in Krems über sechs Millionen Schilling jährlich auf und bekommen, abgesehen von der 20prozentigen Beteiligung an der Erstinvestition, keinen Schilling. Ich möchte nur anmerken, daß wir gleichzeitig aber 15 Millionen Schilling Landesumlage leider noch einige Jahre weiter zahlen müssen.

Es geht daher abschließend die Forderung, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir aus den Mitteln der Mineralölsteuer für den innerstädtischen Nahverkehr mehr Geld zur Verfügung stel-

len müssen. Und zwar nicht nur für die Investitionen, denn die tätigen wir nicht selbst. Für uns fährt, genauso wie in Vorarlberg zum Beispiel, die Post und die Bahn mit ihren Bussen. Sondern für den Betrieb brauchen wir die Gelder, sonst müssen wir diese Betriebsformen wieder einstellen. St. Pölten, Wr. Neustadt, Krems, viele werden mit diesem Problem konfrontiert.

Hoher Landtag! Das Schlüsselproblem jeder Gemeinde heißt also Verkehr. Es betrifft und bedrückt Tag und Nacht alle Bürger durch Lebensgefahr, Lärm, Abgase, Flächenverbrauch. Die Verursacher sind in erster Linie die PKW und der LKW. Wir kennen die Lösungsansätze, wir müssen sie nur umsetzen. Ich bin, glaube ich, ausreichend darauf eingegangen. Es heißt, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, Förderung der Sicherheit, Förderung von Rückbaumaßnahmen mit Maß und Ziel. Sehr geehrte Damen und Herren! Helfen Sie mit, denn es ist höchste Zeit, daß wir in dieser Richtung auch in Niederösterreich umdenken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Mautner Markhof.

Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte die Themen Verkehrsproblematik im Ballungsraum Wien - Wiener Umland, die Bedeutung des Flughafens und den Transitverkehr behandeln.

Zur Verkehrsproblematik im Ballungsraum Wien - Wiener Umland: Dieser Raum ist gekennzeichnet durch eine dramatisch ansteigende Verkehrsbelastung. Sowohl durch Zunahme der Mobilisierung seitens der Bevölkerung sowie durch die Ostöffnung, die Entwicklung des Flughafens und auch die Pendlerproblematik. Die Zunahme kann nur teilweise durch den öffentlichen Verkehr abgefangen werden. Der zusätzliche Bedarf an Straßen ist daher gegeben. Verantwortungsvolle

Verkehrspolitik verlangt sinnvolles Nebeneinander von Schiene und Straße. Bei der Straßenplanung sprechen wir von gesamtheitlicher und vernetzter Straßenplanung. Nur dort, wo es Gesamtvorteile für eine Region gibt, sollen neue Straßen gebaut werden. Im Planungsverfahren sind anzuwenden die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Einbindung der Bevölkerung und der Gemeinden, die Öffentlichkeitsarbeit und eine Bürgerinformation.

Nun zum Spezialthema Wiener Südrandstraße B 301, das im wesentlichen als Fortschritt im derzeitigen Stadium zu sehen ist. Es ist ein Gesamtverkehrskonzept zwischen den beiden Ländern Wien und Niederösterreich vereinbart. Wir befinden uns derzeit im Stadium der Konzeption dieses Konzeptes. In diesem Konzept sollen Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr und für den Individualverkehr gemeinsam festgelegt werden. Die Planungsgemeinschaft Ost koordiniert diese Untersuchungen. Im besonderen werden drei Varianten für diesen Raum untersucht:

1. Nur Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr, zum Beispiel Ausbau der S 7, der Pottendorfer Linie, den Bahnhof Wien, eine Taktverdichtung Ostbahn, Park-and-ride-Plätze, den regionalen Busverkehr und die Tarifgestaltung.
2. Öffentlicher Verkehr, lokale Ortsumfahrungen und Rückbaumaßnahmen.
3. Eine B 301 an der Stadtgrenze zwischen Wien und Niederösterreich plus ergänzende Ortsumfahrungen, plus öffentlicher Verkehr.

Das sind die drei Varianten, die untersucht werden. Maßnahme 2 und 3 sind zu überprüfen auf die verkehrlichen Auswirkungen, auf die Raumentwicklung und auf die Landschaftsökologie.

Meine Forderung lautet daher: Öffentlicher Verkehr ist unabdingbar, ein Nahverkehrsfinanzierungsvertrag muß unbedingt her. Und zwar zwischen Bund - Land Wien - Land Niederösterreich - ÖBB. Ein Bauzeitplan und eine Prioritätenliste sind absolute Notwendigkeiten. Und eine Straßenplanung nur dann und nur dort, wo sich Gesamtvorteile ergeben.

Niederösterreich muß die Forderung an den Bund erheben, endlich tätig zu werden. Im Bund ist bekanntlich Minister Klima zuständig. Und ihm sind eine ganze Reihe von Versäumnisse vorzuwerfen. Er hat bis jetzt kein Geld für den Nahver-

kehrsausbau zur Verfügung gestellt, er präferenziert den Bau des Semmering-Tunnels. Es ist viel Steuergeld aufgegangen für das ÖBB-Defizit und trotzdem ist eine große Unsicherheit für Bahnbedienstete ausgebrochen und sehr viele Nachteile für unsere 200.000 Pendler.

Was kann Niederösterreich beitragen? Hier möchte ich auch auf den Kollegen Haberler eingehen, der den Landeshauptmann gefragt hat, was er mit dem Beschluß dieses Hauses hier gemacht hat. Der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll ist sehr wohl tätig geworden. Er hat nämlich ein Angebot an den Verkehrsminister gerichtet, das folgendermaßen aussieht:

1. Das Land zahlt einen Infrastrukturanteil am Nahverkehr, führt die Planung für diese vier Bahnlinien selbst durch und finanziert sie auch vor.
2. Ein Baustopp für den Semmering-Basistunnel wird verlangt und dieses Geld soll für die S 7, die S 2, die Pottendorfer Linie und noch andere Nahverkehrslinien eingesetzt werden.
3. Die Privatisierung des Betriebes dieser Bahnlinien mit dem Ziel, durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Grundsätze eine gesunde Verkehrswirtschaft für den Nahverkehr zu erreichen. Und damit auch für sichere Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sorgen.

Also, ich glaube, das ist ein Angebot des Herrn Landeshauptmannes, mit dem sich der Herr Bundesminister für Verkehr, Mag. Klima, nunmehr sehr eingehend zu beschäftigen hat und eine Antwort auf dieses Angebot geben muß.

Jetzt komme ich zu einem anderen Thema, das ist die Bedeutung des Flughafens. Der Flughafen ist ein wichtiger Impulsgeber für die Ostregion: 7,2 Millionen Passagiere, mit steigender Tendenz, bis 11,6 Millionen im Jahr 2000. Zusätzlich 9.500 Arbeitsplätze rund um den Flughafen.

Folgende Problemkreise ergeben sich: Die Verkehrsinfrastruktur für den öffentlichen Verkehr, für die S 7, ist vordringliches Ziel. Die Anbindung an ein hochrangiges Schienennetz in Zukunft ist gefordert, weil derzeit nur zwei Prozent der Passagiere überhaupt sich mit dem öffentlichen Verkehr, das heißt mit dem Schienenverkehr, bewegen. Ein Ziel in diesem Bereich ist, 25 % bis 30 % der Passagiere über die Schiene zu- und abzutransportieren. Beispiele gibt es genügend,

etwa Frankfurt, Zürich, wo diese Zahlen erreicht werden können.

Ein weiterer Problemkreis ergibt sich für die Flughafenbetriebsgesellschaft, jetzt genannt Flughafen AG, durch ihre Betreiberfunktion. Ihr Schicksal hängt zusammen mit der Rolle von Wien im internationalen Luftverkehr. Durch Sicherung und Ausbau der Standortqualität ist eine wesentliche Bedeutung des Standortes Wien als Flughafenstandort sicherzustellen. Die Luftverkehrspolitik ist gefordert, optimale Marktchancen für die Luftverkehrswirtschaft sicherzustellen.

Als Forderung ist zu erheben: Der regionalpolitische Aspekt muß auch beim Beitritt zur Europäischen Union berücksichtigt werden. Das Land Niederösterreich als Teilhaber der Flughafen AG ist aufgerufen, dies bei den Verhandlungen entsprechend einzubringen. Bei Kooperationen von Luftverkehrsgesellschaften ist die Interessenslage der Flughafen Wien AG zu berücksichtigen. Volkswirtschaftliche und nicht nur betriebswirtschaftliche Überlegungen sind einzubeziehen.

Zu meinem letzten Punkt, dem Transitverkehr, möchte ich folgendes ausführen: Der Transitverkehr zeigt eine große Steigerung, insbesondere durch den verstärkten Ost-West-Verkehr, bedingt durch die politische Entwicklung im Osten, durch die Ostöffnung und durch die Verkehrsverlagerungen im Zuge der Balkankrise. Wir müssen uns zum Verkehr als Voraussetzung für eine moderne, arbeitsteilige Wirtschaft bekennen. Die Bevölkerung ist sensibilisiert, Schiene und Straße sind unter diesem Gesichtspunkt dem Güterverkehr zur Verfügung zu stellen bzw. der vorhandene Wasserweg Donau ist entsprechend zu nutzen.

Als Forderung ergibt sich: Der Transitvertrag mit dem Öko-Punktesystem muß beim Beitritt zur Europäischen Union in Geltung bleiben. Durch eine Kontingentpolitik mit den Oststaaten soll im LKW-Bereich das Ausufern des Güterverkehrs auf der Straße verhindert werden. Zusätzlich müssen strenge Kontrollen an den Grenzen hinsichtlich des technischen Standards der LKW erfolgen. Die Bundespolitik ist aufzufordern, bei den Beitrittsverhandlungen in Brüssel zu erreichen, daß die Ostregion als Teil von Österreich als sensible Region eingestuft wird. Durch notwendige Infrastrukturmaßnahmen im Umschlagsbereich sind die Voraussetzungen für den kombinierten Verkehr, Schiene und Straße, zu verbessern. Die Wasserstraße Donau kann durch Ausbau der Hafenanlagen in Niederösterreich sowie des Hafens Albern

einen umweltwirksamen Beitrag zur Bewältigung des wachsenden Transitaufkommens leisten.

Hoher Landtag! Alle von mir angesprochenen Bereiche der NÖ Verkehrspolitik können nur durch Zusammenwirken der Gebietskörperschaften unter Einbeziehung der betroffenen Wirtschaft optimiert werden. Dieses Haus ist gefordert, wesentliche Impulse für eine erfolgreiche Verkehrspolitik zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Zum Kapitel Straßenbau, Wasserbau, Verkehr wird sich mein Debattenbeitrag damit beschäftigen, auf die Problematik der Situation des Verkehrs in Niederösterreich gegenüber dem Osten hinzuweisen. Sie alle wissen, daß seit der Ostöffnung 1989 sich in diesem Bereich Wahnsinniges getan hat. Man spricht immer wiederum davon, daß es in Österreich durch den Transitverkehr, quer durch Tirol von der Bundesrepublik zu den südlichen EG-Staaten Italien, Spanien usw. riesige Probleme mit dem Verkehr, mit der Umwelt gäbe. Das ist richtig, aber ich behaupte, daß in einigen Jahren das alles gering sein wird gegenüber dem, was sich in Niederösterreich, im Osten abspielen wird in naher Zukunft.

Ich darf Ihnen eine kleine Statistik nur geben davon, was sich in den Bereichen der NÖ Zollämter im Zeitraum Jänner - August 1992 und 1993 bis jetzt getan hat. Eines der größten Zollämter, nämlich Gmünd, hat bei der Einreise 1992 1,466.000 Reisende gezählt. 1993 gab es eine Steigerung bis jetzt schon von 1,244.000. Das heißt, es ist ein laufendes Ansteigen der Reisenden gegeben. Klein Haugsdorf, Drasenhofen liegt ähnlich. Zollamt Berg mit einer Frequenz von 4,342.000 Reisenden in der Einreise und 4,063.250 in der Ausreise. Sie können ermessen daraus, was sich hier in diesem Bereich des Verkehrs in Niederösterreich abspielt.

Nicht auszudenken, wenn alle diese Länder wirtschaftlich möglicherweise - und das wird ja kommen - auch in der Zukunft zur Union gehören, wenn sich alle diese Länder, die Tschechische Republik, Polen, die Slowakische Republik, Ungarn, wirtschaftlich erholen. Und sie beginnen damit! Was sich hier auf den Straßen in Niederösterreich tun wird.

Wir alle wissen aber auch, daß es in Österreich die strengsten Normen hinsichtlich der Abgase gibt, daß es in Österreich die größten Beschränkungen bezüglich Sicherheit für die Kfz gibt. Nicht so gegenüber den Oststaaten. Hier wissen wir, daß diese nicht ausgerüstet sind mit dem technischen know-how, wie wir es voraussetzen und daß das hier in Österreich, auf unseren Straßen schon wiederholt durch mangelhafte, defekte Autobusse zu Verkehrskatastrophen geführt hat. Es war von jeher mein Anliegen, hier bezüglich dieser Problematik strengere Maßnahmen zu treffen, weil ja letztendlich unsere Bürger mitgefährdet sind. Ich habe des öfteren schon einen Antrag eingebracht betreffend die technische Ausrüstung. Daß man diese verbessern müßte. Und ich hoffe, daß das auch geschieht.

Es hat sich einiges getan. Ich habe auch verlangt, daß das Bundesland, die NÖ Landesregierung, einen Prüfzug zu den größeren Zollämtern schicken muß. Und daß man hier Kontrollen vor Ort an der Grenze tätigt und nicht erst im Inland, weil dann sind sie weg. Das ist geschehen. Leider Gottes mit zu geringer Effizienz, weil ja vielfach die technische Ausrüstung noch nicht gegeben ist. Es ist so, daß leider Gottes das Zollamt Berg, das größte Zollamt, das wir in Niederösterreich haben, auch mit der größten Frequenz, neu erbaut wurde. Aber für diesen Prüfzug, der immerhin acht Meter mißt, wurde nicht mitgeplant, daß der hier tätig werden kann. Das heißt, es können Kontrollen erst einige Orte weiter weg vor sich gehen, weil die nötige Infrastruktur nicht gegeben ist. Es war aber auch so, daß es bis jetzt immer wiederum Kompetenzschwierigkeiten gegeben hat an der Grenze, weil ja vier verschiedene Exekutivdienstkörper mit den Grenzformalitäten betraut waren. Das war die Gendarmerie, die Zollwache, Grenzgendarmarie, das Bundesheer etc.

Dem ist jetzt nicht mehr so. Die Österreichische Zollwache wurde per Gesetz beauftragt, alle Grenzformalitäten grenzpolizeilicher Art, auch zollbehördenmäßig, selbst durchzuführen. Das heißt, die Zollwache kann jetzt selbständig, unabhängig von der Gendarmerie, Zurückweisungen vornehmen und kann auch die Ausrüstungsgegenstände kontrollieren. Aber es gibt noch immer Personalknappheit, es gibt noch zu wenig Einsätze der Prüfbusse. Darum bringe ich nochmals einen Antrag der Abgeordneten Preiszler und Treitler zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 betreffend Überprüfungsmöglichkeiten für ausländische Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Verkehrs- und

Betriebssicherheit sowie zur Einhaltung der in Österreich vorgeschriebenen Abgasnormen ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Preiszler und Treitler zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend Überprüfungsmöglichkeiten für ausländische Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Verkehrs- und Betriebssicherheit sowie Einhaltung der in Österreich geltenden Abgasnormen.

Die in Österreich geltenden kraftfahrrechtlichen Vorschriften sichern sowohl hinsichtlich der Schadstoffbelastung, als auch hinsichtlich der Verkehrssicherheit einen hohen Standard. Im Ausland zugelassene Kraftfahrzeuge, die im Rahmen des internationalen Kraftfahrzeugverkehrs Österreichs Straßen benützen, unterliegen diesen strengen Anforderungen jedoch nicht; sie müssen sich aber in verkehrs- und betriebssicherem Zustand befinden.

Einiges wurde sowohl seitens des Bundes als auch der NÖ Landesregierung (Einsetzung eines Prüfbusse) bereits getan, jedoch herrscht immer noch ein beachtlicher Mangel an technischer und personeller Ausrüstung.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, daß noch bestehende Mängel im Sinne der oben angeführten Darstellung sobald wie möglich abgestellt werden."

Meine Damen und Herren! Ich lade auch die übrigen zwei Fraktionen ein, hier beizutreten, um

diesem Antrag zuzustimmen. Wir wissen, wie notwendig das ist in diesem Bereich. Es nützen die besten Gesetze nichts, wenn wir nicht Rechnung tragen, daß es auch langsam für ausländische Gäste, vor allem aus dem Osten, eine Umrüstung geben muß. Daß sie sich gewöhnen müssen an europäische Verhältnisse. Und dem trägt dieser Antrag Rechnung. Ich bitte Sie, in diesem Sinne unserem Antrag zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Zur Gruppe 6 sind noch vier Redner gemeldet. Ich beabsichtige, die Gruppe 6 heute verhandlungsmäßig abzuschließen. Die Redner sind daher gebeten, dies bei ihrer Redezeit auch zu berücksichtigen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte in der Gruppe 6 zur Wasserwirtschaft Stellung nehmen und darf vorausschicken, daß wir leider erst einen Anschlußgrad von 62 % in der Kommunal-Siedlungswasserwirtschaft haben bei der Entsorgung. In der Wasserwirtschaft haben wir große Probleme. Und zwar bei der Abwasserentsorgung. Es kristallisiert sich immer mehr heraus, daß die Pflanzenkläranlage wieder in den Vordergrund rückt.

Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich mich mit dieser Möglichkeit der Pflanzenkläranlage kurz befasse: Für die Erhaltung eines gesunden Grundwassers und einer sauberen Umwelt werden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen den Gemeinden durch das Land verstärkt Abwasserentsorgungen vorgeschrieben. Durch die zusätzlichen Aussprachen mit den Gemeindevertretern verschiedenster Gemeinden kann man feststellen, daß alle Möglichkeiten der Abwasserentsorgung überprüft werden. Eine der zweckmäßigsten Varianten ist es, wenn man sich einem Abwasserverband anschließen kann oder wenn mehrere Gemeinden einen gemeinsamen Abwasserverband mit einer Großkläranlage bilden. Sehr oft kommt es natürlich vor, daß in kleineren Gemeinden die Errichtung der Pflanzenkläranlage beraten wird. Bei dieser Variante der Entsorgung kommt es öfters wegen

vermeintlicher finanzieller Kostenvorteile bei Anschluß und laufender Benützungsg Gebühr zu jahrelanger Verhinderung beim Baubeginn. Ich bin der Meinung, daß man schon bei der Planung der Pflanzenkläranlage von seiten der zuständigen Wasserrechtsbehörde der betroffenen Gemeinde sagen müßte, bis zu welcher Anzahl von Einwohnergleichwerten die Wasserrechtsbehörde die Zustimmung für den Bau von Pflanzenkläranlagen geben kann.

Bezüglich des Erlasses der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. Mai 1993 wird festgestellt, daß in der Vollzugspraxis der Auslegung der Reinigungskriterien für zusammenhängende Siedlungsgebiete zwischen den Bundesländern Steiermark und Niederösterreich kein Unterschied besteht. Auch bei Einzelkläranlagen wird in Niederösterreich der gleiche Reinigungsumfang wie in der Steiermark, nämlich Kohlenstoffentfernung und Nitrifikation entsprechend der allgemeinen Abwasseremissionsverordnung gefordert.

Bei der Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für Abwasseranlagen sind gemäß § 13 Abs. 1 des Wasserrechtsgesetzes von 1959 die nach dem Stand der Technik möglichen und im Hinblick auf die bestehenden wasserwirtschaftlichen Verhältnisse gebotenen Maßnahmen vorzusehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Wortlaut ist Gesetz, bitte! Dem Stand der Technik entsprechend (§ 12 Wasserrechtsgesetz 1959) nur Anlagen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist. Der Umfang der Reinigung ist hinsichtlich der Stickstoffentfernung auf Grund der allgemeinen Abwasseremissionsverordnung, aber auch des Verordnungsentwurfes für Kläranlagen kleiner als 50 Einwohnergleichwerte, mit einer Ablaufkonzentration von maximal 10 Milligramm Ammoniumstickstoff pro Liter festgeschrieben.

Im zitierten Erlaß des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wird die Ansicht vertreten, daß neben konventionellen Anlagen auch Pflanzenkläranlagen bestimmten Typs dem Stand der Technik entsprechen. Und daher eine Ablaufqualität bei Ammoniumstickstoff in der Höhe von maximal 10 Milligramm/Liter Ammoniumstickstoff gewährleisten. In einem Zwischenbericht der Universität für Bodenkultur bzw. des Amtes der NÖ Landesregierung vom Juni 1992 wird hingewiesen, daß es ersichtlich ist, daß bei Anlagen vom Typ, wie er in der Steiermark definiert wurde, Ablaufkonzentrationen bei Ammoniumstickstoff von 20 Milligramm gemessen wurden. Auch in Anlagen ähnlichen Typs in Niederösterreich, in der Gemeinde Haiderhofen

bei Enns oder in Konradsheim der Stadt Waidhofen a.d. Ybbs steigen Ablaufkonzentrationen auf zwischen 30 und 40 Milligramm Ammoniumstickstoff.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat sich in den Erlässen vom 20. Dezember 1991 und 1. Juni 1992 mit der Problematik des Standes der Technik von Pflanzenkläranlagen beschäftigt. Vom Bundesministerium für Landwirtschaft wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß bei Inkrafttreten der Abwasseremissionsverordnung betreffend Kläranlagen kleiner als 50 EGW der Grenzwert von 10 Milligramm Ammoniumstickstoff einzuhalten ist bzw. nach derzeitigem Wissensstand eine Einhaltung nicht gewährleistet ist. Weiters besteht keine Möglichkeit einer Sanierung und es wird daher von der Bewilligung abgeraten. Bis zum Inkrafttreten der Abwasseremissionsverordnung für Kleinanlagen unter 50 EGW wird zwar in den Erlässen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft die Bewilligungsfähigkeit nicht dezidiert abgesprochen. Nach heutiger Ansicht können jedoch Kläranlagen auf Grund der gesetzlichen Vorschriften - des § 13 des Wasserrechtsgesetzes 1959 - nur dann bewilligt werden, wenn diese dem Stand - wie heute schon einmal angeführt - der Technik entsprechen, was bei Pflanzenkläranlagen, wie die angeführten Beispiele vorhin zeigen, derzeit nicht der Fall ist.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich den zuständigen Landesrat Schimanek auffordern, bei allen Äußerungen auf die derzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu achten. Verehrter Herr Landesrat! Wir wissen, daß Sie sehr aktiv sind und daß Sie sehr viel in den Gemeinden und Städten unterwegs sind, die sich über Abwasseranlagen den Kopf zerbrechen. Ich glaube, daß es Ihre Verpflichtung ist, auf die gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen, daß nur dann eine Pflanzenkläranlage in Frage kommen kann, wenn die technischen Voraussetzungen stimmen und wenn die erforderliche Größe unter 50 EGW liegt. Ich glaube, das ist eine wichtige Aussage. Ich würde Sie bitten, in Ihrer Funktion als zuständiger Landesrat auch darauf hinzuweisen. Denn dann, sehr geehrter Herr Landesrat, bin ich überzeugt, daß viele Diskussionen in den Gemeinden nicht notwendig wären. Viele Entscheidungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden jahrelang hinausgeschoben für eine Abwasserreinigungsanlage oder für eine Abwasserentsorgung. Wenn man gleich auf die gesetzlichen Bestimmungen hinweist, die es derzeit gibt, dann, glaube ich, wird ein solches

Projekt in Zukunft nicht mehr zu verzögern sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Grund eines Schreibens der Stadtgemeinde Traismauer, das an alle Bezirksabgeordneten von St. Pölten gerichtet worden ist sowie an die BH St. Pölten, auch an den zuständigen Landesrat Schimanek, möchte ich auf eine Situation aufmerksam machen. Herr Landesrat, Sie kennen das Schreiben, ich habe es mit. In einer Nachbargemeinde, in der Marktgemeinde Nußdorf, findet man eine Situation, von der ich glaube, daß eine gesetzliche Bestimmung herbeigeführt werden muß. Die Stadtgemeinde Traismauer hat auch persönlich gute Beziehungen zur Marktgemeinde Nußdorf. Aber jetzt ist eine Situation aufgetreten, von der ich glaube, daß Entscheidungen herbeigeführt werden müssen. Was möchte ich damit ausführen? Zwischen der Stadtgemeinde Traismauer und der Marktgemeinde Nußdorf wird seit einigen Jahren durch den Wasserverband Traisen am sogenannten Theyernbach an der Regulierung gearbeitet. Der Theyernbach verläuft teilweise als offenes Gerinne, teilweise unter der Straße als überdecktes Stahlbetonprofil und dient zur Ableitung bei Unwettern, oft massiv auftretenden Hangwässern aus den Weinbergen und aus Teilen der Katastralgemeinde Wagram und der Marktgemeinde Nußdorf. Leider, sehr verehrter Herr Landesrat, gelangen auch teilweise Fäkalwässer der Marktgemeinde Nußdorf, die trotz mehrmaliger Aufforderung der Wasserrechtsbehörde noch immer nicht kanalisiert ist, aus Senkgruben-Überläufen oder undichten Senkgruben in den Theyernbach.

Im Zuge dieser Baumaßnahmen wurde der Theyernbach, der früher im südlichen Ortsrand der KG Wagram an Traismauer vorbeifloß, jetzt in das neue Betonprofil geleitet. Vor der Einmündung in das überdeckte Profil sind zwei Geschiebesperren angeordnet auf dem Gemeindegebiet von Traismauer, wo sich nun die Fäkalienabwässer der Marktgemeinde Nußdorf stauen und vor dem Siedlungsgebiet Ziegelofengasse und Leitenweg versickern. Die Nitratwerte, meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem genannten Siedlungsgebiet betragen 350 Milligramm pro Liter, sodaß die Trinkwasserversorgung im angrenzenden Siedlungsgebiet aufs stärkste gefährdet ist. Die Stadtgemeinde Traismauer muß auf Grund dieser Situation eine Trinkwasserversorgung errichten mit einem enormen Kostenaufwand. Von der Stadtgemeinde Traismauer wurde auf Grund dieser Situation eine Zivilingenieurgruppe, die Gruppe Wasser von Wr. Neustadt beauftragt,

Wasser- und Bodenproben zu entnehmen und zu analysieren. Laut Auskunft der Gruppe Wasser ist das Wasser stark belastet und es besteht Gefahr im Verzug. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch Sie, Herr Landesrat Schimanek und Ihre Abteilung ersuchen, sich dieser Situation anzunehmen und diese einer gesetzlichen Lösung zuzuführen.

Eines unserer vordringlichsten Aufgaben im Wasserbau ist der Hochwasserschutz in gefährdeten Bereichen. Zum Schutz der Verbesserung der Umwelt und zur Hebung der Lebensqualität in Niederösterreich müssen verstärkt Maßnahmen für Hochwasserschutz, Bewässerung, Erosionsschutz, Wasserversorgung und Abwasserreinigung größtes Augenmerk zugewendet werden.

Im Tätigkeitsbericht wurden bis zum 31. Oktober 1993 133 Millionen Schilling für allgemeine Angelegenheiten des Wasserbaues ausgegeben. Im Schutzwasserbau sind eine Reihe von notwendigen Schwerpunkten gesetzt, die dringend einer Lösung zugeführt werden müssen, um bei auftretenden Hochwässern größtmögliche Sicherheit für die Menschen sowie deren Hab und Gut zu gewährleisten. Es wurden die notwendigen schutzwasserwirtschaftlichen Maßnahmen in Angriff genommen oder fertiggestellt. Im Finanzjahr 1993 wurde an Bundesflüssen ein Betrag von 272 Millionen Schilling veranschlagt. Bei Interessentengewässern wurde für schutzwasserwirtschaftliche Maßnahmen ein Betrag von 351 Millionen Schilling veranschlagt. An Bundes- und Interessentengewässern standen 1993 bis zum 31. Oktober 280 Bauvorhaben in Durchführung, und zwar an Interessentengewässern 240 und an Bundesflüssen 40 Bauvorhaben. Hierbei wurden bis zum 31. Oktober 1993 an 132 km Flußstrecke Erhaltungsarbeiten durchgeführt bzw. neue Hochwasserschutzanlagen geschaffen. Im Zuge dieser Bauvorhaben wurden bis zum 31. Oktober 1993 zehn Hochwasserrückhaltebecken, 41 Brücken und Stege oder 28 Solstufen errichtet. Im Gegensatz zum Jahre 1991, in dem wir katastrophale Unwetter erlebten, wurde unser Bundesland im Jahre 1993 von Unwettern verschont. Einen Teil dieser Hochwasserschadensbehebung konnte auch im Jahr 1993 fertiggestellt werden.

Es wird jedoch mindestens, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf Grund der Unterlagen unserer Techniker, noch ein Jahr dauern, bis die Schäden von 1991 voll behoben sind. In der Hoffnung, daß wir auch in den folgenden Jahren von Unwettern und von Hochwasser verschont bleiben, darf ich Ihnen, meine sehr verehrten Da-

men und Herren, mitteilen, daß ich von meiner Fraktion berichten darf, daß wir in der Gruppe 6 dem allgemeinen Wasserbau die Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Beitrag zur Budgetdebatte ist ein Thema, das mich selber betrifft und das in meiner Familie sehr oft und sehr viel diskutiert wurde. Ist doch die Westbahnstrecke eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen in Österreich. Und nicht nur in Bezug auf den internationalen Personenverkehr, sondern auch hinsichtlich des Gütertransportes ist dieser Schienenweg heute bereits bis fast an die Grenze des Möglichen gestoßen.

Durch die Öffnung der Grenzen zu unseren östlichen Nachbarländern ist eine starke Zunahme des Ost - Westtransits in den nächsten Jahren zu erwarten. Damit das zunehmende Verkehrsaufkommen auf Niederösterreichs Straßen durch attraktive Alternativen entlastet werden kann, ist es unumgänglich, ein gut funktionierendes, leistungsfähiges Bahnsystem anzubieten. In diesem Sinne wurde ein mehrgleisiger Ausbau der Westbahn und ein Neubau einer Hochleistungsstrecke zwischen Wien und St. Pölten beschlossen.

Die zusätzliche Erweiterung der vorhandenen Linienführung um zwei Geleise ist besonders bei Ortsdurchfahrten äußerst problematisch. Im Bereich der Landeshauptstadt St. Pölten ist eine Güterzugumfahrung geplant. Die Trassenauswahl ist gegenwärtig im Laufen und soll vor der Realisierung einer Umweltverträglichkeitsprüfung un-

terzogen werden. Einerseits ist die geplante Bündelung der Umfahrungsstrecke mit vorhandenen Hauptverkehrswegen wie der Westautobahn und der S 33 zwar begrüßenswert, doch sollte dabei der Umfahrungscharakter durch die unmittelbare Angrenzung in das städtische Siedlungsgebiet nicht verloren gehen.

Im Zusammenhang mit der Umfahrung Loosdorf sowie des Linienverkehrs St. Pölten - Seitenstetten und Haag - St. Valentin existiert bereits eine Verordnung des Verkehrsministers und eine positive Stellungnahme durch das Land Niederösterreich für die Linienverbesserung St. Pölten - Prinzersdorf sowie den Knoten Rohr als Einbindungsabschnitt der Güterzugumfahrung St. Pölten wiederum in die bestehende Westbahn.

Im Bezug auf die Umfahrung Melk wurden die fachlichen Schwierigkeiten aus der Sicht des Landes Niederösterreich und mit dem Einvernehmen der Bevölkerung sowie dem Stift und den betroffenen Gemeinden besprochen. Der derzeit im Bau befindliche Sittenbergtunnel wird bereits 1994 in Betrieb gehen. Bei dem schwierigen Umbau im Bahnhofsbereich Amstetten und der Umfahrung Ennsdorf-Enns wurden bereits größtenteils akzeptable Lösungen mit den Anrainern erarbeitet. Die Vernetzung von Straße und Schiene ist ein wichtiger Faktor, vor allem im Hinblick zur EG. Daß diese umfangreichen Bauvorhaben der Hochleistungs AG mit großen Problemen und Schwierigkeiten verbunden sind, ist uns allen bewußt. Wobei ganz besonders der Streckenabschnitt Wien - St. Pölten zahlreiche Hindernisse aufweist. Dieser zukünftige Streckenabschnitt soll einerseits eine rasche Verbindung zwischen den beiden Metropolen Wien und St. Pölten ermöglichen, andererseits durch einen zentralen Bahnhof im Tullnerfeld eine Verknüpfung mit der Franz Josefs-Bahn herstellen. Dadurch wird auch den Landesbürgern aus dem Wald- und Weinviertel die Gelegenheit gegeben, möglichst rasch und direkt in die Landeshauptstadt zu gelangen.

Die Schaffung einer gänzlich neuen Eisenbahnstrecke verursacht aber auch große Bedenken. Führt sie doch durch sehr sensible Naturräume. Geologische und ökologische Gesichtspunkte wie die Grundwassersituation müssen beachtet werden. Und mit Recht fürchten die Anrainer und Betroffenen um ihren Lebensraum und auch ihre Lebensqualität. Es müssen noch Maßnahmen wie jede Menge Optimierungen und Grünbrücken im kritischen Bereich drinnen sein. Derzeit werden von der für den Bau verantwortlichen HL-AG noch mehrere Varianten geprüft. Eine endgültige Entscheidung ist aber in absehbarer

Zeit zu erwarten. Besonders eine Trasse wird noch eisenbahn- und betriebstechnisch untersucht. Landeshauptmann Dr. Pröll hat für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete erreicht, daß das Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung und einem Bürgerbeteiligungsverfahren unterzogen wird. Dieses Gesetz, das mit 1. Juli 1994 in Kraft tritt, gibt der Bevölkerung das Recht mitzureden. Und ihre Bedenken und vor allem auch ihre Befürchtungen vorzubringen. Bereits bestehende Bürgerinitiativen müssen mit ihren Vorschlägen angehört und auch berücksichtigt werden.

Die Beachtung der Lärmgrenze wurde mit 45 Dezibel festgesetzt und läßt damit aus medizinischer Sicht keine gesundheitlichen Schäden entstehen, wobei wir derzeit beim Straßenverkehr bei 60 Dezibel liegen. Damit liegen wir höher als die EG-Norm.

Derzeit herrscht noch sehr große Verunsicherung in der Bevölkerung und viele fürchten um ihre Lebensqualität. Es ist jetzt Aufgabe der HL-AG, ihnen diese Befürchtungen zu nehmen und die Unsicherheit abzubauen. Es ist aber auch Aufgabe der HL-AG, ein umwelt- und menschenverträgliches Projekt vorzulegen. Und vor allem auch sinnvolle Lösungsansätze anbieten, damit dieses Jahrhundertprojekt für alle akzeptabel und vor allem auch zukunftsorientiert in Angriff genommen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf heute in der Gruppe 6 zum Verkehr Stellung nehmen. Niederösterreich braucht für die Infrastruktur öffentliche Investitionen. Daher sind die bestehenden Einrichtungen, wie die der Bahn, zu verbessern. Leitziel der zukünftigen Verkehrspolitik ist die Gestaltung eines ökonomisch effizienten, sozial und ökologisch verträglichen Verkehrssystems, das die Mobilitätsanforderungen der Gesellschaft und Transportbedürfnisse der Wirtschaft in allen Regionen sicherstellt. Oberstes Ziel muß die Erhaltung und Verbesserung des Verkehrsangebotes sein, meine Damen und Herren,

sowohl in den Regionen als auch beim Nahverkehr. Alle geplanten Ausbaumaßnahmen auf der Schiene müssen daher zügig fortgesetzt werden. Im Bereich der Regionalbahnen sind weitere Attraktivierungsmaßnahmen zu setzen, wie bessere Fahrplanangebote durch den Einsatz moderner Betriebsmittel, Vernetzung zwischen Bus und Bahn sowie Tarifangleichung ebenfalls zwischen Bus und Bahn. In den Regionen ist insgesamt eine optimale ökologische Kombination von individuellem und öffentlichem Verkehr anzustreben, wobei der öffentliche Verkehr derart attraktiviert werden soll, daß Marktanteile sogar gewonnen werden können, meine Damen und Herren.

Die Öffnung des Ostens sowie der im Entstehen begriffene Europäische Wirtschaftsraum dokumentieren Niederösterreichs Position im Herzen Europas. Besonders der Bahn kommt eine neue Aufgabe zu, wenn man diesen zusätzlichen Straßen transit vermeiden möchte und will. Bei allen Investitionsüberlegungen der Bahnlinien ist die Gleichrangigkeit der Regionalbahnen, der Hochleistungsstrecken sowie des Nahverkehrs unbedingt erforderlich, meine Damen und Herren. Durch Verkehrsverbünde und im speziellen den Verkehrsverbund Ost-Region, den sogenannte VOR, den Ausbau der regionalen Verkehrsverbünde sowie der Fortführung des integrierten Taktverkehrs bei den ÖBB gibt es bereits Ansätze zur Verbesserung des Regionalverkehrs.

Aus der Sicht der regionalen Verkehrerschließung stellen aber im besonderen die einstig so benannten Nebenbahnen ein besonderes Problem dar. Die derzeitigen Leistungsaufträge sollen künftig durch Verträge zwischen den österreichischen Bundesbahnen und dem Bund ersetzt werden. Für die Beurteilung von Leistungen des öffentlichen Personenverkehrs, also auch der Nebenbahnen, sind einzelwirtschaftliche Kenngrößen nicht ausreichend, meine Damen und Herren. Kostendeckungsgrade nach den Vollkostenrechnungen stellen für die Regionalbahnen zwar betriebswirtschaftliche Vergleichszahlen dar, sie sind aber für eine umfassende Beurteilung nicht geeignet. Meine Damen und Herren! Regionalbahnen sind als integrierter Bestandteil des gesamten Verkehrssystems und der regionalen Wirtschaftspolitik zu sehen.

Wird nämlich eine Regionalbahn eingestellt, bedeutet dies, daß Personen- und Gütertransporte nicht nur auf der eingestellten Strecke verloren gehen, sondern auch auf der übergeordneten Strecke, nämlich dem erweiterten Netz. Der Zubringerwert von Regionalbahnen zum Hauptnetz

stellt ein wesentliches Entscheidungskriterium dar. Schließlich ist die Aufrechterhaltung des Betriebes eine regionale und wirtschaftliche Subvention an die betroffenen Regionen, geschätzte Damen und Herren. Auch bringt die Einstellung von Regionalbahnen nicht immer den erwarteten betriebswirtschaftlichen Erfolg, da einerseits bedeutende Kosten erhalten bleiben und andererseits dem Hauptnetz auf Grund der nicht mehr gegebenen Zubringerfunktion Erträge verloren gehen. Und daher soll die Attraktivierung von Regionalbahnen fortgesetzt werden. Aber insbesondere dort, wo bereits positive Entwicklungen feststellbar sind, meine Damen und Herren. Eine transparente Kostenrechnung ist zu einer endgültigen Beurteilung einer Regionalbahnstrecke unbedingt erforderlich und folgende Beurteilungskriterien sind dazu meiner Meinung nach heranzuziehen:

Regionalwirtschaftliche Bedeutung, Zubringereffekte, tatsächliche Einsparungsmöglichkeiten, notwendige Maßnahmen bei der Straßeninfrastruktur im Falle einer Betriebseinstellung, zusätzliche Straßenbelastung, Möglichkeit der Angebotsverbesserung und der rationellen Betriebsabwicklung und Berücksichtigung der Kostenwahrheit im Verkehr.

Hauptaugenmerk ist sicherlich auf die Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen wie Personalbedarf, Fahrzeugeinsatz, Bau- und Erhaltungsdienst bei Aufrechterhaltung eines guten Kundendienstes zu legen. Und die optimale Abstimmung des öffentlichen Verkehrs trägt sicherlich wesentlich zu einer erhöhten Akzeptanz bei. Regionalbahnen sollten durch Linienbusse und neue, an den konkreten Bedarf angepaßt operierende Verkehrssysteme ergänzt und nicht konkurrenziert werden, geschätzte Damen und Herren.

Zur Gestaltung eines koordinierten Verkehrsangebotes ist eine enge Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen in regionalen Verkehrsverbänden notwendig. Ein wesentlicher Schritt dabei ist die sogenannte Poolung der Einnahmen, wie sie für die regionalen Verkehrsverbände in Niederösterreich ebenfalls bereits vorgesehen ist. Hauptaugenmerk sollte bei der Gestaltung des gesamten Verkehrsangebotes auf festzulegende Mindestbedingungsstandards und auf die Koordinierung von Beginnzeiten der Schulen und Betriebe in den Regionen gelegt werden.

Meine Damen und Herren! Die grundsätzliche Position der Länder in der Frage der Nebenbahnen kann nur darin liegen, daß der Bund weiterhin einen fixen Beitrag zur Aufrechterhaltung dieser nunmehrigen Regionalbahnen leistet. Die beste-

henden Aufwendungen für Nebenbahnen betragen für das Jahr 1993 1,8 Milliarden Schilling, wobei in diesem Betrag sowohl die Infrastruktur als auch der Betrieb enthalten ist. Geht man davon aus, daß im Jahre 1994 der Finanzbedarf für alle Nebenbahnen, so wie im heurigen Jahr, etwa 1,8 Milliarden Schilling beträgt, so kann dieser Betrag, groben Annahmen zufolge, zu je 50 % den Aufwendungen für die Infrastruktur ... (*Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*gibt Klingelzeichen*): Der Redner erwartet sich Ihre Aufmerksamkeit!

Abg. MUZIK (*SPÖ*): Danke! ... wie Gleisanlagen, Bahnhöfe, Weichen, Elektro-, Fernmelde- und Sicherheitsdienst etc. und zu 50 % dem Betrieb wie Abschreibungen des rollenden Materials, Zugbegleitung, Aufrechterhaltung des Bahnhofbetriebes etc. zugeordnet werden, geschätzte Anwesende. Es kann davon ausgegangen werden, daß etwa 50 Prozent dieser 1,8 Milliarden Schilling auf Nebenbahnen in Niederösterreich entfallen. Das heißt, daß für Niederösterreich im Jahre 1994 für die Aufrechterhaltung aller Nebenbahnen etwa 900 Millionen Schilling erforderlich sein werden. Und davon hat der Bund 50 Prozent der Kosten für die Infrastruktur zu übernehmen, da er diese auf Grund des neuen Bundesbahngesetzes der Bahn bereitzustellen hat, geschätzte Damen und Herren.

Es scheint daher notwendig, vor allem bei Ausbaumaßnahmen der Infrastruktur derartige Anliegen mit dem Eigentümer der Infrastruktur, nämlich dem Bund, zu vereinbaren. Eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG ist daher dringend geboten, wobei über jede Strecke separat zu verhandeln ist. Ein dementsprechender Resolutionsantrag wurde ja bereits in der dritten Sitzung der Tagung 1993/1994 von Klubobmann Dr. Bauer eingebracht und wurde auch einstimmig angenommen. Meine Damen und Herren! Es sind aber auch seitens des Landes bei allen Investitionsüberlegungen, sei es der Nahverkehr oder die Regionalbahnen, die zweckgebundenen Einnahmen der Mineralölsteuer zu deren Bedeckung heranzuziehen.

Meine Damen und Herren! Wer Rezepte gegen die heutigen Probleme mit dem Verkehr sucht, nimmt mit Vorteil zuerst eine genaue Analyse der Hintergründe und Zusammenhänge der bisherigen Entwicklungen vor. Diese sind im wesentlichen durch folgende Problemfelder gekennzeichnet: Verlust von Wohnbevölkerung in den größeren Städten, Bevölkerungszuwachs in

deren Umland. Starkes Wachstum der Arbeitsplätze in großen Städten, rasante Vergrößerung der täglichen Pendlerlawine und Mobilitätszunahme überproportional auf der Straße.

Die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Verkehrsplanung, meine Damen und Herren, ist es daher einerseits, den notwendigen Verkehr zu ermöglichen und andererseits dafür zu sorgen, die Verkehrsentwicklung und den Ablauf des Verkehrs mit den Kriterien des Umweltschutzes in Einklang zu bringen. Mit Hilfe detaillierter Gutachten wurde aufgezeigt, daß beim Güterverkehr die Förderung des sogenannten kombinierten Verkehrs, nämlich Sammeln und Verteilen auf der Straße, Transport über große Distanz mit der Bahn auch unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten die beste Verkehrspolitik ist. Und, geschätzte Anwesende, im europäischen Rahmen kann hier gerade die Schweiz als Vorbild angesehen werden.

Einen besonders wichtigen Beitrag zum Umweltschutz stellen beim Personenverkehr auch die Park-and-ride-Anlagen dar, die eine vernünftige Verkehrsentwicklung maßgeblich unterstützen. Durch diese wird die verkehrspolitisch gewünschte Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr mit der damit verbundenen Verringerung der Umweltbelastung erreicht und weiters ein positiver Beitrag zu einer ökologisch und gesellschaftspolitisch vertretbaren Bewältigung des Verkehrsaufkommens geleistet. Und ein weiterer Punkt, die Lebensqualität in den Verdichtungsräumen wird erhöht und der Marktanteil der öffentlichen Verkehrsunternehmen am Verkehrsmarkt verbessert, meine Damen und Herren. Um den PKW-Fahrer in Zukunft gezielt ansprechen zu können, ist daher erforderlich, aber auch generelle notwendig, Park-and-ride-Anlagen an den Schnittpunkten von Autobahnen und Schienenverkehrsmitteln als Teil eines verkehrspolitischen Gesamtverkehrskonzeptes zu realisieren. Im Sinne einer bereits von mir erwähnten Gleichrangigkeit der Regionalbahnen, des Nahverkehrs und der Hochleistungsstrecken kommt der Errichtung der Park-and-ride-Anlagen höchste Priorität zu, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (*ÖVP*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als zehnter Redner in einer Gruppe mit Straßen- und Wasserbau und Verkehr hat man es von der Sache und vom Inhalt her schon schwer. Und wenn man noch dazu der Letzte des Tages ist, hat man die Last zu tragen für alle Versäumnisse, die während des gesamten Tages angehäuft worden sind. Ich habe mir aber sagen lassen, daß in der Zeit vor uns die Budgetdebatten bis lang nach Mitternacht gedauert haben, sodaß ich reichliches Zeitguthaben habe. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Das war eine Willensäußerung des Hohen Hauses.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident, danke für die Anmerkung. Ich nehme sie auch so zur Kenntnis.

Die Gruppe 6 ist auf der Ausgabenseite jene Gruppe, die den geringsten Zuwachs erfährt. Wenn man vor allem den erhöhten Wasserbau subtrahiert, so wachsen die Gesamtausgaben absolut eigentlich marginal. Und daher ist das primäre Ziel in diesen Maßnahmen vor allem in einer sicheren Verkehrsabwicklung zu sehen und natürlich auch dort, wo Kollege Sacher gemeint hat, daß der Nahverkehr auch in den Ballungsräumen vordringlich auszubauen ist.

Ich analysiere diese Gruppe 6 insofern, als ich meine, daß vor allem ein sehr hoher Anteil für die Verkehrssicherheit enthalten ist. Unter anderem die Niveaufreimachung von Eisenbahnkreuzungen, gemeinsam mit den ÖBB, der Umbau und die Sanierungsmaßnahmen an unfallträchtigen Stellen und zahlreichen Straßen- und Brückenbauten sowie die Errichtung von Radwegen.

Ich darf mir aber auch aus der Praxis heraus eine Anmerkung erlauben. Regional begegnet man heute einer Fahrbahn-teil-Manie und daneben dem Problem des Grunderwerbes für begleitende Radwege. Ich meine, Mittelinseln und Fahrbahnteiler sollten nur dort errichtet werden, wo sie als Querungshilfen für Fußgeher und Sicherungen für Linksabbieger dienen. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Durch Sperrlinien markierte Radwege reduzieren die Verkehrsflächen für den motorisierten Verkehr, sind dadurch ebenfalls ein Beitrag für die Verkehrsberuhigung, sind zudem ökonomisch und ermöglichen eine niveaugleiche Mischnutzung, so gleichsam eine Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer auf einer Ebene. Vieles wurde ja in diesem Bereich bei der Anlage von Radwegen geregelt,

aber selbst diese geltenden Einsatzkriterien für die Errichtung von Rad- und Gehwegen, für die Bundesstraßenverwaltung vom zuständigen Ministerium verbindlich erlassen, sind kein Evangelium und zumindest hinsichtlich des Richtwertes für die Breite straßenbegleitender Radwege anzupassen und allenfalls zu korrigieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Auftragserteilung war in den letzten drei Jahren vor allem die Kostenrechnung eine Entscheidungsgrundlage. Sie ermöglichte den Vergleich zwischen Fremd- und Eigenleistung und damit auch eine marktgerechte Beurteilung. Und dieser Leistungsvergleich ist ein wesentlicher Bestandteil der neuen Managementkonzeption nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Diese landesinterne Administration ist daher von dieser Kostenrechnung geprägt. Mehrjährige Erfahrungen liegen zugrunde und selbst diese Konsequenzen aus der EDV-unterstützten Kostenrechnung sind permanent in Fluß. Ich erinnere nur an die jetzt aktuell laufende gesamtwirtschaftliche Grünflächengestaltung, wobei das Ergebnis bis Sommer 1994 vorliegen wird. Die EDV-unterstützte Kostenrechnung gibt auch Antwort für die Bewertung, ist es günstiger zu kaufen oder selber zu machen. Es wird dort vergeben, wo der Partner die Wirtschaft günstiger anbietet. Daneben fällt aber sicherlich jene Tatsache auf, daß es für besonders arbeits- und personalintensive Kleinarbeiten kaum die Bereitschaft seitens der Wirtschaft gibt, diese Aufträge zu übernehmen. Und ich erlaube mir daher, zu diesem Thema einen Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Treitler, Haberler und Sacher zur Gruppe 6 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (LtG. 52/V-1) betreffend Aufgaben des Straßendienstes.

Der NÖ Straßendienst arbeitet, beginnend seit 1990, mit einer betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung, die es ermöglicht, nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen die Frage "kaufen oder selbermachen" zu beantworten.

Im Bereich des NÖ Straßendienstes werden nicht nur Maßnahmen des Baues, sondern auch der Erhaltung an Fachunternehmen übertragen, z.B. Bodenmarkierungen, Rissesanierungen, Müllentsorgung und dgl. Im Winterdienst werden ein Drittel der Leistungen von Privaten angekauft.

Hier besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Insgesamt ist es das Ziel, daß die Bereitstellung verkehrssicherer Straßen eine öffentliche Aufgabe bleibt und nicht der Gefahr einer Gewinnsspekulation ausgesetzt werden darf, dabei soll die NÖ Wirtschaft optimal in den NÖ Straßendienst eingebunden werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, die öffentlichen Aufgaben des Straßendienstes so abzuwickeln, daß anhand der Betriebskostenrechnung die NÖ Wirtschaft im höchstmöglichen Maß nach wirtschaftlichen Grundsätzen eingebunden wird."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich merke aber hier an, daß das, was für das Land gilt, auch für die Gemeinden, die sich Bauhöfe halten, gelten muß. Das, was vom Land verlangt wird, muß auch in den städtischen oder gemeindeeigenen Bauhöfen Geltung haben. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Kautz: Wer sagt das?)* Ganz einfach, Herr Kollege Kautz, jeder, der nicht mit zweierlei Maß messen will, ist unverfänglicher Zeuge für diese Behauptung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mir aber erlauben, auch noch einige Denkanstöße zu geben. Es wurde heute bereits erwähnt, daß eine sinnvolle Kombination zwischen dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr anzustreben ist. Weder ist der Individualverkehr an den Pranger zu stellen, noch ist der Nahverkehr und der öffentliche Verkehr das Non plus ultra. Ziel muß eine günstige, vor allem für die Konsumenten günstige Verbindung der beiden sein. Ich merke nur an, daß viele Landsleute aus mehrfachen Gründen gar nicht die Möglichkeit haben, einen öffentlichen Verkehrsträger zu benützen. Ich denke an den Schichtdienst. Ich denke an Streu-

siedlungen. Oder ich denke auch an die Komplikationen bei den diversen Umsteigerelationen. Das heißt, wir werden auch in Zukunft Straßen brauchen als Verkehrswege, als Zubringer zu den öffentlichen Verkehrsträgern und zur Entlastung der Wohnbevölkerung durch die Umfahrungen.

Ich hätte einige Baumaßnahmen noch an die Aufzählung des Kollegen Sacher anschließen können, die wir auch im südlichen Teil Niederösterreichs in größerer Zahl als Wunsch vorfinden. Nur eines sei angemerkt: Die Finanzierbarkeit ist unter den jetzt gegebenen Umständen nicht nur an die Grenzen gestoßen, sondern ohne begleitende Maßnahmen und Korrekturen schier unmöglich geworden.

Damit nähere ich mich einem Lieblingsthema, das ist diese Zweckbindung der Bundes-Mineralölsteuer. Ich darf einen Vorredner korrigieren, der gemeint hat, es wird die Bundes-Mineralölsteuer zweckgebunden. Das bleibt ein schöner Wunsch. Zweckgebunden für den Nahverkehr ist nur die Erhöhung der Bundes-Mineralölsteuer. Denn seit 1987 gibt es die früher zweckgebundene Mineralölsteuer für den Straßenbau nicht mehr. Und in dieser Zeit sind bis heute rund 120 Milliarden Schilling in den allgemeinen Steuertopf geflossen. Wenn man auf der anderen Seite hört, daß heute für den Straßenbau 70 Milliarden Schilling Schulden zu Buche stehen und der Minister unter größten Anstrengungen in der Lage ist, den Zinsendienst zu bewältigen, ist das ein Gebot der Stunde, zu dieser Zweckbindung zumindest annäherungsweise wieder zurückzukehren. Ich meine daher, wenn wir den Aufgaben des Individualverkehrs nachkommen wollen, all das erfüllen wollen, was wir an Forderungen aufstellen, was auch heute schon gestellt worden ist, dann nur dadurch, daß wir zumindest die Zweckbindung eines Teiles der Mineralölsteuer wie in der Vergangenheit wiederum verlangen.

Die Ballungszentren, Städte und größere Ansiedlungen klagen über das ständig steigende Verkehrsaufkommen. Herr Präsident Ing. Eichinger hat in der Gruppe 0 bereits über das Zusammenwirken zwischen Flächenwidmung und Verkehrslösung gesprochen. Ich meine, daß man hier doch verstärkt auf die Kommunen Einfluß nehmen soll, diese Kombination herzustellen. Eine Kombination zwischen dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr, zwischen den Verkehrsentscheidungen und der Raumordnung. Wobei aber diese Raumordnung nicht dazu führen sollte, daß sie ein erheblicher Versagungsgrund bei der Genehmigung von Flächenwidmungsplänen wird, aber sehr wohl darf das Denken der

Kommunen diese Kombination Raumordnung und Verkehrslösung mehr in den Vordergrund stellen.

Herr Kollege Sacher hat erwähnt, eine große Hilfestellung in den Ballungszentren ist der öffentliche Verkehr. Ich möchte zwei Dinge anmerken, warum es so schwierig ist, hier zu konsumentenfreundlichen Lösungen zu gelangen.

Da ist erstens einmal das Monopol der Linienkonzession, das de facto besteht. Noch dazu fällt mir hier eines auf: Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr ist auch verantwortlich für die Bundesbusdienststelle. Diese Bundesbusdienststelle ist Konzessionsträger auf Grund einer Genehmigung durch dasselbe Ministerium. Derselbe Minister ist aber auch im Instanzenzug Berufungsbehörde. Vor allem etwa dann, wenn ein Privater die Konzession erwerben möchte. Ich meine, daß diese Konstruktion sehr problematisch ist. *(Abg. Dr. Bauer: Die Straßenbaukompetenz sollte besser woanders liegen!)* Herr Klubobmann, darauf komme ich noch zu sprechen. Darauf darf ich, weil ich meine 20 Minuten nicht ausgeschöpft habe, noch zu sprechen kommen.

Jedenfalls ist dieses Linienmonopol und diese Konzessionsverflechtung, die zu einer Konfliktsituation führt, abträglich. Noch dazu führt das zu einer inneren Konkurrenz. Ich glaube schon, daß die innere Konkurrenz eher erwünscht ist als die externe Konkurrenz. Denn ich frage mich, warum sonst derselbe Minister zuläßt, daß die Bahnlinie beinahe zeitgleich und in derselben Richtung vom Bundesbus konkurrenziert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Offensichtlich ist es so, daß die interne Konkurrenz lieber ist, weil man hier die Hand drauflegen kann, als die externe Konkurrenz.

Sehr geehrter Herr Klubobmann Dr. Bauer, jetzt zu ihrem Einwurf: Der Bundeskanzler scheint laut gedacht zu haben, als er gemeint hat, den Straßenbau vom Schlüssel-Ministerium zum Klima-Ministerium zu verlegen. Ich meine, bevor das geht, soll jener zuerst die konkurrenzierenden Konfliktsituationen in seinem eigenen Ministerium lösen und dann soll er erst auf dieses Problem losgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Problem ist natürlich - und das erfließt aus dieser Konkurrenzträgersituation - daß es, wie in anderen europäischen Bereichen, an einem Nahverkehrsfinanzierungsgesetz fehlt. Ich meine, wir sollten uns gemeinsam bemühen, dieses Nahver-

kehrsfinanzierungsgesetz zu erhalten. Nämlich, daß alle Verkehrsträger, die dem öffentlichen Verkehr dienen, unter einer Finanzhoheit stehen. Dies würde eine derartige interne Konkurrenzsituation vermeiden. Das ÖBB-Netz ist an die Schienen gebunden, hat also für rasche Verbindungen zwischen den Ballungszentren zu sorgen. Die Zubringerdienste können die Regionalbusse genauso wie private Unternehmen erledigen.

Insgesamt meine ich, der Nahverkehr muß attraktiv sein. Er hat annähernd die Bequemlichkeit zu erreichen und zu bieten, die das eigene Auto auch bietet, muß bedarfsangepaßt werden und vor allem eine rasche Korrektur ermöglichen. Da gibt es heute noch ein Hindernis. Wir betreiben beispielsweise, so wie andere Städte auch einen Citybus. Nun geht es immer nur dann, eine allfällige bedarfsorientierte Korrektur vorzunehmen, wenn der Fahrplanwechsel erfolgt. Nicht dann, wenn die Bevölkerung den Bedarf benötigt. Hier sollte man zu einer besseren Lösung kommen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren: Alles, was wir wollen, was wir als Ziel setzen, kann nur dann erreicht werden, wenn der Bewußtseinswandel der Benutzer sich auch ändert. Wenn also die Bereitschaft gegeben ist, aus dem heutigen Autofahrer künftighin einen Benutzer des öffentlichen Verkehrsmittels zu machen. Wenn er selbst dazu bereit ist, dann wird uns das viel mehr gelingen, auch unter Überwindung eines Umstellungs- und Verzögerungsverlustes, den jeder von uns mit sich trägt.

Ich darf abschließend noch zum Ausbau der Westautobahn einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Treitler, Haberler und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 6 des Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. 52/V-1, betreffend Ausbau der Westautobahn."

(Während der Verlesung des Resolutionsantrages anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)

Darf ich nur ganz kurz erwähnen, es wurde heute schon mehrmals gesagt, wenn jemand etwas dazu zu sagen hat, dann ist das der Platz hier und nicht dort. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich erlaube mir daher, diesen Antrag jetzt einmal zur Kenntnis zu bringen. Eines muß ich allerdings schon sagen. Mich darf man für die Zeitverzögerung nun nicht mehr verantwortlich machen, daran bin ich nicht mehr schuld. Ich darf also zu Ende lesen *(setzt fort)*:

"Der Verkehr auf der Westautobahn nimmt enorm zu. Eine Kapazitätsstudie wurde daher in Auftrag gegeben. Aus dieser ist ersichtlich, daß bei gleichbleibender Entwicklung eine dreispurige Autobahn zwischen Steinhäusl und St. Pölten erforderlich sein wird.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie beim Bundesminister für Finanzen dafür einzusetzen, daß die notwendigen Ausbaumaßnahmen sobald als möglich in Angriff genommen werden."

Ich bitte, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben und darf abschließend und ergänzend erwähnen, daß die erste Baumaßnahme bei dem unfallsträchtigen Kreuzungsbe- reich auf der A 1, von Steinhäusl kommend, bereits in absehbarer Zeit in Angriff genommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Der Lärmpegel war in der letzten Zeit relativ hoch. Anscheinend ein Zeichen der Dynamik der Abgeordneten zur späten Stunde. Aber im Ernst: Ich darf jetzt das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer geben und ich bitte um etwas mehr Rücksicht aufeinander.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Hohes Haus! Ich möchte nur eine kurze Erklärung abgeben, Herr Präsident.

Es war in dem Vorgespräch mit dem Mitarbeiter der ÖVP ausgemacht, daß es ein Vier-Parteienantrag wird. Ich bin überrascht, daß ich jetzt sozusagen nicht draufstehe. Ich würde meinen, daß wir dazu stehen und diesen Beitritt auch schriftlich durchführen. Ich glaube, da herrscht Übereinstimmung. Das war auch so ausgemacht. *(Zwischenruf bei Abg. Treitler.)*

Aber es gab doch Vorgespräche, Herr Abgeordneter Treitler, mit Ihren Mitarbeitern. Es hat gehei-

ßen, daß wir das gemeinsam durchführen. Der Beitritt der ÖVP erfolgte zu dem anderen Antrag. Und dann wurde das Jahr 2000 herausgenommen und es wurde ein Vier-Parteienantrag daraus. Und daher würde ich bitten, daß man diesen Antrag in dieser Form abändert. *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Bericht-erstatte hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung liegt daher die Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr, vor.

Ich ersuche nunmehr den Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 6, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und Konjunkturausgleichsteil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 2.732,429.000 und Einnahmen von S 699,805.000, im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 620,100.000 und Einnahmen von S 7,482.000 sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 60 Millionen Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Sie haben Bericht und Antrag gehört.

(Nach Abstimmung über die Gruppe, 6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil, Konjunkturausgleichsteil, in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! Ich darf für das Protokoll festhalten, die Abgeordneten der ÖVP, der SPÖ sowie der Abgeordnete Wagner stimmten für diesen Antrag. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ und LIF.)*

Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionsanträge.

Der Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Haberler betreffend Ausbau der Westautobahn, sein Inhalt ist dem Hohen Hause bekannt ist als gegenstandslos zu betrachten. Ich halte das für das Protokoll fest.

Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Sacher betreffend Vergabe von Bauarbeiten an Privatunternehmen wurde ebenfalls als solcher zurückgezogen. Ich gebe auch das für das Protokoll bekannt.

Somit steht zur Abstimmung der Antrag der Abgeordneten Preiszler und Treitler betreffend Überprüfungsmöglichkeiten für ausländische Kraftfahrzeuge.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Als nächster steht zur Abstimmung der Antrag der Abgeordneten Treitler, Haberler und Sacher betreffend Aufgaben des Straßendienstes.
(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Und als letzter steht nach Diskussion im Hohen Haus zur Abstimmung der Antrag Treitler,

Haberler, Ing. Dautzenberg und Dr. Bauer. Ist es damit außer Streit, daß auch Herr Abgeordneter Dr. Bauer diesem Antrag beigetreten ist? Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich als Antrag der vier Abgeordneten zur Abstimmung bringen jenen betreffend den Ausbau der Westautobahn.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Ich unterbreche die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, am 1. Dezember 1993, um 9.00 Uhr, statt.

Die Sitzung ist geschlossen.
(Schluß der Sitzung um 21.21 Uhr.)